C21734 E

S.17 Texaco: Auf den Bauch gefallen | S.12 Kampf italienischer Arbeiter | S.6 Offensive des jap. Imperialismus

Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 51 22.10.'74
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

Pleiten und Skandale

Ein Argument für die „freie Marktwirtschaft"!?



Werbung der Herstatt-Bank

Banken verzeichnen in diesem Jahr **„Rekorde bei Pleiten und Gewinnen"** („Frankfurter Rundschau", 31.8.74).

Die drei größten Banken der BRD melden **„ein gutes Jahr für Banken"** („Hamburger Abendblatt", 26.8.74): Die Deutsche Bank konnte ihren Zinsüberschuß im ersten Halbjahr 1974 gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres um 24% steigern; die Dresdner Bank um 39% und die Commerzbank um 32%.

Erheblich schlechter ist vor allem die Lage zahlreicher Privatbanken. Schon 1972 lag der Anteil der etwa 150 westdeutschen Privatbanken an der gesamten Bilanzsumme aller Kreditinstitute bei ganzen 2,3%!

Aufsehen erregte in diesem Jahr vor allem der Zusammenbruch der Kölner Herstatt-Bank Ende Juni. Der zuerst auf drei bis 500 Mio. Mark geschätzte Verlust, stellte sich schließlich als weitaus höher, 1,18 Mrd. Mark (vorläufig), heraus. Poullain von der Westdeutschen Landesbank sagte dazu: *„Es wäre schön, wenn es bei den 1,2 Mrd. bliebe. . ."*

Auf den Herstatt-Zusammenbruch folge im August die Schließung der Frankfurter Bank Bass & Herz, des Hamburger Bankhauses Wolff KG und der Frankfurter Handelsbank – Banken, die sich in wesentlich geringeren Größenordnungen als die Herstatt-Bank bewegt hatten.

Herstatt: Das Märchen vom „Spieler" Dattel

Die Herstatt-Bank, die ein Eigenkapital von nur 77 Mio. Mark hatte (81,4% der Anteile gehörten Hans Gerling, Besitzer eines der größten westdeutschen Versicherungskonzerne), hatte sich bei Devisen-Spekulationen bös übernommen. Sie hatte „Devisentermingeschäfte" betrieben. Hierbei werden Devisen (z.B. Dollars) zu einem bestimmten Kurs im voraus zu einem bestimmten Termin verkauft oder gekauft. Die Differenz zwischen dem Kursstand am Tag des Kaufs bzw. Verkaufs und am Tag des Termins macht, je nach Entwicklung der Kurse, Gewinn oder Verlust des Devisenhändlers aus.

Spekulationen mit Devisen in diesem Ausmaß sind wegen des starken Schwankens der Wechselkurse möglich, die mit den Krisenerscheinungen im kapitalistischen Weltmarkt zusammenhängen. Der Dollar z.B. fiel im vorigen Jahr von 3,20 auf 2,25 Mark; stieg dann seit Herbst („Öl-krise") wieder auf 2,90 und begann in diesem Frühjahr wieder zu fallen (2,40 bis 2,60 Mark). Wer auf diese Schwankungen richtig und mit großen Einsätzen spekulierte, konnte also riesige Gewinne machen. Wer „Pech" hatte, wie die Herstatt-Bank, ging vor die Hunde oder hatte jedenfalls große Verluste zu verzeichnen (so hatte die Westdeutschen Landesbank 1973 aus Devisenspekulationen einen Verlust von 270 Mio. Mark).

Die Herstatt-Bank hatte mit Hunderten von Millionen Mark spekuliert (Tagesgeschäfte von 200 Mio. Mark sollen keine Seltenheit gewesen sein! – dies, wie gesagt, bei einem Eigenkapital von 77 Mio. Mark!

Der Öffentlichkeit sollte nun weisgemacht werden, von dieser Entwicklung hätte weder der eigentliche Besitzer der Bank, Gerling, noch Bankier Herstatt etwas gewußt. Alles sei allein die Schuld des Leiters der Herstatt-Devisenabteilung, Dany Dattel. Er habe heimlich, um entstandene Verluste abzudecken, immer gewagter spekuliert, habe auch die Lage durch Falschbuchungen etc. zu verschleiern versucht. Auch die „Bankaufsichtsbehörde" hat angeblich von nichts gewußt: Eine „Sonderprüfung" bei Herstatt Ende März habe nichts ergeben.

Forts. Seite 31

Chile

Miguel Enriquez im Kampf gefallen

Der Führer der chilenischen revolutionären Organisation MIR, Genosse Miguel Enriquez, ist am 5. Oktober im Kampf gegen die faschistische Junta gefallen.

Nach dem offiziellen Bericht der Junta entwickelte sich ein mehr als zweistündiges Feuergefecht, als faschistische Truppen ein Viertel von Santiago nach politischen Gegnern der Junta „durchkämmten". Schließlich sei Miguel Enriquez tot am Boden gefunden worden, von mehreren Schüssen getroffen. Bei ihm war schwerverletzt die Genossin Carmen Castillo, Tochter des früheren Rektors der Universität, im siebten Monat schwanger.

Miguel war 33 Jahre alt, Arzt von Beruf. Er gehörte zu den Gründern des MIR (Bewegung der revolutionä-
des MIR (Bewegung der revolutionä-
ren Linken) und war deren Generalsekretär. Sein Tod bezeugt das Prinzip des MIR, daß nach dem faschistischen Putsch die revolutionären Führer und Kader soweit wie möglich i m L a n d den Kampf fortsetzen sollten, statt ins Ausland zu fliehen.

Gegenüber der Regierung Allendes nahm der MIR eine – wie der Sekretär der chilenischen Sozialistischen Partei, Carlos Altamirano in seinem Nachruf sagte – *„kritische, aber konstruktive Haltung"* ein. Der MIR organisierte Land- und Fabrikbesetzungen, leistete revolutionäre Arbeit in der Armee, beteiligte sich – zusammen mit Teilen der Sozialistischen Partei – an der Aufstellung und Ausbildung bewaffneter Arbeitermi-
Partei – an der Aufstellung und
Ausbildung bewaffneter Arbeitermilizen, und hatte schließlich großen Anteil an der Entstehung von Räten in den Arbeitervierteln und auf dem Land. Der MIR hatte von Anfang an die reformistische Illusion eines „friedlichen Übergangs zum Sozialismus" bekämpft, ohne sich aber gegenüber der Regierung der Unidad Popular in die Position eines räsonierenden Zuschauers zu begeben: der MIR war bemüht, die Entwicklung konkret voranzutreiben und jeden fortschrittlichen Aspekt der Regierung Allende in diesem Sinn zu nutzen.


Miguel Enriquez

Heute ist der MIR ein Vorkämpfer für die Vereinheitlichung des chilenischen Widerstands, für die Bildung antifaschistisch-demokratischer Einheitskomitees in Chile. Ein Zeichen dieser zunehmenden Vereinheitlichung ist die Tatsache, daß nicht nur der MIR, sondern die g e s a m - chilenische Linke ihre Trauer über den Tod des Genossen Miguel Enriquez ausdrückte.
Der MIR war in den letzten Mo
riquez ausdrückte.

Der MIR war in den letzten Monaten Ziel einer besonders wütenden Verfolgung durch die faschistische Junta. Der Tod des Genossen Enriquez ist ein weiterer schwerer Schlag. Aber den Kampf des MIR und der anderen chilenischen Antifaschisten zum Sturz der Junta wird das nicht stoppen: **„Sein Gewehr wird von einem Genossen des Sekretariats aufgenommen werden. Der MIR wird den Kampf gegen die Junta bis zum Sieg fortsetzen. Miguel hätte es nicht ertragen, beweint zu werden..."**(aus einer Erklärung von Edgardo Enriquez, Bruder von Miguel). ●

Hamburg

Kampf gegen die Jugendpolitik des Senats

Wie im letzten AK berichtet, hat die Hamburger Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung beschlossen, der demokratischen Jugendorganisation RBJ (Ring Bündischer Jugend) die staatliche Anerkennung und Förderung zu entziehen.

Am 4. Oktober fand eine Protestversammlung dagegen statt, die von etwa 800 Menschen besucht wurde. Es sprachen Vertreter des RBJ, des BDP (Bund Deutscher Pfadfinder), des KB, der griechischen Jugendorganisation Rigas Fereos, der ESG (Evangelische Studentengemeinde) sowie des KBW und der „KPD". Eine Reihe von Jugendorganisationen (u.a. Falken, SDAJ) hatte sich in Erklärungen mit dem RBJ solidarisiert, wollte aber an der Protestversammlung nicht teilnehmen.

Die Versammelten nahmen – ohne Gegenstimme – eine Resolution an, in der die Repressalien gegen den RBJ in den größeren Zusammenhang der reaktionären Jugendpolitik des Senats gestellt und die Vorbereitung einer Demonstration „gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats" gefordert wird.

Diese Demonstration soll „auf möglichst breiter Basis" durchgeführt werden. In diesem Sinn haben sich inzwischen RBJ, ESG, Rigas Fereos und Kommunistischer Bund mit einem „Offenen Brief" an die Öffentlichkeit, vor allem an andere demokratische Organisationen, gewandt (Abdruck des „Offenen Briefs", der auch die Resolution enthält, in diesem AK).

Der Fachschaftsrat des Pädagogischen Instituts (Lehrerausbildung) hat seine Unterstützung für die Resolution erklärt. Er hat inzwischen eine Unterschriftenversammlung eingeleitet, um so bald wie möglich eine Uni-Vollversammlung gegen die Versammlung gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen durchzusetzen. ●

O F F E N E R   B R I E F

ZUM KAMPF GEGEN DIE REAKTIONÄRE JUGEND- UND BILDUNGSPOLITIK DES HAMBURGER SENATS

Gegen den Beschluß der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, der demokratischen Jugendorganisation BDJ/RBJ die staatliche Anerkennung und Förderung zu entziehen, fand am 4.10.74 eine Protestveranstaltung statt, auf der Vertreter verschiedener demokratischer Organisationen gegen diese politische Maßregelung Stellung nahmen. Von den etwa 800 Teilnehmern dieser Veranstaltung wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

"Die Versammlung protestiert gegen den Versuch der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, den BDJ/RBJ durch Entzug der finanziellen Förderung politisch zu erpressen. Das steht im Zusammenhang mit vielfältigen Angriffen des Staates auf demokratische Jugendverbände und die Lage der Jugend insgesamt.

Aktuell verschärft der Hamburger Senat seine reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik durch:

weitere Berufsverbote gegen linke Lehrer
Numerus Clausus für Referendare
Prüfungsterror gegen fortschrittliche Lehrerstudenten
Inkrafttreten einer repressiven Lehrerprüfungsordnung und damit weitere Spaltung der Lehrerschaft
Einstellungsstop im Öffentlichen Dienst, wodurch die ohnehin schon katastrophalen Zustände an Kindergärten, Krankenhäusern, Häusern der Jugend und an der Universität zugespitzt werden;
darüberhinaus hat die Schulmisere mit Lehrermangel, Unterrichtsausfall und überfüllten Klassen zu Beginn dieses Schuljahres einen neuen Höhepunkt erreicht; diese Mißstände werden wie immer auf dem Rücken der Schüler und Lehrer ausgetragen.

Die Lage der Dinge erfordert weitere Kampfmaßnahmen gegen diese vom Staat betriebene Entwicklung. Die Versammelten beschließen deshalb, in der Zeit nach den Schulferien eine D e m o n s t r a t i o n auf möglichst breiter Basis gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats durchzuführen."

Diese Resolution ist noch um weitere Punkte zu ergänzen:

Verschlechterung der Berufsausbildung (Lehrstellenverknappung, wachsende Jugendarbeitslosigkeit)
in der Kirche: Unterdrückung fortschrittlicher Kräfte (z.B. die Hetzkampagne und Disziplinierungsversuche gegen die ESG, Auflösung kritischer Jugendgruppen).

Im Sinne dieser Entschließung werden sich die unterzeichneten Organisationen und Gruppen, die auf der Veranstaltung vertreten waren, darum bemühen, möglichst viele fortschrittliche Kräfte für eine solche Demonstration zu gewinnen. Wir meinen, daß diese Resolution Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen sein kann, das nicht durch allgemeine politische Meinungsverschiedenheiten und parteipolitische "Abgrenzungsbeschlüsse" beeinträchtigt werden sollte.

G E M E I N S A M   I M   K A M P F

G E G E N   D E N   A B B A U   D E R   D E M O K R A T I S C H E N   R E C H T E !

Bund Demokratischer Jugend/R.B.J., Landesverband Hamburg
Evangelische Studentengemeinde Hamburg (ESG)
Gesamtgriechischer demokratischer Jugendverband RIGAS FEREOS, Gruppe Hamburg
Kommunistischer Bund (KB)

Die Resolution wird ferner unterstützt von:

Fachschaftsrat des Pädagogischen Instituts der Universität Hamburg
Sozialistischer Studentenbund Hamburg (SSB)
Sozialistischer Schülerbund Hamburg (SSB)
Initiative Sozialistischer Erzieher (ISE)
Bund Demokratischer Jugend (BDJ), Landesinitiative Schleswig-Holstein

Juristische Schikanen gegen den Presseverantwortlichen des „Arbeiterkampf"

Der Presseverantwortliche des ARBEITERKAMPF und anderer Publikationen des Kommunistischen Bundes. Kai Ehlers soll 1.200 Mark (ersatzweise 60 Tage Haft) wegen eines Flugblatts zahlen, das von unserer Harburger Bezirksgruppe verbreitet wurde und auf dem Kai Ehlers als Verantwortlicher angegeben war.

Bei diesem Flugblatt ging es um einen Polizeieinsatz in der Harburger Innenstadt, wo mit Gewalt ein Informationsstand der „KPD/ML" abgeräumt und auch Unbeteiligte festgenommen wurden.

In dem Flugblatt der Harburger Genossen wurden diese Dinge aufgezeigt und einige besonders brutale Äusserungen von Polizeibeamten zitiert („Sei ruhig du Schwein, sonst schlag ich dir die Fresse ein" etc.).

D i e s   a l l e i n – und keineswegs irgendwelche formalen „Beleidigungen" o.ä. – reichte dem Gericht, um eine Geldstrafe von 1.200 Mark wegen Beleidigung zu verhängen; hierbei wurde offenbar der Erfahrungsgrundsatz in Anwendung gebracht, daß Polizisten vor Gericht erst mal grundsätzlich Recht haben.

In einem anderen Fall wurde Genosse Ehlers wegen der Ausgabe Nr. 6 1974 des METALLARBEITERS (Branchenzeitung des KB für die Hamburger Metallindustrie) zur richterlichen Vernehmung vorgeladen. In dieser Ausgabe des METALLARBEITERS war zu einem Artikel über die Faschisierung ein Foto abgebildet, auf dem Polizisten des MEK („Mobiles Einsatzkommando" – eine vor allem zur „Terroristenbekämpfung" aufgestellte Bürgerkriegstruppe) – bei Schießübungen zu sehen waren uarunter stand: „. . . sie werden abgerichtet zum Mord. Ihr ‚Können' durften sie kürzlich bei einem Hamburger Banküberfall unter Beweis stellen."

Dies wollte die Hamburger Polizeibehörde nicht auf sich sitzen lassen. Zwar wurde ja tatsächlich bei dem erwähnten Banküberfall der Bankräuber von einem MEK-Schützen aus kürzestem Abstand erschossen – ohne eine leiseste Chance des Überlebens.

Forts. Seite 25

Wahlen:
Labour behauptet – Tories abgeschlagen

Am 10. Oktober fanden in England die Wahlen zum 47. Unterhaus statt. Sie verschafften der Labour-Party, die im letzten halben Jahr eine Minderheits-Regierung gestellt hatte, die absolute Mehrheit – allerdings eine sehr knappe (siehe Tabelle).
Dabei sieht die Steigerung von guten 2 % nach weniger aus, als sie ist: mehrere Umstände benachteiligten Labour bei dieser Wahl:
1. Die relativ geringe Wahlbeteiligung gegenüber den Wahlen im Frühjahr begünstigt Parteien mit großen Stammwählerschaften, wie z.B. die Tories.
2. Die Voraussagen der Umfrage-Institute, die einen haushohen Labour-Vorsprung (bis zu 19,5 %) prophezeit hatten, wirkten sich demobilisierend auf Labour-Wähler aus.
Weiter zeigt das Ergebnis, daß die Zeiten eines eindeutigen, stabilen Zwei-Parteien-Systems (s. Wahlergebnis 1970) in England vorerst vorbei sind. Die Liberale Partei bot sich den Wählern als Alternative zu den beiden „Klassenparteien" (Tory: Unternehmerpartei; Labour: Gewerkschaftspartei) an (in erster Linie richtete sie sich allerdings in ihrer demagogischen Propaganda gegen die Arbeiter und deren Klassenkampf gegen die Unternehmer). Sie sprach viel von dem Ziel einer „geeinten Nation" und von sich als der „unabhängigen", „dritten" Kraft, die diese Einigung zustande bringen würde. Die Liberale Partei übernahm so objektiv die Funktion eines Auffangbeckens mit Abfluß in rechter Richtung für die von den großen Parteien Enttäuschten. Mit dieser Politik schafften die Liberalen schon im Frühjahr den Durchbruch und konnten ihren Stimmenanteil weitgehend halten.
Auch die Erfolge z.B. der schottischen Nationalisten, die die Unzufriedenheit der Schotten mit der Londoner Strukturpolitik artikulierten auf Kosten der Tories, zeigen in diese Richtung: die Hoffnung, kleine unbekannte Parteien würden endlich eine Politik im Interesse der Bevölkerung machen. Wie zu erwarten, schlug diese Entwicklungstendenz noch nicht bei den verschiedenen linken, sozialistischen und trotzkistischen Parteien und Gruppen, die sich zur Wahl gestellt hatten, zu Buch.


Wie die Bourgeoisie zusammenhält

Das 46. Unterhaus, das im Februar dieses Jahres gewählt worden war, hat keine 200 Tage überdauert. Das ist nicht überraschend, es war schon unmittelbar nach der Wahl im Frühjahr von Neuwahlen im Herbst gesprochen worden. Der Grund dafür lag im Wahlausgang, der keiner Partei eine klare Mehrheit eingebracht hatte. Die Konservativen hatten nach vierjähriger offen reaktionärer Regierung 8,3 % ihrer Stimmen eingebüßt. Labour hatte es währenddessen nicht geschafft, sich als glaubhafte „linke" Alternative aufzubauen, sondern verlor auch, und zwar 5,7 % gegenüber 1970.

Nachdem es die Liberalen abgelehnt hatten, mit den Konservativen eine Koalitions-Regierung (hatte es bis dahin auch noch nie in England gegeben) zu bilden, übernahm Labour als stärkste Unterhaus-Fraktion (mit fünf ganzen Stimmen Vorsprung vor den Tories!) die Regierung.

Diese Labour-Minderheitsregierung stand im Frühjahr vor der undankbaren Aufgabe, die Interessen der Bourgeoisie an einer weiteren Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse und ihrer politischen Entrechtung einer zunehmend unzufriedenen und kämpferischen Arbeiterklasse gegegenüber durchzusetzen.

Für die englische Bourgeoisie geht es gegenwärtig darum, die englische Wirtschaft und Gesellschaft sozusagen „EG-reif" zu machen. Schon vor Jahren war von den anderen europäischen Imperialisten mehr oder weniger durch die Blume gefordert worden, erst einmal die eigene Arbeiterbewegung zu „befrieden", um nicht die „englische Krankheit" (die Kampfbereitschaft der englischen Arbeiterbewegung) auf den Kontinent zu exportieren.

Das 1971 in Kraft getretene Antistreikgesetz wurde damals allgemein als „Eintrittskarte" der englischen Imperialisten für die EG verstanden. Im weiteren muß die englische Bourgeoisie ein umfangreiches Rationalisierungsprogramm durchführen, um mit ihrer im Vergleich relativ überalterten Wirtschaft überhaupt konkurrenz- und überlebensfähig zu bleiben.

Bei der Durchsetzung dieser Politik mit der brutalen Holzhammermethode waren die Konservativen auf Schwierigkeiten gestoßen. Heath war ja im Frühjahr zurückgetreten, weil er sich nicht mehr in der Lage sah, seine Lohndiktatspolitik der Arbeiterklasse gegenüber durchzusetzen: einer ihrer militantesten Teile – die 260.000 Bergarbeiter – kämpften dreieinhalb Monate gegen die Tory-Regierung und ihr 7 % Lohn„angebot". Sie ließen sich auch nicht durch die Erpressung mit der Drei-Tage-Woche im Dezember 73/Januar 74 einschüchtern. Und auch in anderen Teilen der Arbeiterklasse deutete sich seit Herbst 1973 ein Anschwellen der Kämpfe an (Feuerwehrleute, Eisenbahner – s. AK 40 und 43).

Die Situation war zwar nicht so, daß die Bourgeoisie mit der Arbeiterklasse „nicht mehr fertig geworden wäre", sie hätte natürlich durch Einsatz von Militär den Bergarbeiterstreik zerschlagen können. Aber der politische Preis, den sie dafür hätten zahlen müssen – größere Klarheit der Arbeiter über den Charakter des kapitalistischen Systems – schien ihr zu groß. Das Überwechseln zu Labour, die Schwerpunktverlagerung weg von einer offen reaktionären Politik – hin zur süßlich-betrügerischen „linken" Politik der Sozialdemokraten schien geraten.
(Das heißt allerdings nicht, daß die englischen Kapitalisten nicht gleichzeitig die Faschisierung vorantreiben und bereits jetzt den Übergang zur offen arbeiterfeindlichen Regierungsform einer Militärdiktatur vorbereiten, wie sich an den kürzlich veröffentlichten Putschplänen hoher Militärs (s. vorletzte Nr. des AK) bewies.

Besonders deutlich läßt sich dieser Taktikwechsel nachweisen anhand des Übergangs weg von der Tory-Politik mit Antistreikgesetz, Lohndiktat und dem Beitritt Englands zur EG. Der erste Schritt nach einem solchen Taktikwechsel war erst einmal die Abschaffung des Lohndiktats und des Antistreikgesetzes, das „grundsätzlich Infragestellen" des EG-Beitritts. Das tat dann Labour auch in diesem letzten halben Jahr geräuschvoll und mit viel „linkem" Pathos. Und das ist es auch, was bei den jetzigen Wahlen positiv zu Buch geschlagen hat.

Eine ganz andere Frage ist, wodurch denn das Abgeschaffte ersetzt werden soll – und da läßt sich beweisen, daß Labour- und Gewerkschaftsführung auch keine grundsätzlich andere Politik als Tory gegen die Arbeiter durchzusetzen bemüht ist. Orientiert wird auf „Mitbestimmungs"-illusionen und „freiwillige" Unterordnung unter die Kapitalinteressen, wobei die Drohung mit der offen reaktionären Tory-Politik die Labour-Vorstellungen als das „kleinere Übel" hinstellen soll.

1. Statt Antistreikgesetz und Arbeitsgerichtshof – Sozialpartnerschaft und Schlichtungskommission

Ganz kurz nochmal zum Antistreikgesetz:
- Den Gewerkschaften wurde die Registrierungspflicht aufgezwungen, mit der das „Mitspracherecht" staatlicher Stellen bei Statutenfragen – also innergewerkschaftlichem Aufbau, Grad der Demokratie, der Autonomie von Vertrauensleuten usw. – eingeführt werden sollte. Gewerkschaften, die sich nicht registrieren ließen, verloren die bis dahin geltende Steuerfreiheit. Bis auf einige kleinere Gewerkschaften ließ sich die Mehrheit der englischen Gewerkschaften trotzdem nicht registrieren. Der Druck der Basis gegen Gesetz und Registratur ist bis heute enorm groß.
- Ein „Arbeitsgerichtshof" wurde installiert, der darüber entschied, welche Streiks „legal", welche „illegal", welche Forderungen der Arbeiter „berechtigt" oder „unberechtigt" waren und der Geld- und Gefängnisstrafen gegen einzelne Arbeiter und ganze Gewerkschaftsverbände verhängte.
- Durch Gerichtsbeschluß konnten so Streiks zu „illegalen Aktionen" erklärt werden. Aufgrund dieses Gesetzes wurden Anfang des Jahres sechs Bauarbeiter zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt (s. AK 40).
- Die „Friedenspflicht" – bis dahin eine völlig unbekannte Sache für die englischen Arbeiter – wurde eingeführt. Bis dahin hatten sie begonnen zu streiken, wann immer sie es für notwendig hielten und konnten nicht dazu verpflichtet werden, Preiserhöhungen oder Produktivitätssteigerungen durch Erhöhung des Arbeitstempos hinzunehmen, wie bei uns in der BRD.

Dieses Gesetz schaffte die Labour-Regierung in diesem Sommer ab. Zweifellos ist dies ein großer Erfolg der englischen Arbeiter. Um so aufmerksamer müssen sie allerdings beobachten, was die Bourgeoisie stattdessen „anbietet". (Schon hier fängt übrigens der Betrug an: Die Forderung der Arbeiter war „Kill the Bill" – also „Zerschlagt das Gesetz" und richtete sich gegen jede staatliche Reglementierung ihrer Kämpfe gegen die Kapitalisten. Die Forderung war nicht „Ersetzt das Gesetz durch ein weniger hartes"!

Ab 31. Juli 1974 gilt das sog. „Gesetz über die Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen" (Trade Union & Labour Relations Act - TUIRA) – das erste von insgesamt drei geplanten Gesetzen, die das Antistreikgesetz ersetzen sollen:
- Eine „unabhängige Schlichtungskommission (Counciliation and Arbitration Service - CAS), von Gewerkschaften und Unternehmern besetzt, soll die Aufgaben des Arbeitsgerichtshofes übernehmen.
- Die Friedenspflicht wurde zwar abgeschafft, aber darauf hingewiesen, daß Verträge mit Laufzeiten von 12 Monaten abzuschließen seien, wozu sich die Gewerkschaftsführung auch schon eilfertig bereit erklärt hat. (Natürlich bedeuten festgelegte Laufzeiten bei Lohntarifen faktisch „Friedenspflicht" für die Arbeiter während dieser Frist.)
- Zwar wurde die Bestrafung von „illegal" streikenden Arbeitern abgeschafft, aber offensichtlich – einer

➡



Seit Herbst 73 in England: ein neues Anwachsen . . .
Demonstration von 400 Elektrizitätsarbeitern durch London Ende September letzten Jahres. Sie unterstützten damit ihre Forderung nach mehr Lohn. Die Parole „Smash the Tory Norm" (Zerschlagt die Tory-Norm) richtet sich gegen die gesetzliche Beschränkung der Lohnerhöhung auf ca. 7 % im letzten Jahr durch die Tory-Regierung.

Die „France" sollte stillgelegt werden, jetzt ist sie besetzt

Die „France", das größte Passagierschiff Frankreichs, soll am 15. Oktober aus dem Verkehr gezogen werden. Das zur staatlichen Gesellschaft „Transat" gehörende Schiff wird jährlich mit ca. 100 Millionen Franc (ca. 55 Mill. DM) subventioniert, „und ist von daher für den Staat nicht mehr tragbar".

Für die etwa 1.000 Mann Besatzung bedeutet dieser Plan den Verlust ihrer Arbeitsplätze. In Frankreich ist die Arbeitsmarktsituation für Seeleute ohnehin alles andere als rosig. Die Kapazität der französischen Passagier- und Handelsflotten ging von 786 auf 496 Einheiten zurück. 20.000 Beschäftigte wurden wegrationalisiert („die tat" Nr. 40).

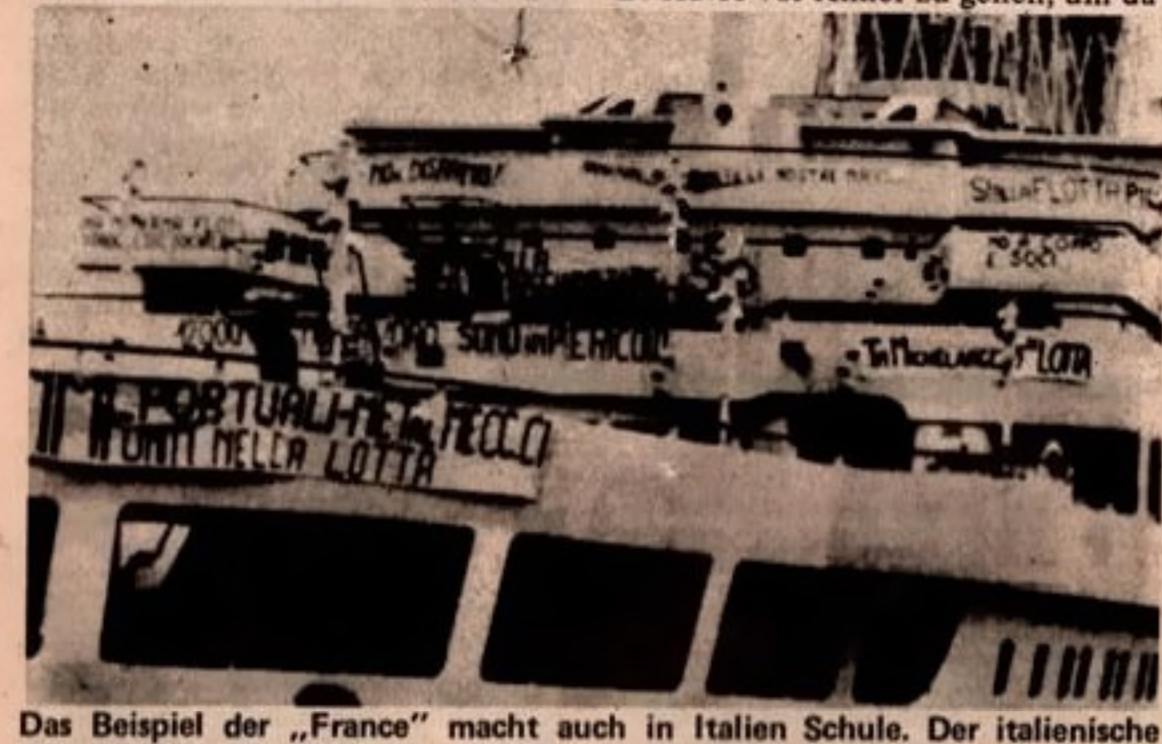
Die Besatzung des Schiffes entschloß sich, den Kampf gegen die Stilllegung aufzunehmen und besetzte die „France". Ministerpräsident Chirak verbot der Besatzung, ihren Heimathafen Le Havre anzulaufen – es sei denn, die Mannschaft gehe dort von Bord. Andernfalls solle sie auf dem Meer bleiben, gegebenenfalls bei aufkommenden Stürmen den Kriegsmarinehafen Brest anlaufen.

Die Seeleute ließen sich darauf nicht ein und beschlossen, im Hafen Le Havre vor Anker zu gehen, um damit bessere Kampfbedingungen zu erreichen.

Auf Geheiß des Innenministers Poniatkowskki wurden die „Besatzer" von der Küstenwache belagert, um sie auszuhungern. Dieser Versuch eines Lebensmittelboykotts wurde jedoch relativ schnell wieder aufgegeben, und so konnten die Seeleute nach einigen Verzögerungen auch den Solidaritätsgruß von Bauern aus der Bretagne in Form von frischem Obst und Gemüse empfangen.

Diese Zugeständnisse der Regierung waren wohl auch Ausdruck der Solidarität der französischen Seeleute. Am 27. und 28. September lagen die Schiffe der Handelsmarine still. Die Gewerkschaften hatten einen Solidaritätsstreik organisiert.

Genosse der Arbeiterzelle HDW
KB/Gruppe Hamburg


Das Beispiel der „France" macht auch in Italien Schule. Der italienische Passagierdampfer „Michelangelo" läuft mit Transparenten behängt in den Hafen von Genua ein: Ausdruck des Protestes der Mannschaft, die eine Stillegung befürchtet.

IMPRESSUM
Arbeiterkampf
Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 12.500 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

Forts. England

Meldung der „Sunday Times" vom 1.9.74 zufolge – nur bei Streiks, die *„ausschließlich britische Wirtschaftsinteressen betreffen. Das bedeutet, daß die Arbeiter nicht legal kalifornische Grapefruits oder südafrikanische Orangen boykottieren dürfen".* Mit anderen Worten, in diesem Kernpunkt ändert sich z.B. für die Arbeiter der riesigen US-amerikanischen Ford-Werke überhaupt nichts! Diese entscheidende Einschränkung ist deutlicher Ausdruck des enormen Einfluß anderer imperialistischer Mächte in Großbritannien (besonders USA und BRD). Wilson hat allerdings während des Wahlkampfes versprochen, im Falle einer „stabilen Mehrheit" diese Einschränkung fallen zu lassen. Man wird sehen...

- Im neuen Gesetz ist keine rückwirkende Amnestie enthalten – d.h. also, die verurteilten Bauarbeiter von Shrewsbury sitzen nach wie vor im Gefängnis. Ein Gesetzentwurf, der vorsah, die den Gewerkschaften in den letzten Jahren aufgezwungenen Steuern (wegen Nicht-Registrierung) von rund 10 Millionen Pfund zurückzuzahlen, ist abgelehnt worden. Auch hier hat Wilson Versprechungen für die nächste Regierungsperiode gemacht.



... der spontanen Streikkämpfe ...

Bergarbeiter aus Kent verlassen morgens nach der Nachtschicht die Grube. Die schwere Arbeit und schärfste Rationalisierung treibt die Unfallziffer in den Gruben in die Höhe. (s. Artikel)

2. Statt Lohndiktat – „Sozialkontrakt"

Dem Lohndiktat der Tories mit seinen drei Phasen (s. Tabelle) folgen die „freiwillig" akzeptierten Lohnleitlinien des „Sozial"kontrakts. Sein Kernstück besteht darin, daß sich die Gewerkschaften damit einverstanden erklären, keine Lohnerhöhung über die Preisentwicklung hinaus zu fordern. Angekündigt worden war von der Labour-Regierung stattdessen im Frühjahr eine „Umverteilung des Wohlstands" (Denis Healy, Finanzminister) und eine Finanzpolitik, bei der „die Reichen vor Wut aufheulen werden". Die Unverschämtheit, diesen Kontrakt als „sozial" zu bezeichnen, wird an folgendem klar:

Die englische Arbeiterklasse hat in den letzten zwei Jahren einen massiven Lohnabbau – wesentlich stärker als hier in der BRD – hinter sich:

		Lohnerhöhungen	Preissteigerungen
1. Phase	Okt. 72-Apr. 73	0 % (Lohnstop)	~8 % (Preisstop!!)
2. Phase	Apr. 73-Okt. 73	6-7 % (nach der Formel 1 Pfund + 4 % (s. AK 26))	über 10 % (keine offiziellen Zahlen vorhanden)
3. Phase	Okt. 73-Feb. 74	7-8 %	rund 20 %

Es besteht also ein enormer Nachholbedarf; keinesfalls haben die Arbeiter Grund, sich auf den Ausgleich der Preiserhöhungen zu beschränken.

- Außerdem sind die offiziellen Preisangaben immer zu niedrig angesetzt; erst jetzt spricht man von 20 %, obwohl diese Steigerungsrate für einen Arbeiterhaushalt bereits im letzten Winter erreicht worden war und mittlerweile bei weit über 20 % liegen dürfte.
- Überhaupt nicht berücksichtigt wird im „Sozial"kontrakt natürlich die Steigerung der Ausbeutung durch Rationalisierung und Steigerung der Produktivität.

Die jährliche Delegiertenkonferenz des Gewerkschaftsdachverbandes TUC in der ersten Woche des September in Blackpool stimmte dem „Sozial"kontrakt zu und konkretisierte ihn auch gleich: zwischen 8 und 15 % sollen die Forderungen der Arbeiter liegen dürfen!! Diese Lohnleitlinie liegt jetzt schon deutlich u n t e r den derzeit offiziell bekanntgegebenen Preissteigerungen!



.... gegen Inflation, Rationalisierung, Lohndiktat.....

Krankenschwestern des Charing Cross Krankenhaus in Fulham halten mit 200 anderen Krankenhaus-Angestellten eine Versammlung ab, um für ihre Forderung nach 55 % mehr Lohn zu demonstrieren. Die Krankenschwestern gehören zu den am schlechtesten bezahlten Arbeiterinnen: so verdient eine Hilfsschwester oder Schwesternschülerin nicht mehr als 110,– DM in der Woche. Im Mai fanden in den meisten größeren Städten Englands größere Demonstrationen von Krankenschwestern statt und leiteten eine Welle von kleineren Streiks, Überstundenboykotts und Boykotts der Privatstationen in englischen Krankenhäusern ein. In der nächsten „INTERNATIONALE" werden wir ausführlich über die Streiks der Krankenschwestern berichten.

3. England raus aus der EG??

In den letzten Wochen konnte man viel davon in den Zeitungen lesen, daß Wilson den Wählern im Falle einer Wiederwahl der Labour Party ein Referendum (Volksabstimmung) versprochen habe, ob England in der EG bleiben soll oder nicht. Tatsächlich hat er dies vernebelt mit einer neuen Formulierung von der „Abstimmung des Volkes an der Wahlurne". Das kann nun heißen, daß nach Abschluß der Neuverhandlungen abermals Neuwahlen angesetzt werden und Labour sich mit seinen Verhandlungsergebnissen zur Wahl stellt. Das stellt das englische Volk dann vor die tolle „Alternative", entweder Tory zu wählen, deren Pro-EG-Kurs ja bekannt ist, oder Labour – das „kleinere Übel"! Eine zweite Möglichkeit, die Parole von der „Abstimmung des Volkes an der Wahlurne" zu interpretieren, bestünde darin, das Parlament – als sogenannter „Vertreter des Volkes"! –

abstimmen zu lassen. Davon war be-

abstimmen zu lassen. Davon war bereits im Mai dieses Jahres die Rede. Entgegen früheren Wahlversprechungen scheint derzeit auch Labour kein Referendum zu wollen, in dem der Beitritt selbst zur Wahl gestellt wird, denn es wird von niemandem bezweifelt, daß ein solches Referendum negativ ausgehen wird, also für A u s t r i t t aus der EG. Denn den Beitritt Englands zur EG haben die englischen Imperialisten beschlossen.

Die bewußte Verlogenheit der Labour-Führer wird daran deutlich, daß Außenminister Callaghan bereits im April 1974 ausdrücklich „betonte, daß seine Regierung nicht Verhandlungen mit dem Ziel des Austritts aus der Gemeinschaft anstrebe". („FR", 2.4.74) Im Juni äußerte sich Genscher befriedigt (!), daß „Callaghan Änderungen der Gemeinschaftsverträge ausgeschlossen hätte" („FR", 5.6.74).

1974 – ein neuer Streikrekord

Bereits vor der Regierungsübernahme durch die Labour Party nahmen die spontanen – durch die Arbeiter selbst begonnenen – Streikkämpfe mächtig zu.

In den neuesten Streikstatistiken spiegelt sich diese Entwicklung deutlich wider: Bereits jetzt ist die Zahl der durch Streiks ausgefallenen Arbeitstage um 2.600.000 höher als die für ganz 1973; im letzten Jahr waren es insgesamt 7.197.000 Tage, bis Ende August dieses Jahres bereits 9.868.000! Eine wesentliche Rolle bei dieser Steigerung spielt sicherlich der dreieinhalb-monatige Bergarbeiterstreik. Um eine qualitative Aussage über diese Zahlen zu treffen, müßte man allerdings Angaben über die Zahl der beteiligten Arbeiter und Angestellten haben; darüber, um wieviele Streiks es sich dabei handelte usw. Dazu bestehen bezeichnenderweise jedoch keine Statistiken.

Eine Aussage läßt sich allerdings schon treffen: es handelt sich bei den Streiks in erster Linie um ökonomische Streiks, also um Forderungen nach mehr Lohn. Erst in zweiter Linie gab es Kämpfe gegen die Entlassung oder Einschüchterung von Vertrauensleuten. Kaum bekannt sind Streiks für politische Forderungen, wie z. B. noch 1971 gegen das Tory-Antistreikgesetz. So sind sowohl der Sozial-Kontrakt als auch das neue Gewerkschaftsgesetz unseres Wissens relativ sang- und klanglos, abgesehen von kritischen Artikeln in sozialistischen und trotzkistischen Zeitungen, über die Bühne gegangen. In der Praxis allerdings wird von den Arbeitern weder der Sozial-Kontrakt, noch das neue Gesetz (z. B. was die Laufzeit von Verträgen angeht, vor deren Ablauf keine Streiks begonnen werden sollten) eingehalten. Die Forderungen, die gegenwärtig Gegenstand von Streiks sind (Docker, Bergarbeiter, Krankenschwestern, Ford-Arbeiter...) sind wesentlich höher als die ausgehandelten Lohnleitlinien: zwischen 30 und 50 %.

Von den wichtigsten Kämpfen dieses Jahres (Krankenhauspersonal, Docker, Bergarbeiter, Fordarbeiter u.a.) wollen wir kurz auf die Bergarbeiter eingehen.

... gegen Faschismus der englischen Gesellschaft ...

„Smash the Nazi-Front" – Zerschlagt die „Nazi-Front"

5 000 Menschen demonstrierten Ende August in Leicester gegen die faschistische „National Front" – eine zunehmend aktive Organisation, die den Rassismus offen auf ihre Fahnen geschrieben hat. „England den Engländern" ist eine ihrer Hauptparolen und richtet sich gegen die große Gruppe von Gastarbeitern, die aus den ehemaligen Commonwealth-Ländern nach England gekommen sind.

Die „National Front" – von den Antifaschisten „Nazi Front" genannt – hatte eine Demonstration durch Stadtteile von Leicester angekündigt, die überwiegend von farbigen Arbeiterfamilien bewohnt sind. Eine freche Provokation!

Die große antifaschistische Demonstration hinderte sie daran, diese Provokation auszuführen.

Bergarbeiter

Nach 14-wöchigem Kampf hatten die 260.000 Bergarbeiter im Februar dieses Jahres durchschnittliche 30 % Lohnerhöhungen erkämpft, obwohl die Tory-Regierung mit erpresserischen Maßnahmen wie Notstandserklärung, Drei-Tage-Woche und Stromrationierung versucht hatte, ihr Lohndiktat von 8 % durchzusetzen.

Den Bergleuten geholfen hatten die Docker, die keine ausländische Kohle verluden; die Eisenbahner, die sich weigerten, Kohle zu transportieren; Kraftwerker, die keine Streikbrecherkohle in den Elektrizitätswerken verfeuerten (siehe AK 43).

Jetzt stehen neue Verhandlungen an. Die Kohlebehörde, Verwaltungsorgan der seit 1950 verstaatlichten Kohlegruben, hat mit der Gewerkschaftsführung einen sog. „Produktivitäts-Plan" ausgetüftelt, der das Interesse der Bourgeoisie an umfassender Rationalisierung, Senkung der Belegschaften um Zig-Tausende und Steigerung der Produktivität – sprich Ausbeutung – verkörpert.

Es ist darin vorgesehen, den Lohn der Bergarbeiter an ihre Leistung zu koppeln: eine bestimmte Fördermenge, auf die man sich noch einigen wird, wird gleich 100 % gesetzt. Lohnerhöhungen wird es erst dann geben, wenn eine Grube mehr als 75 % dieser Menge fördert. Erreicht eine Grube 100 %, so gibt es eine zusätzliche Prämie von 12.50 Pfund (etwa 80 DM) pro Woche. Für 110 % beträgt die Prämie 17.50 Pfund (110 DM) und für 120 % dann 22.50 Pfund (140 DM) pro Woche.

Mit diesen im oberen Bereich vergleichsweise „fetten" Angeboten (22.50 Pfund sind auf den Lohn eines Untertagebau-Arbeiters gerechnet etwa 50 %) soll ein gefährlicher politischer Angriff auf die Solidarität der Kumpel verdeckt werden: ein Arbeiter wird gegen den anderen ausgespielt, der Stärkere gegen den Schwächeren, der Gesunde gegen den Kranken, der Junge gegen den Alten, eine produktive Kohlenmine gegen eine nicht so ergiebige usw. Die Ausbeutung soll im gleichen Maß zunehmen, wie die Solidarität unter den Arbeitern abnimmt.

W. McLean, Führer der schottischen Bergarbeiter, Mitglied der revisionistischen Communist Party, sagte: *„Ich bin aus Prinzip gegen Produktivitätsabkommen. Seit 1971 werden alle Bergleute, die überall die gleiche Arbeit tun, gleich bezahlt. Dieser Plan ist ein Versuch, die Mitglieder (der Gewerkschaften) zu spalten und die Macht der Gewerkschaften zu zerstören".*

Der reaktionäre „Daily Telegraph" schreibt ganz offen über die Motive der Kohlenbehörde: *„Sir Derek (Präsident der Behörde) und seine Kollegen waren strikt gegen ein nationales Abkommen, in dem die Prämien zwischen allen 260.000 Arbeitern der*

Abkommen, in dem die Prämien zwischen allen 260.000 Arbeitern der

Branche aufgeteilt werden. Sie sagen, daß dies den Männern in den modernen (!) Gruben den Anreiz nehmen würde, die Kohle schneller zu fördern". („Daily Telegr.", 4.10.74)

Es geht also um das Herausrationalisieren „unmoderner" – sprich unprofitabler – Kohlengruben; dort soll die Arbeitsanspannung so groß und der Lohn so niedrig werden, daß immer mehr Arbeiter von selbst diese Gruben verlassen.

Seit Jahrzehnten rationalisieren die Kapitalisten im Bergbau wie in kaum einem anderen Wirtschaftszweig. Die Zahl der Bergleute wurde wie folgt abgebaut:

Zahl der Bergleute:

1870	1.800.000
1939	770.000
1949	720.000
1962	556.000
1969	442.000
1971	280.000
1974	260.000

Die Verstaatlichung des Bergbaus Anfang der 50er Jahre durch die damalige Labour-Regierung hatte eine enorme Konzentration und Steigerung der Produktivität zur Folge: von 1949 bis 1960 verringerte sich die Zahl der Bergarbeiter um ein Sechstel, die Zahl der Gruben aber um ein Drittel. In der gleichen Zeit wurde die Fördermenge pro Arbeiter pro Schicht um ein Drittel hochgetrieben. Die Löhne der Bergarbeiter fielen von der 1. Stelle der englischen Lohnskala auf die 15.

Die Unfallstatistiken sprechen eine grausige Sprache über das Leben der Bergarbeiter in den englischen Minen – und über ihren Tod:

Unfälle auf 150.000 Arbeitsschichten:

1955	1960	1964/65	1965/66	1967/68
127	144	186	210	212

Eine Steigerung der Unfälle mit zunehmender Rationalisierung um jährliche 9 %!

In einem Bericht, den Bergarbeiter von Yorkshire während des 69er Streiks über ihre Lage geschrieben haben, heißt es: *„Die Hälfte von ihnen* (von den Übertagearbeitern – AK) *ist über 50, die meisten von ih-*

Forts. England

nen sind Männer, deren Verletzungen und Alter sie von der Untertagearbeit verbannt haben. Kürzliche Untersuchungen in dem Kohlerevier von Derbyshire lassen darauf schließen, daß ein Drittel aller heute arbeitenden Bergarbeiter eine Verletzung oder eine Krankheit erlitten haben, die ernsthaft genug sind, um sie entweder von öffentlichen Entschädigungen oder von besonderen Beihilfen des Managements abhängig zu machen".

Für die Söhne der Bergleute besteht in den traditionellen Kohlenrevieren kaum eine andere Berufsmöglichkeit, als auch in den Schacht einzufahren. Die Arbeitslosigkeit in diesen Gebieten ist überproportional hoch; ganze Dörfer und Städtchen verfallen, weil die Familien in andere Industriegebiete ziehen müssen.

Arbeitslosigkeit in Gebieten mit viel Bergbau im Januar 1971
(Durch die Größe der Gebiete wird das Bild allerdings etwas abgeschwächt; so gibt es beispielsweise nur in Süd-Wales große Gruben, wo die Arbeitslosigkeit mit Sicherheit wesentlich über den angegebenen 5,4% liegt)

Nordengland	6,8 %
Wales	5,4 %
Schottland	7,0 %
Yorkshire/Humbershire	4,5 %
Groß-Londen / Südostengland	2,5 %

Der neue Produktivitätsplan sollte eigentlich im November in Kraft treten. Für den 2. und 3. Oktober hatte die Gewerkschaftsführung eine Abstimmung der Mitglieder der größten Bergarbeiter-Gewerkschaft NUM (National Union of Mineworkers) angesetzt. Ganz offensichtlich wurde aber in den Wochen vorher auf Schicht- und Betriebsversammlungen, daß vor allem in den Bezirken mit den weniger produktiven Gruben eine haushohe Ablehnung des Planes durch die Arbeiter zu erwarten war.

Diese starke Opposition der Basis gegen den Produktivitätsplan spiegelte sich auf der Konferenz der NUM-Führer am 26.9. in London wider: Die Delegierten von Schottland, Süd-Wales, Kent, Durham, Midsland und Yorkshire sprachen sich gegen den Plan aus. Als Joe Gormley, Präsident der NUM, dem oppositionellen Delegierten Arthur Scargill (Yorkshire) nach einer heftigen Debatte das Wort entzog, verließ die 16-köpfige Yorkshire-Delegation die Konferenz.

Draußen demonstrierten mehrere hundert Kumpel gegen den Plan. Als Lawrence Daly (ehemals Mitglied der revisionistischen CP, jetzt Gewerkschaftsführer des rechten Flügels) die Konferenz verließ, mußte eine Polizeikette ihm eine Gasse durch wütende Arbeiter bahnen. Er wurde geschubst, seine Jacke wurde ihm runtergerissen und die Menge forderte in Sprechchören „No Deal!" (kein Handel!).

Die nächste Sitzung der Exekutive der Bergarbeitergewerkschaft lehnte dann den Plan angesichts der massiven Proteste mit 21 : 4 Stimmen lieber ab. Die Abstimmung wurde erst einmal verschoben, um – wie es hieß – mit der Kohlenbehörde ein „höheres Angebot" auszuhandeln. D. h. der Köder wird etwas fetter gemacht, damit die Arbeiter das Gift der Rationalisierung und Spaltung dann – im Hinblick auf kurzfristige Verbesserungen ihrer Existenz – schlucken sollen.

Die Kämpfe der Bergarbeiter in den letzten Jahren gehören zu den wichtigsten der englischen Arbeiterklasse:

1969: rund 130.000 Kumpel streikten ohne Zustimmung der Gewerkschaftsführung für mehr Lohn und die 40-Stunden-Woche. Nach der Bildung einer „unabhängigen Untersuchungskommission" stellten sie allerdings auf Empfehlung der örtlichen Sekretäre ihre Kämpfe ein, bevor eine Zusicherung gemacht worden war.

1972: durchbrachen die 280.000 Kumpel in mächtigen Streikaktionen und mit der Unterstützung breiter Teile der Arbeiterklasse die Lohnleitlinien der Tories. Die reaktionäre Heath-Regierung wagte damals nicht, das gerade in Kraft getretene Anti-Streikgesetz anzuwenden.

1974: wegen des insgesamt 14-wöchigen Kampfes der Bergleute trat die Tory-Regierung zurück, Lohndiktat und Anti-Streikgesetz mußten zurückgenommen werden.

Für die Zukunft der englischen Arbeiterbewegung ist es von großer Bedeutung, ob die Solidarität in diesem wichtigen Teil der Arbeiterklasse durch den Produktivitäts-Plan zerfressen wird. ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg



. . . für „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" . . .

Ende September besetzten 400 Arbeiterinnen der SEI-Fabrik (Salford Electrical Instruments) in Lancashire/Nähe Manchester ihr Werk. Am Sonntag, den 29.9. war es einer kleinen Gruppe von ihnen gelungen, sich am Pförtner vorbeizumogeln. Sie verbrachten die Nacht in der Fabrik und wurden am Montagmorgen durch ihre Kolleginnen verstärkt, von denen sich ein Teil als Streikposten vor dem Werk aufstellten.

Seitdem halten sie das Werk besetzt.

Diese Besetzung ist der Höhepunkt eines inzwischen 7-Wochen dauernden Streiks für die Forderung nach einer Prämie, die ihre Forderung nach einer Prämie, die ihre männlichen Arbeitskollegen für die gleiche Arbeit erhalten, und die den Frauen immer vorenthalten wurde.

Portugal: Ein Reisebericht

Nirgendwo in Europa ist der Gegensatz zwischen arm und reich so krass wie in Portugal: auf dem Lande kleinste Felder, teilweise mit Lehmhütten, wo Kinder den ganzen Tag mit zwei kleinen Obstkörben sitzen und auf Touristen warten neben riesigen Großgrundbesitzen und den dazugehörigen „Herrensitzen", in den Städten Geschäfts- und Villenviertel, die sich durch nichts von den „unseren" unterscheiden. Findet man jedoch mal einen Durchgang in die Hinterhöfe: kaum meterbreite Gassen, sechsköpfige Familien in einem Raum (nebst mehreren Hunden), bettelnde Frauen und Kinder.

Da die Lebensmittelpreise im Verhältnis zum Mindestlohn (3.300 Esc., ca. 330 DM), den sowieso nur ein begrenzter Teil des Volkes wirklich erhält, enorm hoch sind (so sind sogar teilweise Grundnahrungsmittel fast so teuer wie bei uns, importiertes Obst wie Bananen sogar teurer, Milch wird in Dörfern häufig von einem einmal am Tag durchfahrenden Laster verkauft), sind Frauen und vor allem Kinder zum Nebenerwerb gezwungen, als Schuhputzer, Bauchladenverkäufer, in Kneipen, auf dem Land oder eben durch Bettelei.

Das politische Verhalten der Bevölkerung ist gekennzeichnet durch eine ungeheure Wachsamkeit gegenüber allen politischen Ereignissen, auch solchen, die mit „großer Politik" auf den ersten Blick nicht viel zu tun haben. Dies wird an mehreren Beispielen deutlich:

Vor einem Plakat im Zentrum Portos versammelten sich über mehrere Tage durchgehend 50 bis 100 Passanten, um über einen empörenden Vorfall zu diskutieren: Ein heimgekehrter Soldat, der durch seine Erlebnisse im Kolonialkrieg geistesgestört war, hatte einen Priester angebettelt, worauf dieser ihn zusammenschlug. Diese Diskussionen machten auch deutlich, daß die Kirche ihre bislang unangetastete Macht nicht mehr unkontrolliert ausüben kann.

Überall an den Wänden und auf Plakaten sind Forderungen nach „Volksjustiz" aufgestellt. Wie stark diese Forderungen im Volk verankert sind, erkannten wir bei einem Gespräch mit einem portugiesischen Seemann, den wir in einem Arbeiterviertel am Hafen von Porto kennenlernten. Er erzählte von den Foltermethoden der „Pides" (Geheimpolizei), die mehrere seiner Bekannten am eigenen Leib in der Station am gegenüberliegenden Ufer (mit angrenzendem Friedhof!) erfahren hatten. Daß die Portugiesen nach dem 25. April daran gingen, diese Verbrechen zu rächen, zeigte uns ein ins Wasser gestürzter Wagen eines Geheimpolizisten.

Ein Geheimpolizist aus diesem Viertel hatte es vorgezogen, sich lieber selbst umzubringen. Daß das Volk die Bekämpfung der Geheimpolizei lieber selbst in die Hand nimmt, als dies der „neuen" Regierung zu überlassen, zeigt das berechtigte Mißtrauen im Volk gegenüber den staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Faschisten. Beim „Gefängnisaufstand"



Antifaschistische Plakate

der inhaftierten Pide-Angehörigen rückte Polizei zum Schutz der Faschisten an, da die versammelten Antifaschisten gefordert hatten, daß man diese Faschisten ruhig rauslassen solle, man würde schon mit ihnen fertig werden.

Die Plakate der sogenannten „schweigenden Mehrheit" (in Wirklichkeit eine rechte Minderheit), die zur Demonstration am 29.10. aufriefen, (die aber von der antifaschistischen Bewegung verhindert wurde, siehe AK 50), waren schon am nächsten Tag größtenteils wieder abgerissen.

Daß auch die Angst vor der bewaffneten Staatsmacht nicht mehr so groß ist, demonstriert folgendes Beispiel: Bei einer Demonstration der Dockarbeiter, die von 200 Soldaten mit Gewehr im Anschlag aufgelöst werden sollte, machten sich die Dokker mit der Parole: „Wir waren auch mal Soldaten, ihr werdet auch wieder Arbeiter, wir sind eine Klasse" den Weg frei.

Wir hatten Gelegenheit, zwei Veranstaltungen revolutionärer Organisationen mitzuerleben. Die erste war eine Chile-Solidaritätsveranstaltung am 11. September in Porto. Überall in der Stadt hingen Plakate, die auf diese Veranstaltung hinwiesen. Ein Lautsprecherwagen fuhr durch die Innenstadt, der zur Veranstaltung aufrief; Veranstalter waren eine Anzahl kleinerer Organisationen, hauptsächlich studentische politisch-kulturelle Organisationen, wie z.B. das Theater der Universität Porto (TUP). Teilweise handelte es sich dabei um studentische Organisationen der O.C.M.L.P. (Kommunistische Marxistisch-Leninistische Organisation Portugals), die besonders in Porto arbeitet.

Auf der Veranstaltung waren etwa 3.000 bis 3.500 Leute aus allen Schichten des Volkes, mit Ausnahme der ärmsten Schichten.

Neben Kurzreferaten wurde die Veranstaltung hauptsächlich von einer Politsong-Gruppe und revolutionärem Theater getragen. Die politischen Lieder hatten offensichtlich bekannte Melodien, zu denen neue Texte geschrieben worden sind. Alle Veranstaltungsteilnehmer machten begeistert mit. Wer den Text nicht kannte oder im Songbuch nicht mitlesen konnte, klatschte den Rhythmus und sang den Refrain mit.

Das Theater versuchte die jüngste Geschichte Chiles anhand der konkreten Situation der chilenischen Arbeiter und Bauern darzustellen. Obwohl wir so gut wie kein Wort verstanden, konnten wir den Verlauf des Stücks sehr gut verfolgen, da es pantomimisch sehr ausdrucksstark war. Die Organisierung des bewaffneten Widerstandes wurde z.B. dargestellt, indem die von den Faschisten niedergeschossenen Arbeiter wieder aufstanden, Waffen in den Händen hatten und die faschistischen Soldaten abknallten.



Straßendiskussionen wie hier in Porto, sind heute ein alltägliches Bild in Portugal

Die Zuschauer waren auch hier begeistert mitgegangen. Sicherlich hatte diese Veranstaltung nicht ein ausgesprochen hohes politisches Niveau, aber hier haben wir gelernt, daß eine solche Veranstaltung auch eine gute Möglichkeit ist, der Bevölkerung die Lehren aus Chile verständlich zu machen und die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes darzustellen.

Zum 18. September, dem 4. Jahrestag der Gründung des MRPP (=Bewegung zum Wiederaufbau der Partei des Proletariats; bekannt aus verschiedenen AK und dI-Artikeln) rief der MRPP zu Veranstaltungen in 17 verschiedenen Orten in Portugal auf. Das wurde sogar in der bürgerlichen Presse bekanntgegeben. Der MRPP ist zweifellos die bedeutendste revolutionäre Organisation in Portugal. Wir besuchten die Veranstaltung in Lissabon. Als wir ankamen, marschierte gerade ein kleiner Demonstrationszug unter Sprechparolen in die Veranstaltungshalle. In der Vorhalle waren Bücherstände. Die „Luta Popular", die Zeitung der MRPP, die schon seit Monaten wieder verboten ist und die an diesem Tag neu herausgekommen war, fand reißenden Absatz. Sie wurde trotz des Verbots offen verkauft. Fast jeder kaufte sich eine, einige nahmen sogar vier oder fünf.

Auch die „O Tempo e o Modo", eine Zeitschrift, die sehr enge Kontakte zum MRPP hat und mit dessen Linie übereinstimmt, wurde verkauft. Über den Büchertischen hingen Bilder von zwei Genossen. Diese beiden seien die ersten Genossen von MRPP, die Opfer des Faschismus geworden sind, wurde uns gesagt. Der eine, der Student Ribeiro Santos, ist bei einer Demonstration erschossen worden, der andere, ehemaliger Herausgeber von „O Tempo e o Modo", kam vor einigen Monaten auf sehr mysteriöse Weise bei einem Autounfall ums Leben.

Beeindruckend war das Bild, das sich uns bot, als wir die Haupthalle betraten. Anwesend waren etwa 6.000 bis 7.000 Leute, hauptsächlich jüngere, einige Soldaten in Uniform. Überall waren rote Fahnen und Spruchbänder zu sehen. Vorn hingen große Bilder mit den Köpfen von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao, auf einem riesigen roten Tuch, darunter stand: „Es



Aufruf zu einer Chile-Veranstaltung

lebe die Bewegung zum Wiederaufbau der Partei des Proletariats!" Die Veranstaltung begann mit einer Gedenkminute für den erschossenen Genossen. Nachdem eine Grußadresse von Saldanha Sanchez, dem Herausgeber von „Luta Popular", der im Gefängnis sitzt, verlesen wurde, hielten verschiedene Genossen der Bündnisorganisationen der MRPP Reden über den Kampf vor und nach dem 25. April und über die aktuellen Aufgaben. Der MRPP hat verschiedene Bündnisorganisationen, z.B. Jugend-, Studenten-, Frauen-, Bauern,- und Soldatenorganisationen. Die Soldatenorganisation ist illegal, alle anderen sind legal seit dem 25. April, arbeiten aber auch illegal.

Auffällig war, daß zwischen den Beiträgen die Leute aufsprangen und mit erhobenen Fäusten Parolen schrien, u.a. auch immer wieder: „Es lebe der MRPP!" So gut wie alle Anwesenden beteiligten sich an diesen Sprechchören. Es fiel sogar auf, daß sich in einer Ecke eine Anzahl von ca. 20 Leuten nicht beteiligten.

Als wir fragten, wurde uns gesagt, daß diese Leute Revis seien, von denen man noch irgendwelche Provokationen erwarte. Sie verzogen sich aber nach einiger Zeit. Die Atmosphäre auf der Veranstaltung verdeutlichte uns ein wenig, mit welcher Begeisterung und Entschlossenheit die Genossen des MRPP den Kampf für den Sozialismus führen und jedem faschistischen Angriff den militanten Kampfgeist jedes einzelnen Genossen entgegenstellen. ●

Genossen der Bezirksgruppe Harburg/Wilhelmsburg des KB/Gruppe Hamburg und des SSB (Studenten)

Italien

Haftbefehle und Ermittlungen gegen Generäle, Geheimdienstler und Polizeiführer

In der ersten Oktoberhälfte führte die italienische Regierung einen „großen Schlag" gegen Beteiligte an reaktionären und faschistischen Staatsstreichplänen durch. 73 Wohnungen wurden durchsucht, 20 Haftbefehle ausgestellt (acht der Betroffenen konnten verhaftet werden, zwölf sind „flüchtig"), gegen 53 Personen wird ermittelt.

Es geht bei dieser Aktion lediglich um e i n e s von mehreren Putsch-Unternehmen, nämlich um einen Staatsstreich, der in der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember 1970 beginnen sollte.

Chef dieses Unternehmens war der (im August in Spanien gestorbene) Faschist J. Valerio Borghese. Unter dem Faschismus baute Borghese die Terrortruppe „X Mas" auf, die den Partisanenkampf unterdrücken und die Bevölkerung einschüchtern sollte. 1948 wurde Borghese als Kriegsverbrecher zu 12 Jahren Haft verurteilt, aber – ebenso wie die meisten deutschen und italienischen Kriegsverbrecher – kurz darauf amnestiert und frei gelassen.

Seine faschistische Vergangenheit trug Borghese den Posten eines Ehrenpräsidenten der neofaschistischen Partei MSI ein. 1967 trat er formal aus der MSI aus und gründete die „Fronte Nazionale", deren Aufgabe u.a. darin bestand, dunklere Geschäfte für die MSI abzuwickeln (Finanzierung der MSI durch Kapitalisten, Kontakte zu den alten Faschisten in der Hierarchie der Armee usw.).

Borgheses „Fronte Nazionale" wurde auch in Verbindung mit dem faschistischen Bombenanschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbank vom 12. Dezember 1969 (12 Tote) gebracht: am 24. Dezember „verschwand" der Finanzverantwortliche der „Fronte Nazionale", Armando Calzolari. Erst am 28. Januar 1970 wurde er gefunden – mit dem Kopf nach unten in einem Brunnen, „ertrunken", am Stadtrand von Rom. Es hieß dazu bald, Calzolari sei gegen den Anschlag auf die Bank gewesen und habe „zuviel gewußt" ...

In der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember 1970 sollte dann ein Putsch beginnen. Hierüber sind bisher nur wenige Details bekannt, die das Unternehmen noch in einem recht dilettantischen Licht erscheinen lassen. Danach verfügten die „Putschisten" nur über etwa 200 bewaffnete Forstaufseher (!) und 50 bewaffnete Faschisten der Organisation „Avanguardia nazionale". Die Faschisten von „Avanguardia nazionale" sollten das Innenministerium „besetzen" und drangen auch tatsächlich bis in das Gebäude vor. Die Forstaufseher sollten das Gebäude der RAI (Rundfunk/Fernsehen) „besetzen", kamen aber nicht bis dorthin, da das ganze Unternehmen plötzlich abgeblasen wurde.

Wegen des Putschplans wurden damals u.a. verhaftet: Sandro Saccucci, Fallschirmjägeroffizier; Major Mario Rosa; Oberstleutnant Giovanni de Rosa; Remo Orlandini, Kapitalist; Guiseppe Lo Vecchio, Oberst der Luftwaffe. Borghese selbst konnte sich rechtzeitig ins faschistische Spanien absetzen.

M a n g e l s B e w e i s e n wurden die verhafteten Faschisten jedoch später wieder f r e i g e l a s s e n. Sandro Saccucci ist inzwischen Abgeordneter der MSI (!!) geworden, was ihn vorerst davor bewahrt, daß der jetzt wieder gegen ihn vorbereitete Haftbefehl in Kraft treten kann.

Unter den jetzt, im Oktober 1974, vier Jahre nach dem Putschversuch, Verhafteten sind:

Luciano Berti, ehemaliger Inspektor im Landwirtschafts- und Forstministerium – er kommandierte die 200 faschistischen Forstaufseher, die die RAI „besetzen" sollten.

Enzo Capanna, Polizeimajor.

Salvatore Pecorella, Major der Carabinieri. Ihm unterstand die polizeiliche Bewachung des Viminale (Regierungsviertel in Rom) durch rund 1.000 Carabinieri. Er sorgte dafür, daß der bewaffnete Trupp von „Avanguardia nazionale" ungestört bis ins Innenministerium vordringen konnte.

Carabinieri-Major Lorenzo Pinto; zur Zeit des Putschplanes in Florenz.

Nicht vollstreckt werden konnte ein Haftbefehl gegen Giuseppe Casero, General der Luftwaffe; er hat sich rechtzeitig aus dem Staube gemacht.

Unter den in diesem Zusammenhang durchsuchten Wohnungen ist auch die des General Fanali, Stabschef der Luftwaffe bis 1971. Gegen den General Vito Miceli wird wegen „Begünstigung" ermittelt. Miceli war bis zum Juli dieses Jahres Chef des Geheimdienstes SID und wurde dann Kommandant des 3. Armeekorps.

Ihm wird vorgeworfen, von den Purschvorbereitungen Borgheses gewußt, aber nichts unternommen zu haben! Tatsächlich wird hier aber nur ein kleines Stück der viel umfassenderen Verantwortlichkeiten Miceli's deutlich.

Wenige Tage vor diesem „Schlag" der Regierung gegen einige der faschistischen Putsch-Planer waren schon wegen eines weiteren Putsch-Planes drei MSI-Faschisten verhaftet worden. Der Plan bestand darin, Ende Oktober zunächst mehrere Politiker zu entführen und zu ermorden (u.a. den Gewerkschaftsführer Lama, den PCI-Führer Berlinguer und zwei Minister), Büros der Linken anzugreifen, Bomben zu legen usw. Dies sollte Reaktionen der Arbeiterklasse hervorrufen, die dann wiederum zu einem „Eingreifen" von Armee und Polizei und letztlich zur faschistischen Diktatur führen sollten.



Andreotti

In AK 45 – nach dem faschistischen Massaker in Brescia – schrieben wir: „ ‚*Verschwörungen' wie diese muten recht dilettantisch und kaum ernst zu nehmen an. Man muß dabei aber bedenken, daß alle diese Zirkel von Möchtegern-Putschisten, die jeder für sich genommen kaum gefährlich sind, z u s a m m e n g e k n ü p f t werden durch den italienischen Geheimdienst, der in allen diesen Verschwörerzirkeln anwesend ist* ..."

Das bestätigt sich auch hier, wenn z.B. in einen scheinbar lächerlichen Putschversuch mit 200 faschistischen Förstern u.ä. gleichzeitig der damalige Chef der Luftwaffe und des Geheimdienstes verwickelt sind.

Der „Schlag" der Regierung gegen einige der Putschisten wurde durch eine „Enthüllung" des „Verteidigungs"ministers Andreotti (DC) Ende September vorbereitet. Andreotti sprach davon – was im Grunde alles andere als sensationell ist, aber von der Regierung bisher in dieser Klarheit nicht ausgesprochen wurde – daß es in den letzten Jahren d r e i Putschversuche gegeben habe. Zum einen den von Borghese im Dezember 1970; dann im Januar 1974 und schließlich im August.

Über die beiden letzten ist kaum etwas bekannt. Bekannt ist allerdings, daß es seit dem von Palästinensern durchgeführten Anschlag auf dem Flughafen Fiumicino (Rom) am 17. Dezember 73 und der folgenden Besetzung des Flughafens durch Fallschirmjäger mehrere Wochen lang Alarmmeldungen aus den bewaffneten Kräften gab, die in „Probealarmen" und Truppenbewegungen in zahlreichen italienischen Kasernen, vor allem am 26./27. Januar, gipfelten.

Ähnliche „Alarme" gab es im August wieder, vor allem am 14.-18. August. Dies muß auch in Zusammenhang gesehen werden mit dem Austritt Griechenlands aus der militärischen Integration der NATO zu genau diesem Zeitpunkt und den in den folgenden Tagen durchgeführten Truppenbewegungen und Flottenmanövern der USA in und um Italien (vgl. AK 50, S.7). Ein weiteres Alarmsignal war die Besetzung des römischen Bahnhofs Termini durch mehrere Hundert Polizisten und Carabinieri am 29. August – unter dem Vorwand, die bis an die Zähne bewaffneten Bullen wollten (nach dem Anschlag der Faschisten auf den Zug Rom-München am 4. August) nachsehen, ob vielleicht wieder irgendwo eine Bombe versteckt sei!

Andreotti selbst schwieg sich zunächst über die näheren Umstände der drei Putschpläne aus und nannte auch nicht die darin Verwickelten. Die Illustrierte „L'Espresso" brachte daraufhin einen Artikel, in dem eine Reihe von Namen genannt wurden. Darunter der Luftwaffen-General Fanali, dessen Wohnung inzwischen durchsucht wurde (s.o.). Ferner Miceli, ehemaliger Chef des SID, gegen den jetzt ermittelt wird; General Pichiotti, Vizekommandant der Carabinieri; General Ferrara, Chef des Stabes der Carabinieri; Admiral Rosselli-Lorenzine, chem. Stabschef der Marine ...

Ein weiteres Schlaglicht auf das weitverzweigte Netz von Putschvorbereitungen wirft die Affäre um Edgardo Sogno, einer der Führer der rechtsgerichteten „Liberalen" Partei (PLI), die enge Verbindungen zur christdemokratischen Rechten unterhält.

Die Wohnung von Sogno wurde Ende August durchsucht; ebenso die Wohnungen seiner Kumpane Enrico Martini, Andrea Borghesio (Kommunalrat der Christdemokraten in einem Ort bei Pavia) und Felice Mautino (ehemaliger Provinzsekretär der Christdemokraten). Der Vorwurf gegen sie lautet: **„Kontakte mit Exponenten der subversiven Rechten, die wegen Wiederaufbau der faschistischen Partei verfolgt werden und terroristischer Aktionen verdächtig sind"!**



Fürst Valerio Borghese (links) floh Ende 1970 nach einem Putsch-Versuch nach Spanien. (Rechts: Rachele Mussolini.)

Sogno und seine Kumpane gehören zum besonders eng mit dem Großkapital und mit den USA verbundenen Teil der schwarzen Verschwörung (trame nere), was u.a. mit ihrer „antifaschistischen Vergangenheit" zusammenhängt: Sie kommandierten im letzten Krieg „weiße" Partisaneneinheiten – also Einheiten, die im Dienst der Alliierten (USA, Großbritannen) und der sich vom Faschismus Mussolinis lösenden Teile der italienischen Bourgeoisie standen.

Nach dem Krieg verhalfen seine ausgezeichneten Verbindungen Sogno zunächst zu einer Karriere im diplomatischen Dienst und dann in der NATO.

1954 gründete Sogno zusammen mit Luigi Cavallo (berüchtigter agent provocateur des CIA) die faschistische Tarnorganisation **„Pace lilliberta"** (Friede und Freiheit), faschistische Tarnorganisationen mit ähnlichen Namen wurden – unter direkter Mitwirkung des CIA in der Zeit des aggressivsten „Roll back" („Zurückdrängung" des Sozialismus) auch in anderen imperialistischen Länder gegründet – so der **„Volksbund für Frieden und Freiheit"** in der BRD (vgl. Artikel „Strauß, seine alten und neuen Freunde ..." in diesem AK).

Sognos „Pace e liberta" machte bereits Schlagzeile, als im Mai 73 ein Faschist eine Handgranate in Mailand warf (vier Tote). Dieser Mörder, der die letzten beiden Jahre in einem Kibbuz in Israel gelebt hatte und die Nacht vor dem Anschlag im Haus eines faschistischen Funktionärs verbracht hatte, wollte sich als „Anarchist" ausgeben! Schließlich kam heraus, daß er in den 50er Jahren V-Mann von „Pace e liberta" gewesen war... (Vgl. AK 29, S. 18).

Zurück zu Sogno: Dieser wurde 1971 Vizesekretär der FIVL, dem „Traditionsverband" der „weißen" Partisanen. Im Juli 1974 gab er erstmals seine Zeitschrift „Difesa Nazionale" (Nationale Verteidigung) heraus, die vor allem an Offiziere verschickt wurde. In der Nummer 1 wurde z.B. verkündet: „*In den für dieses Land entscheidenden Momenten haben wir immer kleine Minderheiten gehabt, einzelne Männer, die stets eingegriffen haben und die Verantwortung für große Entscheidungen übernommen haben...*"

Sogno stand in engem Kontakt zu Scicluna, der einen ähnlichen „antifaschistischen" Hintergrund wie Sogno hat. Er war nach dem Krieg Agent der alliierten Militärverwaltung in Italien, vor allem Verbindungsmann zu den Turiner Kapitalisten. Als solcher war er eng mit dem antikommunistischen „Roll back" bei Fiat in den 50er Jahren verknüpft (systematische „Säuberung" der Fiat-Betriebe von kommunistischen Arbeitern, Unterdrückung jeder auch nur gewerkschaftlichen Tätigkeit). Scicluna ist für seine Verdienste mit dem Posten eines Filialleiters von Fiat auf der Insel Malta abgefunden worden – falls er dort nicht (man bedenke die strategische Position Maltas, dessen Regierung sich ähnlich wie der gestürzte zyprische Präsident Makarios um eine unabhängige Politik bemüht) noch ganz andere Aufgaben wahrnimmt.

1971 wurde durch die Initiative eines mutigen Polizeioffiziers, der die Abwesenheit seines Vorgesetzten nutzte, bei Fiat eine große Menge geheimdienstliches Material beschlagnahmt. Der Fiat-Konzern hatte zahlreiche Polizisten, Geheimdienstler u. a. beschäftigt (die z.T. bei ihm als „Pförtner" etc. in den Lohnlisten geführt wurden), die in seinem Auftrag nicht nur die Arbeiter bespitzelten, sondern auch umfangreiche Karteien über Gewerkschaftsführer und Politiker angelegt hatten. Negative Folgen hat dieser Skandal wahrscheinlich nur für den Polizeibeamten gehabt ...



Faschist Almirante

Auch Cefis, Chef des Konzerns Montedison, hat – wie kürzlich bekannt wurde – einen heißen Draht zum Geheimdienst: von ihm bestochene SID-Agenten legten ihm regelmäßig „geheimstes" Spitzelmaterial über Politiker und Gewerkschafter vor.

Erinnert sei daran, daß Ende August einer der reichsten Kapitalisten Italiens, Mario Piaggio, verhaftet wurde, da er im Verdacht steht, die im letzten Jahr aufgeflogene Putschzentrale „Windrose" finanziell unterstützt zu haben (zu dieser Verschwörung gehörten mehrere Generäle, andere hohe Offiziere und MSI-Funktionäre).

Derselbe Verdacht wird von der revolutionären Linken auch gegen den Finanzkapitalisten Sindona geäußert. Sindona baute nach dem Krieg „aus dem Nichts" mit Unterstützung der alliierten Militärverwaltung ein gigantisches Wirtschafts„imperium" auf, ging aber jetzt an seinen eigenen Gaunereien und Spekulationen zugrunde; gegen ihn läuft – bisher nur wegen seiner Wirtschaftsverbrechen – ein Haftbefehl, dem er sich durch Verschwinden entzogen hat.

Als am 12. Dezember 1969 eine Bombe in der Mailänder Landwirtschaftsbank explodierte (16 Tote) und alle Parteien, einschließlich der Revisionisten, sich auf die „Anarchisten"jagd machten, war es **allein die revolutionäre Linke – und hier vor allem „Lotta Continua"** – die die Faschisten als Urheber des Blutbads kennzeichneten, die sich auf eigene Faust (z.T. durch fortschrittliche Juristen u.a. Beamte unterstützt) an die Ermittlungen machten, und die das Wort von der „strage di s t a t o", Blutbad des Staates, aufbrachten. Wie genau dieses Wort zutrifft, offenbart sich heute sogar in den Ermittlungen und Verhaftungen des Staatsapparats.

Prinzipiell dürften die V o r a u s s e t z u n g e n für putschistische Pläne innerhalb des Staatsapparats in der BRD kaum anders sein als in Italien: genau wie in Italien wurde auch in der BRD nach dem Krieg die Hierarchie von Geheimdiensten, Militär und Polizei mit Hilfe alter Faschisten aufgebaut (insbesondere der Aufbau des BND mit alten Gestapo-SD-Kadern), gleichzeitig mit großer Einflußnahme des US-Imperialismus und seines CIA. In Italien wie in der BRD führen tausende Fäden von der Christdemokratie (CDU/CSU) zu faschistischen Organisationen und Gruppen, zu hohen Militärs und Geheimdienstlern. In Italien wie in der BRD bespitzeln die Geheimdienste sogar bürgerliche Politiker. Genau wie die italienische DC war auch „unsere" CDU/CSU direkt an den Putschvorbereitungen gegen die Regierung Allende in Chile beteiligt. Wenn allerdings in der BRD Putschpläne wie in Italien bisher nicht bekannt wurden, so liegt das im immer noch erheblich ruhigeren Verlauf der Klassenkämpfe in der BRD – verglichen mit Italien – begründet.

Warum aber heute in Italien diese „Ermittlungen", diese „Enthüllungen", diese Verhaftungen des Staatsapparats gegen einige seiner führenden „Diener" (Generäle, Polizeioffiziere, hohe Geheimdienstler etc.)? – „Lotta Continua" vom 15.10.74 warnt – u.E. zu Recht – sowohl vor einer U n t e r schätzung dieser Vorgänge („alles bloß ein Manöver") wie auch einer Ü b e r schätzung („Die Kapitalisten wollen die Putschisten erledigen, die Putschgefahr nimmt ab"). LC schreibt, daß diese Maßnahmen zum einen ein e r z w u n g e n e s Manöver der Regierung seien (erzwungen durch die Klassenkämpfe und die Krise der DC), daß sie aber andererseits der „*qualitativ neuen Tendenz*" der „*Bildung eines Putschblocks*" entsprächen, „*der auf der militärischen Macht basiert und fortschreitend selbständiger gegenüber der politischen Macht ist*". LC zieht daraus die Schlußfolgerung, daß längerfristig die Gefahr der „Partei des Staatstreichs" nicht etwa abnimmt, sondern zunimmt. ●

Neue Offensive des japanischen Imperialismus

Im Leben dieses oder jenen Landes geschieht es nicht selten, daß irgendein einzelnes Ereignis Licht auf seine gesamte Politik wirft – und dabei zeigt, inwieweit sie tatsächlich den Phrasen seiner offiziellen Repräsentanten entspricht. Ein solches Ereignis, das die Situation des heutigen Japan und die darauf basierende Außenpolitik enthüllt, waren die anti-imperialistischen Demonstrationen in Bangkok und Djakarta zu Beginn dieses Jahres anläßlich der 'Goodwill'–Reise des japanischen Premiers Tanaka durch mehrere Länder Süd-Ostasiens, (wir berichteten darüber im AK 39).

Tanaka verstand seine Mission – nach eigenen Angaben – als Teil einer langfristig angelegten Kampagne zur „Hebung des japanischen Ansehens" in der südostasiatischen Region und zur Vertiefung und Ausdehnung der allseitigen Kooperation, die für diese Länder „eine Notwendigkeit (!) und durchaus gewinnbringend (!) sei" (so Tanaka, lt „FAZ" vom 19.1.74).

T a t s a c h e dagegen ist – und das haben die Massendemonstrationen gegen den japanischen 'Partner' in Indonesien und Thailand hervorgerufen – daß Japan nach seiner Niederlage im 2. Weltkrieg erneut zu einer imperialistischen Macht aufgestiegen ist und gerade im südostausiatischen Raum eine Reihe von Ländem wirtschaftlich ausplündert und die zumeist faschistischen Diktaturen über die Völker politisch stützt.

Der Premier des japanischen Imperialismus hatte sich in einer Zeit zu politischen Konsulationen ins Ausland begeben (im Herbst des vergangenen Jahres war Tanaka bereits durch die Metropolen Westeuropas gereist), als die grundlegenden inneren und äußeren Schwierigkeiten Japans unübersehbar zutage getreten waren:

Während noch 1968 das Bruttosozialprodukt Japans real um 14,4 Prozent und auch noch im darauffolgenden Jahr um 11,9 Prozent gestiegen war, nahm es 1970 nur noch um 1o,5; 1971 um 6,3 und 1972 um 9,2 Prozent zu. Für das laufende Haushaltsjahr dürfte sich – ähnlich der Entwicklung in anderen imperialistischen Ländern – eine reale Steigerungsrate von nur noch 2,5 Prozent ergeben.

Unter den imperialistischen Ländem ist Japan derzeit mit einer Inflationsrate von – sage und schreibe – 26 Prozent 'Tabellenspitze'!

(Angaben nach „Horizont" 7,74)

Waren in den zurückliegenden Jahren für den japanischen Imperialismus hohe Überschüsse im Außenhandel typisch, so hat sich auch hier das Bild grundlegend gewandelt. Die Handelsbilanzüberschüsse wuchsen zunächst von 1 Milliarde Dollar (1969) auf 5,1 Milliarden Dollar (1972). Dagegen 1973: *„Japan verzeichnete im vergangenen Jahr das höchste Zahlungsbilanzdefizit seiner Geschichte. Einem Bericht des japanischen Finanzministeriums zufolge beträgt das Defizit 1o,o7 Mrd. Dollar* (!)." („Südddeutsche Zeitung" vom 22.1.74). Nach einer Notiz der „FAZ" vom 1o.5.74 hat sich das außenwirtschaftliche Minus Japans in den ersten drei Monaten dieses Jahres um weitere zwei Milliarden Dollar vergrößert – und *„die OECD*
sich das außenwirtschaftliche Minus Japans in den ersten drei Monaten dieses Jahres um weitere zwei Milliarden Dollar vergrößert – und *„die OECD*
sagt für dieses Fiskaljahr ein Leistungsbilanzdefizit Nippons von 7 Mrd. Dollar voraus!" („Die Welt", 25.4.74).

Die Gold- und Devisenvorräte des Landes schmolzen *„auf die als Minimum angesehene 1o Mrd.-Dollar Grenze"* („HB", 17.4.74), während die Währungsvorräte im Februar '73 noch runde 19 Mrd. Dollar betragen hatten („Horizont", 15/74).

Diese Entwicklung veranlaßte Tanaka unlängst in einer Rede vor der Industrie- und Handelskammer von der *„größten wirtschaftlichen Prüfung seit dem Kriegsende"* zu sprechen. („HB", 16.9.74)

Natürlich ist es nicht so, daß der japanische Imperialismus unmittelbar vor dem Zusammenbruch, 'Bankrott' oder 'Abgrund' steht - schwarzmalerische Parolen dieser Art, die in den zurückliegenden Monaten häufig in der großbürgerlichen japanischen Presse zu finden waren (namentlich während der sogen. 'Energiekrise') dienen allein Propagandazwecken.

Aber der sich rapide verschärfende Konkurrenzkampf mit den anderen imperialistischen Hauptmächten, den europäischen und vor allem den US-Imperialisten um Einflußgebiete, Absatzmärkte und Rohstoffquellen; das siegreiche Voranschreiten der Befreiungsbewegungen in verschiedenen Teilen der Welt und auch die Versuche verschiedener Rohstoff–Förderländer aus der '3.Welt' über kartellähnliche Absprachen einen besseren Verkaufspreis bei den imperialistischen Einkäufern zu erzielen (z.B. beim Erdöl und bei verschiedenen NE-Metallen); – all diese Faktoren haben Bedingungen geschaffen, die es für den japanischen Imperialismus (ebenso wie für seine hauptsächlichen Konkurrenten) notwendig machen, seine Politik und Wirtschaft auf allen Gebieten neu auszurichten.

Dabei *„deutet (alles) darauf hin, daß die strategischen Überlegungen Tokios zunehmend davon beeinflußt werden, daß das von einigen großen Finanzgruppen beherrschte Land*

- *sich mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln auch nicht annährend selbst versorgen kann,*
- *über keine auch nur halbwegs ausreichenden entsprechenden Auslandsquellen verfügt,*
- *für seine Exportoffensive weder eine eigene Freihandelszone noch eine Zollunion nutzen kann*
- *keine eigene, wenn auch nur regionale Leit–, Reserve– und Handelswährung und kein eigenes international bedeutsames Finanzzentrum besitzt,*
- *keinen eigenen Militärstützpunkt – und kein eigenes Paktsystem beherrscht, sich auch auf keine von ihm politisch abhängige Staatengruppe stützen kann."* („Horizont", Nr. 7/74).

Vor dem Hintergrund sich zuspitzender internationaler Widersprüche sprach bereits Anfang 197o der damalige japanische Premier Sato von „einer Zeit der Wende" in der Geschichte Japans – wo es gelte eigene Ziele zu formulieren, „anstatt sich auf andere Staaten zu orientieren". Japan müsse sich Aufgaben setzen, „die voll und ganz der Stellung unseres Landes und unseren nationalen Besonderheiten (!) entsprechen" (zit. nach „Horizont", Nr. 12/74).

Zur Rohstoffsituation des japanischen Imperialismus

Außer der BRD gibt es auf der Welt kein imperialistisches Land, das von Rohstoffbezügen aus dem Ausland „abhängiger" wäre als Japan.

Im einzelnen stellt sich die Situation so dar, daß Japan heute vom Gesamtverbrach importieren muß – bei(m)

Erdöl		97 %
Kohle	ca.	50 %
Kokskohle zur Stahlverhüttung		80 %
Eisenerz	nahzu	100 %
Nickel		100 %
Zinn		97 %
Kupfer		80 %
Zink		70 %
Blei		65 %

(Angaben nach „Handelsblatt", 3.7.74)

Was die Rohstoffsituation Japans aus imperialistischer Sicht zumindest ebenso prekär wie die hohen Importquoten erscheinen läßt, das ist die regionale Konzentration der Bezugsquellen: *„Auch wenn die Außenhandelsstatistik Japans bei den Rohstoffimporten über 100 Lieferländer ausweist ... in der Regel (entfallen) auf nur 2 bis 3 Länder 70 bis 90 Prozent der Gesamtversorgung"* („HB", 3.7.74).

Erdöl: Japan, das weltgrößter Importeur von Erdölprodukten ist, bezieht rund 70 Prozent aller Ölimporte aus dem Nahen und Mittleren Osten, allein aus dem Iran kommen hiervon mehr als die Hälfte, Indonesien ist der Lieferant von weiteren 10 Prozent.



„Frühjahrsoffensive" 74

Hierbei ist vor allem zu beachten, daß nur ein Zehntel (!) der Einfuhren aus Quellen stammen, die vom japanischen Imperialismus durch Beteiligungen kontrolliert werden, während *„90 Prozent* (!) *des Bedarfs ... durch die großen internationalen Erdölgesellschaften gedeckt* (werden)". („HB" 3.7.74).

Kohle: Auch bei der Kohle ist Japan der Welt größter Importeur (1973 ca. eine halbe Milliarde Tonnen, lt. „Horizont" 7/74). Hauptlieferanten sind hier die USA (mit einem Anteil von 50 Prozent aller japanischen Kokskohleimporte) und Australien, von wo etwa ein Drittel kommt.

Wenngleich die Konzentration auf wenige Bezugsquellen bei Kokskohle ebenso stark wie beim Erdöl ist, so ist dennoch die Lage in diesem Bereich der Primärenergie für die Imperialisten *„versorgungspolitisch weniger gefährlich"* („HB"). Das „Handelsblatt" nennt vor allem zwei Gründe: *„Erstens sind die Lieferländer relativ stabile Industriestaaten. Zweitens gelang es den Japanern, ihre Kokskohleversorgung durch langfristige Lieferverträge und durch Direktinvestitionen bereits heute bis in die Mitte der achtziger Jahre hinein weitgehend abzusichern."* („HB", 3.7.74).

Eisenerz: Der Welt zweitgrößter Käufer ist Japan beim Eisenerz. Die nahezu vollständige Abhängigkeit von Importen bei diesem wichtigen Rohstoff haben die japanischen Imperialisten durch eine stärkere regionale Streuung der Bezugsquellen zu mildern versucht.

Dennoch bezieht das japanische Großkapital zur Zeit rund 40 Prozent seiner Eisenerzimporte von Australien; weitere 20 Prozent kommen aus den lateinamerikanischen Ländern Chile, Peru und Brasilien. In der Rangliste der Lieferanten folgt sodann Indien.

Auch hier gilt – wie bei den Kokskohleimporten – *„daß Japans Versorgung bis weit in die achtziger Jahre hinein bereits heute gesichert ist"* („HB", 3.7.74) – und zwar ebenfalls durch Direktinvestitionen und langfristige Lieferverträge mit den Förderländern.

NE-Metalle: Das große Ausmaß der Importabhängigkeit auch in diesem Bereich wird unterstrichen durch eine starke Konzentration auf wenige Lieferländer: *„Beim Bauxit, dem Primärstoff für die Aluminiumproduktion, kommen 98 % aus Australien, Indonesien und Malaysia. Tonerde wird fast ausschließlich aus Australien importiert. Bei Zinn werden Erze und Konzentrate allein aus Australien bezogen; Fertigzinn kommt zu 97 % aus Malaysia, Indonesien und Thailand ... Kupfer wird zu 70 % aus Kanada und von den Philippinen bezogen. Zink kommt zu fast 80 % aus Peru, Kanada und Australien. Blei wird zu 85 % aus Kanada und Peru eingeführt"* („HB", 3.7.74).

Der reale Einfluß des japanischen Großkapitals auf die Rohstoffquellen in diesem Bereich (durch Direktinvestitionen etc.) ist zur Zeit noch weit von seinen imperialistischen Zielen entfernt: so stammen z. B. beim Kupfer nur ein Fünftel aller japanischen Bezüge aus Produktionsstätten, in denen japanisches Kapital steckt. („HB", 3.7.74).

Waren- und Kapitalexport

Waren- und Kapitalexport

Die Tatsache, daß der japanische Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg trotz seiner verheerenden Niederlage und trotz seiner vergleichsweise schwachen ökonomischen Positionen außerhalb der Landesgrenzen erneut ein bedeutendes inländisches Wirtschaftspotential anhäufen konnte (und erneut zu einer der führenden imperialistischen Mächte der kapitalistischen Welt aufzusteigen vermochte) ist a) auf **allgemeine äußere Bedingungen** und b) auf **die besondere Klassenpolitik der japanischen Bourgeoisie und ihres Staates** zurückzuführen:

a) *„Das Wirtschaftswachstum der entwickelten kapitalistischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte unter besonders günstigen Verwertungsbedingungen. Der 20 Jahre hindurch – als Folge von Wirtschaftskrise und Weltkrieg – nicht befriedigte Bedarf hatte sich zu einem ungeheuren Nachholbedarf aufgestaut ... (insbesondere dauerhafte Konsumgüter ... waren die begehrtesten Objekte ...) sodaß die entsprechenden Industriezweige jahrelang für den Nachholbedarf zu produzieren vermochten ...*

Die geographisch begrenzten, aber ökonomisch die ganze kapitalistische Welt berührenden Kriege (Korea, Nahost, Vietnam) führten weiterhin dazu, daß zuerst in den USA, später in allen entwickelten kapitalistischen Staaten die Produktionskapazitäten weitgehend ausgelastet werden konnten. Wie die BRD vom ‚Korea-Boom' profitierte, so profitierten Japan und die südostasiatischen Vasallenstaaten der USA ... vom ‚Vietnam-Boom'." (E. Altvater, Die Weltwährungskrise, S. 22 - 23).

Hauptindikatoren der japanischen Wirtschaft (1970 = 100)

	1971	1972	1973	Jan. 74	Feb. 74	März 74	April 74
Industrieproduktion	102,7	110,2	129,5	133,6	132,9	132,9	—
Lagerhaltung der Hersteller	118,3	118,5	115,1	114,4	118,2	128,3	—
Warenauslieferung der Hersteller	103,2	111,9	130,9	139,1	132,3	124,8	—
Beschäftigung	100,7	98,7	99,0	98,6	98,3	98,5	—
Reallöhne	107,7	119,2	127,4	116,5	116,5	115,4	—
Großhandelspreise	99,2	100,0	115,9	141,9	147,4	148,4	149,5
Konsumgüterpreise	106,1	110,9	123,9	140,9	144,3	146,8	150,8
Konsumgüterpreise (Tokio)	106,3	111,4	124,5	139,7	144,7	145,4	150,4
Exportpreise (fob)	100,7	97,8	106,6	130,2	134,1	134,0	136,7
Importpreise (cif)	95,7	115,8	105,8	152,7	177,9	180,2	184,9
	Mrd. Yen						
Auftragseingang Maschinenbau	2 374,3	2 281,3	3 654,1	201,2	205,5	198,8	—
Kaufhausumsätze	2 286,0	2 669,0	3 375,5	249,3	235,4	323,9	290,6

Quelle: Nihon Keizai

Im Laufe von nur zwanzig Jahren sind die Exporte Japans *„fast um das dreißigfache (!) gestiegen und die Einfuhren haben sich um das sech-*



Bilder wie dieses sind im Alltag des japanischen Klassenkampfes nichts Ungewöhnliches: Polizisten verhaften streikende Eisenbahnarbeiter, die gegen die Teuerung und die Verschlechterung ihrer Lebenslage protestieren. Für den Herbst haben Japans Werktätige bereits neue landesweite Arbeitskämpfe angekündigt.

zehnfache erhöht" (in der Zeit von 1953 - 73, Anm. AK) lt. HB, 3.7.74 .

Derartige Wachstumsraten sind natürlich in Zukunft kaum mehr möglich – aufgrund der veränderten äußeren und inneren Bedingungen, denen sich das japanische Großkapital gegenübersieht. Die japanische Regierung kommt darum in ihrem neuesten ‚Wirtschaftsweißbuch' auch zu der Einschätzung, daß es in Zukunft gelte, *„eine Strukturveränderung herbeizuführen, deren Schwergewicht für die Industrie darin zu liegen habe, anstelle des Inports von Rohmaterialien die Einfuhr von Fertig- und Halbfertigprodukten aus den*
[illegible] *be, anstelle des Inports von Rohmaterialien die Einfuhr von Fertig- und Halbfertigprodukten aus den*
Rohstoffländern zu fördern und zu diesem Zweck die eigene Produktion in eben jene Länder zu verlegen (!)". (lt. „HB" 16.9.74).

Die ungeheuren Überschüsse an Kapital, die der japanische Imperialismus in den zurückliegenden Jahren anhäufen konnte, sind profitabler in ‚Billiglohnländern' der ‚Dritten Welt' und auch in anderen, entwickelten Ländern der kapitalistischen Welt zu investieren, wo das japanische Monopolkapital seinen Einfluß insgesamt erweitern will.

Die expansionistischen Ziele des japanischen Imperialismus sind nur auf Kosten und darum gegen den schärfsten Widerstand der betroffenen Völker in den Entwicklungsländern einerseits und der anderen imperialistischen Hauptmächte – vor allem des US-Imperialismus – andererseits zu verwirklichen.

b) Die japanische Kapitalistenklasse und der ihr dienende Staat konnten jedoch vor allem wegen der besonders intensiven Ausbeutung der japanischen Arbeiterklasse (und dann auch anderer Völker) größere Teile des Weltmarktes erobern. Die extrem niedrigen Lohnkosten und die kaum nennenswerten Aufwendungen für den sozialen Bereich garantierten den Kapitalisten eine überdurchschnittliche Profitrate und ermöglichten es, daß Japan in nahezu allen Produktbereichen fast dreißig Jahre lang b i l l i g e r als die Konkurrenten anbieten und verkaufen konnte.

Noch h e u t e ist es in Japan so, daß z.B. *„in der Eisen- und Stahlerzeugung, bei chemischen Produkten wie Kunstfasern und Kunstdün-*

➡

Forts. Japan

ger, sowie im Kraftwagenbereich . . . die Lohnkosten . . . nur ein V i e r t e l der amerikanischen Kosten (betragen)" („FAZ", 18.5.74)!

Zusätzliche Wettbewerbsvorteile verschaffte der japanische Staat der exportorientierten Großbourgeoisie dadurch, daß

- Exporte gefördert und Importe bis in die siebziger Jahre hinein durch Restriktionen verschiedenster Art begrenzt wurden;
- die Großhandelspreise (der Basiswert auch für den Außenhandel) durch staatliche Subventionen mit Ausnahme des letzten Jahres (1973) „nahezu konstant" gehalten wurden. (lt. „FAZ", 18.5.74).

Eine „*vieljährige Serie von Wachstumsraten, die stets über der Zehnprozentmarke lagen*" („HB", 16.9.74) war Folge und Ausdruck der allgemeinen Bedingungen und dieser konkreten Politik.

Der neue außenpolitische Kurs des japanischen Imperialismus – flexibel und extrem heuchlerisch

Der japanische Imperialismus war mit Hilfe des US-Großkapitals wieder auf die Beine gekommen – und erfüllte in der antikommunistischen Globalstrategie des US-Imperialismus die Rolle des Statthalters im asiatischen Raum.

Bis Anfang der siebziger Jahre galt das Wort des japanischen Premiers Tanaka, daß „*die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten für Japan das gleiche wie die Luft für den Menschen sind. Ohne sie können wir nicht mehr atmen!*" („Horizont" 12/74).



Um das größte Stück vom Kuchen

In dem Maße allerdings, wie Japan

In dem Maße allerdings, wie Japan aus seiner Rolle als ‚Juniorpartner' der USA herauswuchs und auf den Märkten der Welt als ernstzunehmender Konkurrent des US-Imperialismus auftrat, entwickelten sich die Widersprüche zwischen beiden Ländern unübersehbar. Die ‚traditionellen Bindungen' wurden zu Fesseln des eigenen Expansionsdrangs.

Vor allem im asiatisch-pazifistischen Raum (aber nicht nur dort!) unternimmt das japanische Großkapital enorme Anstrengungen, um seine Vormachtstellung auszubauen – auf Kosten des Hauptkonkurrenten in dieser Region, des US-Imperialismus. Die bereits seit 1966 bestehenden, allerdings nur lose strukturierten Integrationsformen, „Asiatischer und Pazifischer Rat", „Konferenz für ökonomische Entwicklung in Südostasien" und die „Pazifische Organisation für ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung" sollen unter japanischer Vorherrschaft zu einer konkurrenzfähigen 'Gemeinschaft' ausgebaut werden.

Während „*der Waren- und Kapitalexport und das Streben nach einem möglichst großen Imperium bis 1945 unlösbar mit Aggressionskriegen verbunden (waren), probiert es Japan wegen der veränderten Bedingungen* (im internationalen Kräfteverhältnis, Anm. AK) *jetzt mit neuen Methoden*" („Horizont", 7/74).

Gegenüber den Ländern Südostasiens und des pazifistischen Raums hat das japanische Großkapital in den zurückliegenden Jahren bereits eine Außenwirtschaftspolitik betrieben, die diese Länder in zunehmende Abhängigkeit von Japan gebracht hat: Permanent steigende Exportüberschüsse sicherten ihm in mehreren Ländern die Kontrolle über den größten Teil des Außenhandels; sicherten Rohstoffimporte für mehrere Jahrzehnte und ermöglichten vor allem auch japanische Direktinvestitionen (meistens in Form von Anleihegeschäften und in Form ‚gemeinsamer Betriebe').

Obwohl Nordamerika mit 32,6 % des japanischen Außenhandelsumsatzes 1972 (und 25,6 % 1973) noch immer Hauptpartner der japanischen Monopolbourgeoisie ist und auch Westeuropa (mit 12 - 13,9 %) eine nicht unerhebliche Rolle spielt, wurden bereits 1973 fast ein Drittel des Handels mit den Ländern Südost- und Südasiens, mit Australien/Neuseeland, und Südafrika realisiert. Weitere 20 Prozent der Umsätze entfielen auf den Nahen und Mittleren Osten, Afrika und Lateinamerika. (nach „Horizont", 7/74).

Im Jahre 1973 registrierte die OECD im Falle Japan den „*stärksten privaten Kapitalstrom in Richtung Dritte Welt, der jemals bei einem Mitgliedstaat ermittelt werden konnte.*" (nach „Unternehmerbrief", 25.7.74).

Der Nettozuwachs, den der japanische Imperialismus bei Auslandsinvestitionen im zurückliegenden Steuerjahr (von März '73 bis März '74) erzielte, beträgt 3,5 Milliarden Dollar. „*Damit haben die Japaner in einem einzigen Jahr mehr im Ausland investiert als ihre Investitionen in Übersee zum Ende der sechziger Jahre insgesamt betragen haben(!)*". („FAZ", 27.9.74).

Bemerkenswert ist dabei nicht nur das enorme, sprunghafte Wachstum der japanischen Auslandsinvestitionen (1972 verdoppelte der japanische Imperialismus seinen Kapitalexport, 1973 steigerte er ihn im Vergleich zum Vorjahr immerhin um rund 50 Prozent!), sondern auffällig sind vor allem auch die Veränderungen in der regionalen Streuung: von dem 1973 exportierten Kapital entfallen

29 % auf die Länder Asiens
26 % auf Nordamerika und
24 % auf die Länder Lateinamerikas.
(„FAZ", 27.9.74).

„*Noch ein Jahr zuvor* (1972, Anm. Red.) *hatte Asien mit knapp 70 Prozent* (bei der öffentlichen Hilfe waren es sogar 99 Prozent) *eindeutig den Vorrang gehabt, gefolgt von Lateinamerika mit 16,6 Prozent*" („SZ", 10.7.74).

Die Gesamtsumme des japanischen Kapitalexports hat heute bereits die 10 Milliarden-Dollar-Grenze überschritten – die „FAZ" vom 27.9.74 nennt die Zahl von 10,27 Mrd. Dollar. Hier muß allerdings angemerkt werden, daß dieser Betrag nur die von der staatlichen Notenbank erteilten Kapitalexportlizenzen erfaßt; nicht mitgerechnet wurden „*Abschreibungen, . . . Reinvestitionen aus zurückbehaltenen Gewinnen* (ausländischer Niederlassungen, Anm. Red.) *oder Kreditaufnahme durch japanische Unternehmer auf fremden Kapitalmärkten*".(„FAZ" 27.9.)

Die tatsächliche Summe der vom japanischen Imperialismus getätigten Auslandsinvestitionen liegt darum wesentlich h ö h e r !

Von den gesamten Kapitalexporten des japanischen Imperialismus

Von den gesamten Kapitalexporten des japanischen Imperialismus flossen bisher

24 % nach Nordamerika
23 % in die Länder Asiens und
19 % nach Europa. („FAZ").

Im Gegensatz zum vergangenen Jahr (1973) – als 43 Prozent der Investitionen auf den verarbeitenden Bereich, 16 Prozent auf die Rohstofförderung, 13 Prozent auf den Handel und 10 Prozent auf den Bereich der Banken und Versicherungen entfielen – „*fällt der relativ hohe Gesamtanteil der rohstoffbezogenen Investitionen auf, der* (bei allen bisherigen japanischen Kapitalexporten – Anm. Red.) *auf 35 Prozent (!) geschätzt wird*". („FAZ", 27.9.74).

Die große ‚Abhängigkeit' des japanischen Imperialismus von Rohstoffimporten wird – nach einer Vorausschätzung der Mitsui-Bank – dazu führen, daß in Zukunft die ‚rohstoffbezogenen Auslandsinvestitionen' Japans nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zu den anderen Anlagebereichen noch wesentlich erweitert werden: Bis 1980 wollen das japanische Großkapital und sein Staat die Auslandsinvestitionen auf die Riesensumme von 48,7 Milliarden Dollar steigern – „*davon würden 41 Prozent auf rohstoffbezogene Investitionen entfallen, der Anteil der Direktinvestitionen im verarbeitenden Bereich jedoch auf 37 Prozent leicht sinken*". („FAZ", 27.9.74)

Beim Export von Kapital geht es – wie bereits Lenin in seiner Schrift **„Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"** nachwies – nicht allein darum, daß die Imperialisten Höchstprofite anstreben, „*sondern um die Kapitalverwertung und damit die kapitalistische Herrschaft überhaupt:*

- *Kapitalexport, um den Warenexport zu fördern –*
- *Kapitalexport, um Rohstoffquellen in Besitz zu nehmen oder auszubeuten –*
- *Kapitalexport, um neue Länder zu erschließen –*
- *Kapitalexport, um ausländische Industrien unter Kontrolle zu bringen –*
- *Kapitalexport, um faktische oder potentielle Verbündete militärisch oder ökonomisch zu stärken –*
- *Kapitalexport, um ökonomische oder politische Zugeständnisse zu erhalten, und nicht zuletzt Kapitalexport und Kapitalverwertung, um ökonomische und soziale Krisen abzuwehren*" (nach Nehls, Frankfurt 1970).

Um die neue Offensive (Waren- und Kapitalexport) optimal durchführen zu können, vollzogen die japanischen Imperialisten in ihrer Aussenpolitik zahlreiche Positionswechsel, die noch vor wenigen Jahren als ‚unmöglich' galten: So gegenüber der VR China und der Sowjetunion, mit denen heute nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen über den Abschluß von ‚Friedens- und Freundschaftsverträgen' verhandelt wird; so gegenüber den Staaten des Nahen Ostens, als Japan im Dezember 1973 der UNO-Resolution 242, die den Abzug der israelischen Besatzungstruppen aus allen besetzten arabischen Gebieten fordert, seine Zustimmung gab und damit von den arabischen Regimes in den Kreis ‚der befreundeten Staaten' aufgenommen wurde; so gegenüber den Ländern ‚Schwarzafrikas', deren Vertrauen sich die japanischen Imperialisten zu erwerben hofften, indem sie gegen die Apartheits-Politik der faschistischen Regimes in Südafrika und Rhodesien Stellung nahmen.

Die Kreditzusagen (bzw. bereits getätigte Abkommen) des japanischen Imperialismus an/mit den Ölförderländern des Nahen und Mittleren Ostens belaufen sich auf insgesamt 3 Milliarden Dollar (nach „Die Zeit", 26.4.74).

Die größte Einzelsumme fließt davon in den Irak – nämlich 1 Milliarde Dollar (das sind rund 2,5 Milliarden DM!). Es handelt sich hier um einen ‚Mischkredit' von japanischen Großkapitalisten einerseits und dem japanischen Staat andererseits.

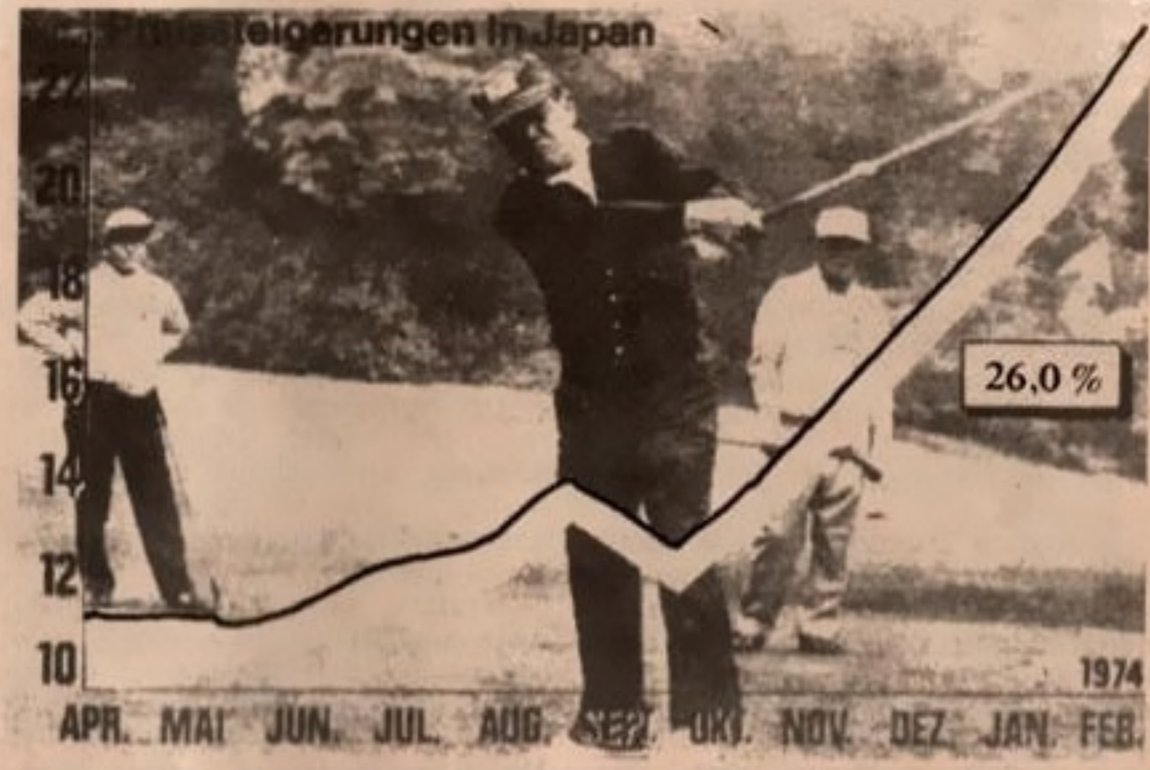
„*Mit dem Kredit werden unter anderem eine Gasverflüssigungsanlage, eine Ölraffinerie, ein petrochemisches Werk, eine Zement – und eine Düngemittel-fabrik finanziert*". Japan selbst wird natürlich die Produktionsanlagen an den Irak liefern, diese dort installieren und seine ‚Spezialisten' mitschicken.

Das Abkommen sieht nämlich vor, „*das japanische Fachleute . . . im Irak als Ausbilder fungieren und gleichzeitig irakische Techniker in Japan ausgebildet werden sollen*". („SZ", 19./20.1.74).

Der Irak mußte sich ferner dazu verpflichten, im ‚Gegenzug' in den kommenden zehn Jahren 160 bis 200 Millionen Tonnen Öl bzw. Ölprodukte an Japan zu liefern.

Mit dem Iran, woher Japan immerhin rund 50 Prozent seines Mittelost-Öls bezieht, ist ein ähnlichesmerhin rund 50 Prozent seines Mittelost-Öls bezieht, ist ein ähnliches Geschäft in Vorbereitung. Auch hier bietet der japanische Imperialismus einen Kredit von 1 Milliarde Dollar an – scheint jedoch bisher noch nicht die erwünschten ‚Gegenleistungen' vom Schah-Regime zugesichert bekommen zu haben. Hier sei nur kurz angemerkt, daß das Engagement zahlreicher imperialistischer Mächte (u.a. auch der BRD) im Iran besonders groß – und damit der Konkurrenzkampf unter den imperialistischen Wölfen besonders scharf ist.

Bis zum 7.2.74 hatte sich das japanische Großkapital – nach einer



Mitteilung des Industrie- und Handelsministeriums MITTI – in folgenden weiteren Ländern der arabischen Welt eingekauft:

- **Ägypten** erhielt einen 38 Mrd. Yen-Kredit zur Räumung des Suez-Kanals; von dieser Summe sind je 15 Mrd. Yen für Waren und Projekthilfe aus Japan gebunden(!);
- **Syrien** baut mit einem japanischen Kredit von 30 Mrd. Yen u.a. eine Raffinerie;
- **Marokko** bekommt runde 3 Mrd. Yen (hier sind Einzelheiten noch nicht bekannt);
- **Algerien** erhält 12 Mrd. Yen (Einzelheiten sind noch nicht bekannt);

„*Auch mit Jordanien und dem Sudan wird über Yen-Kredite verhandelt*";

Mit Kuweit, Abu-Dhabi und Saudi Arabien laufen ebenfalls Verhandlungen über Kredit-Geschäfte in Milliarden Dollar-Höhe (!) (Angaben nach „HB", 5.3.1974).

Ferner wurde im Juli dieses Jahres bekannt, daß die Japan Oil Development Co. für über 300 Millionen Dollar (!) eine Förder-Konzession in Abu Dhabi (Persischer Golf) von der British Petroleum (BP) erworben – und damit in einem weiteren Land des Mittleren Ostens direkt Fuß gefaßt hat („Handelsblatt", 17.7.74).

Der japanische Imperialismus beschränkt sich jedoch keineswegs darauf, in den arabischen Ölförderländern Fuß zu fassen (durch Direktinvestitionen und Kreditgeschäfte), sondern ist bestrebt, sich in praktisch allen Kontinenten Ölquellen zu sichern – und sich vor allem auch bei der Erschließung neuer Erdölfelder einen hervorragenden Platz zu sichern:


Japanische Antiimperialisten demonstrieren gegen den US-Imperialismus, der auf dem Inselland über 150 Stützpunkte unterhält

- Mit **Großbritannien** laufen gegenwärtig noch Verhandlungen über eine Beteiligung japanischer Firmen bei der Ausbeutung der Nordsee;
- in **Kanada** will der japanische Imperialismus mit der Rieseninvestition von 6 Mrd. Dollar einsteigen „*bei der Entwicklung der kanadischen Teersände in Alberta*" („Handelsblatt", 5.3.74);
- **Burma** hat mit der japanischen Regierung einen Ölpakt zur Erschließung und späteren Ausbeutung der Erdölvorkommen vor der westbirmanischen Küste geschlossen, die von Japan zugesagte Kapital-„Hilfe" sichert diesem neben dem Rohstoff selbst eine 30-prozentige Gewinnbeteiligung (Angaben nach „Handelsblatt", 11.6.74);beteiligung (Angaben nach „Handelsblatt", 11.6.74);
- in **Mexiko**, das der japanische Premier Tanaka auf seiner jüngsten Reise durch mehrere süd-, mittel- und nordamerikanische Länder besuchte, erzielte das japanische Großkapital „*grundsätzliche Einigung über die Lieferung mexikanischen Erdöls, beginnend Ende der siebziger Jahre*" („FAZ", 21.9.74);
- mit der **Sowjetunion** ist neben einem umfangreichen Wirtschaftsabkommen (auf das wir später noch genauer eingehen werden) auch eine Summe von 3 Mrd. Dollar in Verhandlungen, die die Sowjetunion „*von den Japanern für die Erschliessung der Ölfelder bei Tjumen in Westsibirien kreditiert bekommen*" möchte („Süddeutsche Zeitung", 7.5.74);
- und schließlich konnten die japanischen Imperialisten mit der **VR China** Ende Januar '74 „*einen Vertrag ... über die Lieferung von 1,5 Millionen Tonnen Rohöl im Jahr 1974*" abschließen („Handelsblatt", 5.3.74). Aus einer neueren Meldung geht hervor, daß die VR China in diesem Jahr sogar 3 Millionen Tonnen Rohöl an Japan liefern wird („FAZ", 9.9.74).

Japan und die Länder Afrikas

Um mit den jungen, unabhängigen Staaten „Schwarzafrikas" besser ins Geschäft zu kommen und größeren politischen Einfluß auf diesem Kontinent zu gewinnen, hat die japanische Regierung im Juni dieses Jahres formal die gegen das Rassisten-Regime von Südafrika gerichtete „Anti-Apartheits-Resolution" der UNO (vom Dezember 1973) angenommen. Vorausgegangen war dieser „Wende" eine Konferenz der japanischen Afrika-Botschafter in Tokio, wo diese ihrem Chef, Außenminister Ohira, „*die wachsende Kritik der schwarzafrikanischen Staaten an der lauen Haltung der Japaner gegenüber der Apartheits-Politik Pretorias sowie an den wachsenden japanischen Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika*" vortrugen („Welt", 7.6.74).

Um einen Sinneswandel in dieser Frage glaubhaft erscheinen zu lassen, verfügte die japanische Regierung, daß mit Wirkung vom 15. Juni 1974 an keine Staatsangehörigen des südafrikanischen Rassisten-Regimes mehr Aufenthaltsgenehmigungen zu sportlichen, kulturellen u.ä. Zwecken in Japan erhalten werden.

Die bisher bestens florierenden Handelsbeziehungen zwischen dem Faschisten-Regime und Japan sind davon natürlich nicht betroffen: „*Die wirtschaftlichen Beziehungen und der rasch aufblühende südafrikanische Tourismus nach Japan.... werden von dem Beschluß nicht berührt*" („Welt", 8.6.1974).

Wen wundert's, daß die faschistische Presse Südafrikas gelassen schrieb, „*man müsse Verständnis für Japan haben, das...auf die Boykottforderungen der Afrikaner mit einer Maßnahme reagiert habe, die bedeutungslos sei*" („Welt", 8.6.74).

Der unzweideutigen Aufforderung der Organisation für die Einheit Afri-

Der unzweideutigen Aufforderung der Organisation für die Einheit Afrikas (OAU), Japan solle sämtliche Handelsbeziehungen zu Südafrika abbrechen, mochten die japanischen Imperialisten ebensowenig nachkommen wie einer Auflage der Vereinten Nationen, keinerlei wirtschaftliche Beziehungen zum Rassisten-Regime in Rhodesien zu pflegen. Obwohl Japan auch den UNO-Sanktionen gegen Salisbury zugestimmt hat – ja sogar 1969 seinerseits noch eine „Handelssperre" gegen Rhodesien verfügte – wurden Geschäfte großen Stils zwischen Japan und dem Smith-Regime (vor allem Chrom-Importe, die über Südafrika nach Japan gelangten!) von einem Untersuchungsausschuß der UNO unlängst aufgedeckt („Welt", 7.6.74).

„*Der japanische Gesamthandel mit der Südafrikanischen Republik stieg im vergangenen Jahr um rund 50 Prozent auf 1,1 Milliarden Dollar an. Mit dem restlichen Afrika kam der japanische Güteraustausch auf 1,5 Mrd. Dollar (!).*

Angesichts der umfangreichen Wirtschaftsbeziehungen hat Pretoria die Japaner im Lande zu ‚Ehrenweißen' – mit den entsprechenden rassischen Vorteilen – ernannt" („Welt", 7.6.74).

Klar, daß der japanische Imperialismus nicht einmal auch nur ernsthaft erwägt, sich in diesem Lande von seinen Konkurrenten freiwillig ‚die Butter vom Brot nehmen zu lassen'! Von den zahlreichen Projekten langfristiger Kooperation zwischen Südafrika und Japan sei hier besonders die Urangewinnung genannt: 43 Prozent der insgesamt 103.000 Tonnen Uran, die Japan bereits heute für seine Bedarfsdeckung in den kommenden zehn Jahren durch langfristige Lieferabkommen gesichert hat, werden vom südafrikanischen Rassisten-Regime kommen (weitere 42% aus Kanada, 8% aus Frankreich etc.) („HB", 9.9.74).

Die ‚antirassistische Wende' in der Außenpolitik des japanischen Imperialismus wird natürlich nie soweit gehen, daß seine politischen und öko-

➡

Forts. Japan

nomischen Ziele Nippons auch nur ansatzweise werden – sondern der spektakuläre, scheinbare ‚Stellungswechsel' gegenüber den Rassisten-Regimes wurde vollzogen, um die jungen Staaten ‚Schwarzafrikas' über die wahren Absichten des japanischen Imperialismus zu täuschen, um sich „*dort wirtschaftlich und moralisch stärker engagieren*" zu können, wie Japans Außenminister es nannte („Welt", 7.6.74).

Ein erstes profitträchtiges ‚Projekt' konnten die japanischen Imperialisten bereits auftun: „*Unternehmen der japanischen Stahlindustrie haben mit der Regierung von Obervolta einen Vertrag abgeschlossen über die Entwicklung und Ausbeutung der Manganerzmine von Tambao, die Reserven von zehn Millionen Tonnen bei einem Erzgehalt von 56,2% aufweisen soll*" („HB", 10.6.74). Die japanischen Stahlkapitalisten werden die Mine in eigener Regie betreiben und zu diesem Zweck eigens eine Gesellschaft gründen („HB", 10.6.).

Notwendige Infrastrukturmaßnahmen (u.a. der Bau einer 350 km langen Eisenbahnstrecke) werden durch Gemeinschaftskredite der japanischen und mehrerer westeuropäischer Imperialisten (darunter die BRD und Frankreich) finanziert – Kostenpunkt und damit Kreditsumme für den Eisenbahnbau 56 Millionen Dollar („HB", 10.6.74).

Japan und die Länder Lateinamerikas

Wie bereits aus der allgemeinen Statistik hervorgeht (s.o.), hat Lateinamerika in den zurückliegenden zwei Jahren als Empfängerland japanischer Direktinvestitionen zunehmend an Bedeutung gewonnen. Der Handel Japans mit den Ländern dieses Kontinents expandiert kräftig.

Gegenüber den Ländern Lateinamerikas war ein Kurswechsel der japanischen Außenpolitik bisher nicht vonnöten – nach Lesart der japanischen Imperialisten handelt es sich hier (wie auch im südostasiatischen Raum) um eine „*Region mit den stabilsten politischen Verhältnissen* (!)"
hier (wie auch im südostasiatischen Raum) um eine „*Region mit den stabilsten politischen Verhältnissen* (!)"
(„FAZ", 23.3.74).

Die reaktionären oder faschistischen Regimes Lateinamerikas sind so recht nach dem Geschmack der japanischen Kapitalisten: Ausländischen Monopolen werden die zahlreichen und umfangreichen Rohstoffquellen zur Ausplünderung ebenso wohlfeil präsentiert, wie die Millionen billigster Arbeitskräfte, Direktinvestitionen der Imperialisten werden mit Steuermitteln gefördert, Gewinne aus Tochtergesellschaften können in der Regel voll transferiert werden; daß die bis aufs Blut ausgepreßten und unterdrückten werktätigen Massen Lateinamerikas sich nicht zur Veränderung und schließlichen Abschaffung ihres elenden Daseins erheben, das wollen die Bürgerkriegstruppen, Justiz etc. der vom Imperialismus abhängigen Staaten garantieren.

So nimmt es kein Wunder, daß das japanische Großkapital n a c h dem Sturz der Allende-Regierung und der Errichtung der faschistischen Militärdiktatur über das chilenische Volk sich anschickt, ganz groß in Chile einzusteigen. Verhandlungen über Direktinvestitionen in Milliarden-Dollar-Höhe (!) laufen gegenwärtig noch zwischen Vertretern der japanischen Regierung und des Pinochet-Regimes.

Sein umfangreichstes und hauptsächliches ‚Betätigungsfeld' in Lateinamerika hat der japanische Imperialismus gegenwärtig jedoch im ebenfalls faschistischen Brasilien: „*Dieses Land mit seiner rund 700.000* (!?) *Mitglieder zählenden japanischen Kolonie, steht zusammen mit Indonesien, Australien und Kanada ganz oben auf der Liste potentieller Rohstofflieferanten, für die sich Japan interessiert*" („FAZ", 21.9.74).

Wenn man den eigenen japanischen Angaben trauen kann, so wurde von Japan bis Ende 1973 in Brasilien für rund 800 Mio. Dollar (!) investiert – „*womit Japan vermutlich der drittgrößte ausländische Investor in Brasilien wäre* (!)" („FAZ", 21.9.74).

Im Vergleich zum h e u t i g e n Stand der Dinge muß allerdings die seinerzeitige Position des japanischen Imperialismus in Brasilien als ‚schwach' gewertet werden: Als der japanische Premier Tanaka auf seiner jüngsten Amerika-Reise auch die brasilianischen Faschisten mit seinem Besuch beehrte, konnte er „*einen Vertrag über den Bau einer Aluminiumschmelze ... mit der dazugehörenden Kraftwerksanlage im Gesamtwert von drei Milliarden Dollar* (!!!) *und ein Zellulose-Projekt ... unterzeichnen*" („FAZ", 21.9.74).

Japan – Sowjetunion

Der Warenstrom zwischen Japan und der Sowjetunion (sowie den anderen RGW-Ländern) floß bisher recht spärlich: Im Jahre 1973 konnte das japanische Großkapital nicht einmal ein Zehntel (!) seines USA-Handels (Im- und Exporte Japan/USA addieren sich auf 18,71 Mrd. Dollar) mit den RGW-Ländern realisieren („HB", 3.7.74 und „SZ", 15.6.74).

Beschränkungen ergaben sich (und ergeben sich z.T. heute noch) aus der politisch-ökonomischen Struktur der revisionistischen Länder und aus dem exzessiv antikommunistischen Kurs der japanischen Außenpolitik bis Ende der sechziger Jahre.

Ähnlich und parallel zur Entwicklung einer ‚Neuen Ostpolitik' durch den westdeutschen Imperialismus formulierten auch die Strategen des japanischen Imperialismus eine ‚Neue Westpolitik' – zunächst gegenüber der Sowjetunion und später auch gegenüber der VR China.

Nach mehrjährigen Verhandlungen auf höchster Ebene gelangten Regierungs-Vertreter Japans und der UdSSR 1973 zu einem gemeinsamen Kommunique, worin die ‚allseitige Normalisierung der Beziehungen' zwischen beiden Ländern (einschließlich dem Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation) angekündigt wird („FAZ", 27.7.74).

Für 1974 wurde der Abschluß eines Friedensvertrages angestrebt, wozu die gesamte sowjetische Partei- und Staatsführung vom japanischen Außenminister Kimura nach Tokio eingeladen wurde („FAZ", 27.7.74).

Bereits 1967 nahmen Vertreter Japans und der Sowjetunion Verhandlungen über einen umfassenden wirtschaftlichen Kooperationsvertrag auf. Die Sowjetrevisionisten boten dem japanischen Großkapital eine „Beteiligung an der Erschließung Sibiriens" an („SZ", 13.4.74). Da Direktinvestitionen ausländischer Kapitalisten in der Sowjetunion (noch) nicht möglich sind, gestalteten sich die Verhandlungen über die exakten Bedingungen des Tauschgeschäftes äußerst schwierig. Schließlich kam nach siebenjährigen Verhandlungen im April dieses Jahres ein Protokoll zustande, wonach „*die japanische Export-Import-Bank den Sowjets einen Yen-Kredit über eine Milliarde Dollar zu einem*
Bank den Sowjets einen Yen-Kredit über eine Milliarde Dollar zu einem
Zinssatz von 6,375%, rückzahlbar in acht Jahren (gewährt). *Der ... Kredit ist daran gebunden, für japanische* (!) *Ausrüstungen bei der Verwirklichung von drei großen Projekten eingesetzt zu werden*" („SZ", 7.5.74).

Im einzelnen geht es nach diesem Abkommen um

- die Erschließung der Erdgasvorkommen in Jakutsk,
- die Verkokung von Steinkohle in Jakutsk und
- Nutzholzgewinnung und Papierverarbeitung („SZ", 7.5.74).

Dieses Abkommen sichert dem japanischen Imperialismus also zum einen einen enormen Exportauftrag für die Investitionsgüterindustrie, zum anderen verbessert es die Versorgung Japans mit Energieträgern bis zum Ende dieses Jahrhunderts („*zwei Drittel der jährlich von den Sowjets exportierten 10 Mill. t. Kohle* (sollen) *ab 1983 für die darauffolgenden 20 Jahre an Japan geliefert werden*" – und: nach Abschluß des Erdgas-Abkommens „*könnte Japan jährlich mit der Lieferung von zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas aus der Sowjetunion rechnen. Dieser Lieferkontrakt würde für 20 Jahre gelten*" („SZ", 7.5.74).

Von sowjetischer Seite wurde den japanischen Großkapitalisten sogar noch eine Erweiterung dieses Abkommens angeboten – auf der Basis: sieben Milliarden-Dollar-Kredit Japans gegen eine Erhöhung sowjetischer Lieferungen bei Erdgas und Kohle, sowie die Kooperation beider Länder bei der Erschließung weiterer Bodenschätze (Erdöl!) und dem Bau einer zweiten transsibirischen Eisenbahn von Tjumen bis zum Pazifikhafen Nachodka („SZ", 13.4.74).

Die Realisierung eines solchen Mammutprogramms ist allerdings aus zwei wesentlichen Gründen (zumindest in nächster Zukunft) unwahrscheinlich:

1. Ist der japanische Imperialismus momentan nicht in der Lage, die von den Sowjets geforderten 7 Milliarden Dollar aufzubringen. Das japanische Großkapital könnte sich nur dann an den großen Projekten beteiligen, wenn der US-Imperialismus den größten Teil der von der Sowjetunion geforderten Kredite beisteuerte – und somit ein dreiseitiges Abkommen zustandekäme. Die „*amerikanische Mitfinanzierung ... (bedarf) der Zustimmung des US-Kongresses ... Der amerikanische Kongress will US-Kredite an die Sowjets von Moskaus Haltung gegenüber den auswanderungswilligen Juden in der UDSSR abhängig machen*" („Süddeutsche Zeitung", 7.5.74).

2. Der Bau einer zweiten transsibirischen Eisenbahn „*könnte von der VR China übel vermerkt werden*", weil „*die zweite ‚Transib' ... nicht nur sowjetisches Erdöl befördern (würde)*", sondern „*zugleich ein zweiter Nachschubstrang für die Truppen der Sowjetarmee im östlichen Sibirien und an den Küsten des Pazifischen Ozeans (wäre)*" („Süddeutsche Zeitung", 7.5.74).

Die Sowjetrevisionisten haben freilich „*die Hoffnung auf japanische Kreidte für das Tjumen-Projekt dennoch nicht aufgegeben*" („SZ"), sondern werben mit besonders günstigen Lieferbedingungen und Preisen (beim Erdöl) um die Gunst der Imperialisten.

Darüberhinaus versuchen die Sowjetführer mit ausgesprochen chauvinistischer Hetze in der offiziellen Propaganda die VR China zu diskreditieren und damit als lästigen Konkurrenten auszustechen. Aus der mannigfaltigen sowjetrevisionistischen Hetzpropaganda hier nur ein Beispiel:

In dem Organ der sowjetischen Regierung „Iswestija" warnte vor kurzem ein gewisser W. Kudrjawzew die japanischen Imperialisten (!) davor, die Augen vor der „*Pekinger Politik des Großmachthegemonismus, in erster Linie in Asien*" zu verschließen:

„*In der Annahme, daß die japanisch-chinesischen Beziehungen die Abhängigkeit Japans von den USA abschwächen, geraten die herrschenden Kreise Japans (!) in ein anderes Extrem (!!!).*" Kudrjawzew unterstellt der VR China, daß sie „*die japanischen Monopole mit der trügerischen Perspektive einer Vereinigung der führenden japanischen Technik mit den billigen und reichlich vorhandenen (!) chinesischen Arbeitskräften lockt...*"

Den Gipfel revisionistischer Verkommenheit offenbaren die Sowjetführer, indem sie behaupten: „*Wenn Japan* (!) *diesen Weg* (d.h. der Zusammenarbeit mit der VR China, Anm. AK) *geht, wird nichts anderes dabei herauskommen, als daß es sich erneut fremden Interessen unterwirft (!!!)*" (Übersetzung in „Horizont", 12/74).

Kompletter lassen sich die tatsächlichen Verhältnisse wohl kaum auf den Kopf stellen.

Japan und die VR China

Japan und die VR China

Bis zum Herbst 1972 bestand zwischen der VR China und Japan ein ‚abnormer Zustand': Die japanischen Imperialisten hatten bekanntlich während des 2. Weltkrieges große Teile des chinesischen Territoriums okkupiert, Millionen chinesischer Werktätiger zur Zwangsarbeit deportiert und mehrere Millionen Chinesen ermordet. Erst durch einen jahrelangen Befreiungskrieg war es dem chinesischen Volk gelungen, die japanische Kolonialherrschaft zu brechen und die Invasionstruppen aus dem Lande zu treiben.

Der japanische Imperialismus ‚normalisierte' seine Beziehungen jedoch zunächst nicht mit der 1949 gegründeten Volksrepublik, sondern (entsprechend der Globalstrategie des US-Imperialismus) mit dem anti-kommunistischen Regime Tschiang Kai-Tscheks in der chinesischen Provinz Taiwan.

Der „Kriegszustand" zwischen der VR China und Japan wurde erst 1972 in einem ‚Gemeinsamen Kommunique' der Regierungen beider Länder offiziell für beendet erklärt – also 27 Jahre nach Kriegsende, bzw. 23 Jahre nach Gründung der VR China. Zusätzlich zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen bekräftigten die Regierungsvertreter der VR Chinas und Japans in der schon erwähnten „Erklärung":

„*(9) Für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und die Erweiterung des Personenverkehrs sind sich die Regierung der VR China und die Regierung Japans darin einig,... Verhandlungen über den Abschluß von Abkommen im Bereiche von Handel, Seefahrt, Luftfahrt, Fischerei u.a.m. zu führen.*"
(Zit. nach: Peking Rundschau 40/72)

Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen folgten alsbald das erste offizielle Handelsabkommen (im Herbst 1973) und ein gegenseitiges Luftverkehrsabkommen (im April dieses Jahres).

Heute – also nur zwei Jahre nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der VR China – haben die japanischen Imperialisten „*im Wettrennen um den chinesischen Markt ... schon die Nase vorn*" („Zeit", 26.4.74). Während noch im vergangenen Jahr die japanischen Exporte in die VR China nicht einmal den Umfang des Exports nach Taiwan erreichten (nach einer Meldung der Londoner ‚Financial Times' exportierte Japan in den ersten acht Monaten des Jahres 1973 nach Taiwan Waren im Wert von 876 Mio. Dollar, in die VR China jedoch nur für 646 Mio. Dollar), stehen bereits für das laufende Jahr und erst recht für die Zukunft Tauschgeschäfte großen Stils an:

Im Mai dieses Jahres erhielten die japanischen Großkapitalisten (der Konzern ‚Sinippon') den Zuschlag für den Bau eines Warmwalzwerkes in Wuhan – Kostenpunkt 580 Mio. Mark! Die japanischen Kapitalisten konnten damit ein westdeutsches Firmen-Konsortium aus dem Rennen werfen, das ursprünglich ein integriertes Stahlwerk liefern sollte, jetzt aber nur noch den zweiten Teil des Wuhan-Werkes – ein Kaltwalzwerk – bauen wird (Kosten betragen hier 500 Mio. Mark).
(nach: „HB", 5.6.74)

Ein weiteres lohnendes Geschäft – mit einem Wert von 150 Miol Mark – ist noch im Stadium der Verhandlungen. Es geht dabei um eine Stranggußanlage, die an das Wuhaner Walzwerk angeschlossen werden soll. Auch hier konkurriert das japanische Großkapital mit dem westdeutschen Konsortium um den Auftrag (lt. „Welt", 5.6.74).

Nach Angaben der Japan External Trade (JETRO) nahm das Außenhandelsvolumen zwischen der VR China und Japan im ersten Halbjahr 74, verglichen mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres, um fast 60 Prozent zu. Der Handel zwischen beiden Ländern erreichte in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ein Volumen von 1,38 Milliarden Dollar (die japanischen Exporte nach der VR China stiegen um 62 Prozent auf 765,8 Mio. Dollar, während der Import aus der VR China um 55 Prozent auf 616,7 Mio. Dollar anwuchs) (nach „FAZ", 9.9.74).

Inwieweit derartig enorme Steigerungsraten im Handel zwischen der chinesischen Volksrepublik und dem japanischen Imperialismus auch in den kommenden Jahren realisiert werden können, wird vor allem von der Bereitschaft und Fähigkeit der VR China abhängen, ihre Exporte nach Japan zu erhöhen – in erster Linie geht es dabei ums Erdöl (1973 förderte die VR China bereits beachtliche 50 Mio. Tonnen), aber auch um andere Rohstoffe, an denen der gefräßige japanische Imperialismus interessiert ist.

Die VR China hat bisher strikt das Prinzip sozialistischer Staaten eingehalten, nicht mehr zu importieren als zu exportieren – um sich nicht in die Abhängigkeit der Imperialisten zu begeben.

Der japanische Premier Tanaka hatte im September 73 während der Vertragsverhandlungen in Peking auf seine Gastgeber den überschwenglichen Toast ausgebracht: „*Die Normalisierung der Beziehungen ist der erste Schritt zum Morgen, und ich will mit dem reißenden Strom der Geschichte zu neuen Horizonten (!) voranschreiten*" (PR, 40/72). Diese überspannten Erwartungen werden sich kaum erfüllen!

Immerhin haben sich die japanischen Imperialisten aber durch die spektakuläre Wende in ihrer Politik gegenüber der VR China einen Markt für ihren Export geöffnet und sich darüberhinaus den Weg zu neuen Rohstoffquellen erschlossen. ●

(Wird fortgesetzt)
Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Portugal
Eintägiger Solidaritätsstreik der Tagespresse mit den Arbeitern des „Jornal do Comercio"

Am 22. August waren die Arbeiter des „Jornal do Comercio", einer Lissaboner Tageszeitung, die sich im Besitz des Banco Borges & Irmão und damit der imperialistischen Quina-Gruppe befindet, in den Streik
Besitz des Banco Borges & Irmão und damit der imperialistischen Quina-Gruppe befindet, in den Streik
getreten. Sie verlangten die gleichen Löhne und Gehälter wie ihre Kollegen vom „Diário Popular", das demselben Konzern gehört, setzten sich gegen die drohende Entlassung von Kollegen nach der beabsichtigten Rationalisierung durch Umstellung auf Offsetdruck zur Wehr und forderten die Abberufung des faschistischen Direktors der Zeitung, Carlos Machado, unter dessen Leitung das „Jornal do Comércio", wie es in einer Mitteilung der Arbeiter heißt, „*zu einem Organ der extremen Rechten geworden ist, einem Organ, das die Positionen des großen Monopolkapitals und der Reaktion vertritt, die sich in großem Maßstab bewaffnet und organisiert*" („Diário de Lisboa", 26.8.).

Mit der Fortdauer des Streiks zeigten sich die Konzernvertreter zumindest geneigt, über einige ökonomische Forderungen der Arbeiter mit sich reden zu lassen, lehnten aber die Abberufung des Faschisten Machado kategorisch ab – mit der Begründung, dies schaffe einen Präzedenzfall für weitere Unternehmen der Quina-Gruppe („Diário de Noticias, 2.9.).

Die Arbeiter des „Jornal do Comércio" unternahmen auf zwei Ebenen Anstrengungen, die ihnen durch Presse- und Streikgesetzgebung auferlegte Isolation von der Bevölkerung zu überwinden: Zum einen organisierten sie Versammlungen mit Delegierten anderer Lissaboner Betriebe der Quina-Gruppe, um die Kämpfe der Arbeiter des gesamten Konzerns zusammenzufassen; zum andern planten sie die Herausgabe einer Streikzeitung, die in der Stadt vertrieben werden sollte. Daraufhin riegelten Militär- und Polizeieinheiten alle Zufahrtstraßen zum Verlagsgebäude ab; als die Zeitung dennoch erschienen war und mit Hilfe von streikenden Arbeitern anderer Betriebe verkauft wurde, besetzten die Truppe das Verlagsgebäude und versiegelten es (vergl. AK 49, S.9).

Am 3. September wurde auf Gewerkschaftsversammlungen der Journalisten, Druckereiarbeiter und Zeitungsverkäufer für den folgenden Tag zu einem 24stündigen Solidaritätsstreik mit den Arbeitern des „Jornal do Comércio" aufgerufen, der von allen Tageszeitungen in Lissabon und Porto mit Ausnahme von „O Século" befolgt wurde („O Século" ist eine Zeitung des Brito-Konzerns, der seine Druckmaschinen auch dem „Avante!", dem Zentralorgan der revisionistischen PCP, zur Verfügung stellt). Das Verlagsgebäude des „Século" wurde „unter Polizeischutz gestellt", um eine störungsfreie Auslieferung der Zeitungen zu gewährleisten; nachdem sich aber bereits Gruppen zur Verhinderung des Vertriebs gebildet hatten, verzichtete der Verlag auf die Auslieferung der fertigen Nummer, so daß am 4. September in Lissabon und Porto keine einzige Tageszeitung erschien. Die Arbeiter von Rundfunk
Porto keine einzige Tageszeitung erschien. Die Arbeiter von Rundfunk
und Fernsehen beteiligten sich zwar nicht am Streik, berichteten aber in aller Ausführlichkeit über die Vorgänge beim „Jornal do Comércio" und den Solidaritätsstreik der Tagespresse.

Mit dieser Aktion, über die am nächsten Tag in allen Tageszeitungen berichtet wurde, gelang es den Streikenden, die zuvor vorhandene Informationssperre massiv zu durchbrechen. Sie waren sich natürlich darüber im Klaren, daß sie gegen das erst kürzlich erlassene reaktionäre Streikgesetz verstießen, das politische und Solidaritätsstreiks grundsätzlich verbietet. Die Regierung hielt ein schärferes Vorgehen gegen die bewußte Überschreitung des von der Bourgeoisie gesetzten Rahmens nicht für opportun, sondern beschränkte sich in einem Kommuniqué auf den Hinweis, daß „*... die große Mehrheit der Arbeiter der Presse, obwohl sie in diesem Falle die Lage falsch eingeschätzt hat, sich davon überzeugen läßt, daß die hier eingenommene Haltung zu keinem positiven Ergebnis führt.*" Dann folgt allerdings die Drohung auf dem Fuß: „*Das Streikgesetz wurde gemacht, damit es eingehalten wird. Die Arbeiter haben nunmehr ein Recht, das ihnen jahrzehntelang vom früheren Regime vorenthalten wurde, welches den Streik als Verbrechen betrachtete. Sie müssen aber auch die Pflichten erfüllen, die sich aus diesem Gesetz ergeben. Das Gesetz besteht und wird in Zukunft angewandt werden*" („Diário de Noticias", 5.9.).

Die Revisionisten, die bei der Gewerkschaftsversammlung, auf der der Streikbeschluß gefaßt wurde, von den Arbeitern überstimmt worden waren, verurteilten den Streik in gewohnter Weise. Die Journalistenorganisation der PCP für Lissabon wertete den Streik beim „Jornal do Comércio" als „*von Anfang an den Interessen der Arbeiter nicht gemäß*" und verstieg sich zu folgender Analyse: „*Da das wesentliche Machtelement des Streiks der Schaden ist, der dem Unternehmer durch die allgemeine Lähmung der Produktion erwächst, liegt es ganz klar auf der Hand, daß in einem ohnehin defizitären Unternehmen dieses Machtelement abgeschwächt wird oder gar ganz entfällt. Die Arbeiter des Unternehmens ‚Jornal do Comércio' wissen genau, daß dieses defizitär ist. Aus einer ökonomischen Perspektive läßt daher der Streik in diesem Fall den Unternehmer kalt, der sich ganz nach Belieben auf eine Position der Unnachgiebigkeit zurückziehen kann, ohne daß ihm ein wirtschaftlicher Schaden entstünde.*" Darauf aufbauend wird dann folgerichtig geschlos- ➡

Portugal nach dem gescheiterten Putschversuch der Rechten: Faschisten nach wie vor eine ernstzunehmende Gefahr!

Unmittelbar nach dem Militärputsch vom 25. April hatten es die portugiesischen Faschisten zunächst für ratsam befunden, vorübergehend unterzutauchen oder doch zumindes in der Öffentlichkeit nichts von sich verlauten zu lassen. Das Ziel der Junta war, den „Umgestaltungsprozeß" von der Caetano-Diktatur zu einer parlamentarischen Demokratie nach westeuropäischem Vorbild von oben zu steuern und zu kontrollieren. Es sollte unter allen Umständen vermieden werden, daß das Volk und insbesondere die Arbeiterklasse in diesen Prozeß eingreift und aktiv den antifaschistischen Kampf führt.
Deshalb kündigten Sprecher der „Bewegung der Streitkräfte und der Provisorischen Regierung" – um zum Schein auf die in den Kämpfen der Arbeiterklasse immer wiederkehrenden Forderungen einzugehen – zwar ein umfassendes „saneamento" (Sanierung = Entfernung der Faschisten) in allen Bereichen an, doch ein energisches Vorgehen gegen die Faschisten fand nicht statt.

Die wegen ihrer barbarischen Foltermethoden berüchtigte Geheimpolizei Pide (vom Caetano-Regime in „Generaldirektion für Sicherheit" umgetauft) wurde zwar aufgelöst und rund 1.000 ihrer Mitglieder verhaftet, während mindestens ebenso viele im Lande untertauchen oder sich nach Spanien bzw. in die Kolonien absetzen konnten; bislang wurde jedoch kein Pide-Mitglied abgeurteilt, und die Pide-Archive über Regimegegner wurden vom Militär nicht etwa vernichtet, sondern „an einen sicheren Ort gebracht";

Die paramilitärische Kampforganisation „Legião Portuguesa" (Portugals Legion) wurde zwar aufgelöst, sowie einige ihrer Exponenten vorübergehend festgenommen, doch wurden nur in bescheidenem Ausmaß Waffenlager dieser gut ausgerüsteten Einheit ausgehoben;

Weitere Stützen der faschistischen Macht wie die Polizeitruppe PSP und die „Guarda Nacional Republicana" blieben nach dem Militärputsch so gut wie unangetastet;

Die faschistische Einheitspartei A.N.P. (Acção Nacional Popular) wurde zwar aufgelöst, doch nur wenige ihrer führenden Mitglieder – und selbst die nur vorübergehend – festgesetzt. So konnten der frühere Staatspräsident Tomás und Ministerpräsident Caetano ungehindert nach Brasilien ausreisen; Ex-Verteidigungsminister Silva Cunha und Ex-Innenminister Moreira Baptista wurden freigelassen; und der frühere Erziehungsminister Veiga Simão wurde sogar zum UNO-Botschafter ernannt.

Schon wenige Wochen nach dem Putsch konnten die Faschisten erste Versuche unternehmen, mit neuen Organisationen aus ihren Schlupfwinkeln hervorzutreten, wozu sie von einigen Mitgliedern der Junta mehr oder weniger offen ermuntert wurden – so vor allem von General Spinola, der auf die Bildung einer starken Rechtspartei als „Gegengewicht" zu den in der Anfangsphase des Militärregimes dominierenden Parteien der Regierungskoalition drängte, und von dem ultrareaktionären General Galvão de Melo, der bei verschiedenen Anlässen den offiziell verfemten Faschisten nachdrücklich Gehör verschaffte.

In einer Fernsehansprache verlas Galvão de Melo schon am 27. Mai den Brief eines „authentischen Portugiesen" (der selbst nach Kommentaren der bürgerlichen Presse Portugals in der Umgebung des Erzfaschisten Kaulza de Arriaga, des früheren Oberbefehlshabers der Truppen in Mocambique, zu suchen war), der das gegenwärtige „Klima der Anarchie" beklagte, das *„nicht im geringsten mit der verantwortungsbewußten Freiheit in Einklang zu bringen ist, welche die Bewegung der Streitkräfte den Portugiesen im Mutterland und in den Kolonien bringen wollte"*.

Zugleich wurde schon das Schrekkensbild einer umfassenden Wirtschaftskrise an die Wand gemalt mit besonderer Betonung der *„Zunahme der Arbeitslosigkeit als Folge des Bankrotts kleinerer und mittlerer Unternehmen, die unter den demagogischen Forderungen von Opportunisten zusammenbrechen, welche sich als Vertreter des ehrlichen Arbeiters ausgeben, der sich gutgläubig von skrupellosen Menschen hintergehen läßt."* („Jornal do Comercio", 28.5.74).

Bei einem Besuch in Brasilien versicherte derselbe Galvão de Melo wenig später dem brasilianischen Außenminister, der Militärputsch vom 25. April habe vieles mit der brasilianischen faschistischen „Revolution" von 1964 gemeinsam. In einem Interview mit dem Faschistenblatt „Tempo Novo" erklärte Galvão de Melo schließlich, das Schlimme an der Pide sei gewesen, „ . . . *daß sie die Befugnis zur Untersuchung, Verhaftung, Verurteilung und zum Strafvollzug auf sich vereint hat*", und fügte hinzu: „*Es ist viel schlimmer, gar keinen Geheimdienst zu haben, als über einen solchen zu verfügen wie den, der jetzt verschwunden ist*". („A Verdade", 3.9.74).

„Fortschrittliche", „soziale" und „demokratische" Faschisten

Mit diskreter Förderung wurde so unter der Hand die Formierung der Reaktion betrieben, die sich zunächst in zahlreichen Splittergruppen zusammenschloß, wobei sie bezeichnenderweise nicht auf fortschrittliche Benennung wie „social", „democratico", oder „popular" verzichten mochte. Noch im Mai wurden faschistische Organisationen wie der „Partido Liberal", der „Partiwie der „Partido Liberal", der „Partido do Progresso - Movimento Federalista Português" und der „Partido Trabalhista Democrático Português" gegründet, die sich im August zur „Frente Democrática Unida" (F.D.U.-Vereinigte Demokratische Front) zusammenschlossen. Dieser Zusammenschluß war u.a. das Ergebnis erster Verlautbarungen über die Zulassungskriterien für Parteien nach dem neuen Wahlgesetz; eine zur Kandidatur berechtigte Partei soll demnach mindestens 15000 eingeschriebene Mitglieder nachweisen müssen. In der Gründungserklärung verweisen die fusionierenden faschistischen Gruppen zugleich auf die erwünschte Integration aller Parteien, *„die in Portugal eine nicht marxistisch inspirierte Demokratie aufbauen wollen"*. („Diario de Notica", 31.8.74)

Die in der F.D.U. zusammengefaßten Organisationen haben ganz offensichtlich in den industriealisierten Distrikten Portugals, wo ihre Veranstaltungen auch von organisierten Arbeitern unter die Lupe genommen werden können, nur wenig zu melden und sind daher bestrebt, vor allem in den ländlichen Bezirken massiv Propaganda zu betreiben, um sich hier eine günstige Basis und Ausgansposition zu schaffen.

Dabei hat sich bezeichnenderweise gezeigt, daß sie im Alentejo überhaupt keine Erfolge verzeichnen konnten; in dieser vom Latifundiensystem beherrschten Region hat ihnen die überwältigende Mehrheit der Landbevölkerung (Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern) eine eindeutige Abfuhr erteilt. Anders hingegen sieht es im Norden Portugals, in der Region Trás-os-Montes, aus, wo sich der „Partido Liberal" - die einzige der in der F.D.U. vereinigten Gruppen, die überhaupt in nennenswertem Umfang parteipolitische Aktivitäten entfaltet - mit gewissen Erfolgen eine soziale Basis zu schaffen versucht. Diese Region ist vom Minifundiensystem geprägt, bei dem Einzelbauern winzige Parzellen zumeist als Eigentümer bewirtschaften, und weist mit die höchsten Emigrationsquoten Portugals auf; auch können die Faschisten hier auf massive klerikale Unterstützung rechnen.

Eine der wichtigsten reaktionären Organisationen ist der „Partido do Centro Democrático Social" (C.D.S.), der von den bekannten Faschisten Freitas do Amaral - von Spinola in den 21-köpfigen Staatsrat berufen - und von Amaro da Costa gesteuert wird und finanziell so hervoragend gepolstert ist, daß er groß angelegte Publizitätskampagnen im nationalen Rahmen durchführen kann. Nach „Expresso" umfaßt der C.D.S. einen harten Kern aus altgedienten Mitgliedern der aufgelösten faschistischen Einheitspartei, der ein Bündnis mit F.D.U. anvisiert, und einen „zentristischen" Flügel, der auf ein Bündnis mit der in der Regierungskoalition vertretenen rechten P.P.D. orientiert. Der C.D.S. versucht sich das Etikett einer „hochachtbaren" Gruppierung der rechten Mitte („centro-direita") zu erwerben. Er verfügt über gute Beziehungen zu den Konservativen in Großbritannien und Frankreich. Derzeit unternimmt er verstärkte Anstrengungen, die von den Arbeitern und Journalisten der Tagespresse Lissabons und Portos errichtete Blockade der Pamphlete und Kommuniqués der Reaktionäre zu durchbrechen, die dazu geführt hat daß der größte Teil der portugiesischen Presse die Reaktionäre boykottiert. Lediglich „A Capital" und die Zeitungen der Quina-Gruppe („Jornal do Comércio", „Diário Popular" und „Comércio do Porto"), druckten bisher reaktionäre Porpaganda ab. Um der daraus folgenden Beschränkung auf die Provinzpresse, die allerdings mehrheitlich der reaktionären Propaganda breiten Raum widmet, und die offen faschistische Presse (vor allem „Tempo Novo" und „Bandarra", die allerdings in verhältnismäßig geringen Auflagen erscheinen) zu entgehen, plant der C.D.S. die Herausgabe einer eigenen Tageszeitung, die sich als „unabhängiges und konservatives" Blatt die „FAZ" zum Vorbild nehmen soll und als deren Direktoren Personen fungieren, die bei anderen Lissaboner Tageszeitungen dem „saneamento" zum Opfer fielen. (nach „Republica", 14.9.74)



25. April: PIDE-Agenten werden von Marine-Soldaten ins Militärgefängnis abgeführt

Von der konterrevolutionären Einzelaktion zum Putschversuch

Parallel zum legalen Wiederaufbau faschistischer Organisationen entwickelte sich in den vergangenen Monaten eine Eskalation offener faschistischer Provokationen:

- so meuterten am 12. August die in einem Lissaboner Gefängnis einsitzenden PIDE-Mitglieder und zogen sich erst wieder in ihre Zellen zurück, nachdem ihre Delegation vom Juntageneral Galvão de Melo zu einer Unterredung empfangen worden war (über die offiziell nichts veröffentlicht wurde); eine Protestdemonstration der Bevölkerung vor dem Gefängnistor wurde von der Polizei niedergeknüppelt;
- in Trás-os-Montes organisierten reaktionäre Organisationen und Kleriker gemeinsam massive Sabotageaktivitäten gegen die Alphabetisierungskampagnen, wobei teilweise sich zur Wehr setzende Antifaschisten von faschistischen Pfaffen mit Pistolen bedroht wurden;
- am 24. August wurde in Lavra (Matosinhos) ein Bombenanschlag auf eine lokale C.D.E.-Versammlung verübt, bei dem zwei Teilnehmer verletzt wurden;
- am 8. September wurden in Vila Noval de Cacela (Algarve) antifaschistische Plakatkleber von Reaktionären mit Pistolen beschossen;
- am 20. September sorgten Mitglieder der „Associacão dos Ex-Presos Politicos Antifascistas" (A.E.P.P.A. - Vereinigung der ehemaligen antifaschistischen politischen Gefangenen) dafür, daß in Porto das Gepäck heimkehrender Familienangehöriger von in Mocambique stationierten PIDE-Mitgliedern kontrolliert wurde – zum Vorschein kamen diverse Gewehre und Pistolen samt dazugehöriger Munition.

Dem raschen Aufbau ihrer politischen Organisationen und Schlägertruppen entsprechend, glaubte die Reaktion schon im Juli ausreichend gerüstet zu sein, um einen „konstitutionellen Putsch" zu versuchen; dabei bediente sie sich des Staatspräsidenten Spinola und des Ministerpräsidenten da Palma Carlos und wurde offensichtlich zumindest von Teilen der mitregierenden P.P.D. (so vor allem von der Gallionsfigur des früheren „liberalen Flügels" der faschisti-

➡



Soldaten des COPCON vertreiben die faschistische Polizeitruppe PSP aus der Lissaboner Fernsehstation und halten sie besetzt.

Forts. Portugal

sen, daß *„Solidaritätsstreiks mit falschen Streiks ausrufen einem Irrtum einen weiteren hinzufügen bedeutet"* („A Capital", 5.9.).

Die Druckerzelle der PCP wirft den Arbeitern des „Jornal do Comércio" vor, eine *„nebensächliche und unrealistische Forderung"* – die Abberufung des Faschisten Machado nämlich – zum Hauptpunkt ihres Streiks erhoben zu haben. Daraus folgt dann natürlich auch die Ablehnung des Solidaritätsstreiks, wobei der Kampf der Arbeiter des „Jornal do Comércio" zu allem Überfluß noch als gegen das Volk gerichtet deklariert wird: *„Ein einfach voreiliges Vorgehen der Kollegen dieses Unternehmens entwickelt sich so zu einem nationalen Problem, das weitreichende Aspekte, wie das Recht des Volkes auf Information, auf Bündnis zwischen der demokratischen Volksbewegung und der Bewegung der Streitkräfte und damit auch den gegenwärtigen Demokratisierungsprozeß überhaupt einschließt"* („A Capital", 5.9.).

Mit diesen eindeutigen Stellungnahmen haben sich die Revisionisten klar entlarvt und unmißverständlich gezeigt, daß sie die ihnen von der Bourgeoisie zugewiesene Rolle akzeptiert haben: Durch den Aufbau reformistischer Gewerkschaften und die Verhinderung von Streiks jenes *„wahre Klima demokratischer Ordnung und sozialen Friedens"* (Ministerpräsident Gonçalves) in der Arbeiterklasse durchzusetzen, dessen die protugiesischen Kapitalisten bei ihren Vorbereitungen auf den Eintritt in die EG dringend bedürfen.

Die exemplarische Bedeutung ihres Streiks ist auch den Arbeitern des „Jornal do Comércio" deutlich geworden, die im Verlauf der Auseinandersetzung ein wesentlich klareres Bewußtsein von den Voraussetzungen ihres Kampfes gewonnen haben. Am 12. September gaben sie eine Broschüre mit dem Titel „Der Streik beim Jornal do Comércio" heraus, deren Erlös jeweils zur Hälfte für die Streikkasse und zur Entschädigung der vom Solidaritätsstreik der Tagespresse betroffenen Zeitungsjungen bestimmt war (der gesamte Text liegt uns noch nicht im Wortlaut vor.) Im Vorwort dieser Broschüre heißt es, daß der Streik zunächst als bloße Auseinandersetzung zwischen den 305 Beschäftigten des Unternehmens und den Eigentümern bzw. Verwaltern begann. Weiter schreiben die Arbeiter des „Jornal do Comércio": *„Nach dem 24stündigen Solidaritätsstreik fast der gesamten Tagespresse; nach der Unterstützung durch andere Betriebe der Borges-Gruppe, die sich in moralischer, materieller und politischer Hilfe ausdrückte, und durch Tausende anderer Arbeiter; nachdem sich unser politisches Bewußtsein und unsere Beharrlichkeit in der Praxis erwiesen haben; nach all dem hat der Streik der Arbeiter des ‚Jornal do Comércio' vor aller Augen seine wahre Bedeutung und Tragweite enthüllt: Letztlich handelt es sich um einen Kampf ‚aller' revolutionären Arbeiter gegen ‚alle' Reaktionäre, seien es nun die Kapitalisten selber oder auch Verwalter und Parteibürokraten."*

Und die Arbeiter des „Jornal do Comércio" ziehen einen klaren Trennungsstrich zwischen den beiden Lagern: *„Im Verlauf dieser Bewegung haben sich zwei mehr oder weniger deutlich verschiedene Kräfte gebildet: Auf der einen Seite die Borges-Gruppe, Institutionen der Regierung (namentlich das Arbeitsministerium) und politische Parteien (namentlich die Kommunistische Partei Portugals); auf der anderen Seite die Arbeiter des ‚Jornal do Comércio' und andere Arbeiter, die autonom für die Veränderung ihres Lebens kämpfen"* („Diário de Noticias", 13.9.).

Als nächsten Schritt riefen die Arbeiter wenige Tage später die streikenden Arbeiter anderer Betriebe dazu auf, jeweils drei Delegierte zu einer Versammlung zu entsenden, auf der eine gemeinsame Strategie beraten werden sollte. Der Streik beim „Jornal do Comércio" dauert immer noch an. ●

Spanien/Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Demokratische Soldaten in den ersten Reihen einer antifaschistischen Massendemonstration in Lissabon, zwei Tage vor dem geplanten Aufmarsch der Rechten

Forts. Portugal

schen Partei, Sá Carneiro) unterstützt. Spinola sollte mit vorgezogenen Präsidentenwahlen, bei denen er seine ganze Autorität als „führende Persönlichkeit bei der Ablösung des Faschismus" in die Waagschale hätte werfen können, zum Staatspräsidenten mit langer Amtszeit gewählt werden, während da Palma Carlos die Vollmacht erhalten sollte, ein Kabinett nach eigenen Vorstellungen zu bilden. Wie seine Regierung hätte aussehen sollen, erwies sich, nachdem der allzu dilettantisch angelegte und zu offensichtliche Putschversuch schon am Widerspruch der „Bewegung der Streitkräfte" gescheitert war und da Palma Carlos zurücktreten mußte: unmittelbar darauf gründete er den „Partido Social Democrata Portuguếs" (P.S.D.P.), eine „zentristische" Organisation, aus der er bald wieder austrat, weil seine Bundesgenossen nicht bereit waren, sich auf eine offene enge Zusammenarbeit mit dem „Partido Liberal" und ähnlichen Gruppierungen einzulassen.

(Nach „Tempo Novo", 9.8.) Nach diesem faschistischen Blatt lehnte da Palma Carlos den folgenden Programmpunkt seiner Partei als zu radikal ab: „Verwirklichung des Sozialismus auf demokratischem, nichtmarxistischem Wege unter Zurückweisung aller Formen der Aktion, die zum Totalitarismus, Zentralismus oder Staatsbürokratismus führen können." Da Palma Carlos hat inzwischen den „Partido Social Democrata Independente" (P.S.D.I.) gegründet, der im Umfeld der in der F.D.U. zusammengefaßten Gruppen operiert.)

Zum offenen Angriff gingen die Reaktionäre Ende September über, nachdem Spinola am 10.9. die „schweigende Mehrheit" des Landes nachdrücklich aufgefordert hatte, sich gegen „jeglichen Totalitarismus" zur Wehr zu setzen.

In diesem Zusammenhang ist auch die annähernd zeitgleiche Gründung eines „Partido Nacionalista Portuguếs" (P.N.P.) in Porto zu sehen, der sich in aller Offenheit an ehemalige Mitglieder der „Legião Portuguesa" und Teilnehmer am Kongreß der „Liga dos Combatentes" von 1973 wandte, um unter dem Deckmantel einer Sammlungsbewegung die offiziell verbotene faschistische Organisation wiederaufzubauen (bei der „Liga dos Combatentes" handelt es sich um einen Veteranenbund, der bei seinem Kongreß 1973 in Porto die Kolonialpolitik Caetanos von rechts kritisiert hatte). In ihren Verlautbarungen rief die Gruppe dazu auf, *„den durch den 25. April unterbrochenen Kampf wieder aufzunehmen"* und *„zum Aufbau eines plurikontinentalen und multinationalen Portugal beizutragen"*, womit sie sich als einzige reaktionäre Organisation offen gegen die Bewegung der Streitkräfte wandte. Dieses Auftreten des P.N.P. erleichterte es der Provisorischen Regierung, ein Verbot dieser Organisation auszusprechen und damit den Eindruck zu erwecken, als ginge sie energisch gegen die Faschisten vor. („República", 14.9., 16.9. und 18.9.)

Im September also entfaltete die Reaktion eine breit angelegte Kampagne in nationalem Rahmen, mit der sie die „schweigende Mehrheit" unter der Parole „Ja zu Spinola, Nein zu den Extremisten!" zu einer „Sympathie- und Unterstützungskundgebung" für den Staatspräsidenten aufrief, die am 28. September in Lissabon stattfinden sollte. Anonyme Flugblätter mit dem Aufruf zur Kundgebung wurden von Flugzeugen abgeworfen und massenhaft von Kleberkolonnen angebracht, zu deren „Schutz" bewaffnete Faschisten in schweren Limousinen vorfuhren; Gegenaktionen der Bevölkerung wurden vielfach von der Polizeitruppe PSP verhindert. Die Flugblätter waren in der Lissaboner Druckerei „Lisgráfica" hergestellt worden, die sich im Besitz des Faschisten Brás Monteiro befindet, der zugleich an der Herausgabe des faschistischen Blattes „Bandarra" beteiligt war und für einen Direktorenposten bei dem „unabhängigen und konservativen", „FAZ"-ähnlichen Blatt des C.D.S. vorgesehen ist. Des weiteren war an der Durchführung der Publizitätskampagne die Firma Eminco-C. Santos beteiligt, deren Teilhaber der frühere Präsident der faschistischen Kampforganisation „Legião Portuguesa", Henrique Teneiro, ist.

Natürlich konnten die Reaktionäre nicht erwarten, daß ausgerechnet die Arbeiter Lissabons und des südlich des Tejo gelegenen Industriegebietes in Scharen zu ihrer „machtvollen Kundgebung der schweigenden Mehrheit" herbeiströmen würden, zumal revolutionäre Organisationen eine umfangreiche Agitation zur Aufklärung der Bevölkerung über die wahren Hintergründe der scheinbar harmlosen „Sympathiekundgebung" entfalteten. Die Reformisten (P.S.P.) und Revisionisten (P.C.P. und M.D.P.) wiesen zwar ebenfalls ausführlich auf die Gefährlichkeit der geplanten Veranstaltung hin, konzentrierten sich jedoch im Verein mit der bürgerlichen Tagespresse darauf, von der Regierung ein Verbot der Veranstaltung zu verlangen, anstatt die Massen zu ihrer Verhinderung zu mobilisieren. Jedenfalls sah sich die Reaktion gezwungen, die Darsteller der „schweigenden Mehrheit" aus entferntesten Landesteilen heranzukarren; zu diesem Zwecke wurden Bauern aus Trás-os-Montes Freifahrtsscheine für die Fahrt nach Lissabon in die Hand gedrückt mit der Auflage, sich als Jubeltruppe an der Kundgebung zu beteiligen.

Zwei Tage vor dem angesetzten Termin fand dann die Generalprobe statt: die „Liga dos Combatentes" hatte zu einer Stierkampfveranstaltung in Lissabon geladen, an der als illustre Gäste Spinola, Ministerpräsident Goncalves, Verteidigungsminister Miguel und Juntageneral Galvão de Melo teilnahmen. Dabei wurde in Anwesenheit des mit Beifallsstürmen bedachten Spinola der Aufruf zur reaktionären Kundgebung verlesen, während Goncalves ausgebuht und niedergeschrien wurde. Noch während der Veranstaltung begann vor den Toren der Stierkampfarena vom Campo Pequeno eine antifaschistische Gegendemonstration. Im Anschluß an die Stierkampfveranstaltung kam es dann zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und antifaschistischen Demonstranten, die die ganze Nacht andauerten. Während Spinola, Goncalves und Miguel aus unterschiedlichen Gründen die Veranstaltung vorzeitig verließen, identifizierte sich Galvão de Melo durch geduldiges Ausharren mit ihren Organisatoren. Derselbe Galvão de Melo gab wenig später eine Erklärung ab, in der er ausdrücklich die Zulassung der reaktionären Kundgebung verlangte.

Gegen die faschistischen Umtriebe helfen nur bewaffnete Arbeitermilizen

In richtiger Einschätzung der Absichten der Faschisten errichteten revolutionäre Arbeiter Barrikaden an den Ausfallstraßen von Lissabon; dasselbe geschah in Porto, Coimbra und Setúbal, wo die bewaffneten Volkskräfte wie in Lissabon dem Ansturm der faschistischen Polizeitruppe PSP widerstanden, die die Barrikaden räumen wollte. Während bewaffnete Arbeiter bei Faschisten unzählige Waffen beschlagnahmten, ging die Bevölkerung massenhaft auf die Straße und rief die Gewerkschaften der Eisenbahner und der Bus- und Lkw-Fahrer ihre Mitglieder zum Boykott der von den Faschisten bestellten Sonderfahrten auf. In der Nacht vom 27. auf den 28. September bemächtigten sich dann die Reaktionäre der Nachrichtenmedien: während Informationsminister Sanches Osório für den Samstag des Erscheinen von Tageszeitungen untersagte, besetzten faschistische Einheiten von GNR und PSP die Rundfunkstationen. Erst nachdem sich der demokratische Flügel innerhalb der Bewegung der Streitkräfte durchgesetzt hatte, gingen Truppen der Kommandoeinheit COPCON (Comando Operacional do Continente) gemeinsam mit den Arbeitern gegen die Faschisten vor, besetzten ihrerseits die Rundfunksender und verhafteten zahlreiche Faschisten. Die Kundgebung wurde verboten.

Unter den Verhafteten sind zahlreiche Prominente der faschistischen Szenerie anzutreffen; so

- Franco Nogueira, Außenminister unter Salazar und Caetano;
- Moreira Baptista, Staatssekretär für Information und danach Innenminister der Caetano-Regierung;
- Elmano Alves, Vorsitzender der faschistischen Einheitspartei A.N.P;
- General Kaulza de Arriaga, früherer Oberbefehlshaber der Truppen in

➡

Portugal:

Zusammenarbeit von faschistischen Terrororganisationen und Geheimdienst

Der ARBEITERKAMPF Nr. 49 berichtete über das Aufdecken der internationalen faschistischen Zentrale „Aginter", die ihren Sitz in Portugal hatte. „Aginter" war als Nachrichtenagentur getarnt, dahinter steckte die faschistische Organisation „Ordnung und Tradition". „Arbeitsfeld" waren Anwerbung von Söldnern für den Kolonialkrieg in afrikanischen Staaten, Morde, Spionage usw. – eine Zentrale zur Unterstützung neokolonialistischer und faschistischer Politik.

An die portugiesischen Faschisten von „Ordnung und Tradition" sind auch spanische Faschisten, die „Freunde Europas" (CEDACE) und das auch in Portugal vertretene „Iberische Kreuz" angeschlossen. Letztere wiederum sind verbunden mit den spanischen Terrororganisationen „Partisanen Christi" und „Fuerza Nueva", die von dem Madrider Notar Blas Pinar geführt wird.

Die „Aginter" hat, wie wir berichteten, weitverzweigte internationale Verbindungen gehabt. Diese reichten bis zur italienischen Terrorgruppe „ordine nero" („Schwarze Ordnung"), die für verschiedene Mord- und Terror-Anschläge in Italien verantwortlich ist.

Der „Vorwärts" berichtete in seiner Ausgabe vom 3.10., daß der Kern der „Aginter", die Faschistengruppe „Ordnung und Tradition", **auf Betreiben der (inzwischen aufgelösten) portugiesischen Geheimpolizei PIDE gegründet worden ist!!!**

Bedenkt man den speziellen Auftrag der „Aginter"-Zentrale zur Unterstützung insbesondere der portugiesischen Kolonialpolitik, ist mit dem Aufdecken der „Aginter", was übrigens der portugiesischen KP zugerechnet wird, ein Stich in ein Wespennest getan. Es liegt im Interesse der fortschrittlichen Kräfte in Portugal, diese Verbindungen zwischen faschistischen Mordzentralen, Geheimdienst, Staatsapparat . . . aufzudecken, und die Forderung nach Säuberung des Staatsapparates von allen faschistischen Elementen zu verwirklichen.

„Aginter" & Co. haben sich inzwischen nach Spanien verzogen, „um auf bessere Zeiten zu warten" („Vorwärts", 3.10.). **Es heißt, daß über 30.000 !!! ehemaliger Söldner aus Algerien in Alicante (Süd-Spanien) sich zusammengerottet haben.** Darunter sind auch ehemalige Agenten der PIDE. Der Chef der „Aginter", Yves Guérin-Sérac, soll sich nach seiner Flucht aus Portugal ebenfalls in Alicante aufgehalten haben. •

Bezirkszelle St. Pauli
KB/Gruppe Hamburg

Forts. Portugal

Mocambique und Hauptwortführer der faschistischen Kritik an Caetano;
- Silva Cunha, Kriegsminister unter Caetano;
- Manuel Múrias, Herausgeber der faschistischen Zeitschrift „Bandarra“, die nach den Ereignissen vom 28. September verboten wurde;
- Brás Monteiro, Besitzer der Druckerei „Lisgráfica“, in der die Aufrufe für die reaktionäre Kundgebung gedruckt wurden;
- José Morais Zoio, Waffenhändler;
- Botelho Moniz, Kriegsminister unter Salazar;
- Almeida Araújo, Generalsekretär des „Partido Liberal“.

Geleitet werden sollte die geplante „Allianz“ von den Herren Deslandes (früherer Generalstabschef), da Palma Carlos und Azeredo Perdigão (Vorsitzender der „Fundacão Gulbenkian“, Staatsratsmitglied).

In den Parteiräumen des reaktionären „Partido do Progresso“ wurden weitere wichtige Unterlagen gefunden. Diese Partei hatte bereits ein genaues Archiv über Angehörige demokratischer und kommunistischer Organisationen, Gewerkschaftsführer und Mitglieder der „Bewegung der Streitkräfte“ angelegt und Unmengen von gefälschten Flugblättern und Broschüren demokratischer und kommunistischer Organisationen gelagert. Daneben wurde eine Aufstellung über Waffen gefunden, die die Partei anderweitig gelagert oder schon verteilt hatte. Dabei handelte es sich u.a. um: 200 Maschinenpistolen, 100 Maschinengewehre, 2.000 G3-Gewehre, 50 Granatwerfer, 50 Mörser, entsprechende Munition und Handgranaten; die Fertigung von Molotow-Cocktails war offenbar in den Parteiräumen selbst vorgenommen worden.



Soldaten und antifaschistische Volksmilizen übernahmen am 28. September gemeinsam die Kontrolle der wichtigsten Städte in Portugal

Des weiteren wurden u.a. je ein Mitglied der Familien Champalimaud (zweitgrößter Konzern des Landes), Caetano und Jardim (Industrieller aus Mocambique, der den dortigen Putschversuch der Rassisten gefördert hatte) verhaftet. Außerdem laufen gegen eine Reihe flüchtiger Faschistenführer Haftbefehle.

Aus den Funden, die das COPCON bei Haussuchungen nach dem 28. September zutage förderte, lassen sich weitere Einzelheiten der geplanten Aktionen rekonstruieren. So wurde in den Geschäftsräumen eines dubiosen Unternehmens, der „SINASF - Sociede de Investigucao Aplicada ao Servico da Empresa“ (Gesellschaft für angewandte Forschung im Dienste des Unternehmens), die gleichzeitig als Hauptgeschäftsstelle des „Partido Liberal“ dienten, ein minutiöser Aufbauplan für einen Rechtblock vorgefunden, der unter der Bezeichnung „Alianca para o Progresso Social“ (Allianz für den sozialen Fortschritt) gebildet werden sollte. Dieser Organisation söllte neben den in der F.D.U. zusammengefaßten Parteien, dem C.D.S. und einigen kleineren Rechtsgruppierungen auch der P.P.D. angehören.

Der P.P.D. (Partido Popular Democrático) gehört der jetzigen Regierungskoalition an. Seine füh-
Regierungskoalition an. Seine füh-
renden Persönlichkeiten – Magalhaes Mota, Sá Carneiro, Pinto Balsemão – sind allesamt aus dem „liberalen Flügel“ der faschistischen A.N.P. hervorgegangen, während ein weiterer großer Teil der Parteimitglieder früher den unter Caetano gegründeten SEDES-Diskussionszirkel angehörte. Aus dieser letzteren Gruppe rekrutierte sich fast das gesamte Wirtschaftskabinett der ersten und zweiten Provisorischen Regierung.

● Der P.P.D. vermied es lange Zeit, zur Kundgebung der Reaktion überhaupt Stellung zu beziehen, und verurteilte sie praktisch in letzter Minute.

Nach dem verhinderten Rechtsputsch mußten mehrere Mitglieder der Junta und der Provisorischen Regierung zurücktreten; so Verteidigungsminister Firmino Miquel – einer der engsten Mitarbeiter von Spinola, als dieser noch Gouverneur von Guinea war –, Informationsminister Sanches Osório und natürlich Spinola selber.

Zu den gefeuerten Mitgliedern der „Junta“ gehörte vor allem auch Galvão de Melo, der unter Militärschutz aus dem Sheraton-Hotel (ITT), in dem ebenfalls Waffen gefunden worden waren, geleitet wurde. Vor dem Hotel hatte sich eine Menschenmenge angesammelt, die mit dem Ruf „Galvão à prisão!“ (Galvão ins Gefängnis!) seine Festnahme forderte, nachdem zu allem Überfluß bekannt geworden war, daß auf seinem Landgut 60.000 Waffen verschiedener Art gelagert sein sollten („Republica“,
Art gelagert sein sollten („Republica“,
30.9.)

Kennzeichnend für die schwankenden Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Bewegung der Streitkräfte ist es jedoch, daß Spinola Gelegenheit erhielt, im Fernsehen eine Abschiedsrede zu halten, in der er ein baldiges wirtschaftliches Chaos prophezeite und beklagte, *„daß im Schatten des Programms der Bewegung der Streitkräfte nicht mehr und nicht weniger als ein Sturm auf die Produktionsmittel stattfindet.“*) („Republica“, 30.9.74) ●

Spanien/Portugal - Kommission, KB-Gruppe Hamburg



nach „Revolution!“, 4.10.74

Die PFLP stellt Mitarbeit in der Führung der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ ein

Die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) gab Ende September bekannt, daß sie ihre Mitarbeit im Exekutivkomitee, dem führenden Gremium der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), dem Zusammenschluß aller palästinensischen Widerstandsorganisationen, vorläufig einstellen wird. Zwei weitere Organisationen – die an der irakischen Regierungspartei orientierte Arabische Befreiungsfront und die sogenannte PFLP-Generalkommando – könnten diesem Schritt folgen.

Wie die PFLP erklärte, wird sie weiterhin im Palästinensischen „Nationalkongreß“, innerhalb der PLO und in den Volkskomitees in den Lagern der Palästinenser mitarbeiten.

Die Widersprüche der PFLP zu den herrschenden Kräften in der PLO-Führung (Al Fatah, unterstützt von der Demokratischen Volksfront, FPDLP) liegen vor allem in den Fragen einer möglichen Teilnahme der PLO an der Genfer Nahostkonferenz, der möglichen Schaffung eines „palästinensischen Staates“ im Gazastreifen und Westjordanland (gegenwärtig von Israel besetzt) sowie die Frage von Kontakten zu den USA und zum jordanischen Regime.

Fatah und FPDLP haben sich für eine Teilnahme an der Genfer Nahostkonferenz ausgesprochen, sofern die PLO dort als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt wird. Sie sind bereit, auf einem T e i l Palästinas (Gaza und Westjordan) einen „palästinensischen Staat“ zu errichten – als Schritt zur vollständigen Befreiung Palästinas, wie vor allem die FPDLP behauptet. Sie sind ferner bereit, auch mit dem jordanischen Regime zusammenzuarbeiten, falls dieses die PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt. Die PFLP behauptet ferner, daß es bereits Kontakte zwischen US-Regierung und PLO-Führung gebe. Dies wird z.B. vom PLO-Vorsitzenden Arafat (Al Fatah) abgestritten, der aber gleichzeitig erklärt, die PLO-Führung habe *„das Recht, jegliche Kontakte wahrzunehmen, die sie für die Interessen der Palästinenser für nützlich hält“* (Interview in „Spiegel“ 41/1974).

Die PFLP spricht sich g e g e n eine Teilnahme an der Genfer Konferenz aus, da diese auf der Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates und damit auf der „Anerkennung der Existenz Israels in gesicherten Grenzen“ beruht. Eine Teilnahme an der Genfer Konferenz bedeute also die Anerkennung Israels. Die PFLP sagte, daß der von den herrschenden Kräften der PLO befürwortete (und von der Sowjetunion unterstützte) „Palästinenserstaat“ (Gaza und Westjordan), falls er zustande käme, ein ökonomisch und politisch vom Imperialismus, Zionismus und arabischer Reaktion abhängiges Gebilde wäre.

Die PFLP sagt, daß diese „Politische Lösung“ bedeuten würde, daß man im Tausch gegen die „Anerkennung Israels“ einen palästinensischen „Mini-Staat“ erhalten würde, der keine wirkliche Unabhängigkeit hätte. Die PFLP beschuldigt insbesondere die ägyptische Regierung, vor dem US-Imperialismus zu kapitulieren und eine solche „Politische Lösung“ zu fordern, wobei sie von den herrschenden Kräften der PLO-Führung unterstützt wird. (vgl. zu dieser Auseinandersetzung den Artikel „Zwei Linien im palästinensischen Widerstand“ in DIE INTERNATIONALE Nr. 3; der vollständige Text des Pressekommuniques der PFLP zur Einstellung ihrer Mitarbeit im Exekutivkomitee der PLO wird voraussichtlich in DIE INTERNATIONALE Nr. 8 abgedruckt werden).

Diese Widersprüche im palästinensischen Widerstand, die zum Teil sogar gewaltsamen Ausdruck finden (so gab es bewaffnete Kämpfe zwischen Mitgliedern der FPDLP und der PFLP-Generalkommando im Südlibanon) entwickeln sich in einer Situation allseitiger Zuspitzung der Widersprüche im Nahen Osten.

Mitte August führte Israel die größte „probeweise“ Reservisteneinberufung seit dem Oktoberkrieg letzten Jahres durch. Schon Anfang August waren israelische Truppenkonzentrationen auf der Sinai-Halbinsel gemeldet worden. Im September fanden mehrere große Manöver auf den von Israel seit 1967 besetzten Golan-Höhen statt. Das jüdische Neujahrsfest (Mitte September) wurde mit einem Großalarm verbunden. Die Israelis wurden aufgerufen, bewaffnet in die Synagogen zu gehen.

Israelische „Vergeltungsangriffe“ (Bombardierungen) auf palästinensische Flüchtlingslager im Libanon wurden im September fast täglich geflogen. Die israelische Regierung gab auch offen zu, daß israelische Einheiten schon seit längerem regelmäßig Vorstöße auf libanesisches Gebiet unternehmen. Die libanesische Regierung hat ihrerseits Mitte September das öffentliche Waffentragen verboten, was sich vor allem gegen die Widerstandskämpfer richtet. Außerdem hat die PLO-Führung – wie Arafat im erwähnten „Spiegel“-Interview sagte – die Einstellung aller Aktionen gegen Israel aus dem Südlibanon untersagt, *„um den Israelis keinen Vorwand zu liefern für Attacken auf unbewaffnete Zivilisten und Flüchtlingslager im Libanon“* (Arafat). Auf Israels Regierung scheint dies allerdings – wie die g e s t e i g e r t e Terrortätigkeit Israels gegen den Libanon zu Lande und aus der Luft zeigt – bisher den gewünschten Effekt nicht gehabt zu haben ...

Mit dem Gedanken an eine gleichberechtigte Teilnahme der PLO an der Genfer Nahost-Konferenz und an einen „palästinensischen Staat“ im Gazastreifen und auf den „Westbanks“ – der vor allem von der Sowjetunion befürwortet wurde und zu dem sich die USA zunächst zweideutig verhielten – hat Erwartungen und Hoffnungen in Teilen des palästinensischen Widerstands geweckt. Tatsächlich läßt sich keine israelische Regierung denken, die einem unabhängigen palästinensischen Staat in Gaza und auf den „Westbanks“ zustimmen würde. Was die USA angeht, so haben diese anscheinend zeitweise gegenüber den herrschenden Kräften der PLO taktiert und Illusionen zugelassen, während sie inzwischen bemüht sind, die Genfer Konferenz endgültig scheitern zu lassen, um die Frage einer Teilnahme der PLO an dieser Konferenz vom Tisch zu bringen.

Dies legt den Schluß nahe, daß die Frage der Teilnahme der PLO an der Genfer Konferenz und die Frage des „Palästinenserstaates“ vom Imperialismus dazu benutzt wurden, um die Organisationen des palästinensischen Widerstands zu spalten, opportunistische Kräfte zu stärken, ein trügerisches Klima von „politischer Lösung“ zu schaffen – in Wahrheit aber Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen des Zionismus voranzutreiben und dem alten Plan der Vernichtung der palästinensischen Revolutionen näher zu kommen. ●



Habasch (PFLP)



Arafat (Fatah), bei Tschou En-lai

Carlos Altamirano, Führer der Sozialistischen Partei Chiles, zum Tod von Miguel Enriquez

Der Sekretär der chilenischen Sozialistischen Partei, Altamirano, gab zum Tod von Miguel Enriquez eine Erklärung ab, die wir hier nach einem etwas gekürzten Text in der italienischen kommunistischen Tageszeitung „Lotta Continua“ vom 9. Oktober wiedergeben.

Wir meinen, daß diese Erklärung nicht nur den toten Führer des MIR ehrt, sondern zugleich ihren Verfasser, der hier ein Beispiel sozialistischer Solidarität auch über scharfe politische Meinungsverschiedenheiten hinweg gibt.

„Miguel Enriques fiel im Kampf. Sein Name reiht sich unter die großen revolutionären Persönlichkeiten Amerikas.

Seit mehr als zehn Jahren hatte er die Führung der „Bewegung der Revolutionären Linken“. Während der großen Periode der Regierung der Unidad Popular nahm der von Miguel Enriquez geführte MIR eine kritische, aber konstruktive Haltung gegenüber der einzigartigen revolutionären Erfahrung ein, deren Führer Allende war.

Nach dem Staatsstreich hielten Miguel Enriquez und seine Genossen mit großer Festigkeit die Fahne des revolutionären Kampfes gegen den Faschismus hoch. In den ersten Momenten nach dem Putsch, die die härtesten und schwersten waren, haben wir seine unendliche Solidarität erfahren – in einer Situation, wo seine eigene Sicherheit überhaupt noch nicht garantiert war.

Wir haben Meinungsverschiedenheiten zu der Taktik, die das Handeln des MIR bestimmte und bestimmt. Unsere Meinungsverschiedenheiten waren und bleiben tief, aber das hat uns nie gehindert, die tiefe Ehrlichkeit seines obersten Führers, seine klare Intelligenz, seinen revolutionären Willen, seinen außerordentlichen Wert und seine Fähigkeit anzuerkennen. Deshalb ist dies nicht bloß ein formaler Nachruf auf einen neuen Märtyrer des revolutionären Kampfes der Völker.

Als Partei haben wir stets die Notwendigkeit betont, den Dialog mit dem MIR aufrecht zu halten. Wir waren entschieden dagegen, eine Mauer zwischen Unidad Popular und MIR zu errichten, oder – was noch schlimmer gewesen wäre – eine nicht rückgängig zu machende Situation zu schaffen, die zu einem Zusammenstoß hätte führen können zwischen der revolutionären Volksregierung Salvador Allende's und einem Sektor der Linken, der – wenn er auch klein ist – im Kampf unseres Volkes für den Sozialismus von Bedeutung war und ist.

Mit noch mehr Recht haben wir nach dem Putsch die unbedingte Notwendigkeit betont, die Einheit der politischen Kräfte aufrecht zu erhalten, die den Sieg von 1970 ermöglicht hatten – unter Einschluß des MIR. Es wird dieses Bündnis marxistischer, christlicher und sozialdemokratischer Kräfte sein, das den Kampf gegen den Faschismus mit einer klaren antifaschistischen, demokratischen und sozialistischen Perspektive führen wird. (...)

Die Schlacht geht weiter. Das ist nicht unser Krieg allein. Das ist ein Krieg aller Völker. Die weltweite Krise des Kapitalismus läßt mit größerer Gewalt die Kräfte der Reaktion und des politischen Rückschritts (oscurantismo) hervortreten. Ford und Kissinger beanspruchen das Recht, in den abhängigen Ländern zur Verteidigung ihrer machtpolitischen Interessen zu intervenieren; gewiß bezieht sich diese Doktrin nicht nur auf uns Chilenen.

Die internationale Reaktion, die multinationalen Konzerne, spielen ihre letzte Karte aus, die des Faschismus. Die Menschheit hat jedoch diese Erfahrung schon gemacht und wird sich ihr zweifellos nicht leicht noch einmal unterwerfen. (...) In Chile wie im Rest der Welt wird das barbarische, verbrecherische und blutige Gesicht der Pinochet weggefegt werden von dem jugendlichen, heldenhaften, mutigen und revolutionären Geist jener wie Miguel Enriquez.

Die chilenische Sozialistische Partei ehrt Miguel Enriquez – als Freund, als Kampfgenossen, als tapferen Kämpfer des Widerstands, als höchsten Führer des MIR, als vorbildlichen Revolutionär“. ●

CARLOS ALTAMIRANO
Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles
6. Oktober 1974

Italien:

Die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Krise

Am 17. Oktober trat das italienische Proletariat zum ersten Mal nach den Betriebsferien wieder in einen Generalstreik. Der Streik war im allgemeinen auf vier Stunden angesetzt und zunächst auf die Industriearbeiterschaft begrenzt. Es schlossen sich aber die Arbeiter des Handels, der Banken, der Krankenhäuser und die Hafenarbeiter dem Streik an. In vielen Städten fanden Massendemonstrationen- und Kundgebungen statt, so in Neapel, Bologna, Trento, Mestre (bei Venedig), Florenz, Mailand und Genua.

Dieser Streik fällt – erstmals seit einigen Jahren – zusammen mit einer Regierungskrise, sowie mit neuen Enthüllungen über die faschistischen Putschpläne und Verhaftungen – Putschpläne, in die hohe Militärs und Geheimdienstler verwickelt sind. (vgl. dazu Artikel in diesem AK) Diese Dinge waren jedoch, nach dem Willen der Gewerkschaftsführer, überhaupt nicht Gegenstand des Generalstreiks, der vielmehr auf rein wirtschaftliche Ziele begrenzt sein sollte (Kampf gegen Kurzarbeit und Entlassungen, gegen Steuererhöhungen und Preiserhöhungen bei Strom, Gas, Wasser, öffentlichen Verkehrsmitteln, gegen die provokatorische Haltung der Kapitalisten in den laufenden Tarifverhandlungen).

Bereits am 9. Oktober hatten die Arbeiter der Provinz von Turin zusammen mit den FIAT-Arbeitern in Turin und in ganz Italien gestreikt. 20 000 Arbeiter hatten im Zentrum von Turin demonstriert, unter Parolen wie „Agnelli fascista sei il primo della lista" (Agnelli, du Faschist, du bist der erste auf der Liste; die Brüder Agnelli sind Besitzer der FIAT-Werke); „sciopero generale nazionale" (nationaler Generalstreik); „siamo stufi di aspettare, Italia rossa e popolare" (Wir haben das Warten satt – für ein rotes Volksitalien).

In einem Betrieb hatten die Streikposten beschlossen, die Streikbrecher nicht wieder aus dem Werk zu lassen. Hier griffen die Carabinieri daraufhin die Streikposten an, und ein festgenommener Gewerkschafter mußte erst wieder von den Kollegen freigekämpft werden.

Die FIAT-Arbeiter, unterstützt von den übrigen Arbeitern der Provinz Tu- werden.

Die FIAT-Arbeiter, unterstützt von den übrigen Arbeitern der Provinz Turin, führten diesen Streik durch, nachdem Agnelli für über 70 000 (!) Arbeiter (von 86 000 Arbeitern in der Personenwagenproduktion bei FIAT) Kurzarbeit angekündigt hatte: 24 Wochenstunden statt 40, und dies „zunächst" bis zum 31. Januar 1975. Der absolute Verdienstausfall für jeden betroffenen Arbeiter für diesen Zeitraum wird mit 400 Mark insgesamt angegeben. FIAT will in den nächsten Monaten rund 200 000 Wagen weniger produzieren, da er angeblich schon 300 000 ‚auf Halde' stehen hat.

Die Kurzarbeit bei FIAT trifft auch zahlreiche Zulieferbetriebe der Autoproduktion; *„in Turin und Umgebung werden auch schätzungsweise 500 000 (!!) Arbeiter der Zulieferbetriebe davon betroffen, da die FIAT-Betriebe nur noch mit halber Kraft arbeiten"* („FAZ", 9.10.74).

Betroffen ist darüberhinaus die Turiner Kleinbourgeoisie (Händler, Handwerker etc.), denn wenn jeder FIAT-Arbeiter und seine Familie bis Ende Januar plötzlich 400 Mark weniger zur Verfügung haben, dann spürt das auch die Kleinbourgeoisie.

Inzwischen hat auch der zweite große italienische Autokonzern, Alfa Romeo, Kurzarbeit angekündigt. *„Wir müssen in den nächsten vier Monaten 21 000 Autos weniger produzieren,"* sagte der Alfa-Präsident Cortesi. 13 000 Arbeiter sollen deshalb bis Februar '75 kurzarbeiten.

Kurzarbeit und Entlassungen gibt es aber auch in anderen Branchen. Besonders schwer von Krisenerscheinungen betroffen ist die Bauindustrie.

Kurzarbeit und Entlassungen treffen die italienische Arbeiterklasse in einer Situation, wo die Inflation traurige Rekorde erreicht (im September lagen die Preise um 22 % über denen des Vorjahres) und wo die Auswirkungen des ‚decretone' sich bemerkbar zu machen beginnen (Regierungsmaßnahmen, mit denen den Arbeitern insgesamt 12 Mrd. zusätzlich geraubt werden sollen): Erhöhung des Benzinpreises, Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser, Strom, Erhöhung der Fahrpreise, Erhöhung von Kfz-, Rundfunk-, Fernseh-, Post-Gebühren.

Eine von den Werktätigen dagegen entwickelte Kampfform ist die 'autoriduzione", d.h. die massenhaft organisierte Beschränkung der Zahlung für Strom oder Fahrkarten. Das kann z.B. so aussehen, daß bei Fahrpreiserhöhungen der alte Fahrpreis weiter bezahlt wird, oder daß nur die Hälfte der Stromrechnung bezahlt wird. In einem Viertel von Rom wurde die Devise ausgegeben, den Strom „wie Agnelli" zu bezahlen (in Italien wie in der BRD erhalten die Kapitalisten Strom zu erheblich niedrigeren Preisen als die Bevölkerung).

Die Kampfform der ‚autoriduzione' wurde zunächst in Turin angewendet, dann auch in Mailand und anderen Städten des Nordens, schließlich aber auch in vielen Städten im übrigen Italien. Zum Teil werden diese Aktionen von den lokalen und betrieblichen Gewerkschaftsfunktionären organisiert. Vor allem aber spielt die 'Basis-Initiative' der Arbeiter dabei eine große Rolle, was auf der anderen Seite eine wirksame Verallgemeinerung dieser Aktionen auf das ganze Land bisher verhindert hat. Die Haltung der Gewerkschaften ist uneinheitlich: diese schwankt zwischen Versuchen, sich an die Spitze zu stellen, und offenen Verleumdungen der Aktionen. Während z.B. in Turin die drei Gewerkschaften die 'autoriduzione' der Strompreise unterstützten, bekämpfen die Gewerkschaften solche Aktionen anderswo; in Mailand sprach die revisionistische PCI gar von „Abenteurertum".

Regierungskrise soll zum

Regierungskrise soll zum Rechtsruck führen

Am 3. Oktober trat die 5. Regierung Rumor, die die 33. (!) Regierung Italiens seit Kriegsende war, zum zweiten Mal in diesem Jahr zurück. Der erste Rücktritt, am 10. Juni, war von Staatspräsident Leone nicht angenommen worden (vgl. AK Nr. 46).

Äußerlich war der neuerliche Rücktritt der 5. Regierung Rumor – der diesmal angenommen wurde – durch die (weit rechts stehenden) 'Sozialdemokraten' (PSDI) ausgelöst worden. Ihr Führer Tanassi hatte erklärt, daß die PSDI nicht mehr mit den Sozialisten (PSI) in der Regierungskoalition zusammenarbeiten würde – weil die PSI eine Zusammenarbeit mit der PCI befürwortet und die Wirtschaftspolitik der Regierung kritisiert.

Die DC wollte die neue Regierungskrise dementsprechend als einen Streit zwischen PSDI und PSI hinstellen, mit dem die DC nichts zu tun habe.

Die w a h r e n Hintergründe des Rücktritts der Rumor-Regierung sind indessen in dem Versuch der reaktionärsten Kräfte der italienischen Bourgeoisie, in Abstimmung mit dem US-Imperialismus, zu sehen, die Regierungspolitik noch weiter rechts zu orientieren.

Unmittelbar vor dem Rücktritt der Regierung hatte Staatspräsident Leone, zusammen mit Außenminister Moro (beide DC), in der letzten Septemberwoche die USA besucht; (nur wenige Tage zuvor hatte 'Verteidigungs'minister Andreotti die BRD besucht, um mit Schmidt, Leber und Genscher zu sprechen).

Leone und Moro sprachen mit Ford (*„Wir wollen ein freies, stabiles demokratisches Italien"*), Kissinger, Schlesinger (Verteidigung), Simon (Finanzminister) und Rockefeller. Das Komminique registrierte *„volle Übereinstimmung über die Bedeutung der atlantischen Allianz als Instrument, das die Sicherheit seiner Mitglieder garantierte"* und lobte den *„ständigen starken Beitrag Italiens im Bündnis"*. Es wurde *„Besorgnis über die Entwicklung im Mittelmeer"* (Zypern... – oder Portugal!?) geäußert. *„Die USA registrieren aufmerksam die bedeutenden Anstrengungen Italiens zur Bewältigung seiner wirtschaftlichen Pläne"*; die USA seien *„bereit, eine angemessene, konstruktive und verantwortungsvolle Rolle bei der Wiederherstellung des ökonomischen Gleichgewichts in Italien zu spielen"*.

Das Kommunique enthält weder konkrete Angaben zur Frage der finanziellen Hilfe (die US-Imperialisten haben angeblich einen großen Kredit in Aussicht gestellt – dessen wirtschaftliche und vor allem politischen Bedingungen anscheinend noch nicht ausgehandelt sind) noch zur Frage der NATO-Stützpunkte in Italien (die nach dem Willen der USA ausgebaut werden sollen) und zur italienischen Innenpolitik, vor allem zur Frage des „historischen Kompromiß" (= Regierungsbeteiligung der PCI).

Leone behauptete nach seiner Rückkehr allen Ernstes, über den „historischen Kompromiß" sei in den USA gar nicht gesprochen worden! Ein US-Regierungssprecher leugnete dies ebenfalls.

Die 'New York Times' berichtete allerdings am 27.9., daß gerade diese Frage Kissinger in den letzten Monaten sehr beschäftigt habe. Er habe darüber auch mit dem israelischen Premier Rabin (!) gesprochen, als dieser die USA besuchte. Die 'Stampa' (FIAT-Konzern) schrieb: Kissinger *„hat große Angst um das* *Schicksal unseres Landes. Er sieht* 'Stampa' (FIAT-Konzern) schrieb: Kissinger *„hat große Angst um das* *Schicksal unseres Landes. Er sieht im 'historischen Kompromiß' ein äußerst ernstes Risiko... Wenn er von diesen Dingen spricht, lacht er nicht mehr. Ja, er scheint einen drohenden Ausdruck anzunehmen."*

Was dies bedeutet, läßt sich nach Kissingers erwiesener Mitwirkung u.a. bei der Planung der faschistischen Putsche in Chile und auf Zypern besonders klar ermessen. Den Vergleich mit Chile zog Kissinger sogar selbst, indem er auf Kritik am Vorgehen gegen die Regierung Allende sagte:

„Ich bin sicher, daß noch härtere Kritik geübt würde in dem Fall, daß Italien kommunistisch würde. Alle würden dann sagen, die Vereinigten Staaten hätten nicht genug getan, um Italien zu retten" (zit. nach „FAZ", 30.9.74).

Konkret heißt das: in Italien wurden ‚nach offiziellen Angaben' seit 1970 drei Putschversuche geplant, in die hohe Militärs und Geheimdienstler – und über diese auch die US-Imperialisten und der CIA – verwikkelt waren.

Diese „Hilfe" will Kissinger offenbar noch steigern, und im Falle einer Regierungsbeteiligung der PCI würde diese „Hilfe" sozusagen chilenische Ausmaße annehmen. US-Präsident Ford selbst hat ja offen erklärt, daß er solche ‚Aktivitäten' des CIA für völlig „legitim" hält !

Eine Figur des CIA ist der US-Botschafter John Volpe in Rom. Er hat christdemokratischen Politikern Neuwahlen vorgeschlagen (dies wird z.Zt. nur von der PSDI und den Faschisten der MSI befürwortet); er hat sich für eine ‚Mitte-Rechts-Regierung' (ohne die PSI) ausgesprochen.

Sein besonderes Augenmerk gilt dem Versuch, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten. Die rechten Flügel der CISL (christdemokratisch) und UIL (sozialdemokratisch) sollen sich zusammenschließen, die CGIL (revisionistisch), die bei weitem bedeutendste der italienischen Gewerkschaften, soll isoliert werden.

Laut „il manifesto" vom 22.9. hat Volpe konkret 15 Mrd. Lire (etwa 60 Mio Mark) für die Spaltung der CISL geboten! (Der US-Imperialismus finanzierte bereits 1948/49 die Spaltung der damaligen Einheitsgewerkschaft).

In diesem Zusammenhang steht der Rücktritt der Regierung Rumor. Zum einen soll dieser Rücktritt – ebenso wie schon der Schein-Rücktritt im Juni – die PSI erpressen, den Rechtsruck mitzumachen. Vor allem die PSDI klagt die PSI an, sie habe beschlossene wirtschaftliche Maßnahmen (die Ausplünderung des Volkes) z.T. wieder in Frage gestellt; sie habe lokale Verwaltungen platzen lassen (die PSI soll auch auf örtlicher Ebene auf die Koalition mit DC und PSDI festgenagelt werden); sie sei zu ‚öffnungsbereit' gegenüber der PCI (dies wirft die PSDI auch Teilen der DC vor!).

Die PSDI ist eine direkte Gründung des US-Imperialismus (1947 von der PSI für viel Geld abgespalten; 1969 – nachdem sich 1967 PSI und PSDI vorübergehend wieder zusammengeschlossen hatten, nochmals derselbe Vorgang), extrem antikommunistisch und pro-USA.

In der gegenwärtigen Krise fällt ihr – mehr noch als der DC – die Rolle des reaktionären Wortführers zu.

Das zweite Ziel – neben der Erpressung der PSI – ist ein allgemeiner Rechtsruck. Ausgerechnet F a n f a n i, Chef der DC und Vertreter von deren rechtestem Flügel, soll neuer Regierungschef werden.

Als Fanfani 1972 Staatspräsident werden wollte, führte die revolutionäre Linke eine große Kampagne gegen den „Fanfascismo". Fanfani scheiterte damals, und mit den Stimmen der faschistischen MSI (!) wurde Leone Staatspräsident.

Im Mai dieses Jahres unternahm Fanfani, inzwischen Chef der DC, das reaktionäre Manöver des Scheidungsreferendums. Das vor einigen Jahren beschlossene Scheidungsgesetz sollte durch eine Volksabstimmung aufgehoben werden (wozu ein klerikales, christdemokratisches und faschistisches Trommelfeuer entfaltet wurde), und dies sollte dann als Votum für einen scharfen Rechtsruck benutzt werden.

Das scheiterte aber, die Mehrheit des italienischen Volkes erteilte Fanfani eine Abfuhr, der damit auch eine schwere persönliche Niederlage erlitt.

Wenn diese halbfaschistische Figur jetzt wirklich Regierungschef Italiens werden sollte, so wäre das eine ungeheure Herausforderung der italienischen Arbeiterklasse. Das wäre ein eindeutiger Versuch, die Schwierigkeiten der italienischen Bourgeoisie durch eine Regierung der ‚starken Hand' verschärft auf Kosten der Werktätigen zu lösen.

Langen Bestand würde eine solche Regierung schwerlich haben können, da die Lage der PSI darin (einerseits die Angriffe der DC und PSDI und der Zwang, die arbeiterfeindliche Ausplünderungspolitik mitzutragen – andererseits die Notwendigkeit, diese Politik vor den Arbeitern zu vertreten) immer unhaltbarer wird.

Die „New York Times" schreibt, eine Regierung Fanfani wäre *„der letzte Versuch, eine Beteiligung der Kommunisten an der Macht in Italien zu verhindern; Mister Fanfani hat völlig recht, jedes Bündnis zwischen Christdemokraten und Kommunisten abzulehnen, selbst für einen begrenzten Zeitraum"*.

Tatsächlich läuft für die italienische Bourgeoisie alles auf diese Alternative hinaus: entweder „historischer Kompromiß" (der von den Imperialisten der USA und der BRD, den ‚Geldgebern' der italienischen Bourgeoisie, scharf abgelehnt wird) oder eine autoritäre Rechtsregierung (bis hin zur Möglichkeit faschistischer ‚Lösungs'versuche), die mit Gewalt gegen die Arbeiter durchgesetzt werden müßte. ●

Weg mit dem KZ Long Kesh!

In Nordirland kam es am 15. und am 16.10. zu Gefängnisaufständen und zu größeren Solidaritätsdemonstrationen in den katholischen Landesteilen sowie zu vereinzelten militanten Angriffen auf die britische Armee. Bemerkenswert ist, daß es bei den Gefängnisrebellionen zu gemeinsamen Aktionen von Loyalisten und Republikanern kam, denn nur wenn es der irischen Arbeiterklasse gelingt, ihre seit Jahrhunderten vom britischen Imperialismus systematisch betriebenen Spaltung zu überwinden, wird ihr Kampf um die nationale Befreiung und für eine irische sozialistische Republik erfolgreich sein. Entsprechend haßerfüllt ist die Reaktion der bürgerlichen Presse in Großbritannien und der BRD auf diese Ansätze zu einem gemeinsamen Vorgehen in den Gefängnissen: *„Irland: Alte Feinde finden sich zu rabiater Kumpanei"* („Welt" vom 17.10.74). Die britische Presse ist voll mit Lamentieren über eine *„neue schreckliche Woge der Gewalt"*, der eigentliche Urheber dieser Gewalt, die imperialistische britische Armee, wird jedoch für die Niederschlagung der Aufstände hochgepriesen.

In den letzten Monaten war es bereits zu gemeinsamen Aktionen im Kampf für besseres Essen und menschenwürdige sanitäre Anlagen gekommen, bei denen sowohl Republikaner als auch Loyalisten in den Hungerstreik traten und ihre Essensrationen über den Zaun warfen, während sie von draußen von ihren sonst verfeindeten Frauen gemeinsam unterstützt wurden.

Das Folterlager Long Kesh ist zur Hälfte zerstört!

In dem berüchtigten Konzentrationslager Long Kesh (offizielle Bezeichnung: „Maze Prison") werden 1.400 Gefangene, überwiegend Republikaner, festgehalten. Foltern sind an der Tagesordnung, wie in der Vergangenheit von den Häftlingen und den Anstaltsgeistlichen immer wieder enthüllt wurde. Long Kesh besteht seit 1971, als britische Soldaten in einer Nacht- und Nebelaktion 400 sogenannte „Terroristen" auf einen Schlag gefangen nahmen. Ein großer Teil der Gefangenen hat noch nicht vor Gericht gestanden, gegen viele ist noch nicht einmal Anklage erhoben worden. 170 Häftlinge sind bei Auseinandersetzungen in der jüngsten Vergangenheit festgenommen worden. Nach dem irischen „Notstandsgesetz", dem „Emergency Provisions Act", können sie ohne weiteres für eine „Übergangsphase" von 28 Tagen (!!!) mehrmals in einem Jahr festgesetzt werden.

Der Aufstand in der Folterhölle begann mit Zusammenstößen zwischen Gefangenen und Wärtern, in deren Verlauf sich immer mehr Häftlinge beteiligten. Sie bastelten sich rasch Waffen aus zerbrochenen Eisen-Betten, maskierten sich und polsterten ihre Körper mit Bettzeug, um besser gegen Schläge gewappnet zu sein. Als weitere Gefängniswärter anrückten, begannen die Gefangenen an mehreren Stellen des Lagers gleichzeitig, ihre Unterkünfte, hölzerne 40-Mann-Baracken, anzuzünden. Viele Gefangene brachen aus ihrem Teil des Lagers aus und versuchten, das Haupttor zu erreichen.

An den Zerstörungen beteiligten sich auch die loyalistischen Gefangenen. Die bürgerliche Presse hebt zwar hervor, daß sie im Unterschied zu Armagh die Aktion nicht gemeinsam mit Republikanern geplant haben, schreibt jedoch, daß sie sich darauf „beschränkten", Fenster und Einrichtungen ihrer Baracken zu zerstören.

„Wir werden das Feuer von Long Kesh in andere Gefängnisse tragen! Magilligan und Armagh werden bald in Schutt und Asche liegen!

Wenige Zeit nachdem diese Botschaft in Belfast bekannt wurde, brannte auch das Camp Magilligan in der Nähe von Derry. Die 400 Gefangenen steckten ihre Hütten und die Kantine an. Einigen gelang es, aus dem unmittelbaren Bereich des Lagers herauszukommen; es ist jedoch unklar, ob sie fliehen konnten (Dementi der Gefängnisleitung).

Im Crumlin Road Gefängnis in Belfast ging die Armee mit Gummigeschossen und Kampfgas gegen die Gefangenen vor.

„Prison Wrecked – Governor and Three Screws Held!" – „Gefängnis zerstört – Direktor und drei Schreckschrauben gefangen genommen!"

In Armagh, dem wichtigsten Frauengefängnis in Nordirland, in das Ende des Jahres die Price Schwestern aus Großbritannien verlagert werden sollen, nahmen die 100 Frauen den Gefängnisdirektor und drei weibliche Vollzugsbeamte gefangen, zerstörten das Gefängnis und legten an mehreren Stellen Brände. Sie verbarrikadierten das jahrhundertalte Gefängnis mit Betten und Schränken und zogen sich in den Keller zurück. Aus dem Gebäude hingen Bettücher, auf die sie mit Lippenstift Parolen geschrieben hatten, „End internment"-

Spanien:

Reaktion schlägt wild um sich – Streikbewegung wächst

Vertreter der Arbeiterkommissionen haben geäußert, daß ausländische Firmen in Spanien öfter die Polizei auf „ihre" Arbeiter hetzen als sogar die spanischen Kapitalisten. Ein rühmliches Beispiel gab hier der Direktor der Bosch-Filiale in Madrid, Büschelberger. Auf die Forderungen der Arbeiter reagierte er zunächst gar nicht, lehnte Verhandlungen ab. Dann orderte er „Knüppel frei" für die Polizei, als sich 500 Bosch-Arbeiter in einer Kirche nahe Madrid befanden, um über weitere Streikmaßnahmen zu beraten.

Mehrere Bosch-Arbeiter wurden aus ihren Wohnungen heraus verhaftet. Sie werfen Büschelberger vor, daß er der gefürchteten Politischen Polizei (Brigada Politico Social) die Adressen aller Arbeiter gegeben habe.

Auch an den Arbeitsplätzen erschienen diese Bullen, um die Arbeiter einzuschüchtern und einzelne mitzunehmen. Inzwischen sollen zehn Arbetier im Gefängnis sitzen, 28 wurden von diesem feinen Direktor entlassen. Zu den gegen ihn geäußerten Anwürfen hatte dieser würdige Vertreter des westdeutschen Kapitals nur zu sagen: „Als meine Vermittlungsversuche (sprich Erpressungsversuche) scheiterten, habe ich die in Spanien üblichen Maßnahmen getroffen" (!!) („Süddt. Zeitung", 11.10.74).

Die Bosch-Arbeiter haben beschlossen, nicht eher wieder die Arbeit aufzunehmen, als bis die 28 Kollegen wieder eingestellt sind und über ihre Forderungen verhandelt wird. Inzwischen wird zur Unterstützung ihres Streiks von Kollegen in anderen Betrieben und von fortschrittlichen Priestern in den Kirchen Geld für die Familienangehörigen gesammelt.

Nachdem sich einige Monate lang die demokratische und sozialistische Opposition Spaniens relativ unbehelligt von Polizeiüberfällen versammeln konnte, hat die faschistische Polizei im September wieder zweimal hart zugeschlagen. Im Zusammenhang mit einem Bombenanschlag im Cafe Rolando in Madrid, der von der Polizei der baskischen ETA zugeschrieben wird, wurden sieben bekannte Persönlichkeiten der demokratischen Opposition verhaftet. Eine der Verhafteten, Eva Sastre, Frau des liberalen Schriftstellers Alfonso Sastre, wird sogar mit der Todesstrafe bedroht.

Am 10. September wurde die gesamte „Demokratische Versammlung Kataloniens" hochgenommen. Die meisten wurden nach wenigen Tagen wieder freigelassen, einige mit hohen Geldstrafen belegt, andere weiter inhaftiert. Für die Freilassung auch dieser Antifaschisten demonstrierten in Barcelona 2.000 Menschen.

Das wieder härtere Vorgehen des spansichen Staates gegen alle Regungen der Opposition steht im Zusammenhang mit dem stärkeren Vordringen des ultrarechten Flügels der Faschisten, der in gewisser Opposition zu den Befürwortern einer „Politik der Öffnung" steht. (vgl. Artikel „Portugiesische Wende" auch in Spanien? in AK 48)

Auch im wirtschaftlichen Bereich spitzen sich die Widersprüche weiter zu. Bei einer Inflationsrate von über 20% lebt die spanische Arbeiterklasse immer näher am Existenzminimum. Die Welle von Streiks reißt trotz scharfer polizeilicher Repressionen nicht ab. Offenbar bestehen recht enge Beziehungen zwischen den Arbeiterkommissionen (illegale Gewerkschaften) und der demokratischen und sozialistischen Opposition, mit dem Ziel den spanischen Faschismus zu stürzen.

Die Arbeiter vieler Betriebe kämpfen sowohl für höhre Löhne und bessere Arbeitsbedingungen als auch für Gewerkschafts- und Versammlungsfreiheit. Ein Abflauen der Streikbewegung ist nicht abzusehen. Die wirtschaftliche Situation Spaniens spitzt sich ebenfalls krisenhaft zu, die Inflationsrate wird weiter steigen, nicht zuletzt wegen höherer Staatsausgaben (für 1975 19% mehr, d.h. etwa 30 Mrd.). Der Etat des Innenministeriums soll allein um 36,6% steigen, um der „wachsenden Subversion" Herr zu werden. (Nach „Süddeutsche Zeitung", 11.10.74)

Derzeit stehen wieder etwa 30.000 Arbeiter im Streik:

– Im zweitgrößten Automobilwerk Spaniens, den Fasa-Renault-Werkam in Valladolid, kam es Anfang Oktober zum Streik mehrerer tausend Arbeiter, weil die Geschäftsleitung einen neuen „Betriebsarbeitsplan" einführen wollte, der eine noch schärfere Ausbeutung vorsah. Die Forderungen der Arbeiter waren dagegen höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und mehr Urlaub. Da die Geschäftsleitung sich weigerte, überhaupt zu verhandeln, machten die Renault-Arbeiter eine große Protestdemonstration durch Valladolid. Dabei wurden sie von starken Polizeieinheiten angegriffen, es kam zu regelrechten Straßenschlachten, bei denen sich die Bevölkerung von Valladolid mit den Arbeitern solidarisierte. Die faschistische Polizei schoß in die Demonstration, ein Arbeiter wurde getötet!

Die Renault-Kapitalisten sperrten danach alle 13.600 Arbeiter einfach aus. Aus allen Teilen Spaniens wurden Polizeikräfte zusammengezogen, um weitere Demonstrationen im Keim zu zerschlagen. Viele Arbeiter wurden festgenommen.

– Bei Hispano-Olivetti in Barcelona traten 3.000 Arbeiter in den Streik, um die Wahl eines Betriebsrates in offener Versammlung durchzusetzen. Bisher werden die Betriebsräte gegeim gewählt, wobei die Wahlergebnisse beliebig verfälscht werden.

– Bei der General Electrica Espannola in Bilbao streikten 2.200 Arbeiter. Sie wurden ausgesperrt.

– Im spanischen Zweigwerk von Bosch in Madrid wird seit Ende September gestreikt. Am 6.10. versammelten sich etwa 500 Bosch-Arbeiter zusammen mit Vertretern der spanischen Opposition (u.a. Rechtsanwälte, Priester und andere Intellektuelle) in einer Kirche in einem Madrider Vorort, um über die Fortsetzung ihres Streiks zu sprechen. Sie wurden dort von den Bullen überfallen und vorübergehend alle festgenommen und verhört.

Die Bosch-Arbeiter fordern 5.000 Peseten mehr im Monat (etwa 200 Mark). Im Augenblick verdienen sie ganze 11.000 Ptas. (etwa 500 Mark). Außerdem verlangen sie die 40-Stunden-Woche und 30 Tage Jahresurlaub (nach „Süddeutsche Zeitung", 11.10.74). Die Forderung von 200 Mark wird derzeit einheitlich von vielen Betrieben gestellt. (Zu den besonderen Schikanen gegenüber den Bosch-Arbeitern durch die westdeutsche Unternehmensfürhung siehe Kasten).

– Am 6.10. wurden 47 Mitglieder der Comisiones, bzw. angebliche Mitglieder der spanischen KP verhaftet, als sie sich in der Nähe von Barcelona trafen. Auch vier anwesende Arbeiter von Fiat Turin wurden mitverhaftet. Sie wollten offenbar über Streikmöglichkeiten im Gebiet von Barcelona beraten. Aus Protest gegen diese Festnahmen legten 4.000 Arbeiter von Seat Madrid die Arbeit nieder.

**Spanien/Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

CDU-Gelder für Chile-Putsch

Anfang September war bekannt geworden, daß der Chef des US-Geheimdienstes CIA, William Colby, schon im Frühjahr vor einem US-Senatsausschuß erklärt hatte, daß ein Teil der CIA-Gelder zur Finanzierung des faschistischen Staatsstreiches gegen Allende über die christdemokratischen Parteien in Europa nach Chile geflossen ist.

Inzwischen sind die Behauptungen Colbys durch eine Sendung der niederländischen Rundfunkanstalt



Prats mußte sterben, weil er zuviel wußte

„Vara" vor einigen Wochen bestätigt worden, und zwar aus ebenso berufenem Munde. Denn die Sendung stützte sich auf eine Reihe von Interviews und Korrespondenzen der „Vara"-Redakteurin Marlise Simons mit dem im argentinischen Exil lebenden früheren Oberbefehlshaber der chilenischen Streitkräfte, General Carlos Prats, der Ende September in Buenos Aires ermordet wurde. Danach beschuldigte Prats die CDU/CSU und ihre italienische Schwester-Partei DC (Democratia Christiana) der direkten Beteiligung an der Errichtung der faschistischen Militärjunta. Beide Parteien hätten vor dem Putsch am 11. September riesige Geldsummen zur Finanzierung der Umsturzpläne nach Chile geschmuggelt.

Damit ist nochmals von offizieller Seite bestätigt worden, daß der westdeutsche Imperialismus – wenn auch noch verdeckter – sich ebenso wie der US-Imperialismus in die inneren Angelegenheiten anderer Völker einmischt und an reaktionären Plänen beteiligt war. So finanzierte die CDU/CSU – bzw. die hinter ihr stehenden BRD-Imperialisten – in Chile schon 1964 einen großen Teil des Wahlkampfes ihrer chilenischen Schwesterpartei unter Frei, der damals gegen Allende die Präsidentenwahl gewann. Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang westdeutsche Organisationen im Ausland, die unter dem Deckmantel „kultureller Zusammenarbeit" oder „Förderung staatsbürgerlicher Bildung" auf die politische Entwicklung der jeweiligen Länder Einfluß nehmen sollen. Dazu zählen z.B. die westdeutschen „Goethe-Institute", die „Friedrich-Ebert-Stiftung" der SPD und die „Konrad-Adenauer-Stiftung" der CDU/CSU, die im Vorfeld nachrichtendienstlicher Tätigkeit angesiedelt sind und, wie vom inzwischen aufgelösten „Ostbüro" der SPD bekannt, auch direkte Wühlarbeit leisten, solange sich der westdeutsche Imperialismus noch kein so wirksames Instrument wie den US-CIA leisten kann.

Bezeichnenderweise hielt sich der CDU-Abgeordnete Heinrich Gewandt, Vorsitzender der reaktionären „Konrad-Adenauer-Stiftung", denn auch mehrmals vor und nach dem Putsch in Chile auf, wobei er auch mit Pinochet zusammentraf. Anschliessend rechtfertigte er das Massaker an der chilenischen Arbeiterklasse als einen „erforderlichen Akt der Notwehr". Gewandt ist gleichzeitig Präsidiums-Mitglied eines „Deutsch-chilenischen Freundeskreises", ebenso sein Gesinnungsfreund Freiherr von Kühlmann-Stumm, ein Rechtsaußen, der anläßlich des Mißtrauensvotums gegen Brandt aus der FDP-Bundestagsfraktion ausgetreten ist und der in Chile über 5.600 ha Großgrundbesitz verfügt. (Diese Fläche entsprecht der Ausdehnung einer Stadt von knapp 100.000 Einwohnern!)

Vor den Interviews hatte Prats die niederländische Journalistin verpflichtet, die von ihm berichteten Tatbestände erst nach seinem Tode zu veröffentlichen, da sonst sein Leben in Gefahr sei. Denn Prats, der von Allende zum Oberbefehlshaber der chilenischen Streitkräfte ernannt worden war und als Vertrauter Allendes galt, hatte seine Beziehungen zur Christdemokratie nie abgeborchen und war eventuell sogar in Putschpläne eingeweiht, da er wenige Wochen vor dem Putsch unvermutet als Oberbefehlshaber zurücktrat und damit Pinochet schon unter Allende den Weg bahnte.

So konnte Prats auch nach dem Putsch unbehelligt das Land verlassen und in Argentinien um politisches Asyl nachsuchen. Die Vermutung liegt daher nahe, daß Prats beseitigt werden sollte, weil er zu viel über die Staatsstreich-Pläne wußte und darüber zu berichten begonnen hatte. Schon wenige Tage nach den Gesprächen mit der niederländischen Journalistin explodierte eine Plastikbombe, als er und seine Frau ihr Auto besteigen wollten. Beide waren auf der Stelle tot.

**Chemie-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg**

– Gefängnisaufstände in Nordirland

„Schluß mit der Internierung" u.a.

Den Reportern riefen sie zu, sie wollten mit Vertretern der provisional und official Sinn Fein sowie der UDA und der Protestant Ulster Volunteer Force sprechen und ihren Aufstand erst dann abbrechen, wenn die Regierung den Vertretern der genannten Organisationen zugesichert hätte, daß die rebellierenden Männer in Long Kesh keinerlei Repressionen ausgesetzt seien. Als ein Armee-Hubschrauber über das Gefängnis flog, sammelten sich Frauen aus der Umgebung des Gefängnisses und riefen republikanische Parolen.

Die Gefängnisaufstände waren das Signal für eilig organisierte Solidaritätsdemonstrationen in allen katholischen Landesteilen (besonders in Belfast, Derry, Strabane, Newry und Lurgan). In vielen Orten wurden Autos, Lastwagen und Busse angezündet und andere Barrikaden errichtet.

In Belfast kam es zu Kämpfen zwischen republikanisch eingestellten Menschenmengen und der britischen Armee. In New Lodge und der Falls Road wurden Barrikaden aufgebaut. 500 Männer und Jugendliche, teilweise bewaffnet, demonstrierten auf der Falls Road. Einige hundert Meter vom Stadtzentrum entfernt eröffnete die britische Armee das Feuer mit Gasbomben und Gummiprojektilen.

(Das sind die von der bürgerlichen Presse erwähnten Waffen; es ist jedoch mehr als unwahrscheinlich, daß die Armee nicht bei solchen Anlässen die Gelegenheit nutzt, die Schnellfeuergewehre, mit denen jeder Soldat bewaffnet ist und mit denen sie – gezogen und entsichert – Patrouillen gehen, einzusetzen.)

Es gelang der Armee, die Menge aufzulösen, einige Soldaten wurden jedoch durch Schüsse und Steinwürfe verletzt. Von mehreren Seiten versuchten empörte Demonstranten, in das Stadtzentrum zu kommen. Trauben verzweifelter und empörter Menschen sammelten sich vor einem großen Krankenhaus und wollten wissen, wie viele Gefangene aus Long Kesh sich drin befänden. Armeefahrzeuge und Soldaten, die vor dem Krankenhaus postiert waren, wurden mit Steinen beschmissen und beschimpft.

Mehrere hundert katholische Dockarbeiter gingen zu einer Solidaritätsdemonstration auf die Straße.

Außerhalb des KZ's waren die Armeeeinheiten erheblich verstärkt worden, im Umkreis von mehreren Kilometern war das KZ abgesperrt, einschließlich eines Teils der Autobahn, die in der Nähe vorbeiführt. Die britischen Soldaten griffen mit Kampfgas und Gummiprojektilen (= 10 bis 15 cm lange Geschosse aus Hartgummi, die zu schweren Prellungen, bei Schüssen ins Gesicht oft auch zur Erblindung führen) an. Hubschrauber mit Scheinwerfern flogen über das brennende KZ. Noch am Tag nach der gewaltsamen Niederschlagung der Revolte ließ die Armee Kampfgas in riesigen Mengen im KZ selbst ausströmen. Der Umkreis des KZ's war auch am nächsten Tag noch abgesperrt, und es kam zu heftigen Kämpfen zwischen Solidaritätsdemonstranten und Angehörigen der Häftlinge auf der einen und britischer Armee und nordirischer Polizei auf der anderen Seite.

Vom KZ wurde ein ganzer Block mit Gefängniszellen, 70 der 130 Holzbaracken sowie das Krankenhaus und die erst kürzlich angeblich für 50.000 Pfund gebaute Kantine zerstört. 15 Gefängniswärter, 16 britische Soldaten und neun Gefangene wurden verletzt. (Das sind die offiziell zugegebenen Zahlen, in den katholischen Vierteln war jedoch immer wieder von Toten unter den Gefangenen die Rede.)

Wie in Belfast blockierten auch in Derry Demonstranten die Straßen und hielten den Verkehr an. Geschäfte und Fabriken schlossen mittags, niemand arbeitete.

Zwei Autobarrikaden und lange Reihen von Demonstranten blockierten in Newry die Hauptstraße nach Dublin. In Lurgan sammelten sich 2oo empörte Frauen vor einer Polizeistation, in Strabane wurde eine große Brücke blockiert.

Bereits am 17.1o. meldete die bürgerliche Presse die „erfolgreiche Niederschlagung der Revolten". Voll Freude konnte die Regierung ankündigen: *„Die Gefangenen werden in der Zwischenzeit die zeitweilige Notsituation ertragen müssen, die der Zerstörung ihrer eigenen Unterkünfte folgen könnte"* („Daily Telegraph", 17.10.)

Die britische Armee wird um weitere 6oo Soldaten auf nunmehr über 15.ooo verstärkt.

Der Kampf der „Internierten" hat jedoch der Arbeiterklasse in ganz Irland und der Welt erneut gezeigt, daß das irische Volk mutig gegen die imperialistische Unterdrückung kämpft.

**Genossin der Bezirksorganisation
Harburg/Wilhelmsburg
KB/Gruppe Hamburg**

Erklärung von Edgardo Enriquez zum Tod seines Bruders, Miguel Enriquez, Generalsekretär des MIR

Die Arbeiterklasse, die Unterdrückten in Chile und die Militanten des MIR haben Trauer; sie haben aber auch eine Kriegsfahne gegen die Diktatur gewonnen.

Der Generalsekretär des MIR, der Genosse Miguel Enriquez, ist im Kampf gefallen, nachdem er zwei Stunden lang mit einer Maschinenpistole in der Hand seinen Feinden Widerstand geleistet hat.

An seiner Seite stand seine Genossin Carmen Castillo, im 7. Monat schwanger, die verwundet und durch die Diktatur verhaftet worden ist.

Mit dem Tod von Miguel Enriquez verliert die Arbeiterklasse Chiles den mutigsten und unermüdlichen Organisator des Widerstands gegen die Diktatur. Der MIR verliert seinen Generalsekretär, seinen Gründer und unbestreitbaren Führer.

Aber Miguel Enriquez hinterläßt ein Beispiel des Kampfes und eine Partei, die ihn überleben und die der Alptraum von Pinochet und seinen Schergen sein wird. Das Werk des Generalsekretärs des MIR geht mit seinem Tod nicht zu Ende. Der MIR geht aus dieser schwierigen Prüfung gestärkt und härter hervor, entschlossen, keinen einzigen Rückwärtsschritt im Kampf gegen die Diktatur zu dulden.

Ein anderes Mitglied der politischen Kommission des MIR hat das Gewehr des Generalsekretärs und die Führung der Partei übernommen. Die Partei von Miguel Enriquez verfügt über Männer, die ihm nachfolgen und die seinem Beispiel und seinem Gedächtnis treu sein werden.

Der heldenhafte Tod von Miguel Enriquez gibt dem außergewöhnlichen Werk dieses Menschen, der knapp dreißig Jahre alt war, als er starb, eine noch größere Tragweite. Arzt mit zwei Kindern, war er bereits zum Symbol des chilenischen Widerstands geworden. Heute sind sein Name und sein Beispiel die Kriegsfahne derjenigen, die seinen Posten übernommen haben. Er wird in jedem Kampf des Widerstands neu aufleben, er wird die Reihen des MIR geschlossen halten, er wird die Gefolterten schweigen lassen, und wird den langen Kampf der Arbeiter und Bauern Chiles inspirieren.

Vom Staatsstreich bis zu seinem Tod ist Miguel Enriquez an der Führung seiner Partei geblieben. Am Tag des Militärputsches hat er persönlich an bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Schergen teilgenommen. Er hat dann die illegale Reorganisierung der Partei geführt und hat unermüdlich für die Einheit der chilenischen Linken gekämpft. Miguel und die gesamte Politische Kommission waren und sind davon überzeugt, daß die Parteiführung in Chile sein muß. Der MIR wird die Prinzipien des gefallenen Generalsekretärs und sein kämpferisches und einheitswilliges Vermächtnis anwenden.

Miguel Enriquez ist als ein konsequenter Revolutionär gefallen:

Er schoß mit seiner Maschinenpistole gegen die Schergen. Er kannte die Schwäche nicht und verzieh sie nicht. Keiner hat das Recht zu weinen. Sein Name steht jetzt an der Seite der Namen des Che und anderer Revolutionäre Lateinamerikas, die im Kampf für die Sache der Besitzlosen gefallen sind, für die Arbeiter- und Bauern-Revolution.

Wir rufen alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte der Welt dazu auf, eine breite Solidaritätskampagne mit seiner Gefährtin, Carmen Castillo, zu entfalten, um zu verhindern, daß sie durch Pinochet und seine Schergen gefoltert oder ermordet wird.

RUHM UND EHRE DEM GEFALLENEN GENERALSEKRETÄR, MIGUEL ENRIQUEZ!
WIR WERDEN AUS DEM NAMEN MIGUEL ENRIQUEZ DIE KRIEGSFAHNE DER UNTERDRÜCKTEN MACHEN!
DER MIR WIRD SICH NICHT ERGEBEN!
DAS GEWEHR DES IM KAMPF GEFALLENEN GENERALSEKRETÄRS IST IN NEUEN HÄNDEN, DER WIDERSTAND DES VOLKES WIRD SIEGEN!
ES LEBE DIE ARBEITER- UND BAUERN-REVOLUTION VON CHILE!

*Edgardo Enriquez,
Mitglied der Politischen Kommission des MIR, Paris 7.10.74*

Übersetzt aus: „Revolution!" Nr. 66 vom 11.10.74

Rationalisierung in der Uhrenindustrie

– ein Leserbrief –

Der Artikel „Entlassungen in der Uhrenindustrie" im ARBEITERKAMPF Nr. 48 beschäftigte sich mit der Lage in der Metallindustrie, insbesondere der Uhrenindustrie in Villingen, Schwenningen und Furtwangen.

Auch in Pforzheim spielt die Uhrenindustrie eine wichtige Rolle. Zwei Drittel der Industriebetriebe gehören zur Gruppe Schmuckwarenindustrie und Feinmechanik (besonders Uhrenindustrie), etwa 70 % der Beschäftigten aller Industriebetriebe sind in diesen Branchen beschäftigt. In Pforzheim handelt es sich im wesentlichen um kleine Betriebe. Nur zehn Betriebe haben mehr als 500 Beschäftigte, etwa 500 Betriebe haben weniger als 50, über 300 weniger als zehn Beschäftigte.

In den vergangenen Monaten sind zwei Fälle von Werkstillegungen publik geworden:

1) 120 Arbeiter und 40 Angestellte der Zifferblätterfabrik Weber & Baral standen am 14.11.73 vor verschlossenen Werkstoren. Die Firmenleitung hatte ohne jede Ankündigung am Abend zuvor Konkurs angemeldet. Ein Gesellschafter der Firma nannte drei Gründe, die zum Konkurs geführt haben sollen:

1. habe es im Frühjahr '73 eine 15-prozentige Erhöhung der Personallasten gegeben, die nicht auf die Preise abzuwälzen gewesen seien,
2. sei auch auf der Materialseite eine hohe Preissteigerung eingetreten,
3. hätte die stark angezogene Zinsbelastung die Ertragslage des Betriebes zusätzlich verschlechtert.

Diese Behauptungen konnten nur die Absicht verfolgen, vom verantwortungslosen Verhalten der Firmenleitung abzulenken. Entgegen den vorherigen Beteuerungen der Unternehmer, der Betrieb sei gesund, stellte die Verwaltungsstelle Pforzheim der IG Metall nach dem Konkurs fest, daß erstens „die finanzielle Decke dieses Betriebs schon lange recht dünn war" und zweitens von einer Lohn- und Gehaltserhöhung um 15 % „weder in diesem noch in einem der zurückliegenden Jahre" die Rede sein konnte.

Dieser Fall zeigt deutlich, wie Kapitalisten mit ihren Arbeitern und Angestellten umgehen, wenn es für ihre Jnteressen nützlich erscheint. Die Firma Weber & Baral mißachtete einige wesentliche Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes: Das Gesetz schreibt vor, daß über Personalplanung langfristig zu verhandeln und bei Einschränkungen und Stillegungen der Betriebsrat vorher zu informieren sei. Außerdem muß der Arbeitgeber in solchen Fällen mit dem Betriebsrat einen Sozialplan aushandeln. Daneben ist laut Kündigungsschutzgesetz eine rechtzeitige Anzeige von Massenentlassungen vorgeschrieben.

2) Die Pforzheimer Firma Rodi & Wienenberger AG ist einer der bekanntesten Hersteller von Schmuck- und Uhrengehäusen in der BRD. Sie legte zum 31.5.74 ihr Zweigwerk in Bruchsal still, das überwiegend Uhrarmbänder herstellte. Im Zweigwerk waren früher 600 Mitarbeiter beschäftigt. Durch Rationalisierung wurde die Beschäftigtenzahl auf 163 abgebaut. Einfuhren aus Niedrigpreisländern und steigende Kosten zwangen laut Geschäftsleitung zu weiterer Rationalisierung durch Zentralisierung und damit verbundene Einsparung von Personal. Fast alle weiblichen Beschäftigten hatten auch nach der Schließung noch keine neue Arbeit gefunden. 50 von ihnen reisten Anfang Juni an und demonstrierten vor dem Pforzheimer Werk. Die Firma hatte ihnen bis zu diesem Termin weder den Lohn für den Monat Mai noch die im Sozialplan vereinbarte Abfindung gezahlt. Die Frauen ließen sich auch nicht durch das Angebot des Betriebsleiters, gemeinsam ein „Viertele" Wein zu trinken, von ihren Forderungen nach sofortiger Ausbezahlung des Lohns und der Abfindung abbringen: Sie lehnten ab und verlangten stattdessen die Erstattung ihrer Fahrtkosten.

Solche Entlassungen bringen ziemliche Schwierigkeiten für die betroffenen Arbeiter mit sich. Besonders für angelernte Kräfte ist die Chance, eine neue Arbeitsstelle zu finden, sehr gering. Ein Ausweichen in verwandte Berufe ist nicht immer möglich. Wie hier kann man auch an weiteren Beispielen zeigen, daß oft in ländliche Gebiete ausgelagerte Fabriken der Konzentration zum Opfer fallen. Die Leidtragenden sind die Lohnabhängigen. Keine noch so schöne Abfindung kann einen neuen Arbeitsplatz ersetzen.

Aus Äußerungen des Beirats des Uhrenindustrieverbandes Pforzheim kann geschlossen werden, daß in der ortsansässigen Uhrenindustrie in Zukunft mit weiterer Kurzarbeit gerechnet werden muß: Aufgrund des Auftragseingangs bis vor den Ferien habe man allgemein ein relativ befriedigendes Geschäftsjahr erwartet. Die Situation habe sich Anfang August insofern gewandelt, als die erwarteten Anschlußaufträge nicht in dem Maße eingegangen seien, wie dies erhofft wurde. Vorliegende Produktionszahlen weisen bei Kleinuhren für das 1. Vierteljahr '74 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ein Minus von 9,4 % aus. Nach Aussage des Beirats ist die bisherige relativ günstige Beschäftigungslage in dieser Branche darauf zurückzuführen, daß viele Firmen in der Hoffnung auf das bald einsetzende Weihnachtsgeschäft Uhren und Uhrwerke auf Lager montieren. Der Beirat des Uhrenindustrieverbandes wies ausdrücklich auf die Notwendigkeit hin, Kurzarbeit einzuführen, und forderte die Pforzheimer Firmen auf, daraus endlich auch die praktischen Konsequenzen zu ziehen. ●

Mitglieder der Lehrlingsgruppe des RBJ Pforzheim

Polizeiübung auf dem Gelände der HSW (Hamburger Stahlwerke)

Ende August wurde bei HSW auf dem Werksgelände eine Polizeiübung abgehalten. Diese Übung begann am 27.8.74. Vier Tage lang patroullierte die Polizei mit mehreren Peterwagen Tag und Nacht auf dem Werksgelände. In den Autos der Polizei lagen Maschinenpistolen bereit. Einige Kollegen mußten auf dem Parkplatz unter Polizeikontrolle den Kofferraum ihres Autos öffnen und durchsuchen lassen.

Der Werkschutz war in diese Aktion voll mit einbezogen worden. Am Werkstor wurden die Ausweise und zum ersten Mal auch die Taschen der Kollegen schärfstens kontrolliert. Dunkle Teile des Werksgeländes wurden mit extra aufgebauten Tiefstrahlern taghell ausgeleuchtet.

Arbeit unter Polizeibewachung? Eine Kaserne errichtet?

Noch nicht!
Was war geschehen?

Wenige Tage zuvor soll bei der (ebenso wie HSW) zum Korf-Konzern gehörenden Firma Mohr und Federhaff in Mannheim ein Bombenanschlag auf das Werk verübt worden sein.

Nach den Feststellungen der Polizei ist lediglich bekannt, daß es eine Explosion auf dem Werksgelände gegeben hat. Für ein Attentat gibt es keine Beweise. Die Polizei stellt jedoch in der von ihr bekannten Weise eine Verbindung her zu einem „Anschlag", der in Frankfurt auf ein israelisches Verkehrsbüro verübt worden sei. Auch andere Korf-Betriebe sollen von Anschlägen bedroht sein.

Die HSW-Geschäftsleitung setzte diese angebliche Bombendrohung blitzschnell in direkte Maßnahmen gegen die Arbeiter um. Die Polizei wurde aufs Werksgelände geholt und konnte sich vier Tage lang den Betrieb ganz genau ansehen. Der Werksschutz, der bislang nicht offen seine Aufgabe als Einsatztruppe gegen die Belegschaft zeigen konnte, trat in Aktion. Von den Kollegen wurde verlangt, daß sie unaufgefordert ihren Ausweis zeigten. Der Werkschutz war dazu berechtigt, auch die Taschen der Kollegen zu kontrollieren. Das Recht, die Kontrolle seiner Tasche zu verweigern, wurde bei HSW einfach aufgehoben!!

Keine Sicherheit für die Kollegen !!!

In einem Aushang für die Belegschaft bemühte sich die Geschäftsleitung darum, „Verständnis" bei den Kollegen für die scharfen Kontrollen zu wecken. Dabei ging es darum, die Notwendigkeit der Überwachung dadurch recht schmackhaft zu machen, daß die „Sicherheit" ja allen diene. Die Arbeiter sollten ihren Beitrag zur Bespitzelung leisten, indem sie „auffällige Vorkommnisse" sofort an den nächsten Vorgesetzten weitermelden. „Verdächtige" Telefonanrufe sollten ebenfalls sofort weitergemeldet werden.

Die HSW-Kapitalisten haben nicht nur ein kurzfristiges Interesse an der Beibehaltung der verschärften Torkontrolle und der Aufmerksamkeit der Kollegen für „besondere Ereignisse". Die entsprechenden Anordnungen sollen „bis auf weiteres" bestehen bleiben. ●

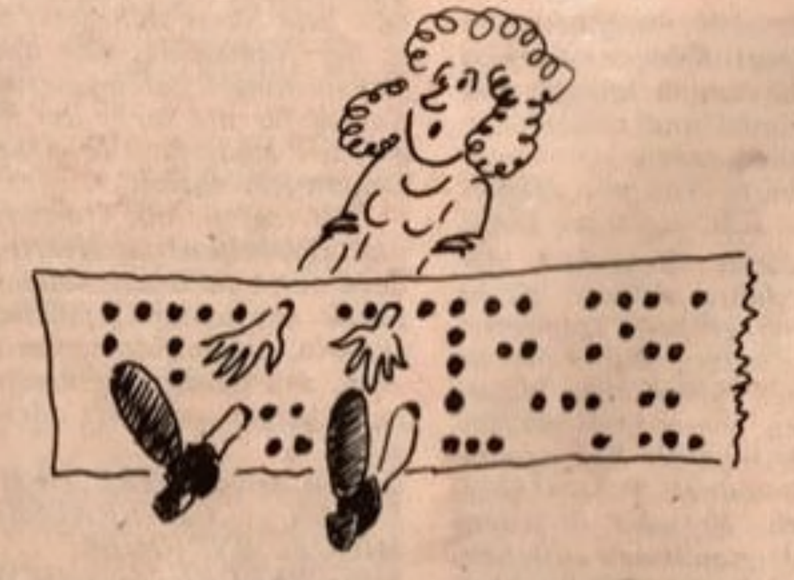
Betriebszelle HSW
KB/Gruppe Hamburg

Hell, Kiel:

Technischer Fortschritt – für wen?

Rationalisierung war von den Hell-Kapitalisten (zu 60 % bei Siemens) als Investitionsschwerpunkt für 1974 angekündigt worden. Bis heute hat die Geschäftsleitung erhebliche Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt:

- ein Zielsteuerungsband ist eingeführt worden, das eine volldurchgeplante Fertigung, Steuerung der Produktion nach Dringlichkeit und eine fast perfekte Koordination der Arbeitsgänge ermöglicht
- für die Vorfertigung wurden mehrere vollautomatische Maschinen angeschafft; jede der Olivetti-Maschinen erledigt über 30 Arbeitsgänge
- wo die Möglichkeit der Vollautomatisierung nicht in dem Maße besteht, d.h. im wesentlichen im elektrischen und elektronischen Bereich, rationalisieren die Kapitalisten durch weitere Zerlegung einzelner Arbeitsprozesse; so wird ehemalige Facharbeit jetzt von an- oder ungelernten Arbeiterinnen gemacht.



Was haben wir davon?

Jeder technische Fortschritt in der Produktion, kapitalistisch angewandt, erweist sich für die Kollegen als Schlag ins Gesicht:

- dank der guten Koordination der Arbeitsgänge beim Zielsteuerungsband haben die Kollegen zwischendurch keine Ruhepausen mehr; die bessere Kontrolle über die Dauer der einzelnen Arbeiten macht für die Kapitalisten schnell feststellbar, wo sie noch Zeit kürzen können; das ständig nebenherlaufende Band treibt zu schnellerer Arbeit an,
- die lochstreifengesteuerten Olivetti-Maschinen zeichnen jeden Handgriff des Kollegen, auch jede noch so kurze Arbeitspause auf und ermöglichen die totale Kontrolle über den Kollegen
- bei der neuen Schleifmaschine besteht die ganze Arbeit aus stupidem Knöpfe drücken
- bei der neuen Fräsmaschine wurde den Kollegen von Meister Rosenkrantz angedroht: entweder sie akzeptieren die Lohnkürzungen um eine Mark – weil nun ja kein Akkord mehr gemacht wird – oder sie fliegen raus!
- durch die vollautomatischen Maschinen wird eine ganze Reihe von Facharbeitern ersetzt, sie werden in fremde Abteilungen versetzt und niedriger eingestuft. Bei weiteren Anschaffungen von Vollautomaten und völliger Durchrationalisierung wird die Geschäftsleitung wahrscheinlich Entlassungen größeren Ausmaßes planen.
- Weniger Lohn und schlechtere Arbeit – das bekommen die Facharbeiter auch zu spüren, wenn Facharbeiten, nachdem sie bis ins Kleinste zerlegt worden sind, an Frauenabteilungen abgegeben werden. Die Frauen selbst verdienen bei dieser Arbeit keinen Pfennig mehr. Zum Teil sind auf den Lohnscheinen die alten Lohngruppen dick durchgestrichen und durch eine Lohngruppe 2 oder 3 ersetzt. Direktor Neumann dazu: „Die Facharbeiter sind heute klar überbezahlt. Die Frauen machen doch schon fast überall die gleiche Arbeit und können sie ebenso gut."

Deutlicher konnte er die Absicht, die Löhne weiter zu drücken, kaum ausdrücken: Die Männer werden schlechter, und die Frauen bleiben schlecht bezahlt.

Was die Rationalisierungen für die Kollegen bringen, läßt sich so folgendermaßen auf den Punkt bringen:

- verschärfte Arbeitshetze
- die Arbeit wird immer stumpfsinniger und nervenbelastender, immer erniedrigender
- Lohnkürzungen
- Entlassungen

Mit den Rationalisierungen Hand in Hand gehen verstärkte Disziplinierungsmaßnahmen der Geschäftsleitung:

Neuerdings gibt es scharfe Kontrollen und Ermahnungen, wenn jemand schon vor Pausenbeginn zum Händewaschen geht oder schon zwei Minuten vorm Klingelzeichen an der Stempeluhr steht. Auch bei der Arbeit werden die Kollegen von Meistern und Abteilungsleitern stärker bewacht, z.B. ob sie sich während der Arbeitszeit vom Arbeitsplatz entfernen, öfter miteinander reden oder Alkohol trinken. Die fristlosen Entlassungen wegen Alkohols oder Mitgehenlassens von Ausschuß u.ä. haben zugenommen.

- Auch sind kurz nacheinander drei offenkundig politische Entlassungen von „KPD/ML"ern – die sich sämtlichst in bekannter Manier hinterher zu ihrer Organisation „bekannten" – durchgeführt worden, wegen:

- nicht rechtzeitigen Abgebens einer Krankmeldung (obwohl die Betroffene nachweisen konnte, daß sie die Verspätung nicht verschuldet hatte)
- Bezeichnung eines Meisters als Spitzel der Geschäftsleitung
- „ ... *parteipolitischer Betätigung durch Bekenntnis zum radikalen Kommunismus in der BRD nach rotchinesischem Vorbild und Hinstreben auf Gewalt und Systemveränderung*" (aus der Entlassungsbegründung der Geschäftsleitung; laut „Der Rote Heller", Betriebszeitung der „KPD/ML")

Der Betriebsrat hat sich bislang durch Anpreisen einzelner Rationalisierungsmaßnahmen einerseits und durch Untätigkeit andererseits hervorgetan. So meinte ein Betriebsrat zum Zielsteuerungsband: „Dadurch habt ihr nur Vorteile, keine Wartezeiten und so ..." Als die Kollegen von den Fräsmaschinen sich wegen der Lohnkürzungen an den Betriebsrat wandten, bekamen sie seinen Lieblingsspruch Nr. 1 zu hören:

„Da können wir auch nichts machen".

Auch der gewerkschaftliche Vertrauenskörper hat bislang nicht das geringste gegen die Rationalisierungen unternommen. ●

Metallzelle II
KB / Gruppe Kiel

Hanomag / Hamburg-Harburg

KRIPO IM WERK!

Eine angebliche Großfahndung der Polizei führte allem Anschein nach auch zu einer größeren Durchforstung der Hamburger Großbetriebe.

So jedenfalls bei Hanomag. Während der Arbeitszeit tauchten plötzlich bei einem Kollegen zwei merkwürdige Figuren in Begleitung eines leitenden Angestellten auf und wollten wissen, wie denn der Kollege zu seiner Handverletzung gekommen sei. Der Kollege – fürchterlich erstaunt – wollte wissen, warum sie dies interessiere und wer sie überhaupt seien, worauf die Typen ihre Hundemarken zückten und ihm mitteilten, sie seien von der Kripo. Der Kollege, nun noch erstaunter, wollte jetzt auch noch wissen, worums denn ginge. „Das geht Sie gar nichts an!", war die Antwort – vom leitenden Angestellten. So nach und nach stellte sich dann heraus, daß die Kripo in allen Hamburger Großbetrieben einen Verbrecher mit einer Handverletzung suche und deshalb wissen wolle, wie er denn nun zu seiner Verletzung gekommen sei. Der Kollege konnte – glücklicherweise! – nachweisen, daß dies eine Arbeitsverletzung war und die Typen zogen von dannen – wohl zum nächsten „handverletzten" Kollegen.

Vielleicht werden ja demnächst auf der Mönckebergstraße Razzien gemacht, wo jeder seinen linken großen Zeh vorzeigen muß, weil jemand mit einer derartigen Verletzung gesucht wird. Deutlich wird, wieweit der Polizeiapparat bereits gediehen ist, wenn schon systematisch Betriebe (wo von 1.000 Kollegen mindestens 50 sich täglich eine „Handverletzung" zuziehen) in Fahndungen „einbezogen" werden.

Bei Hanomag gibt es ja schon andere Erfahrungen mit der Polizei. Vor zwei Jahren wurde ein jugoslawischer Kollege unter MP-Bewachung aus dem Werk geholt, weil er angeblich jemanden umgelegt haben soll. Dies stimmte nicht – der Kollege war erstmal aber als Mörder abgestempelt. Es ist in diesem Zusammenhang wohl auch kein Zufall, daß der jetzt betroffene Kollege ein „Linker" ist – wenn so etwas Schule macht, kann natürlich auf ganz legale Weise Rufmord betrieben werden. ●



Zeigen Sie den großen Zeh!
Wir suchen jemand mit einem Hühnerauge!

Betriebszelle Hanomag
KB/Gruppe Hamburg

Knast Mannheim:

Bemänteln, was das Zeug hält

Im AK Nr. 49 berichteten wir über den faschistischen Knastarzt Reith, über die Versuche von Staatsanwaltschaft und Justizministerium in Baden-Württemberg, den Folter-Skandal im Mannheimer Knast zu vertuschen oder zu verdrehen, und gaben Aussagen von mißhandelten Gefangenen wieder.

Am 4.9.74 konnte man aus dem Justizministerium Baden-Württemberg hören, daß in zwei Wochen mit ersten Aufklärungen zu rechnen sei („SZ" 4.9.74).

Folgendes drang bisher in die Öffentlichkeit:

- Der Gefängnisdirektor Edmund Recher befindet sich „für nicht absehbare Zeit in Urlaub" („FR" 5.9.74).
- Der Knastarzt E. Reith aus Mannheim ist nun auch in diesem Verfahren freigesprochen worden, obwohl eindeutige Zeugenaussagen von Häftlingen vorliegen, die beweisen, daß Reith von den Folterungen gewußt hat, sie duldete und mitvertuschte, indem er z. B. mißverständliche und unzutreffende Krankheitsberichte und Erklärungen für Todesursachen schrieb. So bezeichnete er eine Verbrennung 2. Grades mit einer Zigarette als „leichte Verschorfung" und stellte im Falle des von Wärtern ermordeten Gefangenen Vast den zweideutigen Obduktionsbefund „Tod durch äußere Einwirkungen" aus, obwohl auch an der Außentür der Zelle Blut war und die Todesursache eindeutig war.

Außerdem behandelte Reith die meisten Häftlinge nicht, sondern stempelte sie von vornherein als Simulanten ab.

Der Arzt mußte zwar vom Dienst suspendiert werden, darf aber seine Privatpraxis, in der er sowieso schon immer den größten Teil des Tages „gearbeitet" hatte, weiterführen.

- In dem Verfahren gegen die Schläger des gefängnisinternen Rollkommandos, das in der Pfingstnacht über 100 Gefangene mißhandelt hatte, sind alle drei festgenommenen Wärter bereits wieder auf freien Fuß gesetzt worden.
- Vier weitere Beamte sitzen wegen Verdacht auf Totschlag und Begünstigung noch in Untersuchungshaft.
- Von vier weiteren Wärtern, die der Bestechung und Beihilfe zur Flucht angeklagt sind, sitzen noch zwei in U-Haft.
- Die Untersuchung über den Tod eines 1968 angeblich an „Gehirntrauma" gestorbenen Häftlings ist bereits wieder eingestellt worden. Justizminister Bender: „Die Überprüfung hat eine Wiederaufnahme nicht gerechtfertigt".
- Der Tod des drogensüchtigen Häftlings Stefan K. (Juni 73) soll jetzt endlich untersucht werden. Obwohl der Amtsrichter damals auf den Zustand des Häftlings aufmerksam gemacht und eine Vorführung beim Anstaltsarzt angeordnet hatte, da akute Selbstmordgefahr bestand, ließ Reith ihn in eine Einzelzelle einweisen, wo er sich noch in der gleichen Nacht erhängte.

In der „Süddeutschen Zeitung" vom 10.9. konnte man den lapidaren Satz lesen: *„Ein Sprecher des Stuttgarter Justizministeriums teilte mit, im Bereich Mannheim würden 350 - 400 eingestellte Verfahren kontrolliert. Mit Ausnahme eines Falles hätten sich bisher keine Anhaltspunkte für ein Versäumnis der Staatsanwaltschaften ergeben, pflichtgemäß vor Einstellung eines Ermittlungsverfahrens dem Ministerium Bericht zu erstatten."*

Anstatt zu untersuchen, was tatsächlich im Mannheimer Knast passiert ist, stürzt man sich offenbar mit aller Kraft darauf, herauszufinden wo wann und welche bürokratischen Wege irgendwelche Berichte gegangen sind. Ein ziemlich dumm-dreistes Ablenkungsmanöver!

Sehr schnell reagierte man allerdings im Falle des Gefängnispfarrers Dieter Frettlöh. Er wurde Anfang September vom Dienst suspendiert. Sein „Vergehen":

Als einer der wenigen Personen im Knast hatte er bereits 1972 auf die Mißstände in Mannheim hingewiesen.

Frettlöh: *„Ein Gefangener starb auf mysteriöse Weise in der Beruhigungszelle, die trotz 30 ° Celsius Außentemperatur beheizt wurde. Die Strafdauer betrug sechs Wochen. Die Obduktion ergab eine Gehirnhautentzündung. Damit gab man sich zufrieden. Ich kann mich damit nicht zufrieden geben."* („Welt", 13.9.74).

13.9.74).

Ein neues Ablenkungsmanöver

Angesichts der auch in diesen Artikeln beschriebenen Situation im bundesdeutschen Strafvollzug ist es geradezu schon witzig, wie Justiz und Presse versuchen, neben kleinen Berichten aus den Gefängnissen marktschreierisch andere Probleme der Gefangenen hervorzuheben, um von der Misere insgesamt abzulenken.

„FR" 13.9.: „Liebe hinter Gittern erlaubt? ", wird da bestürzt gefragt. Und Justizsekretär Erich Bartsch aus Niedersachsen will damit eine „Humanisierung des Strafvollzugs anstreben".

„FAZ" 11.9.: „Frauen sollen Gefangene vier Stunden besuchen dürfen", sagt Nordrhein-Westfalens Justizminister Dieter Posser und „beklagt" gleichzeitig, daß ein neues Entlohnungssystem und eine Sozialversicherung nicht möglich ist.

klagt" gleichzeitig, daß ein neues Entlohnungssystem und eine Sozialversicherung nicht möglich ist.

Am dicksten trägt natürlich die „Hamburger Morgenpost" auf: die Boulevardpresse schreit(et) eben immer voran, wenn es was zu verkleistern gilt.

„Liebe soll den Knast entschärfen" ist die Riesenüberschrift am 11.9. auf der ersten Seite. Im Artikel wird dann sozusagen hinter vorgehaltener Hand von „delikater Reform", „intimen Tete-a-Tete" und „Liebeszellen" geflüstert.

Ein Film „Laß jucken Knacki" wird sicherlich nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Genossin der Betriebszellen-Leitung Beiersdorf
KB/Gruppe Hamburg

Ohrfeige für die HSW-Kapitalisten

VK-Vorstandsmitglieder gewannen Prozess auch in 2. Instanz

Am Mittwoch, den 2. Oktober, fand vor dem Landesarbeitsgericht Hamburg die Berufungsverhandlung der HSW-Kapitalisten gegen die drei gefeuerten VK-Vorstandsmitglieder statt.

Die Drei waren im Januar (!) auf Antrag des rechten Betriebsrates wegen „Störung des Betriebsfriedens" gekündigt worden. Nachdem das Arbeitsgericht in erster Instanz die Kündigung in allen Punkten zurückwies, nahmen die Stahl-Kapitalisten einen neuen Anlauf.

Frech schoben sie in ihrer „Berufungsbegründung" völlig neue, erlogene Gründe nach:

- Kollege J.B. habe ca. 20 Tage unentschuldigt gefehlt.
- Kollege G.G. hätte im Sommer 73 einen „Türkenaufstand" (!) angezettelt. etc.

All das *„hat die Geschäftsleitung erst jetzt in Erfahrung gebracht"*, schrieben sie im August '74(!).

Mit der Erfahrung im Hinterkopf, daß die 2. Instanz in der Regel die Wünsche der Herren Kapitalisten zu berücksichtigen weiß, abgesichert mit oben genannten „neuen Gründen", erschienen HSW-Personalchef Käppeler, sein Rechtsverdreher und die rechte BR-Gruppe vor Gericht.

Hier allerdings lief es dann doch etwas anders als sie es sich vorgestellt hatten.

Der Form halber wollte der Richter das „unentschuldigte Fehlen" des Kollegen abhandeln, als dieser plötzlich eine Lohnabrechnung auf den Tisch des Hauses legte, aus der eindeutig hervorging, daß HSW für die fragliche Zeit Lohnfortzahlung gewährt hatte! Käppeler mußte daraufhin zugeben, daß J.B. sich doch entschuldigt hatte. Da aber eine Krankmeldung zu der Zeit nicht bei der Krankenkasse vorlag, behauptete dieser saubere Herr: *„Eine Krankmeldung hat für mich erst Gültigkeit, wenn sie auch bei der Krankenkasse vorliegt."*

Hier sah der Richter sich gezwungen, den Personalchef von HSW zu belehren. Des weiteren war er aber sehr bemüht, ihm in dieser Angelegenheit auf die Sprünge zu helfen.

Als dieser dann schließlich auf verschiedene Fragen des Richters immer eine andere Version vortrug, verlor auch das Gericht die Geduld und machte Käppeler darauf aufmerksam: ***„Sie sind hier in einem Gerichtsverfahren, da müssen Sie schon mal die Wahrheit sagen!"***

Obwohl dieser Punkt ganz klar für die Kollegen ausgegangen war, diktierte der Richter diesen Punkt als ‚strittig' ins Protokoll!

Als es um den „Türkenaufstand" ging, schilderte der Kollege den Zuschauern und dem Gericht, unter welchen unmenschlichen Bedingungen die ausländischen Kollegen bei HSW arbeiten müssen. Als er dann begründen wollte, daß ein Streik dieser Kollegen berechtigt war und ist, daß dieser auch von außen nicht „angezettelt" werden muß und kann, da fiel ihm der Richter barsch ins Wort: ***„Politik wollen wir hier nicht hören. Sie antworten nur auf das, was ich hier frage!"***

Nachdem nun die nachgeschobenen Gründe behandelt waren, begann der Richter – ohne weiter zu verhandeln – sein Werk. Er versuchte zu „schlichten":

„Das Gericht ist zu dem Schluß gekommen, daß das Arbeitsverhältnis nicht mehr zumutbar ist . . . Die Kläger (die Kollegen, Red.) wollen im Betrieb doch nur das Demokratieverständnis vervollkommnen, (!?), dabei gehen sie auch gegen den Betriebsrat und die IGM vor, das ist besonders verwerflich . . . Als Außenstehender meine ich aber trotzdem, daß eine Kündigung nicht ausreichend begründet ist (!) . . . Dennoch denken wir daran, das Arbeitsverhältnis aufzulösen . . . Selbstverständlich würden sie dann eine Abfindung in Höhe b i s zu 12 Monatslöhnen bekommen . . ."

Die drei Kollegen und ihr Anwalt lehnten ein solches „Angebot" strikt ab. Der Anwalt: „. . . *durch die bisherige Gerichtspraxis und die Zahlung von relativ hohen Abfindungen haben es die HSW-Kapitalisten immer geschafft, die konsequentesten Interessenvertreter endgültig zu feuern. Dabei geht es darum, die restlichen Kollegen einzuschüchtern, sie vom Kampf für ihre berechtigten Interessen abzuhalten. Die HSW-Kapitalisten werden in dieser Politik von der Betriebsrats-Mehrheit und der IGM-Ortsverwaltung unterstützt. Die drei Kollegen – und mit ihnen alle Arbeiter und Angestellten – haben das Recht, hiergegen zu kämpfen.*

Um dieses Recht und den Arbeitsplatz geht es in diesem Prozeß. Es darf aber nicht nur Recht gesprochen werden, sondern wir verlangen, daß ein Gerichtsbeschluß auch in der Praxis durchgeführt werden muß . . . Daher verlangen wir Wiedereinstellung . . !"

Damit war ein „Vergleich" von den Kollegen abgelehnt.

Nun meinte der HSW-Anwalt, es sei an der Zeit, einmal die Machtverhältnisse klarzustellen. Die Stimme seines Herren sprach:

„Die Kläger werden nie wieder in den Betrieb kommen, ganz egal, was hier beschlossen wird. Dann zahlt HSW eben ein bißchen Geld und wenn HSW will, dann werden die drei wieder gekündigt (!) . . . Noch bedeutet eine ‚Wiedereinstellung' ja kein Recht auf Arbeit. Wir werden ja sehen, wie lange die Drei das dann noch mitmachen!"

Eine derart offene und brutale Drohung und Einschüchterung der Kläger und des „unabhängigen" Gerichts hat es sicherlich bisher kaum gegeben.

Dennoch blieb diese offen ausgesprochene Erpressung vom Richter unwidersprochen. Er schloß die Verhandlung.

Nach einer Stunde Beratung wurde dann das Urteil verkündet:

Die Berufung der HSW-Kapitalisten wird in allen Punkten abgelehnt!!

Dieses Urteil ist sicherlich ein großer Erfolg des konsequenten Kampfes der HSW-Kollegen vor Gericht und der Unnachgiebigkeit gegenüber den kapitalistischen Krämerseelen.

Trotzdem bleibt den HSW-Kapitalisten noch das Bundesarbeitsgericht in Kassel und die Möglichkeit einer neuen Kündigung wegen „Unzumutbarkeit". Dann ginge das Ganze von vorne los! ●

HSW-Betriebszelle
KB Gruppe Hamburg

Anzeige

HDW – Hamburg

Eine üble Sauerei

Auf der letzten HDW-Betriebsversammlung im Werk Roß sprachen Kollegen auch die steigenden Unfälle und die miserable Arbeitssicherheit auf der Werft an. Besonders die Stellagen auf den Schiffen sind immer wieder Quelle schwerer Unfälle durch Absturz.

Der sogenannte „Arbeitsschutz", dessen Aufgabe es an sich ist, die Einhaltung der ohnehin ungenügenden „Unfallverhütungsvorschriften" zu garantieren, führt ein Schlummerdasein. Zudem ist diese Aufgabe von ihm gar nicht mehr zu leisten. Während früher z.B. fast jedes Schiff einen Sicherheitsbeauftragten hatte, muß heute einer bis zu vier Schiffe beaufsichtigen. Für die Kapitalisten lohnt es natürlich wenig, hier zu investieren.

Eine Riesenschweinerei haben sich die Kapitalisten nach einer Explosion auf einem Containerschiff vor einem Jahr geleistet.

Damals wurden 16 Kollegen z.T. schwer verletzt und für ihr restliches Leben grauenhaft entstellt. Einige Kollegen mußten monatelang auf der Intensivstation im Krankenhaus behandelt werden.

Nachdem jedem verunglückten Kollegen (vor der Presse) großspurig drei Wochen Sonderurlaub versprochen wurde, hat bis heute kein Kollege was davon gesehen.

Auch Schadenersatz oder Schmerzensgeld hat es keinen Pfennig gegeben, weil HDW natürlich jede Schuld an dem Unglück bestreitet. Die größte Sauerei leisteten sich die HDW-Kapitalisten jedoch, als einer der verunglückten Kollegen jetzt starb: Jeder Zusammenhang zu dem Betriebs-‚Unfall' wird kategorisch geleugnet, so daß die Familie des toten Kollegen nicht einmal Schadenersatz oder Anspruch auf Unfallrente hat.

Verantwortlich für dieses Schurkenstück wie allgemein für den Zustand der Arbeitssicherheit ist insbesondere Heinz Scholz, Vorstandsmitglied für das ‚Personalwesen'.

Scholz war lange Jahre Bezirksleiter der IG-Metall Nordmark. Nach „langwierigen Verhandlungen" (um die Höhe der Bezüge) und nicht ohne sich die Einwilligung des IGM-Vorstandes zu holen (der natürlich für derartige „Seitensprünge" vollstes Verständnis aufbringt) wurde Scholz dann im Juli '73 von den HDW-Kapitalisten zum ‚Personaldirektor' gekürt.

Den Kapitalisten kommen hier die von Scholz in seiner langjährigen Praxis als Gewerkschaftsführer erworbenen Fähigkeiten in der Behandlung von Arbeiterinteressen zugute. So stammt aus seiner Feder ein Entwurf einer „Arbeitsordnung" für die HDW-Kollegenschaft, deren Geistesverwandschaft mit dem Nazi-„Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" nicht zu übersehen ist. (siehe ARBEITERKAMPF 44: Die große Säuberung).

Auch auf der Betriebsversammlung stand Scholz seinen Mann. Scheinheilig bedauerte er die vielen Unfälle auf der Werft und beteuerte wortreich, es solle jetzt endlich ein bißchen mehr dagegen getan werden. Denn: *„Die Ausfälle durch Arbeitsunfälle kosten dem Unternehmen jährlich mehrere Millionen Mark".*

Für ihn und seinesgleichen ist die Arbeitssicherheit eine Frage der Kostenkalkulation – und wenn's billiger wird, gehen sie auch über Leichen.

In dem Werdegang von Scholz, an seiner Karriere vom Gewerkschaftsführer zum Kapitalistenvertreter wird deutlich, wie nah beieinander die Politik der Klassenzusammanarbeit und der offene Verrat an den Arbeiterinteressen liegen.

Betriebszellen Werften
KB/Hamburg

HDW-Jugendvertreter endgültig ausgeschlossen

Am 7. Oktober wurden auf Beschluß des IGM-Vorstandes, nach einem Antrag der Hamburger Ortsverwaltung, drei HDW-Jugendvertreter aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Bereits vorher wurde ein anderes Mitglied der Jugendvertretung aus der Gewerkschaft entfernt. Dem 5. Mitglied der Jugendvertretung (JV) blieb dieses Schicksal bisher erspart, da der Kollege einen vorgelegten Revers unterschrieb. Damit hat ein widerwärtiges Schauspiel, das vor fast genau einem Jahr begann, sein Ende genommen.

Erinnern wir uns:

- Am 18. Oktober 1973 wurden fünf Lehrlinge von ihren Kollegen in die JV gewählt. Bereits einen (!) Tag später schritt man beherzt zur Tat:
- Am 19. Oktober stellte die VK-Leitung Antrag auf Ausschluß aller (!) fünf Jugendvertreter, ohne Untersuchungsverfahren.
- Gleichzeitig hetzten sich Gewerkschaftsführer, eingefleischte Sozialdemokraten in Betriebsrat und VK-Leitung von einem Höhepunkt zum nächsten. „Die rufen zur Sabotage im Betrieb auf . . ." oder „die sind wie arabische Terroristen, die kleine Kinder auf dem Fenster werfen".
- Zu Weihnachten '73 wurden die Kollegen von der Ortsverwaltung erstmalig beschert: Man warf ihnen eine Doppelmitgliedschaft (!) im „K"BW und „KPD/ML" vor. Eine aufregende Kombination. Zugleich sollten sie sich von einer HDW-Jugendbetriebsgruppe distanzieren.
- Als Antwort gaben die Kollegen in den folgenden Monaten drei öffentlich verteilte Erklärungen heraus, in denen sie den Kollegen ihre wirklichen Auffassungen über gewerkschaftliche Politik darlegten. Auf ein Spendenkonto überwiesen Kollegen und fortschrittliche Menschen fast 4 000 DM!
- Am 27.3. stimmte der Betriebsrat (dessen Vorsitzender, Werner Peters, Mitglied der Ortsverwaltung ist) den fristlosen Kündigungen zweier Jugendvertreter zu. Gleichzeitig akzeptierte er sechs weitere Entlassungen von Kollegen während der Probezeit und unterschrieb Verwarnungen an 80 (!) Kollegen.
- Am 24.4. lehnte die IGM-Ortsverwaltung bei beiden Gekündigten Rechtshilfe ab.
- Am 9.5.74 wird den Jugendvertretern ein Revers zugesandt.
- Seit Mitte Mai sind beide Kollegen durch Gerichtsbeschluß wieder im Betrieb. Auch eine Aussage des Betriebsratsvorsitzenden als Zeuge des HDW-Vorstandes (!) konnte das nicht verhindern.
- Mitte August wird der erste Jugendvertreter ohne Verfahren ausgeschlossen.
- Am 7.10. folgten die nächsten drei Kollegen.

Eine beachtliche „Leistungsbilanz"! Antikommunistischer Sud und Hetze, Denunziation bei den Kapitalisten und Zustimmung zur Kündigung – durch dick und dünn gehen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit den Kapitalisten, um klassenbewußte Kollegen auszuschalten. Der Ausschluß kam rechtzeitig vor dem unmittelbar bevorstehenden Lehrabschluß dreier Jugendvertreter: Ein deutlicher Wink für die HDW-Kapitalisten. ●

Betriebszellen Werften
KB Gruppe Hamburg

Ostholstein

VK-Vorsitzender entlassen — Gewerkschaftsausschluß steht bevor

Am 30.8.74 wurde der Vorsitzende des IGM-Vertrauenskörpers der Firma Kuhnke in Ostholstein (ca. 800 Beschäftigte) fristgemäß zum 31.12. dieses Jahres gekündigt.

Der unmittelbare Anlaß: Auf der wenige Tage zuvor stattgefundenen Betriebsversammlung hatte der VK-Vorsitzende W. die mangelnde Arbeitssicherheit im Betrieb angeprangert und die Existenz einer Telefonabhöranlage der Geschäftsleitung aufgedeckt.

Daraufhin war in der Belegschaft einige Unruhe entstanden, die Kollegen protestierten empört gegen dieses Vorgehen der Kapitalisten.

Wenige Tage später wurde W. zur Geschäftsleitung gerufen, die versuchte, seine Kritik an der unzureichenden Arbeitssicherheit vom Tisch zu wischen und behauptete, daß er diese Punkte nur deshalb vorgebracht hätte, „um Unruhe in die Belegschaft zu tragen". Weiter wurde dem VK-Vorsitzenden vorgeworfen, er hätte den ungefähr eine Woche nach der Betriebsversammlung erschienenen METALLER (Zeitung des KB/Gruppe Kiel und Ostholstein) geschrieben oder zumindest die Infoımationen dazu geliefert.

Der rechtssozialdemokratische Betriebsrat Gutsche unterstützte diesen Punkt ausdrücklich, nachdem er den vorangegangenen Vorwürfen durch wohlwollendes Schweigen zugestimmt hatte.

Als W. Beweise für seine angebliche Mitarbeit am METALLER verlangte, forderte der Prokurist Treiber ihn auf, dann doch diejenigen zu nennen, die als Informanten des METALLER in Frage kämen und stellte ihn klar vor die Alternative: entweder Entlassung oder Kollegen denunzieren.

Da es der Geschäftsleitung nicht gelang, den Kollegen W. einzuschüchtern, versuchte sie, ihn zu bestechen. Sie bot ihm eine Entlassung zum 1.9. „in beiderseitigem Einvernehmen" an, verbunden mit einer einmaligen Abfindung in Höhe von 10.900 DM (!) – allerhand, um sich sein Stillhalten zu erkaufen.

Der Kollege lehnte den „Einigungsvorschlag" ab und forderte sein Verbleiben in der Firma. Er wurde entlassen und mit sofortiger Wirkung für die folgenden drei Monate beurlaubt. Der VK-Vorsitzende erhob sofort Klage gegen seine Entlassung, der Prozeß ist inzwischen angelaufen.

Die Geschäftsleitung hat indes verlauten lassen, daß jeder Kollege, der sich mit dem VK-Vorsitzenden solidarisiert, ebenfalls mit seiner Entlassung zu rechnen hat!

In den Abteilungen versuchen viele Meister, entweder seine Entlassung totzuschweigen oder sie betreiben massive antikommunistische Hetze gegen ihn. Kollegen, die über seine Entlassung diskutieren, werden aufgefordert – bei Androhung von Verwarnungen und weiteren Maßnahmen – den Mund zu halten.

Persönlichen Bekannten von W. wird „geraten", sich nicht mehr mit ihm zu treffen. Dabei wird die Geschäftsleitung vom Betriebsrat tatkräftig unterstützt. Der Betriebsratsvorsitzende Gutsche z.B. ließ es sich nicht nehmen, zwei Kolleginnen bis in eine Kneipe nachzuspionieren.

„Gute Zusammenarbeit" zwischen Geschäftsleitung, Betriebsrat und Gewerkschaftsbürokratie

Überhaupt hat der Betriebsrat die von den Kapitalisten gelobte „gute Zusammenarbeit" in diesem Fall wieder unter Beweis gestellt.

Nachdem er von der Geschäftsleitung ausdrücklich zur Stellungnahme aufgefordert worden war, tagte er am 28.8.. Da er sich für seine Entscheidung Rückendeckung bei der Gewerkschaftsführung holen wollte, vertagte er die Sitzung auf den 30.8.. Eine für den 29.8. vom VK-Vorsitzenden einberufene VK-Sitzung wurde von den Betriebsräten und einigen Vertrauensleuten auf Betreiben Gutsches boykottiert, sinngemäß etwa mit der Begründung, daß durch die Vorwürfe des Kapitalisten auch das Vertrauen des Betriebsrats und dieser Vertrauensleute dahin sei.

Am 30.8. tagten dann der Betriebsrats-Vorsitzende Gutsche, Gewerkschaftssekretär Harder von der Lübecker Ortsverwaltung und der Prokurist Treiber hinter verschlossener Tür. In seinem Kündigungsschreiben erfuhr der VK-Vorsitzende, daß seiner Entlassung vom Betriebsrat mehrheitlich zugestimmt worden war.

Wenige Wochen später erhielt W. ein Schreiben von der Lübecker Ortsverwaltung, in dem es heißt, daß – da er nicht mehr bei der Firma Kuhnke beschäftigt sei – auch seine Funktion als VK-Vorsitzender entfalle.

Der Kollege hat in seinem Antwortschreiben richtiggestellt, daß er bis zum 31.12. bei Kuhnke beschäftigt ist, und daß die von der Geschäftsleitung ausgesprochene Beurlaubung keineswegs mit einer Beurlaubung von der Gewerkschaftsarbeit gleichzusetzen ist, im Gegenteil käme es darauf an, die letzten drei Monate verstärkt für die gewerkschaftliche Arbeit zu nützen.

Anzunehmen ist, daß die Gewerkschaftsführung jetzt, nachdem sie mit ihrem „Irrtum" nicht landen konnte, eine deutlichere Sprache sprechen wird.

In seinem Schreiben hat der Ortsverwaltungs-Vorsitzende Eltermann bereits eine Reaktion auf die von W. verteilte „Persönliche Erklärung" zu seiner Entlassung angekündigt, und der Anwalt der Kuhnke-Kapitalisten wußte auf dem ersten Termin im Arbeitsprozeß zu berichten, daß der VK-Vorsitzende aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden soll!

Zur Vorgeschichte:

Die Entlassung des Kollegen W. hat eine längere Vorgeschichte, deren wichtigste Stationen wir hier kurz streifen wollen:

Im Mai letzten Jahres hatte die IGM-Jugendgruppe Eutin, an deren Aufbau der VK-Vorsitzende maßgeblich beteiligt war, ein Flugblatt herausgebracht, um weitere Kollegen für die Jugendgruppe zu gewinnen.

Der Kollege W. erhielt eine Verwarnung, da er als Leiter der Jugendgruppe mit dem Flugblatt den „Arbeitsfrieden gestört und den Unternehmerstand beleidigt" hätte. Der Betriebsrat Gutsche verweigerte jede Unterstützung: „Ihr seid selber schuld!"

Wenig später versuchte W., damals noch stellvertretender VK-Vorsitzender, Wickelei-Kollegen zu unterstützen, die in einen Bummelstreik gegen die mörderische Akkordhetze getreten waren.

Wieder erhielt er eine Verwarnung von der Geschäftsleitung, und IGM-Sekretär Harder ließ ihn wissen, daß er sich um so etwas überhaupt nicht zu kümmern habe, das sei allein Sache des Betriebsrats – der weder vor noch nach dem Bummelstreik etwas gegen die wahnsinnigen Zeitkürzungen ununternommen hatte.

Als IGM-Sekretär Harder auf einer Betriebsversammlung im letzten Jahr den Beiratsbeschluß verlas, hatte W. laut „Buh" gerufen. Auf der darauffolgenden VK-Sitzung wurde er von Harder, der extra aus Lübeck angereist war, albernerweise aufgefordert, sich von seinem „Buh"-Ruf zu distanzieren. Der Kollege dachte allerdings nicht daran, sondern machte klar, daß er den Beiratsbeschluß nach wie vor für spalterisch und unzulässig halte.

Daraufhin drohte Harder ihm selbst mit dem Gewerkschaftsausschluß! Er warf ihm vor, Mitarbeiter des METALLKAMPF (der inzwischen in den METALLER aufgenommen wurde) zu sein, und: „die Sache ist klar", wenn im nächsten METALLKAMPF etwas über diese VK-Sitzung stände, womit W. praktisch verboten wäre, über diese Vorfälle zu berichten.

Deutlich wird, daß es hier um die Entlassung eines Gewerkschafters geht, dessen Arbeit konsequent an den Interessen der Kollegen ausgerichtet ist, und der durch seine Politik das bislang durch den Betriebsrat gesicherte „gute Auskommen" zwischen Geschäftsleitung und Belegschaft zu gefährden droht.

Für die Kollegen ist W. eine reale Alternative zum jetzigen Betriebsrat geworden. Nicht umsonst haben sich Kapitalisten und sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre darum bemüht, ihn noch vor den im Frühjahr anstehenden Betriebsratswahlen loszuwerden.

Wie geht es weiter?

Kurz nach seiner Kündigung hat der VK-Vorsitzende eine „Persönliche Erklärung" zu seiner Entlassung vor Kuhnke verteilt, in der er auf die Hintergründe der Entlassung, das Verhalten von Betriebsrat und IGM-Führung und die Weiterführung der gewerkschaftlichen Arbeit eingegangen ist.

Auf einer Versammlung haben Kuhnke-Kollegen und der VK-Vorsitzende über diese Fragen diskutiert. Dabei wurde eine ziemliche Einschüchterung der Kollegen und eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der Kollegen und der Linken in VK und Betrieb festgestellt.

Der VK, auf Initiative der Linken und gegen den Widerstand des rechten Betriebsrats überhaupt erst aufgebaut, ist vom BR-Vorsitzenden mit der Auflösung bedroht worden, „falls hier weiterhin Politik gemacht wird, und Berichte im METALLER stehen".

Übrigens ist das der einzige (!) VK in einem ostholsteinischen Betrieb; die gewerkschaftliche Organisierung beträgt auch hier nur ungefähr 30 % und ist in den anderen Betrieben dieser Gegend aufgrund der „aktiven Arbeit" der Lübecker Ortsverwaltung lediglich eine Randerscheinung.

Wahrscheinlicher als die unmittelbare Auflösung des Vertrauenskörpers ist allerdings vielmehr, daß die rechten Gewerkschaftsführer versuchen werden, den VK vollends in den Griff zu bekommen, um ihn in eine Kontrollinstanz gegen die Belegschaft und ein Hilfsorgan des rechten Betriebsrats zu pervertieren.

Dem muß auch weiterhin die konsequente Ausrichtung an den Interessen der Belegschaft entgegengesetzt werden. Die Tagesordnung der nächsten öffentlichen Kuhnke-VK-Sitzung sieht dementsprechend vor:

Metalltarifrunde
Arbeitssicherheit
Abhöranlage
Akkordhetze
Unterbezahlung der Frauen in „Leichtlohn-Gruppen". ●

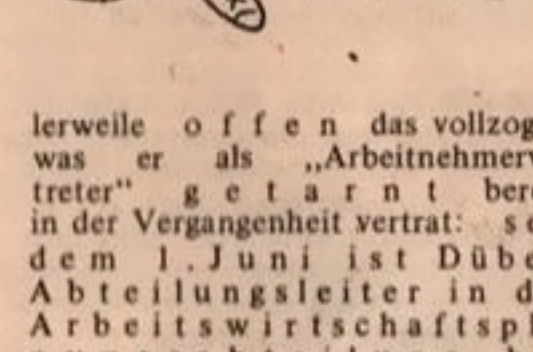
KB/Gruppe Kiel
Metallzelle II

Neues von Heinz Scholz und seinen Jüngern

„Die persönliche Beleidigung, der politische Rufmord und das permanente Aufwiegeln gegen die gewerkschaftliche Arbeitnehmerorganisation sind die Norm."

Dieser Satz ist Teil einer Entschließung der IG Metall-Führer, mit der sie die neu in die Satzung aufgenommenen Ausschlußparagraphen rechtfertigen wollen. Als „Rufmord" und „Beleidigung" werten sie unsere politischen Angriffe auf die Leute, die vorgeben, „Arbeitnehmerinteressen" zu vertreten, in Wahrheit aber in Worten und Taten alles tun, die Durchsetzung unserer Interessen zu verhindern und sich auf unsere Kosten einen einträglichen Posten und ein persönliches Karrieresprungbett verschaffen. Derartiges Verhalten und solche korrupte Machenschaften werden wir auch weiterhin enthüllen!





Ein besonders offensichtlicher, aber nicht untypischer Fall ist das aktive SPD-Parteimitglied **Heinz Scholz**. Vom IGM-Vorstand wurde er zum Bezirksleiter im Bezirk Nordmark ernannt. Hier bestätigte er sich als Nachfolger Heinz Ruhnaus (heute einer von Hamburg's SPD-Männern in Bonn) so erfolgreich gegen die Forderungen der Kollegen und „bewährte" sich durch seinen Antikommunismus, daß die HDW-Kapitalisten ihn 1973 in ihre Reihen aufnahmen! Er wurde Personalvorstand bei HDW!!! Noch heute fühlen einige seiner SPD-Kollegen im HDW-Betriebsrat sich bemüßigt, ihn auf Betriebsversammlungen mit „Unser Kollege" anzureden!

Doch Heinz Scholz findet Nachahmer. Da ist **Hinrich Dübelt**, freigestellter Betriebsrat bei HDW, 2. VK-Leiter, Vorsitzender des Hamburger VK-Leitungsausschusses, Mitglied des Bezirks-VK-Ausschusses der IGM, „hoffnungsvoller" Junggewerkschaftsführer. Auch er hat mittlerweile offen das vollzogen, was er als „Arbeitnehmervertreter" getarnt bereits in der Vergangenheit vertrat: seit dem 1. Juni ist Dübelt Abteilungsleiter in der Arbeitswirtschaftsplanungsabteilung bei HDW in Kiel!

Ein Glücksfall für die Kollegen bei HDW ist es allerdings, daß Dübelt aus allen seinen „Arbeitnehmerämtern" ausscheidet!

Dübelt hat sich in der Vergangenheit besonders durch seinen scharfen Antikommunismus „bewährt". Besonders die Lehrlinge bei HDW haben erfahren, wie er mit allen Mitteln versuchte, sie an der Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber den Kapitalisten zu hindern und Dübelt ist maßgeblich beteiligt an der Hetzkampagne gegen drei Jugendvertreter, die die IGM-Führer aus der Gewerkschaft ausschließen wollen.

Zwei dieser Jugendvertreter versuchten Dübelt s Vorbilder in der HDW-Geschäftsleitung bereits zu entlassen, nur durch Gerichtsbeschluß wurde dies verhindert.

Ein weiterer Fall von persönlichem Karrierestreben ist **Siggi Hahn**. Bis vor kurzem war er Bildungssekretär in der IGM-Ortsverwaltung! Diesen Posten hat er jetzt aufgegeben und wechselte über in die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, in der sein Chef jetzt Senator Apel ist. Ganz offensichtlich soll sich Hahn hier als Berufsbildungsexperte betätigen. Auf diesem Gebiet hat er sich bereits als IGM-Sekretär gegen die Forderungen der Lehrlinge ausgesprochen. Wir erinnern hier nur daran, wie er auf Veranstaltungen die Stufenausbildung der Kapitalisten und den Blockschulunterricht als großartige „Fortschritte" anzupreisen versuchte.

Auch Folgendes scheint uns nicht untypisch zu sein. Auf der Vertreterversammlung am 26.9. versuchte Otto Mohr, IGM-Kassenwart, die vielfach von Kollegen gestellte Frage nach dem Gehalt der hauptamtlichen IGM-Führer geschickt zu umgehen, indem er nur mitteilte: es gibt die Gehaltsklassen 3,4,5,6,7 und S. Gruppe 4 betrage bis 1.835,– im Monat, Gruppe 7: 2.595,– bis 2.845,– und S schließlich 4.160,–. Er gab allerdings nicht an, wer nun was verdient. Das wollen wir nachholen: die Sekretäre sind in der Regel in Gruppe 7, Müllner, Schreiber, Mohr & Co. in Gruppe S!!! Verschwiegen wurden auch die hohen Spesenabrechnungen der Gewerkschaftsführer.

Man vergleiche dieses normale Gehalt eines Gewerkschaftsführers einmal mit dem normalen Arbeitslohn eines Arbeiters oder Angestellten und rechne sich die Zahl der Überstunden aus, die nötig sind, um auf solche Summen zu kommen! ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Büromaschinenhersteller rationalisieren

Die zum **AEG-Konzern** gehörenden **Olympia-Werke** fassen ihre Schreibmaschinenporduktion zusammen (vergl. AK 46). Schwerpunkt soll hierbei das Werk in Wilhelmshaven werden, sowie neue Werke in Jugoslawien, Mexiko und Spanien!

Bis Ende 1975 sollen nur noch 2500 von zur Zeit 3250 Beschäftigten bei Anker arbeiten.

Walther-Büromaschinen
Das Werk Gerstetten ist jetzt endgültig geschlossen (vergl. AK 46 und 48), im Werk Niederstotzingen werden nur noch Restaufträge erledigt. Während von den einstmals 1600 (Anfang des Jahres!) Arbeitern und Angestellten nur noch 330 arbeiten, planen die Kapitalisten, 50 – 100 Arbeiter neu einzustellen, um die restlichen Aufträge schnell zu erledigen! ●



Demonstration gegen die Schließung der Olympia-Werke in Kaufbeuren

Die Schreibmaschinenproduktion in den beiden Werken in Kaufbeuren wird eingestellt, Werk II wird geschlossen. 700 Arbeiter und Angestellte werden bis 1975 entlassen.

Das Olympia-Werk in Neuenhain/Taunus macht ebenfalls dicht und entläßt die 170 Beschäftigten.

Anker-Werke, Bielefeld
Der Büromaschinenhersteller gab eine Reduzierung der Belegschaft bekannt.

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Texaco, Hamburg

Einheitlicher Betriebsrat bleibt bestehen

GEWERKSCHAFTSFÜHRER ERNEUT AUF DEN BAUCH GEFALLEN

Auch mit ihrem vorerst letzten Coup zur Verhinderung der Betriebsrats-Neuwahlen bei der Texaco Hamburg sind die Gewerkschaftsführer auf den Bauch gefallen. Das Hamburger Arbeitsgericht lehnte die Einstweilige Verfügung der Gewerkschaft HBV (hinter der auch die IG Chemie-Führer standen) auf Aufschub der geplanten Neuwahlen zum Betriebsrat für die Hauptverwaltung und das Werk Wilhelmsburg auf Antrag des Betriebsrates, in dem die Linken inzwischen wieder die Mehrheit stellen, und des Wahlvorstandes ab. Damit kann die Betriebsratswahl ordnungsgemäß vom 11. bis 13. November durchgeführt werden.

Anscheinend waren die Rechten im Betrieb Hauptverwaltung von ihrer Gewerkschaftsführung dahingehend beraten worden, daß die Entscheidung des Arbeitsgerichtes zu ihren Gunsten ausfallen würde. Diese Leute verzichteten daher auf das für sie bei der derzeitigen Stimmung im Betrieb ohnehin äußerst mühevolle Geschäft, eine eigene Kandidatenliste aufzustellen und dafür auch noch die benötigten 100 Unterschriften zusammenzusammeln.

Daher stehen die Rechten aus der Hauptverwaltung nun auch noch ohne eigene Liste da, denn der Termin für die Einreichung von Betriebsrats-Wahllisten beim Wahlvorstand ist inzwischen längst verstrichen. Allerdings ersparen sich die rechten Betriebsrats-„Größen" wie Tenge (IG Chemie), Sandberg (vor Kynast' Wahl 1972 Betriebsratsvorsitzender, HBV) oder Preishofen (Ex-CDU-Stadtrat, „Unabhängig") durch ihr Versagen die offizielle Quittung für ihr arbeiterfeindliches Treiben durch das Wahlergebnis, das für alle diese Herrschaften fraglos ziemlich peinlich ausgefallen wäre. Sie werden jetzt zwar lauthals jammern, daß sie im nächsten Betriebsrat nicht mehr dabei sind, im stillen aber ganz froh sein, daß ihnen eine Blamage per Wahlerergebnis erspart geblieben ist.

Nur in Wilhelmsburg gelang es einem Kreis rechter Angestellten-Vertrauensleute, eine Antikommunisten-Liste der IG-Chemie mit Kodolitsch-Getreuen zusammenzustoppeln. Listenführerin ist die einzig Rechte aus der Vertrauensleutekörper (VK)-Leitung Wilhelmsburg, Zarth, dann Kodolitsch-Freunde wie Weidner und Schimmel und -Freundinnen wie ganz speziell Ilse Holländer und Wally Schröder, letztere gleichzeitig Mitglied der DKP (!) Diese Leute treten damit gegen die linke Angestellten-Gemeinschaftsliste Hauptverwaltung und Wilhelmsburg an. Diese Liste wird von den inzwischen aus der IG Chemie ausgeschlossenen Kynast und Trampert geführt, es folgen dann 14 weitere linke Vertrauensleute und Gewerkschafter, darunter der von der IG Chemie-Verwaltungsstelle geschaßte VK-Vorsitzende der Hauptverwaltung, W. Henze. Die 135 Angestellten des Wilhelmsburger Labors (gegenüber 1.280 der verschiedenen Verwaltungsgebäude) sind auf der linken Angestellten-Liste allein mit vier Kandidaten vertreten, darunter auch ein Mitglied der VK-Leitung Wilhelmsburg.

Allen Kandidaten, die mit Kynast und Trampert auf einer Liste stehen, hat die IG Chemie-Führung unter Hinweis auf die im Frühjahr beschlossenen, erst jetzt aber veröffentlichten „Richtlinien zur Betriebsratswahl" Maßnahmen angedroht, für den Fall, daß sie ihre Kandidatur aufrecht erhalten. (Auf diese undemokratischen „Richtlinien", die jede eigenständige Kandidatenaufstellung zu den Betriebsratswahlen unmöglich machen, werden wir im nächsten AK eingehen. Die Red.)

Neben der linken Liste kandidiert im Angestelltenbereich noch die DAG, die sich in der Auseinandersetzung um die Einstweilige Verfügung wieder auf die Seite der Linken gegen die Gewerkschaftsführer der IG Chemie und HBV und die Texaco-Geschäftsleitung gestellt hat. Anscheinend haben die DAGler gemerkt, daß sie völlig untergehen würden, wenn sie sich gegen die Linken und deren recht breite Zustimmung im Betrieb auf die Seite der Rechten stellen würden und versuchen daher, im Windschatten der linken fortschrittlichen Politik den Wahlkampf zu führen, wobei sie für sich dadurch Stimmen erhoffen, daß sie sich „fortschrittlich, aber nicht durch Kommunisten belastet" präsentieren.

Noch ungünstiger sieht es für die Gewerkschaftsführer im Arbeiterbereich aus. Da alle aktiven Gewerkschafter zum Kreis der Linken um deren betriebliche Zeitung „Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft" gehören und die IG Chemie-Führer auch hier keine eigene Liste auf die Beine stellen konnten, zogen sie es vor, einer Arbeiter-Liste ihren Segen zu geben, die von dem zur linken Betriebsratsgruppe um Kynast gehördenden zweiten Betriebsratsvorsitzenden H. Riedel geführt wird, gefolgt u.a. von J. Schlichting, dem derzeitigen VK-Vorsitzenden Wilhelmsburg. Unter den Arbeitern wird es somit eine „Persönlichkeitswahl" zum Betriebsrat geben, da keine weitere Liste existiert.

DGB-Rechtsstelle und Texaco-Bosse vor Gericht – Hand in Hand gegen die Linken

Die Arbeiter und Angestellten der Hamburger Texaco-Betriebe Hauptverwaltung und Wilhelmsburg sind der Unternehmensform nach zwar in einem Konzern, aber verschiedenen Gesellschaften beschäftigt, entweder bei der „Deutschen Texaco Aktiengesellschaft" oder der „Deutschen Texaco Verkauf GmbH", einer 100%igen Tochter der Texaco AG. Die Texaco AG umfaßt dabei im wesentlichen die Bürogebäude Mittelweg mit ca. 400, Steindamm mit ca. 300, Kreuzweg und Sechslingspforte mit zusammen ca. 200 und das Labor Wilhelmsburg mit knapp 200 Beschäftigten. Die „Texaco-Verkauf-GmbH" ist wiederum unterteilt in die „Zentrale Hamburg", deren Angestellte (ca. 300) über zehn Stockwerke verteilt teilweise Schreibtisch an Schreibtisch neben ihren Kollegen der Texaco AG im Bürohaus am Steindamm sitzen, und die „Gebietsdirektion Hamburg", deren ca. 130 Angestellte im Mittelweg ihre Arbeit ebenfalls Seite an Seite mit ihren Kollegen der Texaco AG verrichten, und deren 25 Arbeiter in einem Lager gegenüber dem Wilhelmsburger Labor arbeiten. Die Arbeitsplätze der Texaco AG und Texaco Verkauf GmbH sind daher entweder aus organisatorischen Gründen (z.B. Personalbüro), räumlichen Gründen (gleiches Bürohaus usw.) oder durch gemeinschaftliche sogenannte soziale Einrichtungen (Kantinen, Aufenthaltsräume, Betriebsarzt etc.) untereinander auf vielfältige Weise verbunden, wohingegen die Trennung in AG und GmbH (als Tochterfirma) vom Kapitalisten aus verwaltungstechnischen und steuerrechtlichen Gründen durchgeführt wurde. Seit 1968 wurde daher von den Arbeitern und Angestellten nach einer Abstimmung in einer Betriebsversammlung mit 431 Ja-Stimmen bei nur drei Nein-Stimmen zu einem gemeinsamen Betriebsrat gewählt, wofür sich damals auch die Kapitalisten aussprachen, ebenso die Gewerkschaftsführer der IG-Chemie.

Ein solcher gemeinsamer Betriebsrat liegt unbedingt im Interesse der Kollegen, da nur so die Aufspaltung der Kollegen in verschiedene Betriebsratsbereiche mit unterschiedlicher Interessensvertretung verhindert werden kann.

Doch schon vor der letzten Betriebsratswahl 1972 zeigte sich, daß den Gewerkschaftsführern die Interessensvertretung der Kollegen durch einen einheitlichen Betriebsrat einen Scheißdreck wert ist, wenn dadurch ihre Machtpositionen bedroht sind. Damals sah der alte Betriebsrat unter Sandberg, seine zukünftige Niederlage gegen die IG-Chemie-Linken (damals noch) voraus und versuchte daher, das Wilhelmsburger Labor in einer Teilbetriebsversammlung für einen eigenen Betriebsrat abzuspalten, um somit relativ mehr Stimmen im Bereich der Verwaltungsgebäude einzuheimsen. Dieser Plan schlug u.a. deswegen fehl, weil die IG-Chemie-Verwaltungsstelle in einem von Holst (Vorsitzender der Verwaltungsstelle) und Kodolitsch unterzeichneten Brief sofort einschritt.

Für den Fall, daß Sandberg die Teilbetriebsversammlung mit dem Ziel einer BR-Spaltung durchführen würde, drohten Holst und Kodolitsch juristische Schritte an: *„Die für die obige Teilbetriebsversammlung vorgesehene Tagesordnung enthält u.a. Punkte, deren Behandlung ... die Anfechtung der Betriebsratswahl nach sich zieht. Wir nehmen an, daß der Betriebsrat sich dieser Auffassung, die durch das Betr.V.G. klar gestützt wird, anschließt und wir ohne Verzug eine entsprechende Nachricht schriftlich zugestellt bekommen, damit weitere Schritte unsererseits nicht mehr unternommen werden müssen."*

Dieser Brief stammt wohlgemerkt aus dem Januar 1962, als die IG Chemie-Führer noch nicht voraussehen konnten, daß die Linken der IG Chemie-Liste ihre fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit notfalls auch gegen den Widerstand der IG Chemie-Sekretäre durchzusetzen bereit sind.

Heute haben sich die Linken der Kontrolle durch Kodolitsch und Co. entzogen, die daher ihre Argumente von gestern am liebsten vergessen lassen möchten und sich jetzt bedingungslos hinter den Antrag der Reaktionäre der HBV stellen, um auf diesem Weg die einheitliche fortschrittliche Gewerkschaftspolitik um einen gemeinsamen Betriebsrat der Hamburger Texaco-Arbeiter und Angestellten in den Büros der Hauptverwaltung und dem Labor Wilhelmsburg zu verhindern. Dabei wollen die Gewerkschaftsführer den Betriebsrat in fünf Einzelbetriebsräte zerlegt wissen, denn erst bei dieser Zahl ist eine Begründung vor Gericht für eine Zerlegung möglich, bei der sich die einzelnen „Argumente" nicht selbst widersprechen. (Ein Beispiel: Wenn die Gewerkschaftsführer vor Gericht für die Abtrennung des Labors aus „räumlichen Gründen" plädieren, dann müssen sie der eigenen „Logik" folgend, z.B. ebenso für die Abtrennung der 25 Lagerarbeiter (!) in einem eigenen Betriebsrat plädieren usw.) Da sie hierzu vor dem Arbeitsgericht ein „Hauptverfahren" eingereicht haben, wollten sie nun per „Einstweilige Verfügung" die angelaufene Betriebsratsneuwahl und damit ihre voraussehbare Niederlage bis zur „endgültigen Entscheidung" herausschieben. Hand in Hand mit der DGB-„Rechts"vertreterin, Frau Hendricks, erklärte der Kapitalistenvertreter vor Gericht, früher habe man einen einheitlichen Betriebsrat für richtig befunden, jetzt sprächen aber viele Dinge (!) dagegen. Daher sei es den Kapitalisten auch nicht zuzumuten, daß jetzt erst eine Wahl durchgeführt würde, die dann wieder angefochten werden könne.

H. Kynast als Vertreter des Betriebsrates vor Gericht legte zunächst die Notwendigkeit eines einheitlichen Betriebsrates dar. Unbedingt müsse schon deswegen neu gewählt werden, weil das arbeitsgerichtliche Hauptverfahren in mehreren Instanzen sich über Jahre hinziehe und in dieser Zeit bei einem zurückgetretenen Betriebsrat die Interessensvertretung der Kollegen nicht gewahrt wäre. Dieser Begründung schloß sich das Gericht unter Vorsitz des Arbeitsgerichtspräsidenten Hoffmann an und wies auf Antrag des Betriebsrates und Wahlvorstandes die „Einstweilige Verfügung" der Gewerkschaftsführer ab.

Auch wenn jetzt noch die Entscheidung im Hauptverfahren aussteht, so haben sich damit die Positionen der Texaco-Bosse und Gewerkschaftsführer erheblich verschlechtert. Denn wenn sich jetzt die Kollegen einen neuen einheitlichen Betriebsrat wählen – entsprechend nach einer klaren Abstimmung (auf der letzten Betriebsversammlung 600 : 10, siehe AK 50) – und danach die erneute Auflösung des Betriebsrates auf Antrag der Gewerkschaftsbosse vollzogen werden würde, wird die Empörung über soviel Schweinereien noch höher schlagen. Dementsprechend versuchte der Kapitalistenvertreter vorbeugend vor Gericht zu argumentieren: Das könne ihm nicht zugemutet werden, wenn ein gewählter Betriebsrat wieder aufgelöst würde. Das sei der „Unruhe" entschieden zu viel. ●

Texaco-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Sozialdemokratische „Säuberungsaktion" bei „Arbeit & Leben"

Am 26. September wurde Diethard Kars, pädagogischer Mitarbeiter und BR- (Betriebsrats-)Vorsitzender von „Arbeit und Leben" (A + L), von der Landesvereinigung A+L kaltgestellt. Dieser Coup wurde offiziell als „Beurlaubung" bezeichnet – es hätte wohl dem DGB zu schlecht zu Gesicht gestanden, den BR-Vorsitzenden seiner eigenen Bildungseinrichtung fristlos zu entlassen. Obendrein erhielt Kars Hausverbot (!) für die Räume des DGB (außer der Rechtsstelle).

Die Gewerkschaftsführer sind seit längerem dabei, die Zerschlagung ganzer Gewerkschaftsgremien und Massenausschlüsse linker Arbeiter zu ergänzen durch die „Säuberung" gewerkschaftlicher Bildungseinrichtungen.

Die Kaltstellung von Kars ist der neueste Schachzug der niedersächsischen Gewerkschaftsrechten im Rahmen der Zerschlagung der letzten linken „Inseln" im Dunstkreis des Gewerkschaftsapparats. Bemerkenswert ist allerdings bei A+L, daß es sich hier nicht um eine eigene DGB-Einrichtung handelt, sondern um eine Bildungsvereinigung mit der Volkshochschule – also eine am Rande des DGB angesiedelte Institution.

Verschärfte „Säuberung" geplant

Offensichtlich ist eine größere „Säuberungswelle" bei A+L zu erwarten. Hierfür sprechen mehrere Anzeichen.

Bereits im Sommer hatte die IGM-Ortsverwaltung die Zusammenarbeit mit A+L aufgekündigt, da angeblich eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit" nicht mehr gegeben sei. Damit hatte der OV- (Ortsverwaltungs-) Vorsitzende und berufsmäßige Sozialpartner Kantelhardt den Startschuß gegeben. Bereits am 8. Juli legten die DGB-Führer noch ein Brikett auf: die pädagogischen Mitarbeiter wurden nachdrücklich darauf hingewiesen, daß A+L den „Unvereinbarkeitsbeschlüssen" des DGB unterworfen sei.



DGB-Vorsitzender Krüger bei der Arbeit

Einen Tag nach der Beurlaubung von Kars gab die A+L Arbeitsgemeinschaft Göttingen „vorläufige Richtlinien für die Beauftragung von Mitarbeitern und Referenten" heraus, (Unterzeichner: S. Krüger, DGB-Kreisvorsitzender und A+L-Chef Göttingen-Stadt), deren zweifellos wichtigster Punkt dieser ist:

„Von den Mitarbeitern ... wird erwartet, daß sie die Beschlüsse und die Satzung des DGB als verbindlich anerkennen".

Berücksichtigt man die vielseitigen Bemühungen der Gewerkschaftsrechten zur Formierung der Organisation in eine sozialdemokratische Stillhaltemaschine, werden die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" sicher jene Beschlüsse sein, die künftige A+L-Mitarbeiter zuallererst anerkennen sollen.

In der Manier schnüffelnder Achtgroschenjungs

Grund zu höherer Wachsamkeit ist nicht allein, daß Kars gefeuert wurde, – wie die Kampagne gegen ihn entfacht wurde, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Mentalität jener Mustersozialdemokraten, denen die Freiheit des Verleumders und Lumpen das höchste verteidigungswerte Gut zu sein scheint.

Die Dreckskampagne inszenierte Albert Fiege, A+L-Vorsitzender Göttingen-Land und stellvertretender DGB-Kreisvorsitzender in einer Person. Dieser Mann lancierte im „Göttinger Tageblatt" (GT) am 27. September einen Artikel mit der offenkundigen Absicht, Kars in die Nähe eines Kriminellen zu rücken. Fiege ist laut „GT" schon im letzten Jahr „ruchbar" geworden, daß Kars beim KBW mitarbeite. Er sei Kars dann über Lohnabrechnungen „auf die Schliche" gekommen:

Kontonummern für Referenten hätten mit Geschäftskontonummern der „Kommunistischen Volkszeitung" des KBW übereingestimmt.

Im Gewerkschaftshaus habe man schon lange „nach Kanälen und undichten Stellen" gesucht. Fiege brüstet sich nun, die „Schaltstelle" gefunden zu haben. Um „ganz sicher" zu gehen, haben Fiege und Krüger Kars Post geöffnet, als dieser in Urlaub war!

Kars reagierte auf diese bewußt halbdunkel gelassenen Unterstellungen und beinahe-kriminellen Schnüffelpraktiken mit einer Gegendarstellung im „GT" (28. Sept.), in der er u.a. zu den von Fiege behaupteten Lohnabrechnungen schreibt, daß er sie gar nicht habe vornehmen können, da er gar nicht unterschriftsberechtigt war.

Im übrigen hat Kars Anzeige wegen Verletzung des Postgeheimnisses gegen Krüger und Fiege gestellt.

Soweit es sich bis jetzt überblicken läßt, will man Kars „einvernehmlich" möglichst weit weg aufs Land schikken, um ihn zu neutralisieren. Mit ihm sollen exemplarisch alle noch tätigen Linken in den DGB-Bildungseinrichtungen eingeschüchtert werden – mit Methoden à la Fiege, die Achtgroschenjungen alle Ehre machen.

Empörend an der Kampagne gegen Kars ist neben der frechen Demagogie Fieges noch die Tatsache, daß dieser Schnüffler und Verleumder von den Geldern der Arbeiter lebt. ●

KAG Göttingen

KONTAKTADRESSEN des KB

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Bremen:
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof Büchertisch

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postlagernd

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

Westberlin

Weitpert will 850 Druckarbeiter auf die Straße schmeißen!

Im Westberliner Druckhaus Tempelhof sind schon seit Anfang des Jahres verschärfte Rationalisierungen im Gange (siehe AK 46). Der letzte Angriff auf die Belegschaft war die Entlassung von 23 Kollegen, vornehmlich aus dem Tiefdruck, aber auch Kollegen aus Offset und Papierlager. Daß das nicht die letzten Maßnahmen der GL bleiben würden, beweist die Ankündigung einer neuen „Mitarbeiterbewertung", nach der die Entlohnung der Kollegen nach ökonomischen Gesichtspunkten („Bereitschaft zu Mehrarbeit"), aber auch besonders nach politischen Gesichtspunkten („Verhalten gegenüber Vorgesetzten", „Fehlzeiten" und „Fehlverhalten im Hinblick auf die Arbeitsordnung") betrieben werden sollte. Mit der beabsichtigten Einführung dieser politischen Entlohnung sollte dem Widerstand der Kollegen gegen weitere und mit Sicherheit schärfere Maßnahmen von vornherein entgegengearbeitet werden.

Weitpert droht mit Schließung des Druckhauses Tempelhof.

Den Tiefschlag landeten Weitpert und sein Aufsichtsrat vor nunmehr zwei Wochen:

Bude dicht oder 300 Entlassungen

Am Donnerstag, dem 12.9., erfuhren es die Kollegen der Spätschicht als erste: Der BR teilte mit, daß der Aufsichtsrat dem Herrn Weitpert folgendes vorgeschlagen hat:

Angesichts des „äußerst schwerwiegenden Weggangs" der drei Zeitschriften „Neue Welt", „Echo der Frau" und „Frau" (alle Verlag „Welt am Sonnabend")....wird der Betrieb zum 31.12.74 geschlossen! Für den Fall, daß es weitergehen sollte, sei aber nicht sicher, daß der Betrieb wirklich am Leben erhalten werden könne, es könne genauso gut im nächsten Jahr die endgültige Pleite erfolgen. Macht der Betrieb zum 31.12.74 zu, so wird es wenigstens noch einen Sozialplan geben. Für die Zeit danach könne nichts garantiert werden.

Soweit die Information des BR.

Das erste, was die GL dann am Freitag tat, war, ihre Abteilungsleiter rumzuschicken, die den Kollegen versicherten, daß die Schließung des Betriebes noch lange nicht beschlossene Sache sei, Weitpert wolle ja erstmal versuchen, die zur Weiterführung des Betriebes notwendigen Aufträge zu beschaffen und damit wenigstens 500 Arbeitsplätze zu sichern (also 300 Arbeiter zu entlassen). In diesem Sinne verhandele er mit Senat, Gruner & Jahr und Burda über Rückgewinnung bzw. Neubeschaffung von Aufträgen. Mit diesen „Informationen" zogen die Kollegen ins Wochenende. Für den darauffolgenden Montag wurde eine Betriebsversammlung angesetzt.

Die Betriebsversammlung

Welche der beiden Maßnahmen (Schließung oder Senkung der Beschäftigtenzahl auf 500) er nun ergreifen würde, darüber wollte Weitpert die Beschäftigten erklärlicherweise vorerst im Unklaren lassen. Auf der BV machte er seine Schritte von den „noch laufenden Verhandlungen" abhängig. Er betonte, wie sehr es ihm am Herzen liegt, das „Beste für alle" zu erreichen. Neben dem Hinhalteeffekt versuchte er aber noch etwas anderes zu bewirken: Die Kollegen auf „seine Probleme" zu orientieren!

Lang und breit „schilderte" Weitpert („Kollegen, wenn ihr wüßtet, wie unglaublich hart die Konkurrenz ist"). Und es gelte bis zum „bitteren Ende" weiterzuarbeiten, Störaktionen seien jetzt fehl am Platze!

Diese Orientierung wurde flankiert von dem damagogischen Auftritt des Abteilungsleiters Bannehr. Dieser Abteilungsleiter war bis vor acht Jahren ein recht reges und „kämpferisches" BR-Mitglied gewesen. Die Kollegen reden heute noch positiv von ihm, wenn sie die „lahme" Haltung des rechten BR-Vorsitzenden Epple kritisieren.

Bannehr's Engagement verschwand jedoch schlagartig, als er von der GL die Stelle des Versandabteilungsleiters angeboten bekam. Er legte die BR-Arbeit nieder und seitdem war nichts mehr von ihm zu hören gewesen.

Nun, mit einem Male, trat dieser Mann wieder auf den Plan, indem er rhetorisch (und unter großem Beifall der Kollegen) zuerst GL und BR „scharf angriff" („Fehlentscheidungen", „schlechte Informationspolitik" etc.), dann aber vorschlug, zur Lösung der nun sicherlich anrollenden großen Probleme eine Kommission aus der eben noch „scharf kritisierten" GL und den BR zu bilden, die die Situation im „Interesse aller und des Betriebes" bewältigen soll.

Der Vertreter der Gewerkschaftsführung, Ferlemann, unterstützte den Kurs der GL, indem er eindringlich auf die „äußerst miese" wirtschaftliche Lage der Druckindustrie hinwies. Die Erhaltung des Betriebes sei unmöglich. Da könne man eben nichts machen.

Weitpert hielt dann das Schlußwort, das wiederum auf Hinhalten und Darstellen der „Unternehmerproblematik" orientiert war, und sich durch nichts, was vage Andeutungen anbetrifft, von seinem ersten Beitrag unterschied.

Kollegen meldeten sich nicht zu Wort: Hatte es auf früheren BV's noch Stellungnahmen von fortschrittlichen Kollegen gegeben, so schwiegen sie dieses Mal.

Das hatte u.E. folgende Gründe:

1. Im Bewußtsein der Kollegen spielt immer noch der Standpunkt der Kapitalisten eine sehr große Rolle. Nicht „was müssen wir jetzt gegen den Angriff Weitperts auf unsere Arbeitsplätze tun?", sondern „was hätte Weitpert tun müssen, damit der Betrieb erhalten bleibt?" wurde überlegt.
2. Diese politisch-ideologische Schwäche der Kollegen fand ihren besonderen Ausdruck in ihrer passiven Unterstützung der Aussagen Bannehr's. Einmal akzeptierten sie die Orientierung auf die „soziale Marktwirtschaft" und auf „Fehler" im Rahmen einer an sich für den Arbeiter positiven Gesellschaftsordnung, zum anderen begrüßten sie die „kämpferisch" vorgetragene Lösung, die Erledigung des „Problems" Weitpert und BR vertrauensvoll zu überlassen.

In der Woche nach der Betriebsversammlung liefen Abteilungsleiter, Meister und einige leitende Angestellte durch den Betrieb und bearbeiteten die Kollegen mit Ausführungen über die schwierige wirtschaftliche Lage der ganzen Branche, über die ungeheure Konkurrenz seitens der noch größeren Druckereien, über die möglichen „Fehlentscheidunhandlungsergebnisse mit Senat, Burda, Gruner & Jahr usw. usf.

So versuchte die GL, die Kollegen einmal von ihren eigenen Problemen abzulenken, zum anderen Weitpert zu einer „tragischen" Gestalt zu machen, der eigentlich weitermachen wolle, aber den Gesetzen des Marktes gehorchend, absolut nicht weitermachen könne. Nur die „Verhandlungen" können noch die Wende (für 500 Kollegen) bringen. Konkrete „Verhandlungsergebnisse" wurden selbstverständlich nicht benannt, die zweite angesetzte BV zum Thema wurde immer wieder verschoben („weil die Verhandlungen immer noch laufen").

DruPa-Landesbezirksvorstand greift ein

In einer Presseerklärung beteuerte der Landesbezirksvorstand der IG Druck und Papier, daß er alles daransetzen werde, wenigstens die 500 Arbeitsplätze „zu sichern", die bei Weiterarbeit übrig blieben. Die Entlassung von mindestens 300 Kollegen war also schon von ihm akzeptiert!

Was die Gewerkschafts„vertreter" allerdings unter „sichern" verstehen, dazu noch später.

Auf einer zum Thema einberufenen Funktionärsversammlung lehnte der Vorsitzende, „Kollege" Ballentin, ab, eine Mitgliederversammlung einzuberufen, da dort sowieso immer dieselben reden würden, und, was das für Leute seien (nämlich die „Roten"), das wisse man ja inzwischen.

Hier wird ganz klar mit antikommunistischer Hetze (gegen die „Zerreder" der gewerkschaftlichen Diskussion, gegen die „Roten", die durch ihre Beiträge eine konstruktive Arbeit wohl unmöglich machen) ein demokratisches Recht abgebaut: Die Mitgliederversammlung als Forum der Kollegen.

Von dieser Mitgliederversammlung sind in den letzten Jahren z.T. sehr fortschrittliche Impulse ausgegangen (lineare Tarifforderungen, Resolution gegen den Ausschluß von Mettke und Reisner, etc.). Dieses Gremium ist zwar nicht beschlußkräftig, aber hier bestand zumindest die Möglichkeit, eine Diskussion über die Aufgaben der Druckarbeiter unter den Kollegen breit zu führen (jeder Gewerkschafter darf an der MV teilnehmen!).

Es ist also eine der Aufgaben der Druckarbeiter, diese Versammlung umgehend herbeizuführen.

Die zweite Betriebsversammlung – ein Schritt zur „Betriebsgemeinschaft" oder zum Widerstand der Arbeiter?

Kurz vorm Einberufen der zweiten Betriebsversammlung veröffentlichte die GL zwei Stellungnahmen, in denen neben dem nochmaligen Schildern der so miesen Ertragslage und der darauf folgenden Schliessung erstmalig die Alternative „konkreter" formuliert wurde:

Für den Fall, daß nicht geschlossen wird, sei mit äußersten Einsparungen zu rechnen: die Beschäftigtenzahl und Arbeitsbedingungen müßten der Ertragslage angepaßt werden!!

Am Tage der zweiten BV hatte die GL noch eine Überraschung für die Kollegen bereit:

Alle Arbeiter und ein Teil der Angestellten erhielten ihre Kündigung (mit Vorbehalt!) zum 27.12.74. Damit schien die Schließung besiegelt. Dem Kündigungsschreiben beigefügt war der Einspruch des BR („aus arbeitsrechtlichen Gründen").

Zur BV war Prominenz geladen: Ein Vertreter des Wirtschaftssenators, Drupa-Landesbezirksvorsitzender Ballentin und der stellvertretende Präsident des Westberliner Abgeordnetenhauses Peter Lorenz (CDU). Letzterer wurde bei Namensnennung jedoch nicht mit Beifall bedacht; vielmehr kamen Mißfallenskundgebungen wie Buh-Rufe und Pfiffe. Daraufhin verzichtete Herr Lorenz leicht irritiert offenbar auf seinen Redebeitrag; die ganze Versammlung verbrachte er als Zuschauer.

Kapitalist Weitpert betonte noch einmal, daß es keine Unterbrechungen der Produktion geben darf. Ob es weitergeht oder wie es weitergeht, darüber sagte Weitpert nichts direktes, da jene „Verhandlungen" immer noch nicht zum Abschluß gekommen seien. Zur Rettung des Betriebes aber sei es nötig, daß „alle die Ärmel aufkrempeln und anpacken". Hierfür gabs noch keinen Beifall der Kollegen (auch nicht nach der Aufforderung von Betriebsrat Epple, wenigstens Höflichkeitsbeifall für die Aussagen Weitpert's zu geben (!). Dem folgte nur eine vereinzelt, aber emphatisch klatschende Angestellte, die mangels Gefolgschaft aber abrupt abbrach).

Der Senatsvertreter gab an, daß der Senat seinen Teil zur Erhaltung des Betriebes beitragen wird. Die Auszahlung der Septemberlöhne z.B. sei nur durch eine Finanzspritze des Senats möglich gewesen (!!).

„Kollege" Ballentin gab seiner „Befürchtung" Ausdruck, daß die Andeutung im Rundschreiben der GL in puncto Weiterarbeit bedeuten könne, daß nur noch Tariflöhne bezahlt werden sollen. Das gehe natürlich nicht. Mäßiger Beifall.

BR-Epple entwickelte Weitperts Linie des „gemeinsamen Anpackens" weiter: Beim „Ärmelaufkrempeln" wird der BR nicht der letzte sein, aber er erwarte, daß „Weitpert die Ärmel bis über die Ellenbogen aufkrempelt".

Dieser „unternehmerkritische" Appell an die „Betriebsgemeinschaft" erhielt einen für Epple ungewöhnlichen Beifall.

Auf die Spitze trieb es Abteilungsleiter Bannehr. Nachdem einige fortschrittliche Kollegen Stellung bezogen hatten hielt er praktisch eine Art Schlußwort: Heute sei des öfteren von „Ärmelaufkrempeln" die Rede gewesen, doch darüber solle man nicht nur reden, sondern solle es auch tun. Sein Vorschlag: die Kollegen arbeiten erstmal für weniger Lohn und bekommen für die Lohndifferenz Quittungen, die, wenn es dem Betrieb wieder besser geht, in bare Münze getauscht werden sollen.

Mit anderen Worten: Wenn's dem Betrieb schlecht geht, greifen die Arbeiter „ihrem" Kapitalisten ein bißchen unter die Arme. Ein kleiner zinsloser Kredit von jedem macht insgesamt eine große Summe. Der Kapitalist wird's euch lohnen, wenn es ihm wieder besser geht.

Was wurde nun von den Kollegen dieser Orientierung auf die „Betriebsgemeinschaft" entgegengesetzt? Fünf Kollegen meldeten sich zu Wort. Ihre Beiträge waren im großen und ganzen durchaus fortschrittlich (Druckhaus sei „typisch für die kapitalistische Ordnung", „der Arbeiter war zwei Weltkriege gut genug zum Krepieren, jetzt sind wir gut genug, um auf der Straße zu sitzen", „der Gewerkschaftsvorstand läßt uns im Stich" usw.).

Zum anderen jedoch waren die Äußerungen der Kollegen mehr ein Konstatieren ohne Konsequenzen, zudem die Aussagen auch reformistisch geprägt waren („unverantwortliches Verhalten des Unternehmers", „jetzt könnten wir die echte Mitbestimmung sehr gut brauchen").

Nur ein einziger Kollege hatte sich auch Gedanken über die notwendigen Forderungen der Belegschaft gemacht und einen Vorschlag unterbreitet (DM 4.000,- Sockelbetrag für jeden entlassenen Kollegen, weitere DM 2000,- pro Jahr Betriebszugehörigkeit).

Die antikapitalistischen Äußerungen wurden mit viel Beifall aufgenommen, das gleiche galt auch für die reformistischen Aussagen. Die Forderung wurde sehr widersprüchlich aufgenommen, vereinzelt offene Zustimmung, größtenteils jedoch als etwas zu hoch und „unrealistisch" eingeschätzt. Die meisten Kollegen äußerten in den darauffolgenden Diskussionen in den Abteilungen, daß man zwar endlich etwas tun müsse, aber niemand wußte, in welcher Richtung; Kampfmaßnahmen seien doch nicht möglich etc.

Die Beiträge der fortschrittlichen Kollegen hatten offenbar der Desorientierung der Kollegen nicht entgegenwirken können.

Bannehr organisiert im Weitpert'schen Sinne die „Betriebsgemeinschaft"

Bannehr organisiert im Weitpert'schen Sinne die „Betriebsgemeinschaft"

Die GL hatte ihr Ziel auf der BV deutlich beim Namen genannt: „Betriebsgemeinschaft".

Die Desinformation, das Orientieren auf „Unternehmerprobleme" sollte die Diskussion der Kollegen falsch ausrichten. Das ist z.T. gelungen. An diese Ausrichtung wird nun als „neue" Stoßrichtung die „Volksgemeinschaftsideologie" angehängt. Alle müssen anpacken, jeder muß Verzicht leisten.

Die neueste Information der GL ist, daß es nun doch weitergehen soll. Unter welchen Bedingungen es für die Kollegen weitergeht, das kann man nur ahnen, wenn man weiß, daß Abteilungsleiter Bannehr bereits mit Unterschriftenlisten herumzieht, um Kollegen für seinen reaktionären Vorschlag zu gewinnen. Der Verzicht soll zu einer Bewegung werden, die „verschworene Druckhausgemeinschaft" im Kampf gegen List und Tücke der Konkurrenz ist das angestrebte Ziel. Es ist abzusehen, daß die GL in diesem Zuge gleichzeitig die direkte Disziplinierung der Belegschaft vorantreiben wird (Einführung der „Mitarbeiterbewertung"). ●

Druckergruppe KB/ Gruppe Westberlin

Hamburg:

Wie im Großen, so im Kleinen: DJU-Vorstand schießt nach links

Am 23.9. ist die Mitgliederversammlung der dju (Deutsche Journalistenunion in der IG Druck-Papier) – ebenso wie die Delegiertenversammlung eine Woche später – geplatzt.

Sie wurde noch vor Eintritt in die Tagesordnung nach anderthalb Stunden abgebrochen, weil der dju-Vorstand auf gar keinen Fall dulden wollte, was die offenkundige Mehrheit der Anwesenden wünschte: eine Diskussion über die erfolgten 12 Ausschlüsse aus der IG Druck und Papier und das Verhalten des dju-Vorstandes in diesem Zusammenhang.

Drei der ausgeschlossenen Kollegen nahmen an der Mitgliederversammlung teil.

Anderthalb Stunden lang suchte der Vorstand mit immer neuen Spitzfindigkeiten zu beweisen, daß die Mitgliederversammlung zwar beschließen dürfe (was aufgrund eines früheren Beschlusses ohnehin üblich war), Gäste zur Mitgliederversammlung (MV) zuzulassen, daß aber Ausgeschlossene niemals Gäste sein könnten.

Ein anderslautender Antrag sei satzungswidrig und dürfe nicht abgestimmt werden.

Auf die Frage, wer das bestimme, erklärte Brumm: **„Wir stellen das als Vorstand fest."**

Der Kollege, der den entsprechenden Antrag gestellt hatte, zog ihn daraufhin „unter Protest" zurück.

Nun stellte Brumm selbst den Antrag auf Zulassung von Gästen mit dem Zusatz *„wobei ich die drei Ausgeschlossenen nicht als Gäste betrachte"*.

Diese Formulierung empörte die Mehrheit der Kollegen. Trotzdem stellte der Vorstand den Antrag zur Abstimmung. Das Ergebnis: niemand, auch nicht Brumm, unterstützte den Antrag; viele stimmten dagegen oder enthielten sich. Dieses eindeutige Votum gegen die Brummsche Einschränkung wurde vom Vorstand umgefälscht in ein Votum gegen die Zulassung von Gästen überhaupt!

Interessant ist – nebenbei bemerkt – das nun folgende Rollenspiel: Während der Hamburger Drupa-Führer Heinz Wolf in seinem gelben Hetzblatt, das er nach der von ihm aufgelösten Delegierten-Versammlung breit verteilen ließ, den uninformierten Kollegen außerhalb der dju die Version auftischte, die Mehrheit habe sich gegen die Anwesenheit von Gästen ausgesprochen, wagte der dju-Vorstand es doch nicht, diese offenkundige Lüge vor den dju–Kollegen zu vertreten.

Im „Info 8/74" heißt es: *„Auf unserer letzten MV ... wurde versucht, satzungswidrige Abstimmungen zu erzwingen, um ausgeschlossenen Mitgliedern Teilnahme- und Rederecht zu verschaffen ... Trotz mehrfacher Aufforderungen waren die im Raume anwesenden Ausgeschlossenen nicht bereit, die Versammlung zu verlassen. Deshalb war der Vorstand der dju gezwungen, die MV vor Eintritt in die Tagesordnung zu schließen ..."*

Die Behauptung des Satzungsverstoßes ist offensichtlicher Blödsinn: nach der Satzung ruhen sämtliche Rechte und Pflichten eines ausgeschlossenen Mitgliedes. Auf einer Gewerkschaftssitzung Gast zu sein ist aber naturgemäß gerade kein Mitgliedsrecht. Es ist klar, daß hier ein – überaus fadenscheiniger – Vorwand gesucht wurde, die Auseinandersetzung mit den Ausgeschlossenen zu verhindern.

Wer wurde ausgeschlossen?

Nehmen wir St.St., den ehemaligen Betriebsrat bei Springer, der sich als einer der wenigen um die Belange der Angestellten im Hause kümmerte und dessen Aktivität es zu danken ist, daß die IG Drupa zum ersten mal im Betriebsrat die Mehrheit stellte.

In einem abgekarteten Spiel zwischen dem reaktionären BR-Vorsitzenden Jürgensen, der Springer-Geschäftsleitung und der Drupa-Führung wurde St.St. aus dem BR (Betriebsrat) katapultiert, an einer neuen Kandidatur gehindert, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und schließlich auch aus dem Betrieb gefeuert.

Oder Bj.R., ehemaliger Vertrauensleutesprecher bei Broschek und Chr.B., Jugendvertreterin bei Broschek. Sie beide haben wesentlich dazu beigetragen, daß eine Vertrauensleutearbeit in diesem Betrieb überhaupt erst aufgenommen wurde. Nach dem Ausschluß beider und dem Rausschmiß des Kollegen R. aus dem Betrieb ist die VK-Arbeit vorerst liquidiert.

Oder unsere dju-Kollegin U.K. Ihrem Einsatz ist es zu verdanken, daß zum erstenmal und geradezu sensationell Journalisten im „Stern" gegen geplante Massenentlassungen kollektiven Widerstand leisteten – und die Entlassungen mindestens bremsten.

Sind das etwa die *„Söhne gutbetuchter Bürger"*, die *„mit uns ihr Spiel der Revolution betreiben"* wollen, wie Heinz Wolf in seinem Hetzblatt schreibt? Sind das diejenigen, die *„in den Arbeitern und Angestellten, die sie für ihre Ziele einspannen wollen, nur nützliche Idioten"* sehen? (ebenda). Die infame Lüge ist für jeden, der die Wirklichkeit betrachtet, offensichtlich. ●

Journalisten-Genossen, KB/Gruppe Hamburg

DruPa-Führer auf hartem Spalter-Kurs!

Nach einem knappen halben Jahr Zwangspause fand am 30.9. die erste Delegiertenversammlung des Ortsvereins Hamburg der IG DruPa statt! Diese Versammlung stand im Zeichen der Massenentlassungen und der Rationalisierungswelle in der Hamburger Druckindustrie, sowie dem von von den DruPa-Führern im Juni vollzogenen Massenausschluß von 12 (!) linken Gewerkschaftern und Kommunisten! Bevor die Kollegen überhaupt die Möglichkeit hatten, diese Fragen zu diskutieren, brach der Vorstand die Versammlung ab! Als Vorwand diente ihm die Anwesenheit einer ausgeschlossenen Gewerkschafterin!

Noch in der selben Woche ließen Heinz Wolf und Co. eine kostspielige antikommunistische Schmierschrift „Was wollen die Chaoten", die wortwörtlich von den ÖTV-Führern übernommen ist (deren Schmutzstück wiederum auf die miese Vorlage von „Lügenbaron" Freiherr von Kodolitsch, Hamburger IG-Chemie-Führer, zurückgeht), massenhaft in den Betrieben verteilen. Die selben Spaltungsmanöver und ein ähnliches Flugblatt hatte schon eine Woche vorher der „linke" DJU-(Journalisten in der DruPa)Vorstand verbraten, der damit wohl sein Gesellenstück in Form einer Vorübung abgeliefert hat.

Vorstand läßt Versammlung platzen

Gleich zu Beginn der Delegiertenversammlung am 30. September kam Ortsvereinsvorsitzender Wolf auf die 12 Ausschlüsse zu sprechen, und das hörte sich etwa so an: Im Frühjahr hätten sich verschiedene linksradikale Gruppen in der ALTERNATIVE zusammengeschlossen und die Arbeit in der Delegiertenversammlung (DV) fortgesetzt. Nachdem sie sich regelmäßig getroffen und Informationsblätter gegen den Vorstand herausgegeben hätten, habe der Landesbezirksvorstand (.. unter Vorsitz Wolfs!) auf Antrag des Ortsvereinsvorstandes (..unter Vorsitz Wolfs!!) gegen zwölf Kollegen in Hamburg und einen in Lübeck den Ausschluß beschlossen. In den Flugblättern werde veröffentlicht, den Ausgeschlossenen sei rechtliches Gehör verweigert worden ... Das sei ihnen nicht

de veröffentlicht, den Ausgeschlossenen sei rechtliches Gehör verweigert worden ... Das sei ihnen nicht

verweigert worden, sie hätten dies vielmehr ausdrücklich gegenüber dem Vorstand abgelehnt!

Es ist schon toll, wie hier Tatsachen verdreht werden, daß sich die Balken biegen!

Tatsache ist, daß der Vorstand am 5. Juni 11 Kollegen mitteilte, daß er beabsichtige, diese auszuschließen und daß die Elf „Gelegenheit zu rechtlichem Gehör" am 11. Juni erhielten. Da diese „Vorladung" für die Betroffenen zu einem Canossa unter Ausschluß der Öffentlichkeit werden sollte, legten sie gemeinsam mit der ALTERNATIVE fest:

„Wir werden uns nicht der Gewerkschaftsführung ausliefern und uns nicht vor ihr rechtfertigen.

Wir werden die Gewerkschaftsführer auffordern, das beabsichtigte Ausschlußverfahren vor der Gewerkschaftsöffentlichkeit auszutragen.

Wir werden uns nicht auseinanderdividieren lassen, sondern uns das Recht nehmen, auch weiterhin mit dem Arbeitskreis ALTERNATIVE geschlossen aufzutreten und die Mitglieder zu informieren."

Nachdem Wolf erst einmal die Tatsachen auf den Kopf gestellt hatte, diffamierte er den Versuch der Ausgeschlossenen, gemeinsam mit 70 weiteren Kollegen das Verfahren öffentlich zu machen und zur Unterstreichung ihrer berechtigten Forderung in das Hotel zu gehen, in dem der Ausschluß vollzogen werden sollte, als „krimineller Akt".

Diesen Versuch der Kriminalisierung linker Gewerkschafter verband er denn auch noch mit der Drohung, den angeblich entstandenen Schaden in Höhe von 4500 DM (!) von dreien, *„die sich als Dirigenten des Aufmarsches gezeigt haben"* einzutreiben.

Nach dem Versuch (inzwischen) 12 linke Gewerkschafter durch den Ausschluß zu isolieren und durch Veröffentlichung der Namen und Adressen (!) den Kapitalisten die Betroffenen zum Rausschmiß anzubieten, sollen die Ausgeschlossenen nun auch finanziell ausgeblutet werden! Verschärft wird dieser Angriff noch dadurch, daß gezielt drei Kollegen bedroht werden in der Absicht, diese härter zu treffen und aus der Gruppe der Ausgeschlossenen möglichst herauszubrechen!

Die Ausgeschlossenen müssen darauf achtgeben, daß sie nicht nur geschlossen diesen Angriff von der finanziellen Seite zurückweisen, sondern grundsätzlich jeden Versuch einer Aufspaltung – und damit Schwächung – zurückweisen und bekämpfen!

Der Anlaß der Spaltung

Der Anlaß der Spaltung

Nachdem die vollzogenen Ausschlüsse bis heute in keiner Weise von den DRUPA-Führern begründet worden sind, nicht der Funken eines Beweises für ein angeblich „gewerkschaftsschädigendes Verhalten" der zwölf vorgelegt wurde, beschlossen die betroffenen Gewerkschafter, ihr Recht auf offene, demokratische Auseinandersetzung innerhalb der Gewerkschaft geltend zu machen u.a. dadurch, daß sie ihre Teilnahme an der DV geschlossen und entschlossen durchsetzen wollten! Was die Geschlossenheit angeht, so gehen die politischen Differenzen, die zur Spaltung der ALTERNATIVE geführt haben (s. AK 49, S. 17), auch durch die Reihen der Ausgeschlossenen. Eine Absprache der 12 kam nicht zustande. Was die Entschlossenheit angeht, ließ sich die Mehrheit der Kollegen vom Anblick zweier älterer Zerberusse an der Eingangstür zur DV, sowie von der Anwesenheit des offensichtlich als Schläger avancierten Betriebsrats-Vorsitzenden von AUERDRUCK, Heinemann, einschüchtern! Während diese Kollegen und Genossen sich nun auf verbalen Protest beschränkten, gelang es einer ausgeschlossenen Kollegin, das entstandene Wirrwarr zu nutzen – und an den verdutzten Zerberussen vorbei – in den Saal zu gelangen!

Unterdessen hatte ein Delegierter im Saal den Antrag gestellt, *„daß die Ausgeschlossenen mindestens bei der heutigen Sitzung noch anwesend sein dürften, damit wir selber hören und uns ein Bild machen können."*

Begründet wurde der Antrag u.a. damit, daß die DV im Frühjahr schon einen Beschluß mit 65 : 39 Stimmen gefaßt habe, daß der Vorstand den Ausschlußantrag gegen das AUER-Betriebsratsmitglied W. zurücknehmen solle.

Zwei weitere Redner unterstützten diesen Antrag, und forderten dann die im Saal anwesende ausgeschlossene Kollegin auf, das Wort zu ergreifen! Was diese dann auch entschlossen tat!

Kaum hatte sie begonnen zu sprechen, drehte ihr der Vorstand das Mikrofon ab, was auf scharfen Protest bei einem Teil der Anwesenden stieß! Heinz Wolf forderte dann „den Eindringling" auf, den Saal zu verlassen und drohte mit der Polizei! Diese Provokation Wolfs steigerte die Unruhe im Saal.

Das Spaltungsmanöver

In dieser Situation landete Wolf einen demagogischen Schachzug, dem die Mehrheit der anwesenden, empörten Kollegen politisch nichts entge-

einen demagogischen Schachzug, dem die Mehrheit der anwesenden, empörten Kollegen politisch nichts entge-

genzusetzen hatte:

„Da ich nicht die Absicht habe, die Polizei zu holen, gebe ich der ehemaligen (!!) Kollegin noch einmal Gelegenheit zu entscheiden, ob die DV stattfinden kann oder nicht ... Ich bedaure außerordentlich, daß wir wegen einer einzigen Person ... eine so wichtige Sache wie die Lage in der Hamburger Druckindustrie nicht besprechen können."

Demagogisch spielte Wolf die Frage der Ausgeschlossenen gegen die alle Kollegen betreffende Diskussion über die Lage der Druckindustrie aus. Er spitzte diese demagogische Alternative noch zu, indem er das „Nichtzustandekommen der Rationalisierungsdiskussion" auf die Anwesenheit „einer ehemaligen Kollegin" zurückführte!

Erleichtert wurde ihm dieser Dreh dadurch, daß:

- Die Mehrheit der Kollegen die Verlogenheit des Vorstandes nicht durchschaut, wenn dieser *„angesichts der Situation in der Druckindustrie die Solidarität aller"* fordert, wo genau diejenigen als „Gewerkschaftsfeinde" diffamiert und ausgeschlossen werden, die in der Auseinandersetzung immer den Standpunkt vertreten haben, daß die Solidarität im gemeinsamen Kampf für unsere Interessen entwickelt werden muß, und daß eine unabdingbare Voraussetzung dafür die breite demokratische Auseinandersetzung um den richtigen Weg ist!
- Die anwesenden Linken und Kommunisten im Saal auch nicht in der Lage waren, die Demagogie dieser „Alternative" Wolf's zu entlarven und zurückzuweisen.

Angesichts dieser Situation wäre es klüger gewesen, wenn die ausgeschlossene Kollegin sich unter Protest aus dem Saal zurückgezogen hätte, jedoch nicht ohne vorher deutlich zu machen, daß es nicht im Interesse der Ausgeschlossenen läge, wenn diese im Interesse der Kollegen notwendige Auseinandersetzung über die anstehenden Rationalisierungen und Massenentlassungen durch ihre weitere Anwesenheit verhindert würde.

Stattdessen entschloß sich die Kollegin zum Bleiben. Daraufhin erklärte Wolf die DV für beendet! Das Spaltungsmanöver war gelungen!

Für die Ausgeschlossenen kann das aber nicht heißen, aufgrund dieser Niederlage weiterhin auf ihr Recht auf Teilnahme an der DV zu verzichten. Es kommt darauf an, daß sie sich zur nächsten Versammlung besser vorbereiten, indem sie

- geschlossen auftreten
- durch eigene Informationsblätter zu den Problemen, die sich für die Kollegen stellen, Stellung bezie-

durch eigene Informationsblätter zu den Problemen, die sich für die Kollegen stellen, Stellung bezie-

hen und weiterhin sich an den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen beteiligen,
- in der täglichen Praxis im Betrieb sich nicht isolieren lassen, sondern gemeinsam mit den Kollegen innerhalb und außerhalb der DRUPA die Auseinandersetzung zu führen.

Dabei gilt es immer wieder deutlich zu machen, daß die Spalter der Gewerkschaften jene Leute sind, die ohne zu zögern die Organisation kampfunfähig machen, indem sie die Auseinandersetzung um eine im Interesse der Kollegen notwendige Politik mit allen Mitteln verhindern und auch vor Massenausschlüssen nicht zurückschrecken, wenn sie glauben, damit antikapitalistische, klassenbewußte Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung unterdrücken zu können.

Und die Schande der DKP

Das Spaltungsmanöver des Vorstands war bei vielen Kollegen auf Empörung gestoßen, dabei aber nicht so sehr unter dem Blickwinkel, daß es sich hier um ein Spaltungsmanöver handelte, sondern mehr unter dem Aspekt „Wolf hätte die Ausgeschlossenen reden lassen sollen". Anders dagegen die „einzige Partei der Arbeiterklasse", die DKP. Sofort nach Abbruch der Versammlung griffen die Revisionisten die ausgeschlossene Kollegin an: *„Spalter, Provokateur – da kannst du mal sehen, was du angerichtet hast. Wegen euch kommen wir nicht zur Diskussion über die Rationalisierungen ..."* Die DKP haute voll in des Vorstands Kerbe. Besonders hervorgetan haben sich zwei „linke" Betriebsräte von Springer, die besonders entrüstet waren, wo doch bei Springer rationalisiert wird. Auf den Vorschlag eines Kollegen, sich durch diese Provokation Wolf's nicht daran hindern zu lassen, gemeinsam die Fragen der Rationalisierungen sowie der Ausschlüsse zu diskutieren, hatten diese beiden kein Interesse mehr. „Wir gehen lieber 'n Bier trinken."

Sprach's und gewann aus einer Ecke, die im offiziellen DKP-Sprachgebrauch „maoistisch" ist, moralische Unterstützung. Sehr eifrig half der KBW mit, der ALTERNATIVE („wir haben ja schon immer gesagt, das ist spalterische RGO-Politik!") die Schuld für die geplatzte DV in die Schuhe zu schieben. Überraschend ist eigentlich nur, wie schnell der Abstieg des KBW in den rechten Sumpf gegangen ist. Quo Vadis ... KBW???

Nachdem die DKP wohl festgestellt hat, daß viele Kollegen das Vorgehen des Vorstandes als „undemokratisch" ablehnen, mußte ja wohl oder übel auch der Vorstand „kritisiert" werden. In der Springer-Betriebszeitung der DKP Nr. 5 hört sich das denn so an:

„Wir unterstützen nicht diese Provokation (!) der Kollegin. Wir verurteilen es aber, daß der Ortsvereinsvorsitzende Heinz Wolf die Versammlung mit einer so wichtigen Tagesordnung zugunsten (!) der Auseinandersetzung der Linksopportunisten abbrach" (Seite 6).

Nach der obligatorischen Abgrenzung nach links wird der Vorstand

setzung der Linksopportunisten abbrach" (Seite 6).

Nach der obligatorischen Abgrenzung nach links wird der Vorstand

dahingehend „kritisiert", daß er den Kommunisten so viel „Wert" beimißt! Keine Kritik dieser Pseudo-„Kommunisten" am Massenausschluß – im Gegenteil: In ihrer September-Ausgabe unterstützt die DKP noch die Ausschlüsse, indem es dort heißt:

„Die sich kommunistisch nennenden Gruppen vom Schlage wie KPD, KB, KBW, KPD/ML nehmen eine gewerkschaftsfeindliche Haltung ein ... Objektiv besorgen die sogenannte ... RGO und andere Grüppchen ... das Geschäft der politischen Rechten." (Nr. 4, Seite 6.)

Bleibt nur noch zu erwähnen, daß dieses Zitat die Antwort auf die Frage nach der Meinung der DKP zu den 12 Ausschlüssen ist. ●

Druck-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Gewerkschaftsorgan verleumdet Kollegen

Ein Bubenstück besonderer Art hat sich die Redaktion des vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier herausgegebenen Verbandsorgans der dju „die feder" geleistet. In einem anderthalb Seiten langen Artikel in der jüngsten Ausgabe (Nr. 10/1974) läßt sich ein Günter Baumann über das Thema „Besserer Schutz auch für Leser, Zuhörer, Zuschauer und ‚Beschriebene' " aus. Anlaß sind verschiedene Filme und Artikel über die „Neue Heimat". Darin heißt es u.a.:

„Aber es gibt noch eine ganz andere Art von Journalismus, nämlich diejenigen, die es aus mancherlei Gründen gar nicht erst für notwendig halten, mit den Betroffenen, über die sie schreiben, zu reden. Als einer von mehreren sei hier der Hamburger Journalist Dieter Stäcker genannt, der vor einiger Zeit bei der Hausbesetzungsaffäre in der Ekhofstraße einen in allen sachlichen Punkten falschen Bericht an den ‚Vorwärts' und leicht variiert auch an andere Zeitungen geschickt hat. Stäcker ist nie auch nur zu einem einzigen Informationsgespräch bei der „Neuen Heimat" gewesen ..."

Man kann sich leicht ausrechnen, was es für die berufliche Tätigkeit eines Journalisten bedeutet, wenn ihm – in der Zeitschrift des eigenen Verbandes – unterstellt wird, einen „in allen sachlichen Punkten falschen Bericht" geschrieben zu haben und sich darüber nicht einmal informiert zu haben.

Eine Schludrigkeit der „feder"? Ein bedauerlicher Ausrutscher, der in der Hetze der Arbeit mal passieren kann? Hans Büttner, der zur Zeit zuständige Redakteur der „feder" vertrat auf der Mitgliederversammlung der dju am 14. Oktober diesen Standpunkt. Er habe Stäcker ja nicht gekannt, es sei auch nur ein Leserbrief gewesen, er sei mit der Herstellung von zwei Zeitschriften überlastet gewesen, er habe den Günter Baumann auch nicht gekannt. Aber man solle auf keinen Fall eine Resolution fassen, sondern der Kollege Stäcker solle gegen die „feder" klagen, damit die Vorwürfe geklärt werden.

Diese Ausflüchte nahmen ihm die Kollegen zu recht nicht ab. Dieter Stäcker ist als Korrespondent der liberalen „Frankfurter Rundschau" unter Kollegen ebenso bekannt wie der ehemalige Münchner Korrespondent Eckart Spoo. Daß der Artikel von Baumann nur ein Leserbrief sei, dieses Märchen konnte Büttner den Kollegen nur auftischen, weil die meisten die „feder" noch nicht gesehen hatten. Der dickste Hammer aber ist die Person des Günter Baumann. Dieser Herr ist nämlich Referatsleiter Öffentlichkeitsarbeit, also Public-Relation-Manager des Großunternehmens „Neue Heimat"! Der Chef jener Abteilung also, die ständig mit allerlei Bestechungsversuchen wie Einladungen zu opulenten Festessen und luxuriösen Bootsfahrten einerseits und massiven Drohungen andererseits Journalisten dazu anhält, positiv über die „Neue Heimat" zu schreiben. Kein Journalist, der schon länger als ein paar Tage in der Branche arbeitet, weiß nicht, wer Günter Baumann ist. Absolut undenkbar, daß ein Mann wie Hans Büttner ihn nicht kennen sollte, zumal dieser Herr Baumann schon mal einen unbezahlten Public-Relation-Artikel in der „feder" veröffentlichen durfte. Die dju-Kollegen hatten das seinerzeit schon heftig kritisiert. Herr Baumann hat also auch diesmal wieder eine unbezahlte Anzeige der „Neuen Heimat" verfassen dürfen.

Aber das ist nur eine Seite der Medaille. Der wichtigste Aspekt ist noch ein anderer: Dieter Stäcker ist ein liberaler Journalist. Er war einer der ganz wenigen, die sich bei den Ereignissen in der Ekhofstraße um eine Berichterstattung bemüht haben, die die Interessen der Anwohner nicht selbstverständlich den Unternehmerinteressen unterordnet.

Dieser Kollege soll jetzt in einer eindeutig konzertierten Aktion zwischen dem Großkonzern „Neue Heimat" und der Gewerkschaftsführung eingeschüchtert, wenn nicht mundtot gemacht werden.

Die Mitgliederversammlung der dju hat in einer bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme angenommenen Resolution an den Gewerkschaftstag das Vorgehen der „feder" mißbilligt. ●

Journalisten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Carl Zeiss-Stiftung (Mainz und Oberkochem): Raub der Pensionsgelder der Kollegen geplant

Einen Angriff auf die Pensionsgelder der ca. 14 000 Beschäftigten der Carl-Zeiss-Stiftung in Mainz und Oberkochem (Baden-Württemberg) plant die Geschäftsleitung dieser Betriebe.

Nach den bisherigen Bestimmungen der Stiftungssatzung steht zum Beispiel einem Arbeiter oder Angestellten nach 40-jähriger Betriebszugehörigkeit 90 % seines Bruttolohns als Pension zu; dies ist auch in den Arbeitsverträgen der Kollegen verankert. Möglich war dies, da die Pensionsrücklagen bei der Zeiss-Stiftung bei 7,8 % liegen, wohingegen in der Industrie nur ein Durchschnitt von 0,6 % üblich ist.

Diese Gelder will die Geschäftsleitung jetzt jedoch drastisch reduzieren, um sie ebenfalls für den Profiterwerb nutzbar zu machen. Dazu bedarf es aber der Unterschrift der Betriebsräte unter eine entsprechende Betriebsvereinbarung.

Diese feinen Herren sowie IG Metall und IG Chemie sind damit grundsätzlich einverstanden unter der Voraussetzung, daß als Gegenleistung die paritätische Mitbestimmung eingeführt wird.

In den Verhandlungen ist man sich auch schon darüber einig geworden, wie der Raub an den Pensionsgeldern aussehen soll: Ein Stiftungsbeschäftigter hätte nach der geplanten Neuregelung nach 35 Jahren Tätigkeit einen Anspruch auf 75 % seiner Netto-Bezüge. Das bedeutet eine erhebliche Verschlechterung.

Abgeschlossen wurde der Kuhhandel nur deshalb noch nicht, weil die Zeiss-Geschäftsleitung keinen ausserbetrieblichen Gewerkschaftsvertreter bei dem sonst paritätischen Modell der Mitbestimmung akzeptieren will.

Es gehört schon eine beachtliche Portion Verkommenheit seitens der Gewerkschaftsführer dazu, zugunsten des Mitbestimmungsschwindels die Altersversorgung der Arbeiter und Angestellten zu opfern. Aber an diesem Beispiel zeigt sich erneut, daß man den Gewerkschaftsführern in dieser Hinsicht nicht zu wenig zutrauen sollte. ●

KB/Gruppe Frankfurt
Branchenzelle Metall

Zur Lage an den Bremer Schulen

„Lehrerschwemme" abgeblockt – Ausbildung verschlechtert

Die Personalsituation zu Beginn des neuen Schuljahres

„Die Lage ist generell nicht so schlimm, aber an einzelnen Schulen sieht es böse aus." So Oberschulrat Hackmack vier Wochen nach Unterrichtsbeginn („Weser-Kurier" („WK") 17./18.9.74). Im Frühjahr kamen auf 60 freie Planstellen noch 180 Bewerber. Mit diesen wäre jeder Lehrermangel im Grundschulbereich beseitigt gewesen. Auch zum Schulbeginn im August waren sowohl die finanziellen Mittel bereitgestellt als auch eine ausreichende Zahl von Bewerbern vorhanden. Aber: *„Allen Bewerbern für Grund-, Haupt- und Realschulen (die sich im Vorbereitungsdienst befindlichen ausgenommen) wurde mitgeteilt, daß ihre Einstellung sehr fraglich sei, da keine Stellen vorhanden seien und Näheres erst im Juni gesagt werden könne. Einer Reihe von Bewerbern wurde deshalb empfohlen, sich wegen der schlechten Aussichten gleich in einem anderen Bundesland zu bewerben. Diese Auskünfte wurden bis zum Juni dieses Jahres gegeben mit der Konsequenz, daß ein großer Teil der Bewerber in andere Bundesländer abwanderte."* (Vorstand der FDP-Bürgerschaftsfraktion, „WK" 22.8.)

Als Ergebnis dieser Hinhaltetaktik hält der „WK" am 14./15.9. fest: *„Nur die Hälfte der ursprünglich rund 200 Bewerber für die Grund-, Haupt- und Realschulen stand noch zur Verfügung und konnte eingesetzt werden. ... An einzelnen Schulen ,ist die Situation schlechter als je in einem Jahr zuvor'* (so der Sprecher der Bildungsdeputation, Horst-Werner Franke, SPD).

In den Gymnasien blieb jede 9. Lehrerstelle unbesetzt. An den gewerblichen Berufsschulen fehlen 40 % der Lehrer! Und wo der Unterricht in halbwegs geordneten Bahnen verläuft, geschieht dies häufig nur dank der Verpflichtung von Teilzeitkräften und dank höherer Schülerzahlen in den einzelnen Klassen".

Besonders katastrophal sah es zu Beginn des Schuljahres an einigen Grund- und Hauptschulen und an den Gesamtschulen aus: an den Schulen Kornstraße, Lehmhorster Straße, Regensburgerstraße, Borchshöhe, Kattenturm, Willakedamm und am Schulzentrum Obervieland fallen bis zu 25 % der vorgesehenen Stunden aus. In der benachbarten Mittelpunktssonderschule Lemwerder (Wesermarsch) müssen die Schüler gar mit 60 % des vorgeschriebenen Unterrichts auskommen. Klar – Sonderschüler sind sowieso „die Deppen der Nation"; wozu dann noch besonders fördern?

An den Gesamtschulen Ost und West fehlten zwei Wochen nach Schulbeginn noch vierzehn bzw. neun Lehrkräfte. Der Unterricht kann nur nach einem Notplan erteilt werden. 94 Kollegen teilten dies in einem Brief an den „Weser-Kurier" vom 5.9. mit:

Durch wen ist dieses Chaos verursacht worden?

Durch wen ist dieses Chaos verursacht worden?

Die FDP sah sich genötigt, um ihr bildungsfreundliches Image zu pflegen, am 22.8. (s.o.) im „WK" der Bremer Öffentlichkeit mitzuteilen, daß „die Schulbehörde versagt" habe, und sie brachte eine Große Anfrage in der Bürgerschaft ein.

Die SPD wies dann in der Debatte jede Verantwortung von sich und erklärte zynisch: „Wir streiten hier also derzeit nur um statistische Zahlen." („WK" 5.9.).

Erst die betroffenen Eltern und Lehrer mußten in einer Flut von Leserbriefen und Resolutionen unmißverständlich auf die Misere an ihren Schulen aufmerksam machen, ehe ihr Unmut bewirkte, daß der „WK" vier Wochen nach Schulbeginn einen ganzseitigen Artikel brachte, der die Lage schonungslos beschrieb und die „Hinhaltetaktik" des Senats bei der Einstellung von Bewerbern anprangerte.

In der wütenden, aber ohnmächtigen Beschwerde darüber, wie der SPD-Senat die Bewerber hinhielt, bis sie weg waren, schienen sich alle einig. In der Aufdeckung der Hintergründe hielten sich alle bürgerlichen Parteien bemerkenswert zurück. Wahrlich – demonstriert doch dieser Senat eine vorzügliche Politik der Mitteleinsparung.

Wie sehen die Sparmaßnahmen aus?

Als erstes verfügte die Behörde in einem ,Alarmplan' die zwangsweise Versetzung von Lehrern aus ihrer Stammschule in diejenigen Schulen, in denen die größten Löcher zu stopfen waren. Die Lücken, die dadurch neu entstehen, sind nicht so sichtbar. *„Wir müssen aber feststellen"*, schrieben der Schulelternsprecher und ein Mitglied des Elternbeirats in ihrem Brief („WK" 29.8.) *„daß die Gesamtsituation für unsere Kinder dadurch nicht verbessert wird. Wir befürchten außerdem, daß sich durch die Personalverschiebungen innerhalb der Lehrerschaft Unsicherheit und Unzufriedenheit einstellen, was sich auch wieder auf unsere Kinder negativ auswirkt".*

Zweitens wurde Bewerbern von außen mitgeteilt, daß sie nur dann mit der Aufnahme in den Bremer Schuldienst rechnen könnten, wenn sie sich bereit erklärten, an einer der beiden Gesamtschulen zu unterrichten. Also eine schlichte Erpressung! Dabei muß man wissen: an diesen Gesamtschulen zu unterrichten, gewinnt immer mehr den Charakter einer Bestrafung, angesichts der stiefmütterlichen Behandlung, die die Gesamtschulen „genießen".

Um der Bourgeoisie und der CDU nicht auf die Füße zu treten, läßt die SPD die Gesamtschulen mehr und mehr in die Isolation geraten. Sie gibt damit der Resignation über den Verlust der Illusionen, mit denen die Lehrer ehemals dorthin gegangen sind, neue Nahrung. Abstriche an den pädagogischen Reformvorstellungen treffen jedoch auf wachsenden Widerstand der Kollegen.

Wo alte Träume schwinden, ist die Chance gegeben, Klarheit über die Grenzen der SPD-Politik zu gewinnen.

Drittens ist eine ganze Reihe von Referendarbewerbern, die einen 12-stündigen Lehrauftrag übernommen hätten, nicht eingestellt worden. Sie sind mit der Aussicht auf Einstellung im Februar '75 vertröstet worden.

Zu guter Letzt schiebt die Behörde den Schwarzen Peter den Schulen selber zu: sie sollen die Lücken selbst stopfen: durch vermehrte Überstunden, Erteilung fachfremden Unterrichts, durch Kürzung des Stundensolls und höhere Klassenfrequenzen – also auf dem Rücken von Schülern und Lehrern. Im Übrigen weiß kein Kollege sicher, ob er nicht morgen abkommandiert wird, um andernorts eine Lücke zu stopfen. – Der Kampf um bessere Ausbildungsbedingungen ist damit in die Konkurrenz der Kollegen an den einzelnen Schulen und zwischen den Schulen verlagert. Ein Blick auf die Fächerverteilung der Fehlstunden und eine Übersicht über die verschiedenen Schultypen zeigt, wer unter dieser Misere am meisten leiden muß: die Kinder der Arbeiterklasse.

Verschlechterung der Ausbildung

Verschlechterung der Ausbildung

Walter Franke, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion, erklärte noch am 23. Mai 74: *„Der Marsch in Richtung auf kleine Klassen beginnt mit dem Schuljahr 74/75".* Das sollte eine Beruhigung der Gemüter bewirken, die seit Jahren von der SPD eine Politik im Interesse der Schüler erwarteten und zum Teil noch erwarten.

Jetzt sieht die Lage natürlich ganz anders aus. Schulleiter berichten erleichtert, daß durch Schaffung höherer Klassenfrequenzen der Unterrichtsausfall weitgehend gemildert werden konnte. Trotzdem gibt es *„in ganz Bremen kaum eine Schule, an der der naturwissenschaftliche Unterricht ohne Einschränkung läuft. In der Regel fallen Physik, Chemie, aber auch Biologie, Kunst, Werken und Sport in ganzen Klassenstufen aus. Der Mathematikunterricht wurde wie an der Schule Kornstraße auch an den meisten Gymnasien um eine Wochenstunde je Klasse gekürzt".*

Die Berufsschule Steffensweg teilte mit, daß ihr 16 Studienräte, 11 Fachlehrer und 2 Sozialpädagogen fehlen und darunter insbesondere der praxisorientierte Unterricht leidet.

Der Realschulausschuß des Zentralen Elternbeirats (ZEB) berichtete 3 Wochen nach Unterrichtsbeginn in einer Resolution von 20 %igen Stundenausfällen an den Realschulen. Besonders nachteilig für die Schüler ist dort das Fehlen von Physik-, Chemie- und Biologielehrern.

„Mangelnder Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern bedeutet für die Schulabgänger, daß sie mit zunehmenden Schwierigkeiten bei der Erlangung von Lehrstellen in jenen Berufen rechnen müssen, die eine gute Schulbildung in den Bereichen Physik und Chemie voraussetzen.

Auch der Übergang auf weiterführende Schulen ist dadurch stark gefährdet. Wenn die gegenwärtige Entwicklung in dieser Richtung weiterläuft, würde das den Realschulabschluß entscheidend abwerten". (alle Angaben aus „WK", 14./15.9.).

Weitere „Alarmmeldungen" kommen vom Real- und Hauptschulbereich der Eschhofschule (Wesermarsch): Dort kann ab Klasse 7 überhaupt kein naturwissenschaftlicher Unterricht erteilt werden, und fachfremde Lehrer müssen zur Aufrechterhaltung des Deutschunterrichts eingesetzt werden. („WK", 21./22.9.)

An vielen Grundschulen ist der Förderunterricht für lese- und rechtschreibschwache Schüler eingestellt worden.

Die Sparmaßnahmen wirken sich ferner dahingehend aus, daß Bestellungen für Bücher und Unterrichtsmittel gekürzt werden müssen, daß die Herstellung von zusätzlichem Unterrichtsmaterial eingeschränkt wird – kurz, daß die Qualität der Ausbildung leiden muß.

Diese Tendenz ist nicht auf die Schule beschränkt, sondern kommt in einer radikalen Kürzung der Mittel für studentische Tutoren an der Bremer Universität ebenso zum Ausdruck.

Wie ist die Politik der Bremer SPD einzuschätzen?

Aus dem Verhalten des Senats und der Unverschämtheit, mit der er jede Verantwortung von sich abzuwälzen versucht, muß man schließen, daß eine bewußte Politik den Hintergrund bildet, der einige Zufälligkeiten entgegenkommen; daß hier nicht zufällig, nicht „chaotisch" reagiert wird, sondern ausgehend von der Sparpolitik der Bundesregierung bewußt kalkuliert wird. In den letzten Jahren ist in vielen Teilen des Bundesgebietes und Westberlins von den betroffenen Eltern, Schülern und Lehrern unmißverständlich deutlich gemacht worden, daß sie sich hinsichtlich lang anstehender Versprechungen nicht mehr auf die Zukunft vertrösten lassen. In zahlreichen Veranstaltungen, Kampagnen, kleinen Schulstreiks und anläßlich mehrerer angedrohter Warnstreiks der GEW (in Hessen, Hamburg, Westberlin) beginnen die Lehrer, die sich in Westdeutschland immer ganz überwiegend der herrschenden Klasse verpflichtet fühlten, ihrem Unmut gegen diesen Staat freieren Lauf zu lassen.

Die SPD mußte die 100 Jahre alte Forderung nach Senkung der Klassenfrequenzen vor allem in den Grund-

Die SPD mußte die 100 Jahre alte Forderung nach Senkung der Klassenfrequenzen vor allem in den Grundschulen, den „Armenhäusern der Nation", wenigstens ankündigen, um nicht ihr Gesicht als reformwillige Partei zu verlieren. Nachdem der Bildungsgesamtplan und die Finanzminister das Vertrauen aller Gutgläubigen auf die Reformkraft der SPD erschütterten, sucht sie nun nach „neuen" Wegen. Sie braucht die „Fehlplanung", um sich vor der Öffentlichkeit selbst als Opfer des Scheiterns ihrer Versprechungen hinstellen zu können. Das Geld, das der Staat ausgibt, geht – gesamtgesellschaftlich gesehen – von den Profiten ab. Also muß zunächst dort, wo die Kapitalisten nicht geschädigt werden, bei den Personalkosten, eingespart werden. Bis 1985 sollen nach einer Prognose der Bund/Länder-Kommission für Bildungsplanung ein stetig wachsender Anteil von freiwerdenden Lehrerstellen eingespart werden (vgl. päd.extra 14/15-74, S. 8).

Konsequenz: Stunden müssen weiterhin gestrichen, Klassen vergrößert, Mehrarbeit geleistet werden – und das besorgen schon die Schulleitungen, dafür ist die Behörde nicht mehr zuständig.

Diesem Zustand können einzig die Betroffenen selbst Abhilfe schaffen. Das weiß auch die regierende SPD. Deshalb betreibt sie vorbeugend eine Einschüchterung aller engagierten GEW-Kollegen: offen werden zwei junge Lehrer vom Berufsverbot bedroht, denen der Senat die Unterstützung politischer Ziele des KBW vorwirft. Der SPD-beherrschte LV der GEW verweigert ihnen gleichzeitig den Rechtsschutz.

In diesem Zusammenhang ist auch die Propaganda von der „Lehrerschwemme" einzuordnen. Kurzfristig bedeutet sie eine Einschüchterung aller Kollegen (besonders der Lehrerstudenten und Referendare), die um ihren (zukünftigen) Arbeitsplatz fürchten.

Langfristig wird damit eine beamtenfeindliche Stimmung in der Öffentlichkeit vorbereitet, um Forderungen der Lehrer, die auf eine Verbesserung der Ausbildung der Kinder zielen, leichter abwehren zu können.

Die Propaganda von der „Lehrerschwemme" ordnet sich somit ein in die Verstärkung der staatlichen Fachaufsicht bei der Lehrerausbildung.

Aufgabe der linken GEW-Kollegen ist: die Widersprüche in der bürgerlichen Propaganda von der „Lehrerschwemme" aufzudecken, ihren politischen Zweck zu entlarven!

Wie reagiert die Bremer GEW auf die Situation an den Schulen

Vom senatshörigen Landesvorstand können wir schweigen (s.o.). Auch der Personalrat hüllt sich in Schweigen und tut alles dafür, eine Personalversammlung zu verhindern. Der Ortsverein Bremen-Stadt der GEW (VBLL) brauchte immerhin bis zum 10.9., um auf seiner Delegiertenversammlung (DV) eine Entschließung zu verabschieden, in der es heißt:

„Die Verantwortung für die Zustände an den Schulen trägt der Bremer Senat und seine Schulbehörde. Es kann nicht Aufgabe der Lehrer sein, diese Zustände durch vermehrte Überstunden zu kitten. Die Delegiertenversammlung fordert alle Kollegen auf, keine weiteren Mehrarbeitsverpflichtungen zu übernehmen und sich gegen solche Umsetzungen zur Wehr zu setzen, die allein die Planlosigkeit der Schulbehörde decken sollen. Die Delegiertenversammlung fordert den Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst auf, bis zum 1. Oktober öffentliche Angaben darüber zu machen, wie der jetzige unträgliche Zustand geändert werden kann."

Dies ist ein erster Schritt zur Gegenwehr auf zentraler Ebene, dem Leserbriefe von Lehrern, Betriebsgruppen, Eltern und Fachgruppenvorsitzenden der GEW in den Bremer Zeitungen vorausgingen.

Bei verärgerten Briefen und Protestresolutionen blieb es allerdings bisher. Noch behalten diejenigen die Oberhand, die die Misere in einem zufälligen Planungsversagen der Schulbehörde begründet sehen und auf eine bessere Personalplanung in der Zukunft hoffen.

Dem entsprechen auch die vom VBLL an die Behörde gerichteten Forderungen nach Verstärkung der Personalstelle und Einrichtung einer Planstellen-Reserve im Grund-, Haupt- und Realschul- und Gesamtschulbereich. Solche Forderungen sind nicht dazu geeignet, das Vertrauen der Kollegen in die eigene Kraft, etwas durchzusetzen, zu stärken.

Die verschiedenen linken Fraktionen im VBLL haben bisher kaum zur Klärung der Lage, geschweige denn der Perspektive der GEW-Politik beigetragen. Es besteht dagegen die Gefahr, daß sie im Zuge der Neustrukturierung des Landesverbandes, die bis Mitte nächsten Jahres abgeschlossen sein soll, die Gewerkschaftspolitik vernachlässigen.

Zwei Fehler kennzeichnet die Linken innerhalb der GEW:

Die einen vertrauen noch zu sehr auf eine spontan sich entwickelnde Kampfbereitschaft. Sie unterschätzen nicht die Notwendigkeit der Kleinarbeit, wohl aber die der politischen Führung auch kleiner Kämpfe und der politischen Aufklärung über die Hintergründe bürgerlicher Politik.

Die anderen setzen Appelle wie „die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen" („KVZ"-Ortsbeilage Nr. 18) an die Stelle politischer Einschätzungen. Solche Appelle sind schon zur Genüge in die Hose gegangen. Diese Genossen sehen noch nicht, daß sich die bürgerlichen Politiker erst dann notgedrungen dazu bequemen, Rechenschaft abzulegen, wenn sie die Arbeiterklasse dazu zwingt.

Und Spekulationen darüber, derartige Appelle als Aufklärungsmittel zu benutzen, scheitern schon daran, daß kein Werktätiger sie ernst nimmt. Dem Gefühl nach sind eben viele Werktätige politisch weiter als der KBW.

Viel dringender als die Fixierung auf bürgerliche Politiker ist die Entwicklung einer eigenständigen kommunistischen Politik, die nicht reagiert, sondern agiert, um das Vertrauen der Kollegen in die eigene Kraft und politische Stärke zu entwickeln.

Gute Ansätze dazu sind vorhanden: die Aktivierung der Betriebsgruppen an den Schulen, die in den letzten Monaten sichtbar Fortschritte gemacht hat;

- die Initiative der Eltern in der Auseinandersetzung mit dem Senat;
- die Beschlüsse von Lehrerkonferenzen, die den schwarzen Peter, den ihnen der Senat zuweisen will, zurückgeben;
- die offenherzige Aussprache auf den Elternversammlungen.

Aber die Politik der großen Worte und Resolutionen reicht nicht mehr aus. Die Bremer GEW-Kollegen haben in den letzten Jahren einige Erfahrungen darin gesammelt, durch Info-Stände und Unterschriftenlisten in der Stadt die Bevölkerung auf die Schulprobleme aufmerksam zu machen.

Doch erst kleinen Teilen in der GEW ist die Bedeutung des selbständigen Auftretens der Arbeitereltern und ihrer Einflußnahme auf die Ausbildung ihrer Kinder bewußt.

Rückschläge in der Elternarbeit dürfen nicht dazu führen, einen einmal für richtig erkannten Weg zu vernachlässigen.

Wie lernen Arbeitereltern und Lehrer, gemeinsam den gleichen Gegner zu bekämpfen: den Kapitalismus, der diese miserablen Verhältnisse hervorbringt, unter denen beide leiden, wenn auch auf verschiedene Weise und mit unterschiedlichem Intensitätsgrad?

Wie lernen sie, kollektiv zu handeln? Nur, indem sie über den Kampf stärken und sich zusammenschließen.

Das erfordert weniger spektakuläre Aktionen, weniger große zentrale Kundgebungen, die die GEW-Führung als Ventile des Unmuts anbietet, als vielmehr langfristige, konsequente Basisarbeit unter den Lehrern und unter den Eltern. ●

Ein Genosse der Sympathisantengruppe des KB in Bremen

erhältlich: im ARBEITERBUCH
2 Hamburg 13

GEW-Urabstimmung, Westberlin
Ein gelungener Feldzug der Bourgeoisie

Wie in AK 50 berichtet, ist die Urabstimmung über einen eintägigen Warnstreik der Westberliner Lehrer zur Unterstützung ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung negativ ausgegangen. Die sorgfältige Vorbereitung dieser Niederlage durch den Westberliner Senat, die bürgerliche Presse und die GEW-Führung, und deren politische Zielsetzungen, werden aber erst klar, wenn man die Ereignisse in Westberlin genauer betrachtet:

Schon im April 74 hatte die Vertreterversammlung der GEW/Wb beschlossen, im September Urabstimmung und Streik durchzuführen. Durch geschicktes Taktieren gelang es der GEW-Linken dann, den reaktionären Schaeffer-Vorstand zum Rücktritt zu zwingen und den jetzigen Kujawa-Vorstand (Westberliner SPD-Linke) zu wählen. Zahlreiche Austritte von rechten Studienräten aufgrund einer angeblichen „Kommunistischen Unterwanderung" der GEW/Wb und ihres Vorstandes (!) und eine antigewerkschaftliche und den Lehrerberuf diskriminierende Medienhetze ermöglichten dem GEW-Vorstand, sich vor den Kollegen das fortschrittliche, kämpferische Mäntelchen überzustreifen, um gleichzeitig eine Niederlage zu organisieren:

Den ganzen August hindurch „bedauerte" der GEW-Vorstand lediglich die Hinhaltetaktik des Senats hinsichtlich der Verschiebung der Verhandlungstermine. Erst drei Wochen vor dem ursprünglichen Urabstimmungstermin, also am 29.8. (!), erklärte man die Verhandlungen für gescheitert, worauf die Kollegen zwölf Tage später (!!!) das erste Informationsflugblatt in der Hand hatten, auf dem dann nicht einmal die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit der Forderung nach zusätzlichen Planstellen verbunden war, so daß viele Kollegen Sorge hatten, sie trügen ihre Forderungen auf dem Rücken der Kinder aus.

Kollegen Sorge hatten, sie trügen ihre Forderungen auf dem Rücken der Kinder aus.

Verwirrung und Unmut unter den Kollegen wirkten sich besonders gravierend aus, da der Senat seit Anfang des Monats (also noch vor dem ersten Flugblatt der GEW!) in einmütiger Zusammenarbeit mit der Presse schwere Angriffe nicht nur gegen die Forderungen der Kollegen, sondern gegen das Beamtenstreikrecht führte, die er ununterbrochen durch tendenziöse Lehrerinterviews untermauern ließ. Direkt wurden die Kollegen sechs Tage vor der Abstimmung durch eine persönliche vom Vorgesetzten überreichte „Rechtsbelehrung" eingeschüchtert, deren Empfang in doppelter Ausführung (eine zum Lesen, die andere für die Personalakte, um spätere Disziplinarverfahren zu erleichtern!) schriftlich von jedem Kollegen sofort quittiert werden mußte. Die Androhungen des Senats gingen von Rüge, Verweis über Gehaltskürzung (bis 50 %), Versetzung und Entlassung bis zur Streichung des Ruhegehaltes!

Schulsenator Löffler begrüßte, daß Schulleiter an GEW-Kollegen adressierte Post öffnen und an „verantwortliche Stellen" weiterleiten!

Mit voller Unterstützung aller Abgeordneten-Parteien ließ der Senator an den drei Abstimmungstagen um 500 Westberliner Schulen pausenlos Funkstreifen patrouillieren, zur „Präsenz bei Zwischenfällen".

Bullen betraten eine Grundschule im Bezirk Kreuzberg, in der viele Gewerkschafter arbeiten, durchsuchten das Lehrerzimmer nach GEW-Flugblättern und „sehen mal nach dem Rechten". Desgleichen wurde das Rektorzimmer der GEW-Vorsitzenden Kujawa in deren Abwesenheit durchsucht.

Schulsekretärinnen und Hausmeister waren an diesen Tagen beauftragt, eine Stunde früher zum Dienst zu kommen, um Autonummern der fahrenden GEW-Wahllokale und die an der Abstimmung teilnehmenden Kollegen zu notieren, ggf. sofort die Polizei zu rufen.

Diese Maßnahmen wurden laufend von Kommentaren der bürgerlichen Presse flankiert: „DGB gegen Streik" (21.9., „BZ" – „Berliner Zeitung"), „Eltern gegen den Streik" („Der Abend", 15.9.), „Tausend Berliner Lehrer verließen ihre Gewerkschaft" (18.9., „BZ"). Auch vor üblen Verdrehungen schreckte man nicht zurück: „Kujawa: Ich habe die Urabstimmung gar nicht gewollt", (28.9., „BZ").

Der hauptsächlich von den Revisionisten (SEW) getragene „Sozialistische Lehrerbund" (SLB) ist während dieser Ereignisse überhaupt nicht nach außen aufgetreten. „Die Wahrheit" der SEW begnügte sich in üblicher Manier mit der Darstellung des bloßen Sachverhaltes, der „Kampfbereitschaft" der Kollegen und vermied jegliche Kritik an der GEW-Führung.

Ein Flugblatt des KBW stellte die Klassenlage der Lehrerschaft und die Perspektive einer möglichen Zusammenarbeit mit den Eltern in richtiger Weise heraus, verkannte allerdings die grundsätzliche Stoßrichtung des Angriffs der Bourgeoisie auf das Streikrecht im öffentlichen Dienst und damit der Arbeiterklasse überhaupt. Zudem wurde nach der Urabstimmung die Niederlage der Kollegen in einen Erfolg umgemünzt, da sie angeblich gelernt hätten, *„sich ihre Rechte nehmen zu müssen, um überhaupt erfolgreich zu sein"*, (Ortsbeilage der „KVZ" vom 2.10.).

Unserer Meinung nach reiht sich der massive Angriff des Westberliner Senats in die anlaufenden Angriffe

der massive Angriff des Westberliner Senats in die anlaufenden Angriffe

der westdeutschen Bourgeoisie auf das Streikrecht der gesamten Arbeiterklasse ein.

Dieser Angriff auf das Streikrecht der gesamten Arbeiterklasse setzt gerade deshalb mit aller Schärfe bei den Lehrerkollegen an, weil sie ein besonders schwaches Glied in der Kette sind, weil es ihnen, auch wegen ihrer Arbeitssituation an der Schule, ihrem „Beamten"status und ihren scheinbaren Privilegien (häufige Ferien) bisher nicht einmal ansatzweise gelungen ist, eine eigenständige, selbstbewußte Interessenspolitik zu entwickeln. Unter diesen Umständen ist das Ergebnis der Urabstimmung verständlich.

Unser Vorgehen in der GEW muß darauf ausgerichtet sein, die Arbeit und die Diskussion in den Schulgruppen (unterste GEW-Zellen an den Schulen), also an der Gewerkschaftsbasis, zu verstärken. Dort ist im Gespräch über die Erfahrungen der Kampagne die Rolle und Absichten der GEW-Führung und der Klassencharakter der Schule und der Maßnahmen der Staatsbürokratie offenzulegen.

Weiter müssen wir versuchen, die Zusammenarbeit mit den Eltern und Schülern zu fördern, mit dem Ziel, deren Mitwirkung an der Veränderung der Unterrichtsbedingungen, wie auch unserer Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Vor allem aber muß innerhalb der GEW-Linken diese Niederlage gründlich analysiert werden, um ein sich z. T. schon jetzt zeigendes opportunistisches Zurückweichen vor den „Mehrheitsverhältnissen" vorzubeugen. ●

Vertriebskollektiv Neukölln des KB / Westberlin

Leserbrief:
Faschistischer Betriebsrat in der Teppichfabrik

Vor ein paar Tagen besuchten wir von der Schule aus die Teppichfabrik in Geesthacht. Wir waren im Deutsch-Unterricht gerade bei Wallraffs „Industriereportagen" und wollten uns deshalb die Verhältnisse in einem Großbetrieb ansehen. Da uns der Betriebsrat durch den Betrieb führen sollte, glaubten wir in der anschliessenden Diskussion Fragen zur objektiven Situation im Betrieb stellen zu können.

Die Führung war so aufgebaut, daß man zwar genug Zeit hatte, die verschiedenen Arten von Kunstfasern zu begutachten, aber nicht, um sich über die Arbeitsbedingungen zu informieren und den Arbeitern Fragen zu stellen. Einige von uns taten es aber trotzdem. Sobald der Betriebsrat dies beobachtete, raste er mit der Klasse weiter.

Als wir uns mit einem frühstückenden Arbeiter unterhielten und dieser vorsichtige Andeutungen auf die schlechten Arbeitsbedingungen im Betrieb machte, meinte der Betriebsrat, wir sollten gefälligst aufpassen, anstatt zu frühstücken. Das, was der Arbeiter erzähle, wäre nicht so wichtig.

Als wir mit der Führung fertig waren, hatten wir genug Material für die anschließende Diskussion gesammelt. Zum Beispiel fragten wir den Betriebsrat, wie er sich erkläre, daß Türken Drecksarbeiten wie auffegen, Lasten schleppen und so etwas machen müßten (wo man natürlich nicht so viel Geld verdient), und die besser bezahlten Tätigkeiten fast ausschließlich an Deutsche verteilt sind. Daraufhin erwiderte er, daß man es schon mit Türken bei diesen Tätigkeiten versucht habe, diese aber wohl zu faul und zu dumm dafür seien.

Als wir ihn fragten, was er von den Refa-Leuten (Rationalisierungsspezialisten, Anm. d. Red.) halte, sagte er: „Wer behauptet, daß die Refa-Leute zur Verschlechterung der Arbeitssituation beitragen, das sind die Maoisten. In Wirklichkeit kommt die Rationalisierung am Arbeitsplatz allen zu Gute."

Ein Arbeiter, der bereits vierzehn Jahre im Betrieb arbeitet, vier Kinder hat und jeden Tag die anstrengendste Arbeit im Betrieb – das Bedienen der Webmaschine – machen muß, verdient ganze DM 1.600,– brutto!

Daraufhin fragten wir den Betriebsrat, ob denn noch nie seit dem 22jährigen Bestehen des Betriebes für höhere Löhne gestreikt worden sei. Er erwiderte: „Zum Glück nein! Denn einen Streik halte ich für ein verbrecherisches Mittel!"

In bezug auf Jugendarbeit äußerte er sich auch – und wie! Er meinte, diese Jugendzentren seien eine Sache, der der Kopf fehle. Dort könne einer in die Ecke spucken und keiner macht es weg. Wenn er das Sagen in der Stadt hätte, liefe das sowieso ganz anders! (Er dachte wohl an so etwas, wie die Wiedereinführung der Hitlerjugend!)

Das fragten wir ihn auch. Aber so etwas wolle er ja gar nicht, sagte er, es genüge ja, wenn es 15 km östlich so etwas gäbe (gemeint war die DDR!).

Als ein Schüler ihn fragte, ob es für ihn als Betriebsrat, der ja Vertreter der Arbeiter sein sollte, nicht irgend etwas Negatives im Betrieb gäbe, antwortete er: „Schließlich könnte der Kapitalist nicht ohne die Arbeiter leben (Zwischenruf: „Ja, das stimmt!") und die Arbeiter nicht ohne die Kapitalisten!" (Erneuter Zwischenruf: „Nein, das stimmt nicht!"). Daraufhin packte er seine Sachen und brüllte: „Wenn das so ist, brauchen wir gar nicht weiter zu diskutieren! Mit Kommunisten rede ich nicht! Wenn ich Kommunist wäre, dann hätte ich auch keine kapitalistische Wurst gegessen und keine kapitalistische Cola getrunken!" (Diese Erfrischungen haben wir bei der Diskussion erhalten.)

Mit gemischten Gefühlen zog die Klasse ab. Ein paar, darunter ein JU'ler, meinten, man hätte seinen Mund halten sollen, da dieser Mann doch mit dem Betrieb groß geworden und sicher stolz auf ihn sei (JU = Junge Union, CDU-Jugendorganisation). Doch vielen wurde klar, daß selbst im Betriebsrat die Faschisten noch nicht ausgestorben sind. Einigen wurde sogar klar, daß sie wieder hochzukommen drohen. Diese Einsicht ist ein erster Schritt zur Bereitschaft dafür, eine solche Entwicklung zu bekämpfen. ●

Ein Sympathisant

Die Führer der Deutschen Postgewerkschaft haben 2,058.505 DM veruntreut!

Der Tarifvertrag läuft aus. Nach wochenlangen Verzögerungen durch die Gewerkschaftsführer und ihre Freunde in den Ministerien (z. B. Genscher, ÖTV-Mitglied) kommt es zu Schwerpunktstreiks nach der berühmten „Nadelstichtaktik" (bekanntlich gibt es Stellen am Körper, wo man Nadelstiche kaum spürt!). Das Ergebnis – 11 %, mindestens DM 170,–, wird als großer Erfolg verkauft. Angesichts der beiden ersten Verhandlungsangebote – 0 %, 7,5 % – und der stechenden Argumente wie „Ölkrise", „Volksgemeinschaft" usw. der Gegner am Tisch, ist das ja auch 'ne ganze Menge.

Gewerk- strich ziehen.

Gewerkschafts-Geld für die Post

br. Frankfurt — Genau 2 058 505 Mark hat die Deutsche Post-Gewerkschaft (DPG) der Deutschen Bundespost überwiesen. Grund für diesen ungewöhnlichen Vorgang, der jetzt in Frankfurt bekannt wurde: Die DPG will damit unter die Arbeitskämpfe vom Frühjahr endlich einen Schlußstrich ziehen.

Nach den Schwerpunktstreiks am 11. und 12. Februar dieses Jahres und der bundesweiten Arbeitsniederlegung am Tag darauf hatte das Postministerium die Erstattung der Ausfallkosten gefordert. Das aber wäre auf Kosten der Postler gegangen, Lohn und Gehälter wären gekürzt worden.

Die Gewerkschaftler wollten dem vorbeugen — ohne allerdings eine Rechtspflicht zuzugestehen.

aus: „Hamburger Morgenpost" (SPD), 8. Oktober '74

Logisch, daß der Staat auch solche Schwerpunktstreiks angreift und Schadenersatz fordert. Neu jedoch, daß ihre in der Gewerkschaftsführung sitzenden Freunde ihnen ohne großes Palaver (Gerichte usw.) die Mitgliedsbeiträge in den Rachen schmeißen. Ob diese Gelder im nächsten Rechenschaftsbericht unter der Rubrik „Burgfrieden" verbucht werden? Man darf gespannt sein! Von den Bezügen der Herren Loderer, Vetter oder Klunker wird's wohl kaum abgezogen! Wahrscheinlicher ist, daß in der nächsten Tarifrunde kein Geld für Informationsmaterial, Flugblätter und dergleichen vorhanden ist, „weil die Kollegen in der letzten Tarifrunde ja so großen Schaden angerichtet haben ..." ●

Arbeiter-Genosse von HDW
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg
GEW: Schlag auf Schlag

Von Tag zu Tag deutlicher wird, daß auf dem Mainzer Kongreß (Anfang Juni) der GEW die Weichen für einen radikal neuen Kurs gestellt wurden: nicht nur eine einmalige Stärkung der zentralen Gremien in der GEW durch die neue Satzung war beabsichtigt, sondern Zug um Zug das Abwürgen jeder kritischen Aktivität der Gewerkschaftsbasis. Jüngstes Beispiel ist der AjLE (Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher).

Bereits im Februar schlug der GEW-Vorsitzende Frister die Auflösung des Hamburger AjLE, in dem SSG/KBW den Ton angeben, durch den Bundeshauptausschuß der GEW vor. Um den Widerstand der Junglehrer nicht „unnötig" zu wecken, wurde damals die Sache erst einmal verschoben bis „nach Mainz". Obwohl der Bundes-GEW auch nach der Mainzer Satzungsänderung gar nicht das Recht zusteht, über Gliederungen der einzelnen Landesverbände zu entscheiden, wurden auf der Hauptausschußsitzung am 6. Oktober „Richtlinien für den AjLE" verabschiedet. Antragsteller war Erich Frister – GEW-Vorsitzender. Laut Antragsentwurf sollen die AjLE sich zukünftig ausschließlich mit den „besonderen Interessen" der Junglehrer – und das auch nur „innergewerkschaftlich" (!!) beschäftigen dürfen. Das ist eindeutig eine Maulkorbregelung. Weiter soll das aktive und passive Wahlrecht zum AjLE nur noch bis zum Alter von 30 Jahren gegeben sein (bisher bis zum 8. Dienstjahr). Als Clou sollte dann noch das „Urwahlprinzip" vorgeschrieben werden (schriftliche Wahl auch ohne vorherigen Besuch der Wahlversammlung).

Nun, ganz so heiß wurde nicht gegessen. Die AjLE's sollen sich jetzt „insbesondere" mit den Interessen der Junglehrer beschäftigen und Urwahlen sind nur dann vorgeschrieben, wenn weniger als 20% der Junglehrer zur Wahlversammlung kommen.

Es bleibt aber Tatsache, daß diese „Richtlinien" unter Umgehung der Mitglieder und unter Brechung der jeweiligen Landessatzung zustande gekommen sind. In Hamburg z.B. sind Pflichten und Rechte des AjLE Bestandteil der Landessatzung, die nur von den Mitgliedern auf einer Hauptversammlung mit 2/3-Mehrheit geändert werden könnte.

Spätestens am 31.10. wird es in Hamburg zum Schwur kommen: für diesen Tag sind bereits seit zwei Monaten Neuwahlen für den AjLE angekündigt – werden sie nach den Regeln der Hamburger Satzung durchgeführt o d e r nach den neuen „Richtlinien"? SSG/KBW kommen dem Vorstand auch hier zwei Schritte entgegen: ihre Kandidaten sind bereits alle im neu vorgeschriebenen Altersbereich und außerdem legt man großen Wert auf Einhaltung der 20%-Klausel. Frage an den KBW: werden Junglehrer über 30 Jahre aus der Junglehrerversammlung am 31.10. ausgeschlossen?

Gespannt darf man auch auf die Reaktion der DKP sein, die seit geraumer Zeit erkennen läßt, daß sie den vor einem Jahr verlorenen AjLE wiedergewinnen will. Hält sie sich an die neuen Richtlinien oder kämpft sie etwa mit gegen den neuerlichen Versuch, die Mitglieder der GEW einfach auszuschalten?

Daß die Gewerkschaftsführer nicht einmal bereit sind, sich an die von ihnen selbst beschlossenen Satzungen zu halten, zeigt der Landesverband Hessen besonders deutlich: dort wurde die Schiedskommission, obwohl sie nach der neuen Bundessatzung eindeutig von der Landesvertreterversammlung gewählt werden muß, kurzerhand vom Landeshauptausschuß „gewählt". Allerdings waren nur die Hälfte der hessischen Hauptausschußmitglieder zu diesem schmutzigen Geschäft bereit, die anderen verließen den Sitzungssaal! Mit 52 Anwesenden war der Hauptausschuß danach gerade noch beschlußfähig. Von diesen 52 hatten sich allerdings auch nur 43 überhaupt für die Wahl einer Schiedskommission ausgesprochen. Kein Kandidat für die Kommission erhielt mehr als 39 Stimmen: es fällt den GEW-Führern offensichtlich nicht einmal leicht, unter den höheren GEW-Funktionären immer die mehrheitliche Unterstützung für ihre unverhüllte Machtpolitik zu finden.

Eine Frage zum Abschluß: wozu brauchen die Gewerkschaftsführer überhaupt eine Satzung und sei sie auch noch so sehr auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten – wenn sie sich doch nicht daran halten? ●

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV-Jugendgruppe in der Zange

An der Universität Hamburg arbeitet seit einiger Zeit eine Jugend-Betriebsgruppe von ÖTV-Kollegen. Die Kollegen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die bislang am Boden liegende gewerkschaftliche Arbeit an den Institutionen anzukurbeln und mehr Kollegen für eine aktive Interessenvertretung zu gewinnen.

Bisher wurden nur innerhalb der Gruppe betriebliche und gewerkschaftliche Probleme diskutiert. Vor einigen Monaten nun wurde von den Kollegen auf einer Mitgliederversammlung eine Resolution gegen die Extremistenerlasse vorgelegt. Von den anwesenden Vertretern der Ortsverwaltung und einigen Personalräten wurde eine Abstimmung der Kollegen über diese Resolution verhindert, da fraglich wäre, ob sich die Mehrheit gegen die Resolution ausgesprochen hätte. Stattdessen sollten alle Vertrauensleute mit dieser Resolution für eine Unterschriftensammlung angeschrieben werden. In der Tat geschah nichts. Die Gewerkschaftsgruppe beschloß darauf, mit einem „Offenen Brief", in dem dieses Verschleppen kritisiert wurde, vor die Kollegen zu treten.

Auf diese offen vorgetragene Kritik reagierte die Ortsverwaltung prompt und unmißverständlich: Es wurde den Kollegen verboten, Veröffentlichungen zu machen, die nicht durch die Zensur der Gewerkschaftsführer gelaufen ist. Wenn die Kollegen sich nicht an diese „Spielregeln" halten, müssen sie mit der Auflösung (!) der Gruppe rechnen. Außerdem wurde allen Kollegen, die älter als 25 Jahre sind, die Teilnahme an der Jugendgruppe untersagt. Die Gewerkschaftsführer erweisen sich hier einmal mehr als die wahren Spalter der gewerkschaftlichen Organisation.

Die Erfahrungen der Kollegen in anderen Gewerkschaften zeigen, daß diese ersten Angriffe der Ortsverwaltung auf die gewerkschaftliche Arbeit nur ein Anfang sind.

Die Kollegen der ÖTV-Jugendgruppe sollten sich auch die Erfahrungen der Kollegen anderer Gewerkschaften zunutze machen, daß nur ein offenes Austragen der Meinungsverschiedenheiten vor den Kollegen ein Garant für das erfolgreiche Bestehen in dieser Auseinandersetzung mit den Gewerkschaftsführern sein kann. ●

Eine ÖTV-Genossin
KB/Gruppe Hamburg

Die ÖTV in der Bundeswehr – Dienst im Interesse der Militaristen

Bereits seit 1964 haben Soldaten in der Bundeswehr das Recht, sich in der ÖTV zu organisieren. Seit 1971 ist in dem sog. „ÖTV-Erlaß" des westdeutschen Verteidigungsministeriums festgelegt worden, daß die Soldaten auch gewerkschaftliche Versammlungen durchführen dürfen. Mit einer „kleinen" Einschränkung allerdings: das einzige Recht, was die Soldaten in der Praxis tatsächlich haben, ist, daß sie sich organisieren dürfen – mehr auch nicht!
Somit stellen die 1.420 (!) Soldaten, die in der „ÖTV-Abteilung Soldaten" organisiert sind – davon meist Berufs- und Zeitsoldaten – nichts weiteres als ein demokratisches Aushängeschild für die Bundeswehr dar, und eine kümmerliche sozialdemokratische „Alternative" zum erzreaktionären „Deutschen Bundeswehrverband", mit 120.000 Soldaten die weitaus größte Ständeorganisation. Desweiteren kommt darin auch die Politik der ÖTV-Führung zum Ausdruck, nicht nur zu den Kapitalisten, sondern auch zur Bundeswehrführung ein partnerschaftliches, vertrauensvolles Verhältnis herzustellen.

Wer vom sog. „ÖTV-Erlaß" eine Interessenvertretung für die Belange und Forderungen der Soldaten und insbesondere der Wehrpflichtigen erwartet hatte, sah sich getäuscht:

Weder im „wehr-report", der Zeitschrift der ÖTV-Abteilung Soldaten, noch in der Praxis ist je von den Problemen, der Disziplinierung der Soldaten und den Forderungen der Wehrpflichtigen auch nur die Rede gewesen!

Vielmehr hat sich die ÖTV-Führung um bessere Ausbildung und bessere Aufstiegsmöglichkeiten von Zeit- und Berufssoldaten, den „Führungsproblemen" der Offiziere usw. gekümmert.

● So fand man in „wehr-report" 9/73 einen längeren Artikel zur „Ausbildungsreform" der Unteroffiziere, wobei die ÖTV sich dafür einsetzt, daß der Übergang von ausgedienten Zeitsoldaten in den Zivilberuf erleichtert wird, neue Fachschulen für Unteroffiziere gebaut werden usw. Damit betet die ÖTV-Führung die Werbeslogans der Bundeswehrführung nach wie „Bundeswehr ist krisensicher", „große Aufstiegschancen", „zivilberufliche Ausbildung" und dergl. mehr.

● So stand zum Thema „Mitbestimmung", dem Paradepferd sozialdemokratischer Politik, im „wehr-report" u.a., daß der Kompanierat (Kompanieräte gibt es in der Bundeswehr noch gar nicht; nach Vorstellungen der ÖTV-Führung soll der „Kompanierat" aus dem Kompaniechef, Vertretern der Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgraden bestehen, Anm. d. Red.) *„natürlich nicht jeden Befehl diskutieren kann". „Der Dienstbetrieb selbst könnte dann wie gehabt nach den gültigen Prinzipien von Befehl und Gehorsam ablaufen".* Weiter heißt es, daß der *„Kompaniechef in diesem Gremium als Primus inter pares durch Erfahrung und persönliche Autorität ohnehin die beherrschende Rolle spielen würde".*

Der sozialdemokratischen ÖTV-Führung geht es also mit ihren Mitbestimmungsphrasen eher darum, die Soldaten an ein paar untergeordnete Befehlsentscheidungen mitreden zu lassen, um ihnen das Gefühl zu geben, als hätten sie etwas zu entscheiden. Damit wird ideologisch bezweckt, daß die untergebenen Soldaten sich selber mehr für die militärischen Belange einsetzen sollen, mehr „Diensteifer" zeigen usw. Die Klassenwidersprüche in der bürgerlichen Armee sollen so insgesamt verschleiert werden.

● In einem weiteren Artikel mit der Überschrift „Demokratie in der Bundeswehr? " hetzt die ÖTV-Führung – wie die Gewerkschaftsführung insgesamt – gegen fortschrittliche Menschen und Kommunisten. Dort heißt es z.B.:

„Lernen mögen auch jene gewalttätigen Studenten, die ihre Lehrer niederschreien, gar verprügeln, glaubend, das löse Probleme, behauptend, das sei emanzipiertes Verhalten. ***Gewalttätige Soldaten allerdings, die, mangels Tomaten, gleich mit Gewehren herumfuchteln, kann sich keine Gesellschaft leisten, auch nicht auf dem Lernkonto".*** (Aus: „wehr-report" der ÖTV 5/1972).

● Ferner betreibt die ÖTV-Führung – wie die Gewerkschaftsführung insgesamt – voll die Rationalisierungen im Interesse der Kapitalisten. Diese Rationalisierungen sehen in vielen Betrieben und auch in der Bundeswehr so aus, daß die Kapitalisten im Bereich des Managements kräftig „aufräumen", „Arbeitsplatzbeschreibungen" durchführen, um zu sehen, wo wegrationalisiert werden kann, um am Ende aufgrund der vorliegenden Arbeitsplatzbeschreibungen die verschiedensten Arten von sog. „gerechten Leistungsbewertungen" gegen die Kollegen durchzusetzen. Genau so sehen auch die Besoldungsvorstellungen der ÖTV-Abteilung Soldaaus: Unter der Überschrift „Sold wie in der Industrie" heißt es:

„Jede Funktion muß so klar beschrieben werden, daß datenmäßige Erfassung und damit planmäßige Erfassung und Führung (maschinell) möglich werden.

Jeder so beschriebenen Funktion wird ein Beruf, eine Tätigkeit, zugeordnet, um eine Übersicht über benötigte Berufe und einhergehende Ausbildung zu erlangen.

Gleichartige Funktionen werden in Funktionsgruppen gleicher Besoldungsebenen zusammengefaßt." („wehr-report" 1/1974)

Es ist sogar bekannt, daß sich einige Betriebe der metallverarbeitenden Industrie die Bundeswehr als Vorbild für ihre Rationalisierungsvorhaben herangezogen haben.

Fazit: die ÖTV-Abteilung Soldaten betreibt innerhalb der Bundeswehr im wesentlichen eine Politik, die darauf abzielt, die militärische wie ideologische Ausrichtung der Bundeswehr im Interesse der Kapitalisten zu fördern – mit dem Mäntelchen von „Reformpolitik".

Der völlige Verzicht der ÖTV-Führer, den Kampf gerade der vielen Tausend wehrpflichtiger Kollegen in den Kasernen gegen die Repressalien der Offiziere, gegen die Disziplinierung, für höhere Besoldung usw. zu unterstützen, zeigt deutlich, daß die ÖTV-Führung überhaupt kein Interesse daran hat, die noch schwachen und vereinzelt stattfindenden spontanen Kämpfe der Soldaten in der Bundeswehr zu unterstützen, sondern alles daran setzt, es beim Alten zu lassen. ●

Militarismus-Kommission des KB / Gruppe Hamburg

ÖTV – Hamburg:

EINSCHÜCHTERN, SPALTEN, AUFLÖSEN, AUSSCHLIESSEN

AUFLÖSEN, AUSSCHLIESSEN

Methoden sozialdemokratischer Gewerkschaftsführung

Seit einigen Jahren existieren in der ÖTV Hamburg mehrere Jugendarbeitskreise, in denen Auszubildende und junge Angestellte (Beamte) bis zur „Jugendgrenze" von 25 Jahren mitarbeiten (Das Alter von 25 Jahren wurde vom DGB willkürlich als „Jugendgrenze" festgelegt).

In den Arbeitskreisen bestimmen vorwiegend eingesetzte studentische „Teamer" (Schulungsleiter) die Inhalte der Gewerkschaftsarbeit. Nach Wunsch der Gewerkschaftsführung sollen hier reformistische Bildungskonzeptionen in sogenannten Stufenbildungen (Anfänger, Fortgeschrittene, Erfahrene, werden in getrennten Stufen zur Schulung zusammengefaßt) mit interessierten jungen Kollegen durchgezogen werden. Inhaltlich sollen hier möglichst Diskussionen über „Ausbildung" losgelöst von der betrieblichen Praxis im Mittelpunkt stehen.

Es sollen hier Berufsbilder für Handelskammern und den Öffentlichen Dienst entworfen werden, womit man die Kollegen jahrelang beschäftigt. Schulbuchanalysen, Gedanken über neue Gesetzestexte und von der Praxis abgehobene Schulungen entstammen ebenfalls den Vorstellungen der ÖTV-Führer. Der Fachsekretär für den Angestelltenbereich Transport schlug seinem Jugendarbeitskreis sogar einmal das Erteilen von Nachhilfestunden für Berufsschüler des Speditionsgewerbes vor, weil dort die Ausbildung besonders schlecht ist! Dies ist ein lebhaftes Beispiel für die Vorstellungen der Gewerkschaftsführung von „konstruktiver Gewerkschaftsarbeit".

Der Arbeitskreis Transport (kurz AKT) war der erste Arbeitskreis innerhalb der ÖTV-Jugend, der den Rahmen der reinen „Jugendgewerkschaftsarbeit" schon vor Jahren durchbrach.

Die aktiven Kollegen des AKT hatten es satt, sich von einem „Bildungskonzept" zum anderen und von einer „Aktion zur Berufsausbildung" in die nächste zu retten. Sie erarbeiteten sich ihre gewerkschaftliche Perspektive eigenständig und schafften als erste das spalterische System der Stufenbildung für ihren Arbeitskreis ab.

Der AKT wählte sich seine „Teamer" aus den eigenen Reihen und enthob sie ihrer eigentlichen Funktionen (Schulungsleiter mit Sonderstatus). Sie richteten sich gemeinsam eine Kasse für Notzeiten und außerordentliche Ausgaben ein und behandelten die Probleme der Auszubildenden aus der Einsicht heraus, daß die wichtigsten gewerkschaftlichen Fragen, wie z.B. die höllische Rationalisierung in diesem Bereich, Angestellte und Auszubildende gleichermaßen betreffen.

Ebenfalls erkannten die Kollegen des AKT schnell, daß der Hebel für die gewerkschaftliche Stärke nur der gemeinsam organisierte Kampf von Arbeitern, Angestellten und Lehrlingen, egal ob jung oder alt, sein kann, und daß eine reine gewerkschaftliche Gremienarbeit in die Sackgasse führt.

Man begann damit, die politisch interessierten Kollegen in den Betrieben in gewerkschaftlichen Betriebsgruppen zu organisieren, die inzwischen einen für Angestelltenverhältnisse beachtlichen Umfang angenommen haben. Dies entging natürlich auch nicht den ÖTV-Gewerkschaftsführern, die ihrerseits über ihren Bildungssekretär, Dieter Meike und die neueingesetzte Jugendsekretärin Marianne Hoppe/Lohse, (die schon als Jugendbildungsreferentin des DGB ihre einschlägigen Vorstellungen über Bildungsarbeit entwickelte) einen unverschämten Angriff auf den AKT starteten. Es erschienen beide auf einer der letzten Sitzungen des Arbeitskreises um, offensichtlich nach vorheriger Absprache mit der Bezirksleitung der ÖTV, die fortschrittlichen Ansätze der Gewerkschaftsarbeit zu liquidieren.

Sie erklärten frech, daß jeder Kollege über 25 Jahre nichts mehr im AKT (besonders auf den von der ÖTV finanzierten Wochenendseminaren) zu suchen hätte, mit der „Begründung", daß es ja genügend „Bildungsmöglichkeiten auch für ältere Kollegen gibt". Außerdem meinten sie, daß der „Jugendarbeitskreis" auch wieder „Jugendarbeit" zu machen habe.

Argumente der etwa 3o anwesenden Kollegen, daß die älteren Kollegen aufgrund ihrer Erfahrungen unentbehrlich geworden seien und man so weiter arbeiten wolle, wie bisher, weil man nachweislich erfolgreich war (kontinuierliches Arbeiten verhältnismäßig vieler Kollegen in einem Bereich, der nur zu 1 % (!!) gewerkschaftlich organisiert ist) wurden von den beiden Sekretären einfach übergangen. Schließlich mußte sich Sekretär Meike den Vorwurf der geplanten Spaltung und des Bürokratismus gefallen lassen, ohne daß er überzeugende Argumente dagegen vorbringen konnte. Es war seinen Aussagen klar zu entnehmen, daß er die Anweisung zur Zerschlagung der AKT-Arbeit von höchster Stelle in der Tasche trug. Die willkürlich geplanten formalen Angriffe auf die Arbeit konnten so vorerst entlarvt und zurückgewiesen werden.

Einer der wesentlichen Gründe für die gezielten Angriffe auf den AKT ist in der prinzipiellen Ablehnung der sog. Extremistenerlasse und der DGB-Ausschlußpolitik, gerade durch den AKT und anderer Teile der ÖTV-Jugend zu sehen. Eine Resolution zu den 13 Ausschlüssen aus der IG-Chemie bei Reichold und ein offener Brief zur Auflösung des AK-Gesundheitspolitik (der über 1oo aktive Mitglieder hatte) führten schon vor einiger Zeit zu massiven Drohungen der Gewerkschaftsführer dem AKT gegenüber.

Im Rahmen der verstärkten Kommunistenhetze in den DGB-Gewerkschaften erlaubte sich die Hamburger ÖTV-Führung einen Sonderdruck („was wollen die Chaoten? ") zu verfassen, der jedem nur demokratisch gesonnenen Menschen durch seinen demagogischen und verlogenen Inhalt ins Auge springt.

Die Kollegen im AKT führten zwar Diskussionen über dieses Schweinspapier, verzichteten aber auf eine eigene Stellungnahme, da der Be-

eigene Stellungnahme, da der Be-

zirksjugendausschuß (BJA) bereits eine Protestnote ausarbeitete und diese auch mit einer knappen Mehrheit dort verabschiedet wurde. Man schickte sie auch als Leserbrief an das ÖTV-Magazin.

Sofort nach Bekanntwerden der Protestnote wurde ein Einschüchterungsgespräch zwischen BJA und der ÖTV-Bezirksleitung angesetzt, das darin bestand, daß Bezirksleiter und Fachsekretäre auf die fortschrittlichen Kollegen einredeten: „Kollegen wie steht ihr zur Satzung, wie zum Grundgesetz und wie zum parlamentarischen System? " Glücklicherweise ließen sich die angesprochenen BJA-Kollegen nicht einschüchtern.

Kurze Zeit nach diesem „Gespräch" formulierte die ÖTV „Medienkommission" den bisher schärfsten Angriff in unserem Bereich auf das Recht der freien Meinungsäußerung innerhalb der Gewerkschaft. Es wurde dem BJA erklärt: 1. Die BJA-Protestnote wird nicht als Leserbrief gedruckt (man beachte dazu das letzte ÖTV-Magazin, in dem neben einigen „Klarstellungen" des KBW (wo dieser sich nachdrücklich von den 'Chaoten' distanzierte!) nur reaktionärste Beiträge zu diesem Thema zu finden waren) und 2. wenn der BJA diese Resolution nicht sofort zurückzieht, wird er durch den ÖTV-Bezirksvorstand aufgelöst.

Die Gewerkschaftsführung erhofft sich von diesem Schritt die totale Spaltung des BJA und des ÖTV-Jugendbereiches. Wahrscheinlich erhofft sie sich noch weiter, daß Teile der alteingesessenen studentischen Teamer als BJA-Mitglieder selbst Ausschlußanträge gegen die Befürworter des Protestschreibens stellen und somit faktisch die Jugendarbeit in diesem Bereich wieder unter ihre direkte Kontrolle übergeht.

Der Ausgang dieses Spaltungsmanövers steht bis jetzt noch offen. Es zeigt sich aber schon jetzt, daß es die Gewerkschaftsführer nicht zulassen wollen, daß sich auch nur die kleinsten Ansätze von kämpferischem Bewußtsein innerhalb der Gewerkschaft verbreitern.

Die fortschrittlichen Kräfte im Bereich der ÖTV sollten sich durch diese Schritte der Gewerkschaftsführung nicht einschüchtern lassen. Gerade jetzt sind die guten Ansätze gewerkschaftlicher Betriebsarbeit in diesem Bereich weiter auszubauen und die Bemühungen um die Hebung des politischen Bewußtseins der Kollegen zu verstärken. Innergewerkschaftliche Angriffe auf unsere Arbeit und Meinungsfreiheit müssen wir in Zukunft durch die Veröffentlichung dieser Schweinereien bekämpfen. Auf diktatorische und undemokratische Maßnahmen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung wie Auflösung von einzelnen oder mehreren AKs und Ausschlüsse von Kollegen aus unserer Gewerkschaft müssen wir vorbereitet sein, um unseren gewerkschaftlich, politischen Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutersystem organisiert weiterführen zu können. ●

Angestelltenzelle Transport
KB-Gruppe Hamburg

ÖTV-Führer blasen zur Jagd auf Linke

„Endlich aufgewacht!... Unsere Generation sollte sich an die Vergangenheit erinnern (1933-45). Hier hinterließ schon einmal ein „Polit-Idiot" Wunden, die bis zum heutigen Tag nicht verheilt sind". „Wir sehen uns fast in die Zeiten des Zusammenbruches der Weimarer Republik zurückversetzt, die schließlich in der schrecklichen Hitler-Diktatur endete".

Diese Zitate sind Leserzuschriften auf den Artikel des „ÖTV-Magazins" Nr. 7 **„Extremisten – Feinde der Gewerkschaften – Feinde der Demokratie"** entnommen.

In diesem Artikel wird allerdings beileibe nicht auf die zunehmende Faschisierung hingewiesen, sondern in der bekannten antikommunistischen Art und Weise gegen die Linken geschossen.

Die Linken werden als große Verschwörerbande mit *„oft wechselnder Bezeichnung"*, die zwar *„untereinander zerstritten – im Kampf gegen die Gewerkschaften* (aber) *einig"* sind, dargestellt. *„Als eigentlicher Feind entpuppt sich gar nicht der Kapitalismus, der nur abstrakt und gelegentlich (!) erwähnt wird – Zielscheibe der gehässigen (!) Angriffe sind die Gewerkschaften und ihre Funktionäre". „Seit Jahr und Tag wird mit Hilfe linksextremistischer Hetzblätter daran gearbeitet, die gewerkschaftliche Organisation zu zersetzen und ihre Schlagkraft zu lähmen." „Seit dem Ende des nationalsozialistischen Gewaltregimes hat es in der BRD niemanden (?) gegeben, der es gewagt hat, in derart hetzerischer Weise gegen die Gewerkschaften zu agitieren."*

Um den Mitgliedern den Kampf gegen die Kommunisten und Linken in den Gewerkschaften auch plausibel zu machen, schrecken die Gewerkschaftsbosse auch vor keiner Ungeheuerlichkeit zurück: Wenn *„Linksextremisten je das Sagen hätten"*, wäre mit *„millionenfachen Massenmorden* (!!!) *zu rechnen".* Und: *„Sie arbeiten mit Parolen (?), die schon einmal eine verhängnisvolle Rolle spielten und die demokratischen Kräfte in ihrem Kampf gegen die Faschisten schwächten".* Welche Parolen mögen die Gewerkschaftsführer da bloß im Sinn haben? Etwa die unserer Organisation „**Antifaschisten die Faust geballt, gegen Faschismus hilft nur Gewalt!**"?

In der Weimarer Republik waren es jedenfalls die SPD-Gewerkschaftsführer, die die millionenfach erhobene Forderung nach Einheit im Kampf gegen den Faschismus sabotierten und teilweise gar mit den Faschisten paktierten.

Die Rechten applaudieren.....

„Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus", sagt das Sprichwort, und so wundert es wenig, daß auf solche Hetzartikel die oben zitierten Antworten kommen. Aus den Zuschriften geht hervor, daß es sich meist um Leute mit Funktionärsposition handelt, die schon lange auf das Signal zum „Losschlagen" warten:

Sie fragen sich, *„wann endlich wird die ÖTV offiziell auf das Treiben dieser unheilvollen (!) Kräfte unmißverständlich reagieren ... und hoffen* (jetzt) *auf weiteren Beistand im Kampf gegen die Chaoten".*

(Wohl nicht ganz ernst zu nehmen scheint ein Leserbrief, der sein Gefallen äußert, *„weil* (der Artikel) *einmal grundsätzlich (?) die Gegner unserer freien Gewerkschaft analysiert (? !). Sie wollen die Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte unglaubwürdig machen...Danach (!) hoffen sie dann, endlich ihre Revolution durchführen zu können.... Ich würde es sehr begrüßen, wenn auch weiterhin solche Informationsartikel (? !!!) erscheinen".*

KBW distanziert sich von „Linksextremisten"

Offenbar aus dem Dunstkreis des KBW stammen zwei Leserzuschriften, in denen protestiert wird, daß auch der KBW in die Liste der „gewerkschaftsfeindlichen Kräfte" aufgenommen wurde.

„Ich möchte euch auf einen Fehler hinweisen: ***Ihr habt offensichtlich den KBW mit dem Kommunistischen Bund (Nord) verwechselt...Im Unterschied zur KPD/ML, zur KPD und zum KB (Nord) vertritt der KBW keinen RGO-Standpunkt".*** In beiden Zuschriften wird den Gewerkschaftsführern noch einmal die Lektüre der „Leitsätze" und der „Gründungsdokumente" des KBW wärmstens empfohlen.

Diese Anbiederungsversuche an den Vorstand waren natürlich vergebliche Liebesmüh: *„Programmatisches Flöheknacken* (führt) *in der Auseinandersetzung mit Linksextremisten nicht weiter".* Auch der KBW sei *„zweifelsfrei gewerkschaftsfeindlich"*, hieß es in der Antwort.

Der Artikel im „ÖTV-Magazin" ist offensichtlich Auftakt einer Ausschlußkampagne auch in dieser Gewerkschaft. Am 14. Oktober brachten die Nachrichten eine Meldung, nach der 21 Kollegen mit dem „Extremistenerlaß" vom Hauptvorstand ausgeschlossen worden sind. ●

Eine ÖTV-Genossin

KBW : Ab durch die Mitte – hinein in den Sumpf

„Politische Kurzsichtigkeit kann man einmal, kann man auch zweimal verzeihen, wenn Kurzsichtigkeit jedoch zur Politik erhoben wird, so grenzt sie an Verbrechen."
J. Stalin, Werke Bd. 8, s. 102

An komischen, manchmal auch ärgerlichen Auftritten hat es in der Geschichte des KBW bisher eigentlich nie gemangelt – was diese Leutchen jedoch zur Zeit aufführen, stellt alles bisherige weit in den Schatten.

Wie die „Rote Fahne" (der „KPD") vom 9.10.74 berichtet, ließ die örtliche KBW-Führung in Gießen ein Flugblatt zu einer Veranstaltung des Faschisten Löwenthal verteilen, worin es heißt, daß *„wir auch gegenüber Löwenthal eine offene Auseinandersetzung darum führen (müssen), wer des Volkes Feind und wer des Volkes Freund ist.*

Auf diese offene Debatte (!) müssen wir drängen, und falls Löwenthal (!) sich davor drücken will, weil er sie fürchten muß, sie auch durchzusetzen. Falls das so kommt, schlagen wir vor, mit der Parole „Löwenthal laß Dein Geschwätz, steh' uns Red' und Antwort jetzt" (!) eine Diskussion zu erreichen.

An die Freunde von GRF (KPD) und GRM (KPD/ML): ***Wir wissen, daß Ihr diese Veranstaltung verhindern wollt. Wie aus dem Flugblatt hervorgeht, halten wir das für schädlich (!) und keineswegs für kommunistische Politik (!!!). Wir fordern Euch auf (!), diesen Unsinn (!) sein zu lassen.***

Wir sind nicht bereit, Euch bei irgendwelchen Schwierigkeiten beizustehen (!), die aus der Unsinnigkeit Eures Verhaltens sich ergeben sollten (!!!)."

Bei dem Treiben der Gießener Gruppe des KBW handelt es sich keineswegs um eine einmalige „verzeihbare" Entgleisung im „antifaschistischen Kampf" dieser Organisation, sondern lediglich um den bisher krassesten Ausdruck der zutiefst o p p o r t u n i s t i s c h e n L i n i e des KBW.

So kommt in der „KVZ" vom 2. Okt. '74 eine KBW-Kandidatin für die hessischen Landtagswahlen zu Wort, die mit der Behauptung ***„Rechts ist nie radikal"*** zu verblüffen versteht. In diesem Artikel (von geradezu richtungsweisendem Niveau) wird geschildert, wie eine Gruppe von KBW-Mitgliedern in Darmstadt zu einer Wahlveranstaltung der NPD geht, um dort *„mit den Leuten, die in der jetzigen Lage zu NPD-Veranstaltungen hingehen und sich für die Vorschläge der Faschisten interessieren"* zu diskutieren („KVZ", ebenda).

Höchst aufschlußreich ist die „Begründung", die in der „KVZ" für dieses Vorgehen geliefert wird: *„Während auf die Veranstaltungen der anderen bürgerlichen Parteien meist Leute hingehen, denen man ansieht (!?), daß sie viel Zeit haben"*, kommen zu den Faschisten – nach Meinung des KBW – ***„Menschen..., die mit dem System unzufrieden sind und nach einem Ausweg suchen".***

Die KBWler wollen festgestellt haben, daß auf der besagten Darmstädter NPD-Veranstaltung *„unter den ca. 150 Leuten viele (!) Arbeiter, Bauern, kleinere Angestellte, und Jugendliche (waren)"* („KVZ", ebenda).

Bietet es sich bei einer derartigen „Einschätzung" nicht geradezu an, in Zukunft den S c h w e r p u n k t der politischen Überzeugungsarbeit auf das Publikum der Faschistenversammlungen zu legen, wo doch die Leute – im Gegensatz zu den anderen bürgerlichen Parteien ! – schon mit dem „System" unzufrieden sind und nach einem „Ausweg" suchen ? !?

Nach Meinung der KBW-Strategen *„ist es (wichtig), gerade dort (!)* (auf den Faschistenversammlungen – Anm. AK) *konkret zu argumentieren und die Diskussion darauf zuspitzen, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft werden muß (!), daß eine Wirtschaft aufgebaut wird, die dem Volk und nicht dem Profit dient (!)"* („KVZ").

Wie diese Linie in der P r a x i s aussieht, läßt sich sehr gut am Verlauf der Darmstädter Faschistenveranstaltung zeigen: Auf die Auslassungen von KBW-Vertretern, daß *„es schlecht für die Armen und gut für die Reichen aller Nationen ist, wenn sich Arme und Reiche, Arbeiter und Kapitalist, gegen Arbeiter und Kapitalisten anderer Nationen zusammenschließen"*, wandte ein NPD-Sprecher ein, daß man ja an der DDR sehen könne, *„daß das Klassenkampf ist und zur Diktatur führe."*

Diesen „Vorwurf" wollten die „Genossen" natürlich nicht auf sich sitzen lassen und erwiderten – dem Faschisten! – *„daß dies* (die DDR – Anm. AK) ***kein System der Arbeiter und Bauern sein kann, wenn man eine Mauer braucht (!!!), um die Leute vom Weglaufen abzuhalten (!!!)"*** („KVZ").

Bravo! So macht man weiter! Das sind Beiträge, zu denen jeder Faschist applaudieren kann. Das ist aber auch die e i n z i g e Ebene, auf der mit den Faschisten „gut diskutiert" und Einvernehmen erzielt werden kann – wenn man's, wie der KBW, darauf anlegt!

Auf Versammlungen der Faschisten überhaupt über die DDR zu diskutieren und dort unsere Kritik am Revisionismus vorzutragen, verbietet sich für K o m m u n i s t e n allein schon deshalb, weil es weder den faschistischen Rattenfängern selbst, noch ihren verwirrten Sympathisanten auch nur im entferntesten um S o z i a l i s m u s zu tun ist, sondern ausschließlich um a n t i sozialistische Hetze – die aus rein demagogischen Zwecken an der DDR festgemacht wird!

Es ist aber schlicht Ausdruck einer verbrecherischen ‚Kurzsichtigkeit', mit den gleichen antikommunistischen Sprüchen (von der „Mauer") auf den Versammlungen der Faschisten „Übereinstimmung" mit den Todfeinden der Arbeiterklasse herstellen zu wollen.

Hetze gegen Kommunisten und konsequente Demokraten

Bereits eingangs zitierten wir das Flugblatt der Gießener KBW-Gruppe, die konsequenten Antifaschisten „nahelegen" wollten, die V e r h i n d e r u n g einer Faschisten-Veranstaltung zu unterlassen – weil die KBWler das „für schädlich und keineswegs für kommunistische Politik" hielten. Es ist „verständlich", daß die KBW-Leute verärgert sind, wenn sie durch den militanten antifaschistischen Kampf demokratischer und kommunistischer Organisationen nicht zu der „offenen Auseinandersetzung" und „Diskussion" mit den Faschisten gelangen können. Wie lange soll es noch dauern, bis man KBWler Seite an Seite mit den Faschisten gegen die „Störer" vorgehen sehen wird, die dem KBW die schöne „Diskussion" kaputtmachen wollen? ...

Was werden die Helden vom KBW bloß zu den klassenbewußten italienischen Arbeiter m a s s e n sagen, die nicht nur k e i n e m Faschisten „Rederecht" zubilligen, sondern auch schon mehrfach im Zusammenhang mit antifaschistischen Demonstrationen die Parteibüros der braunen Ratten und auch Büros der Democrazia Christiana auseinandergenommen haben?

Nur Dutzendliberale von der Art der KBW-Führer bringen es fertig, zwischen dem politischen Kampf gegen den Faschismus und dessen gewaltsamer Unterdrückung einen Widerspruch zu konstruieren (wobei noch angemerkt werden muß, daß der KBW weder in seiner zentralen Zeitung noch in seiner sonstigen Agitation j e m a l s den Kampf gegen die Politik und Ideologie der Faschisten geführt hat !!!).

Für Kommunisten und konsequente Demokraten hat noch nie die irre Forderung „Diskutiert mit den Faschisten, wo Ihr sie trefft!" gegolten, nach der der KBW vorgeht. Es ist eine durch zahllose Kämpfe des internationalen Proletariats gesicherte Erfahrung, daß Mao tsetungs Losung richtig ist, die lautet:

„Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft. Denn für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt!" •

sicherte Erfahrung, daß Mao tsetungs Losung richtig ist, die lautet:

„Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft. Denn für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt!" •

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Leserbrief

Leserbrief

Vor nicht allzulanger Zeit ging ich auf den Großneumarkt einkaufen. Dort verkaufen auch unter anderem politische Gruppen ihre Zeitungen, so die DKP der KB und der KBW. Diesmal ging ich neben dem Interesse der Wochenendeinkäufe noch mit einem besonderen Anliegen dorthin. Ich wollte mit dem „KVZ"-Verkäufer sprechen, der der mir mal gesagt hatte, daß der KBW eine Broschüre herausgeben wolle, in der anläßlich des 25. Jahrestags der DDR einmal ganz konkret nachgewiesen werden sollte, daß es sich bei der Politik der SU um eine imperialistische und bei der DDR um die Politik eines vom Imperialismus abhängigen Staates handelt. Bisher hatte ich nämlich eine solche Broschüre nicht bekommen können. Als ich gerade kurze Zeit bei dem KBW-Genossen stand, kam ein schon etwas älterer Mann an und legte dem KBWler nahe, doch „in die Zone" zu fahren. Er wollte ihm auch einen Zuschuß zum Fahrgeld geben. Der KBWler antwortete, daß er „auch mit vielen Sachen in der DDR nicht einverstanden sei, und daß es sich bei der DDR nicht um ein sozialistisches Land handle. Ich unterbrach den KBWler mit der Bemerkung, ob er denn nicht merken würde, daß es dem Mann bei der Diskussion gar nicht um den Sozialismus geht, sondern nur darum, gegen die DDR zu hetzen. Unterstützend nickte der Mann mir zu, der sich wohl jetzt erst richtig verstanden sah. Der Mann bekräftigte seine Ansicht auch noch, indem er die vielen Vorteile, die wir angeblich in der BRD haben, aufzählte. Mit der Entschuldigung, er hätte noch wo anders etwas zu tun, zog der KBWler ab. Zur Krönung des ganzen zeigte uns der Faschist noch eine Tätowierung die er am Arm hatte – seine ehemalige Dienstnummer bei der SS.

Dieser Faschist hatte nur einen Arm, und es hätte einen schlechten Eindruck gemacht, wenn man einen Einarmigen schlägt. •

Ein Metallgenosse

LESERBRIEF

Über meine Erfahrungen als Behinderter in der kapitalistischen Gesellschaft.

Ich bin 1947 als Spastiker geboren worden und habe nach neun Sonderschuljahren den Volksschulabschluß erhalten. Dann machte ich eine Lehre als Datenverarbeiter. Durch Krankheit mußte ich die Lehre abbrechen und hatte einen halbjährigen Krankenhausaufenhalt.

Von der Sonderschule bin ich in ein Berufsförderungswerk vermittelt worden, wo ich in der Datenverarbeitung tätig bin. Der Betrieb hat 700 Mitarbeiter, davon ungefähr 400 körperlich und geistig Behinderte. Neuanfänger kommen in eine Vorbereitungswerkstatt, wo man getestet wird, wie man zu gebrauchen ist. Bei mir dauerte die Vorbereitungszeit drei Jahre. Während dieser Zeit verdiente ich 0,54 DM in der Stunde.

Nach dieser Zeit kam ich in den Betrieb und verdiene nun 0,75 DM in der Stunde. Der gezahlte Höchstlohn beträgt bei uns 1,36 DM in der Stunde. Ich habe einen Monatslohn von ungefähr 90,– DM, von dem noch drei Mark für den Betriebsbus abgezogen werden. Davon kann ich natürlich nicht leben. Ich bekomme 150,– DM Pflegegeld vom Staat, 100,– DM vom Sozialamt und ausserdem 150,– DM von meinem Vater.

Der Unternehmer macht monatlich einen Reingewinn von 500,– DM pro Behinderten, den er vom Staat bekommt, weil er uns beschäftigt und dann natürlich den normalen Profit, den er aus den von uns hergestellten Artikeln erhält.

Die Arbeitsbedingungen sind bei uns genauso wie in den anderen Betrieben, obwohl uns die Arbeit oft sehr anstrengt (1/2 Std. Mittag; wer fünf Minuten zu spät kommt, dem wird eine Viertelstunde vom Lohn abgezogen).

Ich finde, daß in diesem System Behinderte Menschen zweiter Klasse sind. Anstatt ihnen zu helfen, beutet man sie brutal aus, und dadurch resignieren viele behinderte Kollegen, die eigentlich Freude an der Arbeit hätten. •

Ein AK-Leser

Westberlin

SEW-Schläger verprügeln AK-Verkäufer

Am 18. 9. habe ich zusammen mit einigen anderen Genossen nach einer Chile-Veranstaltung der SEW den ARBEITERKAMPF verkauft. Der Verkauf an die SEW'ler lief sehr schlecht. Von diesen „Genossen" bekam ich Reden zu hören, die ich sonst nur von den Faschisten gewohnt bin: „Chaotenschwein", „alle von der Bourgeoisie gekauft", „hau ab, oder du kriegst Dresche", „geh doch rüber in den Osten (? !?)" und dergleichen Scheiß mehr. Ich hielt meine Arbeiterkämpfe unverdrossen weiter in den Strom. Plötzlich wird mir der Vorzeige-AK aus der Hand gerissen. Ich dreh mich um und sage „der kostet 50 Pfennig". Der Mann mit der SEW-Plakette geht weiter. Ich hinter ihm her, hab ihn so leicht an der Hand und sage „gib mir die Zeitung wieder her". Er macht sich frei, zerreißt den AK und geht weiter. Da sag ich zu ihm „du Sau" und ruckzuck schon hat er mir eine verpellt. Ich konnte mich nicht wehren, das Kräfteverhältnis war zu ungünstig, die SEW-Ordner standen in Massen herum und warteten nur auf eine Gelegenheit, sich zu prügeln. Ein SEW'ler solidarisierte sich mit mir. Er begann mit seinen Partei„genossen" zu diskutieren, er war ziemlich empört. Die anderen herumstehenden SEW'ler hielten diese „Methode der politischen Auseinandersetzung" allerdings für richtig. Trotzdem versuchte ich weiter AK's zu verkaufen.

Die SEW hatte sich an keiner der Aktivitäten während der Chile-Solidaritätswoche beteiligt. Das hatte zu Unstimmigkeiten innerhalb der Partei geführt. Zwei Bezirksgruppen beteiligten sich sogar auf eigene Faust an der Demonstration des „Chilekomitees". Sie bekamen dafür auf der Veranstaltung ihre Schelte von Danelius (Vorsitzender der SEW): „Wir demonstrieren dann, wenn die Partei es anordnet". Als Danelius dann eine Chile-Demonstration für die nächste Woche ankündigte, waren die SEW-„Rebellen" offensichtlich wieder mit ihrem Vorstand versöhnt.

In SEW-Kreisen wurde nach der Veranstaltung übrigens das Gerücht verbreitet, „Chaoten" hätten die Redner auf der Veranstaltung mit Steinen beworfen. Es zeigt, wie weit die Verhetzung von SEW-Mitgliedern und Sympathisanten bereits gelungen ist, wenn solche unglaublichen Lügen, die noch dazu leicht nachzuprüfen sind (es waren immerhin ca. 3000 Menschen anwesend) in SEW-Kreisen offenbar „geschluckt" werden. •

ner auf der Veranstaltung mit Steinen beworfen. Es zeigt, wie weit die Verhetzung von SEW-Mitgliedern und

Ein Genosse der Bezirksorganisation Nord des KB / Westberlin

Nazi-Feier zum „Führer-Geburtstag" straffrei

Wie bereits im AK berichtet, hatte am 20. April ein Haufen Faschisten in Westerland (Sylt) „Führers Geburtstag" gefeiert. Diese Zusammenrottung fand statt in einer Gastwirtschaft, die extra mit allerlei Nazi-Plunder dekoriert worden war.

Wachsame Antifaschisten hatten gegen diese Provokation sofort beim Landgerichtsbezirk Flensburg wegen der Durchführung einer Versammlung im Sinne der verbotenen Nazi-Partei Anzeige erstattet. Die Staatsanwaltschaft sah diesen Tatbestand aber nicht als gegeben an. Sie ermittelt lediglich gegen den Wirt und einen Barkeeper wegen der „Verwendung verbotener nationalsozialistischer Kennzeichen" (Hakenkreuz). Die Zusammenrottung selbst sei – so erklärte jetzt die Staatsanwaltschaft – *„eher ein Gag (!) junger Leute."* Keineswegs habe es sich um eine rechtsradikale Gruppe gehandelt. Im Grunde sei auch die Verwendung von Nazi-Symbolen *„scherzhaft"* gewesen. Wenn jetzt dennoch immerhin in diesem Punkt „ermittelt" wird, dann wohl eher, um den Nazis einen Tip zu geben, in Zukunft bei derartigen Vorhaben die Hakenkreuzfahne eingerollt zu lassen. Damit es nicht zu witzig wird. Die Methode, faschistische Aktivitäten juristisch zu decken und die Faschisten als harmlos, Spinner oder Witzbolde hinzustellen, kann dadurch keineswegs verdeckt werden.

Hüten wir uns vor solchen „Witzbolden" und vor denen, die ihnen ungehindertes Auftreten verschaffen! •

KB/Gruppe Felnsburg

ungehindertes Auftreten verschaffen! •

KB/Gruppe Felnsburg

Anzeige 74 Seiten 3,- DM

KBW : Erst KB-Plakate überklebt – dann „tätige Reue"

Was nicht in unsere Köpfe geht, wird übergekleistert. – Nach diesem Motto offenbar rührten einige KBWler ihren Leim an und überklebten eine Reihe von Chile-Plakaten des KB in Hamburg-St.Georg mit ihren eigenen Plakaten. Nun ist es ja nichts Neues, daß der KBW mit allerhand Tricks und unsauberen Methoden überall seine Art „politischer Auseinandersetzung" zu betreiben versucht: In Bremen z.B. versuchten KBW-Vögel unsere Genossen beim ARBEITERKAMPF-Verkauf zu behindern, indem sie erklärten: Bremen sei schließlich KBW-Territorium und da hätten wir uns mit dem ARBEITERKAMPF nicht einzumischen und unseren Genossen Prügel androhten. Unsere Genossen ließen sich jedoch nicht einschüchtern; Prügel und „territorialer Anspruch" blieben leere Worte.

Solche Methoden der politischen Unterdrückung und Erpressung kann man nur massiv begegnen. So stellten dann auch einige Genossen des KB in Hamburg die Plakat-Überkleber zur Rede. Offensichtlich überrascht, versuchten sie abzuwiegeln: „Ja, ja, das ist wohl nicht richtig, aber laßt uns die Sache doch in Ruhe diskutieren". Nachdem wir aber zum Ausdruck brachten, daß es uns nicht darum ginge, lange zu „diskutieren", verlegten sich die KBWler auf „Bild"-Zeitungsjargon: „Mit solchen Rockermethoden erreicht ihr überhaupt nichts!", was einen Genossen veranlaßte, diese Anmacherei mit einer (leichten) Ohrfeige zu beantworten. Das genügte, um die versammelte KBW-Mannschaft zur Einsicht zu bringen. So geläutert, war es dann auch kein großer Schritt mehr, eigenhändig die Plakate abermals, unter Aufsicht unserer Genossen, zu überkleben – mit den ursprünglichen Plakaten. Selbstverständlich fehlte der Bote nicht, diese ungeheure Begebenheit seiner Ortsleitung zu melden. Man kann nur hoffen, daß sie in den allgemeinen Läuterungsprozeß, bezüglich der Frage Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse, mit einbezogen wurde. •

Ein Genosse aus St.Georg

Strauß, seine alten und neuen Freunde und die „vierte Partei"

Man kann verschiedene Sorten von rechtsradikalen Strauß-Anhängern ausmachen. Es gibt da etwa den Mülheimer Großhändler Kurt Meyer, der am 9. November die „Deutsche Soziale Union" gründen will. Leute wie Meyer haben in erster Linie die Aufgabe, die „Rezepte" zu erproben, die von Strauß und anderen faschistischen Schreibtischtätern ausgeklügelt werden. Dabei braucht es nicht immer direkte oder ununterbrochen summende Drähte zu Strauß zu geben. Es reicht die grundsätzliche Übereinstimmung mit den faschistischen Grundpositionen der Strauß-Partei und eine Tätigkeit, die in der Hauptrichtung der Straußschen Expansionspläne liegt. Insbesondere die Geheimhaltung direkter Drähte hat für Strauß den Vorteil größerer taktischer Beweglichkeit gegenüber seinen Konkurrenten in der CDU. Steht er doch nach außen als „loyaler Mitstreiter" von Kohl & Co. da, kann andererseits aber den wachsenden Einfluß seiner V-Leute in der CDU noch dadurch verstärken, daß er den Druck von rechts durch eine Vielzahl mit ihm sympathisierender Gruppen ausüben läßt.

Des weiteren ist Strauß seit Jahren dabei, innerhalb der Bourgeoisie selbst ein festes Netz von Förderern und Aktivisten aufzubauen, die ihrerseits wieder Kreaturen in ihre Dienste stellen usw. Die Verfilzungen dieses riesigen faschistischen Klüngels zwischen Bourgeoisie, Staatsapparat und rechten bürgerlichen Politikern sind schier unübersehbar.

Über einige Propaganda-Stoßtrupps und ihre Hintermänner, die nur scheinbar getrennt marschieren und die die gemeinsame Absicht zusammenhält, die Arbeiterklasse unter allen Umständen niederzuschlagen (BFD, KDK usw.), berichteten wir im letzten AK. Über die neueste Pro-CSU-Gründung „DSU" und sehr aufschlußreiche aktive Verbindungen von Strauß zu faschistischen Pogrom- und Hetz-Profis berichtet dieser Artikel.

Von den „CSU-Freundeskreisen" zur „Deutschen Sozialen Union"

Bereits in den sechziger Jahren hatte F.J. *Strauß* die Herausbildung einer politischen Strömung rechts von der CDU ins Auge gefaßt und mit verschiedenen „Testballons" sowohl die Tragfähigkeit einer Art Bundes-CSU wie auch die öffentliche „Stimmung" zu diesem Vorhaben geprüft. Zu diesen Versuchen sind die berüchtigten „CSU-Freundeskreise" zu zählen, denen solche gestandenen faschistischen Provoka-

Bundes-CSU wie auch die öffentliche „Stimmung" zu diesem Vorhaben geprüft. Zu diesen Versuchen sind die berüchtigten „CSU-Freundeskreise" zu zählen, denen solche

gestandenen faschistischen Provokateure wie Professor Rubin angehörten, der sich seinerzeit mit Hammer und Meißel an der Berliner „Mauer" zu schaffen machte und (zusammen mit dem Faschisten Rieger, ebenfalls dem „CSU-Freundeskreis" zugehörig) seine eigene Entführung durch Anarchisten vortäuschte, um für die politische Rechte Stimmung zu machen.

Zu den organisatorischen „Testballons" muß man auch die *„Nationalliberale Aktion"* des Siegfried *Zoglmann* zählen. Zoglmann war einer jener FDP-Rechten, die zur Zeit der ersten SPD/FDP-Regierung unter spektakulärem Gebrüll der Reaktion die FDP verließ und mit Unterstützung von überall im Bundesgebiet wühlenden Strauß-Sympathisanten die „NLA" gründete.

Ebenfalls in diese Reihe gehört die 1972 gegründete *„Deutsche Union"*, ein Zusammenschluß solcher politischer Figuren, denen die SPD als „kommunistisch unterwandert" und die CDU als von „reformerischem Ungeist" verdorben erscheint.

In AK 50 hatten wir bereits den Mülheimer Getränkegroßhändler *Kurt Meyer* erwähnt, der in Nordrhein-Westfalen seit längerem einen *„Aktionsausschuß für die Zusammenarbeit mit der CSU"* betrieben hatte. Dieser Meyer ist als Ex-FDP-Mitglied zunächst Geschäftsführer der "NLA", dann Vorstandsmitglied der „Deutschen Union" gewesen. Folgerichtig sollen die dort gewonnenen Erfahrungen nun münden in die Gründung der *„Deutschen Sozialen Union" (DSU)*. Laut „Spiegel" (7.10.) will Meyer das „Grundsatzprogramm" der CSU übernehmen. Zu den NRW-Landtagswahlen im Mai nächsten Jahres soll die DSU bereits kandidieren. Der Gründungstag der DSU ist übrigens der 9. November, derselbe Tag, an dem im Jahre 1923 Hitler mit seiner Gefolgschaft zur Feldherrnhalle marschierte.

Die verborgenen Freunde: alles alte Faschisten

Meyer gehört ebenso wie *Fritz Schenk*/BFD oder *Fritz Harth*/KDK (vgl. AK 50) zur Gruppe der politischen Organisatoren der Rechten, die zumindest halb im Licht der Öffentlichkeit stehen. Strauß hat freilich auch Freunde ganz anderer Art, vom finanziellen Förderer bis zum ausgebufften Propaganda-Profi, deren gemeinsames Kennzeichen darin besteht, daß sie verdeckt arbeiten bzw. über Tarnorganisationen in die Öffentlichkeit wirken.

Kapitalist *Fritz Ries*, wohnhaft im Parkhotel Frankenthal (Rheinland-Pfalz) ist Besitzer der *„Pegulan Teppichboden GmbH"*. Eine Tochtergesellschaft von Pegulan trägt den Namen *„Dyna-Plastik-Werk GmbH"*; an ihr ist *Strauß' Ehefrau Marianne* mit 10 Prozent beteiligt.

Ries hat jahrzehntelange Erfahrungen als Ausbeuter. Während des Zweiten Weltkrieges ließ dieser Mann, dem von den Naziführern die Eignung zum Gestapo-Agenten bescheinigt worden war, in den besetzten Ostgebieten polnische und russische Zwangsarbeiter Gummiwaren herstellen. Dank seiner Beziehungen zu Spitzen-Nazis konnte er bei Kriegsende einen großen Teil seines bestialisch erpreßten Reichtums nach dem Westen schaffen. 1967 erhielt Ries das Große Bundesverdienstkreuz, 1972 „in Anerkennung seiner unternehmerischen Leistung und seines Engagements für die Gesellschaft" den dazugehörigen Stern.

Der ewige Jude

Der ewige Jude

Ein Dokumentarfilm über das Weltjudentum

Nach einer Idee von Dr. E. Taubert

Gestaltung: Fritz Hippler / Musik: Franz R. Friedl / Kamera: A. Endrejat / A. Hafner / R. Hartmann / F. C. Heere / H. Kluth / E. Stoll / H. Winterfeld

Schnitt: Hans-Dieter Schiller / Albert Baumeister

Herstellung und Vertrieb

Deutsche Filmherstellungs- und Verwertungs-Gesellschaft m.b.H.

Titelplakat eines der infamsten rassistischen Hetzfilme, die die Nazi-Propaganda hervorgebracht hat. Texter: der heutige Strauß-Freund Taubert.

Dieser Erzfaschist ist einer der Kristallisationspunkte innerhalb der Bourgeoisie und der politischen Rechten. Der „Stern" (3.10.) schreibt hierzu: *„In der alphabetischen Gästeliste steht als erster Dr. Wolfgang Bernhardt, langjähriger Generalbevollmächtigter der Flick KG, jetzt in der gleichen Funktion im Korf-Konzern, als letzter Dr. Friedrich Zimmermann, skandalgeprüfter Intimus des CSU-Vorsitzenden F. J. Strauß. Zwei Namen fehlen selten: die des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl und des CSU-Vorsitzenden F. J. Strauß."*

Der seltsame „Rechtsberater"

Fritz Ries beschäftigt in seinem Konzern u. a. einen Mann namens *Eberhard Taubert*, der offiziell als „Rechtsberater" des Pegulan-Konzerns auftritt. Seine Vergangenheit hat diesen Mann offenbar für Dienste qualifiziert, wie Ries sie braucht: Taubert war seinerzeit im Goebbels-Ministerium verantwortlich für die Progromhetze gegen die Juden, als Mitglied von Freislers Blutgerichtshof beteiligt an Todesurteilen; seit 1942 Propagandachef des „Generalreferats Ostraum" – jenem Gebiet, in dem Ries Zwangsarbeiter bis aufs Mark ausspreßte.

1940 war von der Nazi-Propaganda ein Film mit dem Titel „Der ewige Jude" in Umlauf gebracht worden, der auf die „Endlösung der Judenfrage" vorbereiten sollte. Idee und Manuskript dieses Films stammen von Taubert. Eine Textprobe aus diesem ekelerregenden Machwerk: *„Die Ratten begleiten als Schmarotzer den Menschen von seinen Anfängen an. Sie sind hinterlistig, feige und grausam. Sie stellen unter den Tieren das Element der heimtückischen, unterirdischen Zerstörung dar. Nicht anders als die Juden unter den Menschen."*

Taubert rettete seine Haut bei Kriegsende durch Flucht nach Afrika. Anfang der fünfziger Jahre trat er bereits wieder politisch auf: als Sprecher der faschistischen und antikommunistischen Tarnorganisation *„Volksbund für Frieden und Freiheit"*, die damals vom *„Gesamtdeutschen Ministerium"* finanziell ausgehalten wurde. 1955 mußte Taubert den „Volksbund" nach einer Enthüllungskampagne der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland" verlassen – natürlich nicht ohne großzügige Abfindung.

1958 diente Taubert dann Strauß als „Berater" im Rüstungsministerium, dem er spätestens von da ab stets gute Dienste erwies.

Der Freund des „Rechtsberaters"

Ein alter Freund Tauberts trägt den Namen *Hugo Wellems*. Der war im Krieg – als Untergebener Tauberts – Chef des NS-Propagandaamtes für Litauen. Wie Taubert war Nazi-Verbrecher Wellems nach dem militärischen Zusammenbruch des Nazi-Reiches ungeschoren davongekommen.

In den fünfziger Jahren leitete Wellems die rechtsradikale Wochenzeitung *„Das deutsche Wort"*. Wellems ließ seinen alten Freund Taubert, kaum daß die mehrjährig unterbrochene Verbindung wieder geknüpft war, unter Decknamen in seinem Blatt für neue faschistische Abenteuer werben.

Taubert seinerseits, geübt im Anzapfen von Steuergeldern und ausgestattet mit besten Verbindungen zu „alten Kameraden" in den höchsten Regierungsstellen, ließ das rechte Hetzblatt aus dem sogenannten „Reptilienfonds" finanzieren. Es handelt sich hierbei um einen Geheimfond der Regierung, über dessen Verwendung keinerlei Rechenschaft abgelegt zu werden braucht. Verwaltet wurde dieser Fonds damals von Adenauer-Staatssekretär *Hans Globke*, berüchtigt als Kommentator der Nürnberger „Rassengesetze", die die „Endlösung", den Massenmord an den Juden „juristisch" einleiteten.

Wie immer dabei: Strauß

Bei einem Unternehmen wie dem „Deutschen Wort" konnte einer nicht fehlen: Strauß. Der finanzierte, vermittelt von Taubert, das Hetzblatt ebenfalls – aus Mitteln des Rüstungsetats. Strauß ließ einen Teil der Auflage aufkaufen und kostenlos verteilen. 1000 Freiexemplare gingen regelmäßig an den bereits erwähnten „Volksbund", dem vormals Taubert vorgestanden hatte.



Das Faschistengespann Taubert (links) und Wellems: früher für Hitler, heute für Strauß

Als 1958 die Unterstützung des „Deutschen Worts" aus zwei Regierungsstellen bekannt wurde, gab es – wie nicht anders zu erwarten – eine Lösung „unter Freunden": der monatliche Betrag aus dem „Reptilienfonds" wurde einfach um 10.000 DM erhöht ...

Nachdem Strauß im Bundestag in der „Opposition" stand, plante er, das Taubert-Wellems-Blatt zu seinem Organ außerhalb Bayerns zu machen und damit die Gründung einer Bundes-CSU vorzubereiten. Der „Stern" (3.10.) zitiert einen Tau-

das Taubert-Wellems-Blatt zu seinem Organ außerhalb Bayerns zu machen und damit die Gründung einer Bundes-CSU vorzubereiten. Der „Stern" (3.10.) zitiert einen Tau-

bert-Brief vom Dezember 1970 an Strauß: *„In unserem kurzen Gespräch in Frankenthal am 6.6. bestand Übereinstimmung, das Blatt zu Ihrem Organ nördlich des Mains zu entwickeln. Ich habe Sie auch so verstanden, daß es besser sei, ‚Das Deutsche Wort' nicht einfach zur Filiale des ‚Bayernkurier' zu machen, sondern die Zusammenarbeit geheimzuhalten."*

Die CDU / CSU-Wahlniederlage 1972 brachte Strauß dazu, die Gewichte in der politischen „Stützpunktbildung" außerhalb Bayerns anders zu verteilen und er ließ „Das Deutsche Wort" fallen. Andere bis dahin tatkräftige Finanziers wie Pegulan-Ries und *Horst Bentz*, durch üble Schikanen bekannter *Inhaber des Melitta-Werks* (natürlich alter SS-Mann), sperrten ebenfalls die Unterstützung und ließen das Blatt dann im letzten Jahr einstellen.

Wellems sattelte sofort um auf die Chefredaktion des *„Ostpreußen-Blatts"* und propagiert seitdem von dort aus die Bundes-CSU. Zugleich arbeitet er dort ideologisch an der Reinwaschung des Nationalsozialismus. Der „Stern" hierzu: *„Für alles Übel des Dritten Reiches sei Martin Bormann verantwortlich, und der stehe ja im Verdacht, ein Agent Moskaus gewesen zu sein."*

Springer hilft auf seine Art

Sein vorläufiges Paradestück leistete sich das Faschistengespann Taubert-Wellems zu den Bundestagswahlen 1972. Wellems war Gründer und Leiter einer *„Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e. V."*, die vom Kapital dick mit steuerabzugsfähigen Spenden geschmiert wurde.

Aufschlußreich, welche Freunde dieser Verein hatte – z. B. den früheren **Chef des Bundes-„Verfassungsschutzes *Hubert Schrübbers***, unter Hitler Staatsanwalt für politische Strafverfahren. Schrübbers 1965 in einem Brief an Wellems: *„Ich darf Sie versichern, daß mich die Arbeit Ihrer Gesellschaft außerordentlich interessiert und ich gern an einer Ihrer nächsten Veranstaltungen als stiller Zuhörer teilnehme."*

Über diese zwielichtige „Gesellschaft" lief 1972 ein großer Teil jener Millionengelder, mit denen die rechtsradikalen und antikommunistischen Anzeigenkampagnen der Pseudo-„Wählerinitiativen" der CDU/CSU finanziert wurden.



Strauß-Statthalter Meyer: mit der „DSU" in Nordrhein-Westfalen gegen die Arbeiter

Natürlich fehlte hier auch **Springer** nicht. Dieser vorgebliche „Judenfreund" (in Wahrheit Freund von alten Antisemiten und Judenhassern, ebenso wie von Zionisten wie Dayan etc.) stellte den Altfaschisten *Paul Schmidt* (Journalistenname: *Paul Carell*) als Cheftexter für seine Anzeigenkampagnen frei, die dann von solchen Agenturen wie dem Wellems-Taubert-Tarnverein finanziert und organisiert wurden.

Paul Schmidt ist ein alter Bekannter der beiden: **als SS-Obersturmbannführer und Hetzpropagandist im Außenministerium war er maßgeblich an Judenpogromen auf dem Balkan beteiligt.** ●

KAG Göttingen

Volksverhetzung! – aber „keine feststellbaren Folgen"

Vor einiger Zeit erschien in einer großen Illustrierten eine Serie über Ehen zwischen Weißen und Schwarzen in der Bundesrepublik.

Bei manchen Illustrierten ist es sehr beliebt, „heiße Eisen" aufzugreifen. Die rassistischen Vorurteile gegen Afrikaner und besonders gegen „Mischehen" sind von der bürgerlichen Presse immer wieder geschürt worden, z.B. durch Berichte über das Leben farbiger Soldaten in der Bundesrepublik und exotische Schilderungen aus der Dritten Welt.

So wurde z.B. der Prozeß gegen vier Ghanesen, die eine Frau in Hamburg vergewaltigt hatten, zum Presseschlager, auch wenn unter fortschrittlichem Anstrich über dieses Problem in der Illustrierten berichtet wurde, so zeigt allein schon das Titelfoto, daß hier der vorhandene Rassismus zur Steigerung der Auflage benutzt wurde. Die Illustrierte erhielt dann auch prompt die zur Fortführung der Diskussion gewünschten Leserbriefe:

„....die gierige schwarze Pranke auf der weißen Haut zeigt in erfreulich anschaulicher Weise, wie unästhetisch eine solche perverse Verbindung ist. Diese abstoßende Brutalität, Primitivität und absolute Kulturlosigkeit im Gesichtsausdruck dieser Unterentwickelten".

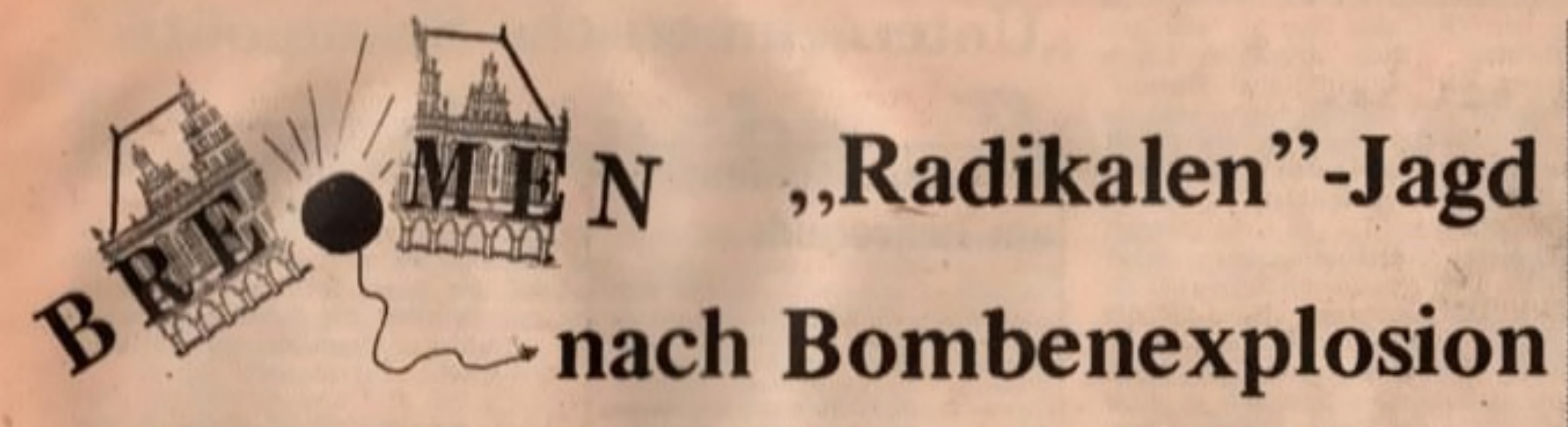
Dieser faschistische Leserbriefschreiber wurde in einem ersten Prozeß wegen Volksverhetzung zu DM 1.500,- Geldstrafe verurteilt. Der verantwortliche Redakteur wurde nicht belangt, da seine (kapitalistische) Pressefreiheit darin besteht, auch faschistische Leserbriefe abzudrucken. Der Leserbriefschreiber sah wiederum seine (faschistische) Meinungsfreiheit bedroht. Er ging in die Berufung. Die Justiz verstand ihre Unabhängigkeit darin, den Faschisten von der Anklage der Volksverhetzung freizusprechen, weil *„das bösartige Gekläff des Angeklagten keine feststellbaren Folgen gehabt"* habe.

Die „Hamburger Morgenpost", die über den Prozeß berichtete, beteiligt sich ebenfalls an der Verharmlosung des „ewig gestrigen Kläffers".

Derartige Volksverhetzung hat selbstverständlich die angestrebten „feststellbaren Folgen", nämlich Verstärkung des Rassismus und der Meinung, daß Faschisten als „Ewiggestrige" der Vergangenheit angehören.

Da diese ideologischen Auswirkungen als nicht feststellbar betrachtet wurden, ist es offenbar die eigentliche Absicht, das Volk soweit zu verhetzen, bis es zu Lynchjustiz und Pogromen kommt. ●

Bezirksorganisation Altona/ KB-Gruppe Hamburg



„Radikalen"-Jagd nach Bombenexplosion

Am Montag, dem 7.10., explodierte in einer Bremer Wohnung ein selbstgebastelter Sprengsatz. Zwei angebliche Anarchisten (die bürgerlichen Zeitungen schreiben von einer „Nachfolgeorganisation der Baader-Meinhof-Gruppe") verließen fluchtartig die Wohnung. Einer von ihnen wurde nach kurzer Verfolgungsjagd durch einen Bereitschaftspolizisten in Zivil gefaßt. Der andere konnte entkommen.

Eingeläutet wurde diese neue Welle der Jagd auf „Radikale und Anarchisten" schon in den letzten Wochen durch sich häufende Meldungen von angeblichen, allerdings meist mißglückten Anschlägen. In den Meldungen der bürgerlichen Presse werden nun eine ganze Reihe solcher Anschläge in den Zusammenhang mit den Bremer Ereignisse gebracht: Außer dem mißglückten Anschlag auf den Hamburger Innensenator Kluge sind das Anschläge auf den Hamburger Gefängnisarzt Mairose, zwei Banküberfälle in Hamburg, ein Anschlag auf die Hamburger Justizbehörde im Februar, ein weiterer auf den Sitz der Bundesvereinigung der Deutschen Industrie (BDI) in Köln und eine Drohung gegen Flughäfen oder das Gefängnis in Hamburg-Fuhlsbüttel. Nach dem 7.10. ging es dann prompt weiter: in Frankfurt wurden im Shell-Hochhaus, in der Zentrale der „Avis"-Autovermietung (bis vor kurzem Tochterfirma des berüchtigten ITT-Konzerns, der am Putsch in Chile beteiligt war), zwei 10-Kilo-Bomben entdeckt. In zahlreichen Bremer Kaufhäusern gingen Bombenwarnungen ein. So war auch stets in den bürgerlichen Zeitungen die Rede von „massenwirksamen" Zielen, wie Kaufhäusern. Um die Hetzjagd zu vervollständigen, meldete der Bremer Kriminaldirektor Meyer: *„Wenn die erst richtig losgelegt hätten, wären Menschenleben in Gefahr gewesen."*



In der Woche nach dem 7.10. überschlugen sich die Bremer Zeitungen „Bremer-Nachrichten" und „Weser-Kurier" mit Balkenüberschriften wie: **„Wo sind noch Anarchisten-Quartiere? "** („BN" 9.10.) oder **„Die Bomben sollten am Dienstag hochgehen"** („WK" 10.10.). Die Bevölkerung wurde täglich um Mithilfe gebeten, d. h. zur Bespitzelung aufgefordert. Besonders junge Leute, die in der letzten Zeit Wohnungen oder Wochenendhäuser gemietet haben, sind „verdächtig". Erkennungszeichen: Höfliches Auftreten, gepflegter Eindruck und Mietvorauszahlung!

Die Bremer Kaufhäuser wurden mehrmals geräumt, und in der Wohnung, in der der Brandsatz vorzeitig hochging, wurde angeblich eine Schrift mit dem Titel: „Kleine Anschlagsstrategie für Norddeutschland" gefunden. In dieser Schrift soll die Rede sein von geplanten Anschlägen in Bremen, Hannover, Kiel und Hamburg. Zitat aus dieser ominösen Schrift: *„Bremen: Dienstag vormittag in den Kaufhäusern ... jeweils zwei Brandsätze installieren. Es müssen Taschenbrandsätze mit Säurezündern sein, die spätestens nach einer halben Stunde zünden".* Die Anschläge sollten sich gegen drei Kaufhäuser und ein Konsulat richten.



Ein gewisser Praus, Leiter des 10. Kommissariats (Politische Polizei) erklärt gegenüber dem „Weser-Kurier" (9.10.): *„Man muß davon ausgehen, daß noch mehr Sprengstoff vorhanden ist. Auch in Bremen".*

Im Rahmen dieser Hetzjagd wurden in Hamburg 19 Wohnungen, angebliche „Anarchistennester", durchsucht. In Bremen gab es Hausdurchsuchungen, besonders von Wohngemeinschaften; wie wir erfahren haben, auch Wohnungen von Genossen des KBW.

Am 11.10. wurde an der Universitätsbaustelle eine Großrazzia durchgeführt. Man entblödete sich nicht zu erklären, die Razzia richte sich gegen die Diebe von Baustellenmaterial. 80 Bullen sperrten die vier Ausfahrtsstraßen der Uni ab und durchsuchten die Wagen.

Die Existenz einer Handvoll Anarchisten (in Bremen soll es davon zehn geben!) wird dafür genutzt, die Ideologie der „wehrhaften Demokratie" in der Bevölkerung zu verankern. Dahinter stehen die längerfristigen Ziele der westdeutschen Kapitalisten: die Faschisierung von Staat und Gesellschaft als Voraussetzung ihrer aggressiven Ziele! ●

Sympathisantengruppe des KB in Bremen

Forts. juristische Schikane

Aber „abgerichtet" wurde der Todesschütze darauf nicht? ...

Der Vernehmungsrichter interessierte sich übrigens offenbar gar nicht für die Sache, sondern dafür, ob Kai Ehlers den Artikel s e l b s t geschrieben habe ... oder wer sonst der Verfasser sei ...

Da der Richter auf diesen dreisten Vorstoß natürlich keine Antwort bekam, erklärte er, nunmehr müsse mit einer Anklageerhebung seitens der Polizeibehörde gerechnet werden.

Die Polizei ist offenbar in besonderem Maße bemüht, gegen Kritik an ihren Praktiken juristisch vorzugehen. Sie setzt dort an, wo entweder brutale Polizeimethoden beim Namen genannt werden, oder wo die Rolle der Polizei und speziell der „Sondereinheiten" wie MEK, als Instrument der Bourgeoisie aufgezeigt wird – wo gezeigt wird, daß dies im „Ernstfall" eben den „Todesschuß" bedeutet, der unter verschärften Umständen auch zum „Todesschuß" auf Arbeiter werden kann, die um ihre politischen und wirtschaftlichen Rechte kämpfen (siehe Chile, siehe Deutschland unter dem Faschismus usw.).

Gerade w e g e n dieser objektiven Rolle ist die Polizei in besonderem Maß bemüht, ihr ohnehin nicht glänzendes Ansehen in der Bevölkerung nicht noch weiter sinken zu lassen; deshalb das juristische Vorgehen gegen kritische Darstellungen der Polizei, wie in den beiden genannten Fällen.

Es ist nämlich klar, daß die Polizeibehörde solche Prozesse finanziell viel besser durchstehen kann als die kommunistische Presse – selbst wenn die Polizei einmal wider Erwarten bei einem Richter „an den Falschen" geraten und einen Prozess in den Sand setzen sollte.

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, mit welchem Eifer die Polizei gegen verschiedene Zeitungen mit Beschlagnahmungen und Verhaftung von Verkäufern vorging („Roter Morgen" der „KPD/ML" vor allem, aber auch „Rote Fahne" der „KPD" und sogar die „KVZ" des KBW), die über den Tod des Arbeiters Günther Routhier berichtet hatten (G. Routhier starb an den Folgen einer Verletzung, die er während eines Polizeieinsatzes zur „Räumung" eines Gerichtssaals erlitten hatte; er war Sympathisant der „KPD/ML").

Hier wurde – zumal die bürgerliche Presse den Vorfall wie auf Kommando totschwieg! – direkt versucht, die Verbreitung der Wahrheit über den Tod von Günther Routhier zu unterdrücken.

Im Mai hatte Kai Ehlers bereits mehrere polizeiliche Vorladungen erhalten wegen „Sachbeschädigung" etc. Hierbei geht es um das „illegale" Kleben von Plakaten zum 1. Mai. Einige Firmen haben darüber hinaus von sich aus Rechnungen für das „Reinigen" von Wänden etc. geschickt. Außerdem bekam Genosse Ehlers polizeiliche Vorladungen wegen irgendeiner nicht näher bezeichneten „Verleumdung und Beleidigung (7.3.74), und wegen einer weiteren „Beleidigung", die angeblich im Maiaufruf des KB enhalten sein soll (20.5.74).

Versuche wie dieser werden zukünftig sicher noch zunehmen. Die Bourgeoisie begleitet ihre Bestrebungen, die Kommunisten zu isolieren („Abgrenzungsbeschlüsse" bei SPD, DGB, DKP; Berufsverbote; Maßnahmen gegen konsequente Demokraten, die zur Zusammenarbeit auch mit Kommunisten bereit sind) und schrittweise in die „Illegalität" abzudrängen auch mit Versuchen, uns einerseits finanziell auszuplündern und andererseits (aus Angst vor weiteren Geldstrafen) uns einzuschüchtern.

Dieser Absicht ist nur durch die Entwicklung einer breiten Solidaritätsfront für die Verteidigung der Meinungsfreiheit und Pressefreiheit zu begegnen. ●

Anarchisten in Darmstadt

Leserbrief

Am 26. August überfiel ein Großaufgebot der Polizei die Wohnung der Familie Buchholz und schleppte den Genossen Siegfried ins Gefängnis. Der gegen ihn erhobene „RAF"-Vorwurf wurde mit keinem einzigen Indiz begründet. Obwohl alle Schlüssel da sind, werden die Dachkammern der übrigen Hausbewohner aufgebrochen, wird im Keller ein tiefes Loch gebuddelt – gefunden wird nichts. Drei weitere Genossen, Gäste bei Familie Buchholz, werden in einem Park aufgegriffen und verhaftet. Die schwangere Genossin Geli Buchholz wird zum Glück verschont.

Aus Mangel an Beweisen – die man ja erst bei dem Überfall zu finden hoffte – wird eine mehrwöchige Hetzkampagne in der Presse gestartet mit Bildern und Personalien der Betroffenen, um von der Bevölkerung „Hinweise" zu bekommen. Nachdem auch das nichts fruchtet kann endlich Polizeichef Hofmann der Presse die frohe Botschaft bringen: *„Mit dem Tätigwerden dieser Anwälte wissen wir, daß wir die richtigen gefaßt haben."* Daß Genosse Buchholz von einem linken Anwalt verteidigt wird (hätte er zu einem rechten gehen sollen?) soll also als „Beweis" herhalten! Der Haftprüfungstermin wird Woche um Woche verschoben.

Genossen, Siggi leidet an einer schweren Krankheit (Bechterewsche Krankheit), bekommt zwar Medikamente, nicht aber die lebenswichtigen Bäder, Massagen und ein Spezialbett. Er sitzt wie alle anderen in Isolierhaft, weil er nicht „geständig" ist (was soll einer gestehen, der nichts getan hat?). Wie schwer seine Gesundheit und wie sehr sein Leben bewußt und systematisch ruiniert werden, wird erst die Zukunft zeigen. Katharina Hammerschmidt behielt man so lange im Knast, bis ihre Krebsgeschwulst nicht mehr operiert werden konnte; im Mannheimer Knast erstickte ein Häftling an einem Asthmaanfall, weil er keine Medikamente bekam – ein verantwortlicher Politiker sagte „er sei eines natürlichen Todes gestorben".

Genossen, Siggi braucht ärztliche Fürsorge und seine schwangere Frau braucht ihren Mann zuhause. Schreibt Solidaritätsbriefe an den Genossen und verlangt vom Haftrichter die sofortige Freilassung: An den Haftrichter der JVA 61 Darmstadt-Eberstadt, Marienburger Str. 74 und an Siegfried Buchholz, gleiche Adresse!

Freiheit für die Darmstädter Genossen, Freiheit für alle Gefangenen! Schluß mit dem Justiz- und Polizeiterror! ●

Genossen aus Darmstadt

Disziplinierung anti-militaristischer Kräfte in der Bundeswehr

In allen gesellschaftlichen Bereichen beobachten wir eine verstärkte Verfolgung fortschrittlicher und oppositioneller Kräfte. Immer deutlicher zeigt sich der Krisencharakter des kapitalistischen Systems, was für die Bourgeoisie und ihre Lakaien natürlich Anlaß genug ist, gezielt gegen jede sich bildende Kritik vorzugehen, um präventiv alle Ansätze breiterer oppositioneller Aktivitäten zu zerschlagen.

Der ehemalige Gefreite Klaus Oellerer aus der Prinz-Albrecht-Kaserne wurde wegen Wehrkraftzersetzung angeklagt und wird demnächst vor Gericht gestellt.

Er hat im Ausschuß „Kampf dem BRD-Imperialismus und Militarismus" mitgearbeitet, der durch Flugblätter, Wandparolen und Aufkleber u.a. aufzeigte:

- daß die BRD Rüstungsmaterial an Portugal liefert;
- daß Offiziere faschistischer Länder in der Bundeswehr ausgebildet werden;
- daß die Bundeswehr Bürgerkriegsmanöver durchführt.

Weiterhin hat er mit Kollegen in der Kaserne militaristische Fragenkomplexe, wie z.B. den Vietnamkrieg, diskutiert. Gegen ihn wurde mit geradezu faschistischen Methoden vorgegangen: Er wurde von MAD-Leuten beschattet. Nachbarn von ihm wurden tags- und nachtsüber belästigt, seine Freundin von MAD-Spitzeln angepöbelt.

Gegen Klaus Oellerer und weitere 17 Bundeswehrsoldaten wurde ermittelt, aber nur gegen K.O. wird der Prozeß vorbereitet. Ihm wird vorgeworfen, fortgesetzt und planmäßig „Wehrkraftzersetzung" betrieben und vorsätzlich und rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt zu haben.

Zitat aus der Anklageschrift:... *„in Übereinstimmung mit den Zielen des KJV, der Jugendorganisation der maoistischen KPD als dessen Mitglied oder Sympathisant gehandelt zu haben und dabei das Ziel verfolgte, die Bundeswehr als Organ zum Schutz der BRD zu zersetzen und die freiheitlich demokratische Grundordnung durch die bewaffnete Revolution der Arbeiterklasse zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zu beseitigen".*

Auffällig die Analogie des Vorgehens gegen fortschrittliche Kräfte in der Buwe und in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Die Methode, einzelne (zumeist die Initiatoren) herauszugreifen und exemplarisch abzuurteilen, ist genauso simpel wie wirkungsvoll, denn dadurch wird einerseits ein abschreckendes Exempel statuiert und andererseits durch die Illegalisierung oppositioneller Organisationen die Solidarisierung breiterer Bevölkerungsteile verhindert.

Dieser Angriff der Reaktion richtet sich nicht nur gegen K. Oellerer, sondern gegen alle fortschrittlichen Kräfte, die gegen die zunehmende Militarisierung und Faschisierung der Gesellschaft kämpfen.

KPD-Verbot – Notstandsgesetzgebung – Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten des BGS – Vorbeugehaft – Berufsverbote – Gewerkschaftsausschlüsse. Abgefahren ist der Zug in Richtung Faschismus! Aufhalten kann ihn nur noch der gemeinsame Kampf aller anti-faschistischen und anti-militaristischen Kräfte.

Die geplante exemplarische Verurteilung von Klaus O (der Prozeß findet voraussichtlich Ende Oktober statt), kann die Grundlage für weitere Disziplinierungen anti-militaristischer Arbeit in der Buwe sein. ●

Ein KB-Genosse

Bremen

Wieder Verkaufsbehinderungen

Nachdem unsere Zeitungs-Verkäufer schon mehrmals Schikanen der Polizei ausgesetzt waren, entwickeln diese sich in letzter Zeit zu größerem Ausmaß. So wurde der Verkauf an unseren Ständen verboten und diese sind nur noch als Informationstische zugelassen. Am 12.10. gingen die Bullen dann massiert gegen unsere Verkäufer und auch gegen die des KBW vor. Ihre Aktion schien diesmal im wesentlichen noch zur Einschüchterung der Genossen und zur Feststellung ihrer Personalien zu dienen, denn konkrete Einsatzbefehle lagen nicht vor, jeder Bulle handelte auf eigene Faust. So wurde die Bestätigung des Stadt- und Polizeiamtes, daß für unseren Verkauf keine Erlaubnis erforderlich ist, von einigen anerkannt, von anderen dagegen wurde behauptet, die Erlaubnis wäre inzwischen ungültig bzw. zumindestens für diese Straße nicht mehr zutreffend. Einem Verkäufer wurde die Bestätigung sogar wegen „Verdachts auf Urkundenfälschung" (!) abgenommen. Da zwei Verkäufer der „KVZ" keine solche Bestätigung vorlegen konnten, wurden sie zur „Feststellung der Personalien" mitgenommen.

Das Argument eines KBW'lers bei den sich anschließend bildenden Diskussionsgruppen war, daß das Gesetz eben nicht vom Volke sei und der KBW sich deswegen auch nicht daran halten brauche. Als die erhoffte Zustimmung der Massen ausblieb und im Gegenteil die Mehrheit der Passanten die Verkäufer „nach drüben" schikken wollte, begann wieder der nun schon bekannte antikommunistische Mist zu stinken. Verzweifelt versuchten sich die KBW-Genossen selbst bei denen anzubiedern, die ganz offen von Verbot, Verbrennung etc. der Linken geiferten. Anstatt diese Typen in eine Reihe zu stellen mit den konkreten Angriffen auf die Linken und ihre Bekämpfung zu propagieren, stellt sich der KBW mit seinen „Argumenten": „Da ist die gleiche Unterdrükkung wie hier; da gibt es keine Meinungsfreiheit; wir kämpfen für die Freiheit in ganz Deutschland" in eine Reihe mit den Rechten. ●

Ein Metall-Genosse

Religion und Antikommunismus: „Komm lieber Herr Jesus ... ... und hau den Kommunisten die Rübe ein!"

Richard Wurmbrandt ist Pfarrer. Als in Chile die Faschisten die Macht mit einem blutigen Putsch übernahmen, schickte Wurmbrandt folgendes Telegramm an den Oberschlächter Pinochet: *„Gratulation für den Sieg der Freiheit über die atheistische Tyrannei stop Sie waren ein Beispiel für andere Nationen, die von den Roten unterdrückt werden stop Christus lehrte, die Sünde zu hassen, aber die Sünder zu lieben stop Jetzt, wo dem Kommunismus Einhalt geboten wurde, bitten wir darum, daß die Kommunisten belehrt und wieder in Lieb erzogen werden sollten stop Bitte vermeiden Sie neues Blutvergießen stop Möge Gott Ihnen helfen stop."*

Wurmbrand schrieb dieses Telegramm in seiner Eigenschaft als Oberhaupt einer christlichen Sekte, die sich den übelsten Antikommunismus auf die Fahnen geschrieben hat. Diese Sekte, die „Hilfsaktion Märtyrerkirche" versucht vor allen Dingen in sozialistischen und kommunistischen Ländern die Konterrevolution voranzutreiben. Diese Sekte ist die BRD-Filiale einer internationalen Organisation, der „International Mission to the Communist World", die nach eigenen Angaben in 48 Ländern arbeitet.

Die „Hilfsaktion Märtyrerkirche" gibt eine kostenlose Monatszeitung („Stimme der Märtyrer") heraus, die, in teurem Tiefdruck hergestellt, kostenlos an Interessenten abgegeben wird. In der Nummer 3/4/74 schreibt Wurmbrandt: *„Aber Herr, unser Gott! Wir brauchen Dich! Der Kommunismus möchte uns überwältigen und Deine Kriche zerstören . . . In vielen westlichen Ländern besetzten immer wieder streikende Arbeiter Fabriken und begehen Akte der Zerstörung . . . Streikposten, die manchmal aus professionellen Revolutionären bestanden und noch nie in einer Fabrik gearbeitet hatten, hetzten die Masse der Streikenden auf mit Parolen wie: ‚Tötet, tötet, tötet,' und ‚Kapitalisten sind Bastarde' . . ."* Das Pamphlet endet: *„Doch Du* (der „Herrgott" ist gemeint) *mußt kommen, hilf uns, den atheistischen Kommunismus zu überwinden."*

Nach eigenen Angaben schmuggeln die „Märtyrer" jährlich Tausende von Bibeln vor allen Dingen in die Sowjetunion und die VR China, um den Christen dort das Rüstzeug für die Konterrevolution zu geben. Nach Angabe der Sekte schmachten in KZ's in der SU und in der VR China über 30 Millionen Christen. Diese dreckigen Lügen bringt die „International Mission" über 200 Fernsehsendern und in rund 50 Zeitungen in aller Welt an den Mann (auch in Springers „Hamburger Abendblatt" werben die „Märtyrer") – an Geld mangelt es diesen Antikommunisten sicher nicht. Den staatlichen Segen hat sie auch: Das Finanzamt Hagen hat der „Märtyrerkirche" bescheinigt, daß sie allein „mildtätigen Zwecken" dient, und daß deshalb Spenden an diese Sekte von der Steuer abgesetzt werden können. Diese „Stimme der Märtyrer" ist eine sehr offene Stimme der Kapitalisten.

Wie die Feudalherren im Mittelalter ihre „Untertanen" mit Gottesfurcht und Teufelsglaube an die „göttliche Ordnung" des Feudalismus zu ketten versuchte, gelingt es auch heute der Bourgeoisie, Teile der unterdrückten Menschen durch Religion und Aberglaube in „gottgewollter" Abhängigkeit zu halten. Auf den reaktionären Klerus, auf Teufelsaustreiberei, Gabelverbieger und Astrologen kann sich die Bourgeoisie verlassen: Abergläubische Menschen werden von ihnen in Schach gehalten, wie die Wurmbrandt-Jünger es beweisen, lassen sie sich sogar zu den größten Arbeiterfeinden machen, wenn es um die angebliche Verteidigung ihres Glaubens geht. Sie spannen sich vor den Kapitalisten-Karren und erledigen die dreckigsten Geschäfte, sie propagieren den Faschismus, weil dort angeblich in Ruhe an Jesus & Co. geglaubt werden kann. In Friedhofsruhe! •

Wie ein Pastor „seinen" Kindern das Beten beibringen will

Im AK 44 (Religiöse Erziehung - Waffe des Kapitals) berichteten wir schon über einen evangelischen Kindergarten im Lübecker Stadtteil Buntekuh, in dem eine religiöse Erziehung praktiziert werden muß. Damals wurden aber nur „Bibelstunden" für die Erzieherinnen abgehalten und es blieb ihnen überlassen, ob sie sie in die Praxis umsetzten oder nicht. Aber in der letzten Zeit hat sich der Druck auf eine tatsächlich durchgeführte religiöse Erziehung von Seiten der Kirche verstärkt.

Die bisherige „Vorbereitung der religiösen Erziehung" hat nach Meinung des Pastors nicht den gewünschten Erfolg gezeigt. Die „Bibelstunden" seien nichts anderes gewesen als ein „Rumgehacke auf der Religion". **Religiöse Erziehung habe aber nur dann den gewünschten Erfolg, wenn sie ganzheitlich und nicht stündlich praktiziert werde.** Ganzheitlich heißt, die Religion muß in den gesamten Tageslauf des Kindergartens eingebettet und auch mit in die Vorschularbeit aufgenommen werden. Es soll dann nicht nur gebetet, religiöse Lieder gesungen und Spiele gespielt werden, sondern und Spiele gespielt werden, sondern alle Konflikte und Meinungsverschiedenheiten unter und mit den Kindern sollen „im Sinne Gottes" gelöst werden. An einem Beispiel wird deutlich, wie der Pastor sich die religiöse Erziehung im Vorschulbereich denkt: Am Thema „Wasser" soll die Erzieherin baldmöglichst auf die Taufe hinarbeiten, eventuell sogar mit dem Pastor „Taufe spielen". **Hierbei sollen die Kinder lernen, daß wir „Gottes eigen" sind und die Taufe damit zu vergleichen sei, wenn ein Farmer seine Tiere als Eigentum mit Brennzeichen markiert (!).**

Auf schändliche Art und Weise setzen diese Pfaffen gerade da an, wo Kinder Wissensdurst und Neugierde zeigen.

Die Kirche als „Untertanenfabrik"

Das Hauptziel dieser religiösen Erziehung ist nach Aussagen des Pastors „die Hinführung zu Gott"! Es soll den Kindern klargemacht werden, daß Gott eine Macht ist, bei der man sich wohlfühlen, an der man sich orientieren und von der man Hilfe erwarten kann. Die Kinder müssen wissen, *„daß der Mensch ein Sünder ist und ein Gefangener seiner selbst – abhängig von Gott. Daß der Mensch mit seiner Schuld leben kann, und daß Gott immer im rechten Augenblick dem Menschen Gnade erweist, wenn er nur fest daran glaubt."* Auf die Frage einer Erzieherin, ob der Pastor denn wüßte, was aus solchen Menschen werde, die man so erzieht, meinte er: *„Man kann nie wissen, ob es Christen werden; einer kann damit gut leben und einer muß eben darunter leiden, denn es wird schon Gottes Wille sein."*

Die Verschärfung der religiösen Erziehung ist in einem rasanten Tempo vorangetrieben worden. Sie ist ein Angriff auf die Kinder, die zu verschüchterten, gehorsamen Menschen erzogen werden sollen, die in die kapitalistische Gesellschaft passen. Eine solche Erziehung ist aber nicht im Sinne der Arbeiterklasse.

Gleichzeitig bedeutet dieser Angriff auch eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen, die jetzt im verstärkten Maße vom Pastor kontrolliert werden.

Erzieherinnen, die eine religiöse Erziehung nicht planmäßig durchführen wollen, geht es genauso wie Lehrern, die keinen systemkonformen Unterricht an den Schulen gewährleisten – sie werden mit Hilfe des „Extremistenerlasses" aus dem Kindergarten „gesäubert".

In Buntekuh kursieren um diesen Kindergarten unheimliche Gerüchte. Der Kindergarten sei antiautoritär, die Kinder dürften dort machen, was sie wollen – sie seien sich selbst überlassen und das alles mit Billigung der Erzieherinnen, die so etwas auch noch förderten. Tatsächlich wird von den Erzieherinnen ein fortschrittlicher Erziehungsstil durchgeführt, der die Kinder hauptsächlich zu Kritikfähigkeit, Selbständigkeit, zur Regulierung der eigenen Bedürfnisse erzieht.

Solch ein Erziehungskonzept widerspricht aber der Ideologie der Kir- dersprich aber der Ideologie der Kir- che. Sie braucht keine kritikfähigen Menschen, sondern „fromme Lämmer", die alles schlucken und in allem den unerforschlichen „Willen Gottes" sehen.

Gleichzeitig mit der verstärkten religiösen Erziehung wird versucht, systematisch den fortschrittlichen Erziehungsstil abzubauen. Zunehmend werden die Kinder diszipliniert, denn nur mit solchen Kindern wird man nicht die Schlappe erleben, daß die Kinder heute noch, wenn gebetet werden soll, seelenruhig ihr Essen auffüllen und gar nicht auf dieses dumme Geschwätz reagieren.

Die Erzieherinnen müssen ihre Aufgabe jetzt darin sehen, die Eltern in verstärktem Maße über die Verschärfung der religiösen Erziehung aufzuklären und sie damit in den Kampf gegen die Disziplinierung einzubeziehen.

Mehr Kinder – weniger Kindergartenplätze

Die Angriffe auf die proletarischen Kinder erfolgen aber nicht nur ideologisch durch die Einführung der religiösen Erziehung, sondern auch materiell.

Auf die katastrophalen Zustände im Kindergartenbereich im Stadtteil Buntekuh wiesen wir bereits im AK Nr. 44 hin.

Pro Jahr stehen auf den Wartelisten der drei Kindergärten mehr als 60 Kinder, davon können höchstens 25 aufgenommen werden. Die meisten Kinder haben also keine Chance, sie müssen weiter auf der Straße sitzen und dürfen die kaum vorhandenen Spielplätze in Anspruch nehmen. Anstatt nun diese Notsituation zu beheben – neue Kindergärten zu bauen oder die schon vorhandenen mit mehr Personal zu belegen, damit alle Kinder einen Platz bekommen, werden **1973 neue Richtlinien für Jugendwohlfahrtseinrichtungen vom Kultusministerium herausgegeben.** Darin heißt es, jedes Kind hat eine größere Quadratmeterplatzzahl zu beanspruchen (jedes Kind bekommt jetzt 2,5 m2). Beim ersten Hinsehen müßte man denken, endlich ist der Staat zur Vernunft gekommen und tut etwas für unsere Kinder. Aber der Schein trügt, denn weiter heißt es, es sei längerfristig anzustreben, die Gruppenstärke von 25 Kinder auf 20 zu senken. Auf wessen Kosten ist nun der „Fortschritt"?

Das Kultusministerium sieht den Fortschritt darin, daß es eine Entlastung für die Erzieherinnen ist und daß dadurch die pädagogische Arbeit verbessert werden kann; aber in Wirklichkeit bedeutet es eine erhebliche Verschlechterung für die proletarischen Eltern und deren Kinder. **Denn nun werden noch weniger Kinder einen Kindergartenplatz und eine Förderung erhalten, da nicht daran gedacht wird, mehr Kindergärten zu bauen.**

Kirche meint: Kinderförderung noch „zu individuell"

In dem bereits erwähnten evangeli-
In dem bereits erwähnten evangelischen Kindergarten hat der Pastor für diese Zeit bereits im voraus geplant – 15 Kinder weniger bedeutet auch gleich eine finanzielle Verschlechterung für den Kindergarten. Aus diesem Grund strebt er eine zweite Nachmittagsgruppe im Kindergarten an: Aber nicht mit einer neueingestellten Erzieherin; sondern eine von den drei Erzieherinnen, die schon am Vormittag eine Gruppe von 25 Kindern zu betreuen haben, sollte diese Gruppe noch zusätzlich übernehmen. Die Erzieherinnen lehnten geschlossen das Vorhaben des Pastors ab, mit der Begründung, daß sie am Vormittag schon dermaßen physisch und psychisch belastet seien, daß sich keine der Erzieherinnen in der Lage sähe, am Nachmittag nochmals 25 „frische" Kinder zu betreuen.

Diese Argumentation gab dem Pastor „zu denken", so daß er sich eine der betroffenen Erzieherinnen herausgriff, um mit ihr und der Heimleitung darüber zu sprechen, warum eine „neue" Belastung am Nachmittag nicht mehr möglich sei. Also eine Kontrolle über die Arbeitskraft der Erziehung, nämlich wie sie ihre Kraft einteilt, denn die Kirche hat sie ja für acht Stunden am Tag gekauft und kann sie deshalb auch den ganzen Tag voll beanspruchen. Dieses kam denn auch prompt vom Pastor; nur unter dem scheinheiligen Mäntelchen, die Fehler der Erzieherin herauszuarbeiten. Als Hauptfehler wurde dann herausgefunden, daß sich die Erzieherin zu intensiv um jedes einzelne Kind bemühen würde! Das würde ihre Kraft zu sehr beanspruchen. Damit ist es gesagt: die Erziehungsträger (Staat und Kirche) wollen gar nicht, daß man sich um den Einzelnen bemüht und um dessen Probleme, denn er könnte ja bei dieser Arbeit irgendwann auf die Ursachen dieser Probleme stoßen und anfangen, aktiv an deren Beseitigung zu arbeiten. Dies zu verhindern, ist die Aufgabe der bürgerlichen Erziehung, sei sie nun religiös oder nicht. •

VO des KB Lübeck

„Unternehmerische Schulpolitik"

> ## Wirtschaftsmanager am Lehrerpult
>
> Ja. **Düsseldorf**
>
> Das Fach „Wirtschaftskunde aus der Praxis" steht vom nächsten Montag auf dem Stundenplan von zwei Obersekundaklassen des Landfermann-Gymnasiums in Duisburg. Als Gastlehrer werden dabei erstmals regelmäßig Führungskräfte aus der Wirtschaft tätig, und zwar Manager des Maschinenbaukonzerns Demag AG, Duisburg. Geplant sind Beiträge aus Planung, Finanzen, Produktion, Technik und Vertrieb.
>
> Wie Demag-Vorstandsmitglied Dr. Kurt Spiller bei Übernahme der Patenschaft für das Gymnasium mitteilte, sollen auch Forumsdiskussionen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen durchgeführt werden. In der Patenschaftsurkunde heißt es, wirtschaftliche Information sei der Schlüssel zum Verständnis der modernen Industriegesellschaft geworden.
>
> **„Welt", 16.10.74**

In der „Welt" vom 16.10. fand ich nebenstehende Notiz. Es handelt sich darum, daß einige Großunternehmen „Patenschaften" über einzelne Gymnasien in Duisburg übernommen haben. Wer meint, daß die Unternehmer dies als Auftrag verstehen, etwas gegen die miese Ausstattung der Schulen zu unternehmen, indem sie mit ein paar „Brotkrumen" aus ihren Profiten die Schulen finanziell aufmöbeln – nun, der versteht kapitalistische „Patenschaft" falsch.

Es geht den „Bossen" darum, daß sie ungestört und direkter (also nicht erst über die Lehrer) ihre Vorstellungen über die Ausplünderung der Arbeiter an den Mann bringen können.

Neben dem verstärkten Einsatz von Bundeswehroffizieren an den Schulen stellt dies einen weiteren Schritt dar, die Schule, hier besonders die Gymnasien, im Sinne der Kapitalisten besser „in den Griff" zu kriegen. Sinn dieser verstärkten Anstrengungen ist die bessere Kontrolle über die Ausbildung der kommenden „Offiziere" des Kapitals, die den reibungslosen Ablauf der Produktion auf Kosten der Kollegen garantieren sollen.

Ein AK-Leser aus Bergedorf

Uni München: Mensaessen nur nach Ausweiskontrolle

Als wir anläßlich einer Rundreise Ende September auch kurz in München Station machten, haben wir (zwei Studenten) einen Vorgeschmack auf das Bayrische Hochschulgesetz, das am 1.10. in Kraft treten sollte, bekommen.

Dort wurden an der Essenausgabe die Studentenausweise kontrolliert. Diese Maßnahme war Mitte September eingeführt worden.

Das Studentenwerk hatte als Begründung gegeben, daß dadurch die Leute, die „unberechtigt" das Mensaessen äßen, abgehalten werden sollten, weil es zu viel koste, für die auch noch mit die Subventionen zu zahlen. Das ist ihnen in den ganzen Jahren, wo in München nicht kontrolliert wurde, nicht eingefallen.

Der Zweck, der mit dieser Maßnahme erreicht wird, ist aber ein anderer: die Studenten sollen an ständige Ausweiskontrollen gewöhnt werden; das bezieht sich natürlich nicht nur auf Studenten; an anderer Stelle wird man auch häufiger Ausweise kontrollieren. Ausweiskontrollen auf offener Straße ohne „Grund" werden ja auch schon immer häufiger durchgeführt.

Ein anderer Sinn dieser Ausweiskontrollen in der Mensa scheint uns aber auch zu sein, die Spaltung zwischen Studenten und anderer Bevölkerung zu vertiefen. Die Studenten werden durch diese Maßnahme daran erinnert, daß sie gegenüber der übrigen Bevölkerung privilegiert sind. Die Nichtstudenten, die dort z.T. gegessen haben, bekommen jetzt vorgeführt, daß die Studenten ihnen gegenüber bevorzugt werden.

Der KSV hatte zu dieser Geschichte eine Wandzeitung gemacht, und am Eingang sprach ein KSV'ler zu den Studenten. Das war das einzige, was als Reaktion auf diese Ausweiskontrollen zu merken war.

Die Studenten zeigten murrend an der Essenausgabe ihren Ausweis; verweigert hat keiner. Als wir zu zweit unsere Ausweise verweigerten, hat sich uns niemand angeschlossen, obwohl sie die Kontrollen z.T. „auch Scheiße" fanden.

In so einer Situation merkt man ganz deutlich, wie wichtig z.B. Büchertische als Kontaktstelle für fortschrittliche Studenten sind. Büchertische von Organisationen gab's da nämlich nicht mehr.

An diesem Beispiel zeigte sich ganz konkret, daß das Büchertischverbot den Sinn hat, fortschrittliche politische Diskussionen zu verhindern und auch die Entwicklung eines mehr als vereinzelten Protestes zu behindern. •

Genossin der Bezirksorganisation St. Pauli /KB Gruppe Hamburg



Kapitalistische „Basisarbeit"

Im „arbeitgeber", offizielles Organ der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" (BDA), fand sich jüngst wieder (Ausgabe 18 vom 20. Sept. 1974) ein interessanter Artikel zum Thema „Unternehmer-Politik". Seine Stoßrichtung: „Mehr Basisarbeit tut not" – Basisarbeit der Kapitalisten in ihren eigenen Betrieben.

Der Artikel beginnt mit der Feststellung, daß die Unternehmer vor rund zwei Jahren *„offenbar keine massenwirksame Ideologie vertraten"*, daß sie (zur *„höhnischen Zufriedenheit"* der Jusos usw.) an einem enormen Ideologiedefizit litten. Nun hat seitdem *„im Lager der Unternehmer eine erfreuliche intensive Suche nach einem neuen Selbstverständnis stattgefunden"* – und hat, wie sollte es auch anders sein, zu dem Ergebnis geführt, daß der Kapitalist *„in seiner Funktion nicht zu ersetzen"* sei, daß er bei der Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche *„hervorragende Trümpfe auf der Hand"* habe, daß er also *„bestehen"* werde. Herausgefunden haben diese Ergebnisse u.a. solch kluge Köpfe wie die Professoren Schelsky und Steinbuch . . . und Hanns Martin Schleyer. . .

Und da man sich hier nunmehr *„im Kern einig"* ist (und wie sollte es auch anders sein!), muß man jetzt auf die *„alles entscheidende Umsetzung der erarbeiteten Argumentation in die Alltagspraxis"* sinnen – denn es droht bereits die Gefahr, *„daß die gedruckte Standpunkt-Suche weit über den notwendigen Zeitpunkt hinaus betrieben wird."*

Wir wollen uns das etwas genauer ansehen, was hier unter dem Motto *„Der Worte wären also genug gewechselt"* dargelegt wird:

„Es besteht ernsthaft die Gefahr, daß an die Stelle des gefährlichen Theorie-Defizits von gestern schon bald ein sich selbst genügendes und darum ebenso gefährliches Literatur-Übersoll tritt. Die Tendenz einer ‚Nabelschau als Selbstzweck' ist jedenfalls nicht mehr zu übersehen. Worauf es heute aber ankommt, ist: Das neu gewonnene Selbstbewußtsein, die frisch erarbeitete Argumentations-Palette umzusetzen in die politische Kleinarbeit.

Wer das ‚Ohr an der Masse' hat (Lenin) weiß, daß das bisher von der Unternehmerseite in der Bevölkerung erzeugte politisch-weltanschauliche Vakuum von den Gesundbetern und Flagellanten aller Schattierungen mit Eifer zu füllen versucht wird. Die Entscheidung über Sein oder Nichtsein der freien sozialen Marktwirtschaft wird in unserer Demokratie auf diesem praxisnahen Terrain fallen und nicht auf der theoretischen Szene. . .

Die jüngsten Reflexionen in den Kreisen der wirtschaftlichen Führungskräfte fanden weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. *rungskräfte fanden weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.* *Die hieb- und stichfesten Analysen, Argumente, Polemiken der Schelsky, Freudenfeld, Schleyer – um nur diese zu nennen – sind nicht einmal andeutungsweise bis zum vielbeschworenen Mann auf der Straße und seiner Frau in der Küche gedrungen.*

In den Betrieben hat sich sogar die Klischeevorstellung vom Unternehmer als Profitjäger, Ausbeuter, Schmarotzer und Unterdrücker zunehmend verhärtet. Warum es den Unternehmer – auch im Interesse der Arbeitnehmer – geben muß, wie Gewinne und Arbeitsplätze zusammenhängen, was die soziale Marktwirtschaft eigentlich ist – das alles, und anderes mehr, ist in den wahl- (und damit gesellschafts-) entscheidenden Bevölkerungskreisen nach wie vor nicht bekannt. Es muß dort aber bekannt werden, wenn unser derzeitiges demokratisches System die bevorstehenden schweren sozialen Spannungen überstehen soll! Nicht nur die in Frage kommenden Verbände, Institute und Interessengemeinschaften sollten dies jetzt als ihre Schwerpunktaufgabe sehen, sondern auch jeder einzelne Unternehmer. Und der vor allem".

An konkreten Vorschlägen für die „Basisarbeit" der Kapitalisten in ihren eigenen Betrieben werden in diesem Artikel folgende genannt:

- *„nach jeder Flugblattaktion von Systemüberwindern postwendend ein Gegenflugblatt der Betriebsleitung"*
- *„Leserbriefe von Unternehmern oder Managern ... in der Tages- und Boulevardpresse"*
- *„Betriebsversammlungen, die von der Unternehmensleitung (außer zu den vorgeschriebenen Zeitpunkten) allein zur – verständlichen! – Information der Arbeitnehmer sowohl über die konkrete Betriebssituation als auch über die allgemeine Wirtschaftslage einberufen werden"*
- *„Werkszeitungen, die statt heile Betriebswelt-Unverbindlichkeiten zu spiegeln offensive Wirklichkeitsbewältigung ... betreiben"*

Bei alledem wird jedesmal nachdrücklich hinzugesagt, daß dies *„in der Sprache der Arbeitnehmer!", „in der Sprache des Volkes!"* und *„in einfachen Worten!"* geschehen soll. Und zum Schluß des Artikels:

„Sollten die nächsten Jahre auf diesem existenzentscheidenden politischen Alltagsacker genau so fruchtbar sein, wie die letzten Monate es auf dem literarischen Felde der Selbstanalyse zweifellos gewesen sind, dann – und nur dann – wird das freie, verantwortungsbewußte Unternehmertum noch lange das Schiff „Soziale Marktwirtschaft" durch die Brandung steuern – allen Juso- und Chaotenstürmen zum Trotz!"

Man sieht, die Kapitalisten machen sich sehr ernste Gedanken über ihre Zukunft, und es ist bei dieser Gelegenheit gut, daran noch einmal die unsinnigen Thesen einiger Linker zu messen, wonach die Bourgeoisie „keine bewußt handelnde Klasse" sei und „nicht planmäßig" vorginge usw. Man könnte im Gegenteil manchmal wünschen, daß die Diskussion innerhalb der Linken doch nur ebenso ernst, planmäßig und bewußt stattfinden möge, wie dies im Lager unseres Klassenfeindes unter entgegengesetztem Vorzeichen, d.h. mit ihrem entgegengesetztem Interesse, der Fall ist!

Der Hinweis, daß „schwere soziale Spannungen" bevorstehen, findet sich bereits seit einigen Jahren in der Diskussion auf Kapitalistenseite. Spätestens seit dem französischen Kampfmai 1968 hat die Diskussion darüber, und wie die Kapitalisten dem begegnen wollen, zugenommen. Und mit der Krise 66/67 und den darauffolgenden Septemberstreiks 1969 sind die Zeichen dieser bevorstehenden „schweren sozialen Spannungen" auch in der Bundesrepublik wieder sichtbar geworden – und haben sich seitdem angehäuft, bis hin zu den spontanen Streiks im Sommer letzten Jahres und den vermehrten Kämpfen in anderen sozialen Bereichen: Wohnungssektor, Schulen, Jugendzentren usw.

Was uns nun wichtig erscheint, ist die in dem zitierten Artikel abgehandelte Tatsache, daß die Theorie-Diskussion im Kapitalistenlager bereits einen Punkt erreicht hat, an dem sie durch die *„alles entscheidende Umsetzung der erarbeiteten Argumentation in die Alltagspraxis"* a b g e l ö s t werden muß – jedenfalls nach Meinung des Verfassers. Mit anderen Worten: die t h e o r e t i s c h e Abklärung der Bourgeoisie für ihre Strategie im nächsten größeren Zeitraum habe i h r Z i e l e r r e i c h t, man ist sich „im Kern einig". Nunmehr kommt die Zeit der harten Durchsetzung dieser Strategie. Auf der gesellschaftspolitischen Ebene insgesamt ist es nicht schwer, das Ringen um eine neue CDU/CSU-Regierung in diesem Zusammenhang zu sehen. Und was den Kapitalistenverband BDA betrifft, so hat diese Entwicklung personell sicher ihren Ausdruck gefunden in der Krönung des ehemaligen SS-Mannes und heutigen CDU-Mitglieds Hanns Martin Schleyer zum BDA-Boß, der im baden-württembergischen Metallarbeiterstreik 1971 seine Feuerprobe für die Kapitalisten ablegte.

Was in dem hier zitierten Artikel bereits an praktischen Vorschlägen für die kapitalistische „Basisarbeit" vorgetragen wird, ist sicher erst ein Anfang. Und es ist notwendig, sowohl die Diskussion darüber im Kapitalistenlager weiter zu verfolgen, als auch zu enthüllen, in welcher Weise die Kapitalisten diese Dinge jetzt konkret in den einzelnen Betrieben durchzusetzen beginnen, bzw. bereits damit begonnen haben. Das ist eine Aufgabe unserer Betriebsarbeit für die nächste Zeit.

Zweifellos ist nicht zu unterschätzen, daß den Kapitalisten damit gewisse Einbrüche gelingen können, im Sinne einer praktizierten „Volksgemeinschaft" bzw. „Betriebsgemeinschaft" nach Nazi-Vorbild. Aber ebenso zweifellos ist, daß die Kommunisten und die sich herausbildenden Arbeiter-Avantgarden in den Betrieben dabei noch ein Wörtchen mitreden werden. Kapitalistische „Basisarbeit" in den Betrieben wird die Klassenwidersprüche vielleicht für einen Teil der Arbeiterklasse weiter verkleistern können – aber es wird diese Widersprüche nicht zum Verschwinden bringen und ihr stärkeres Aufbrechen verhindern können. Da ist die Berufung der Kapitalisten auf Lenin, daß man „das Ohr an der Masse" haben muß, doch auch belustigend – denn es geht nicht nur um das Ohr, sondern darum, daß die Kapitalisten niemals ihre entgegengesetzten Interessen verheimlichen können, und vergoldete Ohren ohnehin nicht die sensibelsten sind. Und auch wenn das Schiff „Soziale Marktwirtschaft" noch für längere Zeit steuerungsfähig ist, so ändert das nichts an der historischen Tatsache, daß dies ein **sinkendes Schiff** ist. ●

KB / Gruppe Frankfurt

Frankfurt: MP's gehören zum Alltag



Die Frankfurter Polizei hat ein „neues" Mittel ersonnen, um die Frankfurter Bürger vor sich selbst zu schützen. Mit der fadenscheinigen Begründung, daß in der Vergangenheit Autofahrer mit hohem Tempo auf kontrollierende Beamte zugefahren seien, sollen **Verkehrskontrollen** in Zukunft von **bewaffneten** Polizisten durchgeführt werden.

Bewaffnete Polizisten sind in Frankfurt allerdings nicht vollkommen neu. So liefen z.B. während der von der Bourgeoisie durchgeführten „Baader-Meinhof-Kampagne" in Frankfurt mit MP's ausgerüstete Polizisten vor öffentlichen Gebäuden herum; natürlich ausschließlich zum Schutze dieser Häuser, das versteht sich. Zu dieser Zeit fanden auch bewaffnete Verkehrskontrollen statt. Ähnliche Aktionen führte die Polizei im Zusammenhang mit der Räumung der besetzten Häuser Bockenheimer Landstraße/Schuhmannstraße im Februar dieses Jahres durch.

Weitere Erfahrungen liegen von bewaffneten Zivilstreifen vor. Als zum Beispiel der Maschinenbaukonstrukteur Dieter Wolf in der Niddastraße einparken wollte, stürmten drei bewaffnete Männer auf ihn zu; als der verängstigte Wolf den Rückwärtsgang einlegte, schossen die Bewaffneten auf das Auto. Wolf flüchtete zu Fuß weiter, wurde von den Bewaffneten eingeholt, geschlagen, in Handschellen gelegt – und erfuhr, daß er es mit Polizisten – und nicht mit gewöhnlichen Gangstern – zu tun hat. Diese zivile Streife hatte sich zu ihrem Vorgehen dadurch veranlaßt gesehen, daß Wolf eine rote Ampel überfahren haben soll – dieses „Vergehen" hätte Wolf also beinahe das Leben gekostet.

Dies gibt einen Vorgeschmack, was die Frankfurter Autofahrer in Zukunft erwarten kann. Wichtig ist aber auch zu sehen, wie die systematische Gewöhnung durch gelegentlichen Einsatz und ständige Propagierung der Notwendigkeit von bewaffneten Polizisten in Frankfurt nun einen Stand erreicht hat, wo die der SPD unterstehende Polizeiführung Verkehrskontrollen unter Einsatz von Waffen anordnen kann und darauf nicht viel mehr passiert, als daß in der „Frankfurter Rundschau" eine mickrige Notiz dazu steht. ●

Branchenzelle Metall
KB/Gruppe Frankfurt

16 Seiten — DM 1,–

UNSER WEG , Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

Anzahl

○ 22 **Schädliche Illusionen über den Kampf der arabischen Völker**
Kritik eines griechischen Genossen
Neue antikommunistische Broschüre
37 Seiten — DM 2,50

○ 23 **Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD"**
Selbstkritik Marke KBW
Propaganda der Faschisten
Arbeitsordnung Blohm & Voss
Berufsbildung in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz
49 Seiten — DM 2,50

Bücher und Broschüren

○ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Führung
120 Seiten Großformat — DM 6,–

○ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau" aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten Großformat — DM 8,–

○ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten Buchformat — DM 4,50

○ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen !**
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten Buchformat — DM 6,–

○ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikel unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten Buchformat — DM 4,50

○ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten Buchformat — DM 6,50

○ **Deutsche Revolution von 1918 bis 1923**
192 Seiten (Buchformat) — DM 8.-

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:

○ **Eins teilt sich in zwei**
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten Buchformat — DM 6.

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je — DM 6.

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je — DM 6.–

○ **Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften**
Beiträge auf dem 10. Plenum der EKKI, Juli 1929 zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften.
100 Seiten Buchformat — DM 3,–

○ **Hermann Remmele – Schritt halten !**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden ?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD.
100 Seiten Buchformat — DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Abonnement

○ **ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes**
erscheint dreiwöchentlich

○ **REBELL Jungendzeitung des Kommunistischen Bundes**
erscheint sechswöchentlich

○ **DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus**
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab	DM 12,–

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

○ für 6 Ausgaben — DM 8,–

(51) ______________________

Anschrift: ______________________

____

____

(Datum) (Unterschrift)

○ **Verlags-Katalog** — kostenlos

In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Linker Lehrer gefeuert – rechter befördert

Kürzlich wurden zwei Fälle bekannt, wie im schleswig-holsteinischen Schuldienst der sogenannte Extremisten-Erlaß gegen linke Lehrer und faschistische Jugendverderber „gleich" angewendet wird.

Wegen *„mangelnder Bewährung"* wurde im August der Studienassessor Jörg-Detlef Schipp, zuletzt Lehrer im Fachbereich Sozialwesen an der Fachhochschule in Kiel, aus dem Beamtenverhältnis auf Probe e n t l a s s e n. Der Grund: Schipp ist DKP-Mitglied. Wegen seiner *„intensiven Tätigkeit"* für die DKP biete er laut Kultusministerium *„nicht die Gewähr dafür, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten"*. Dies stelle einen *„so schwerwiegenden Eignungsmangel dar, daß die Lösung des Beamtenverhältnisses auf Probe geboten war"*.

Zur gleichen Zeit wurde bekannt, daß am 8. Februar der frühere NPD-Landtagsabgeordnete Dr. Uwe Rheingans zum Studiendirektor in Neustadt (Ostholstein) b e f ö r d e r t worden ist.

Für die Beförderung dieses berüchtigten Faschisten - für seine Partei übrigens als Landtagsabgeordneter nicht minder „intensiv tätig" – sei *„allein das Laufbahn- und Leistungsprinzip maßgeblich"* gewesen.

Das ist genau der Kern der Demagogie von der „gleichen" Behandlung „rechter und linker Extremisten": Die DKP-Mitgliedschaft des fortschrittlichen Lehrers ist für den bürgerlichen Staat ein schwerwiegender Eignungsmangel. Man schmeißt ihn raus. Den faschistischen NPD-Funktionär duldet man nicht nur, man befördert ihn auch noch. Für den bürgerlichen Staat ist ein Faschist eben „geeignet".

Dabei ist Rheingans durchaus kein Einzelfall. Zum Beispiel sein „Kollege" Hans Duckstein, Direktor der Kreisberufsschule in Itzehoe.

Dieser rechte Vogel hatte auf einem Klassenfest das faschistische Horst-Wessel-Lied gesungen und „Sieg-Heil" gegrölt. Seine Sekretärin hatte er als *„rote Sau"* und die Schülervertretung der Schule als *„rote Horde"* bezeichnet.

Das war vor einem Jahr. Damals hatten 26 Lehrer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Duckstein erhoben. Erst jetzt, nach einem Jahr, wurden staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eingeleitet, die erfahrungsgemäß wohl irgendwann im Sande verlaufen oder wegen „Geringfügigkeit" usw. eingestellt werden. Die Dienstaufsichtsbeschwerde aber wurde wegen dieser Ermittlungen teilweise ausgesetzt. Das heißt: **Dieser Nazi darf weiterhin sein Unwesen unter den Berufsschülern treiben!** ●

KB/Gruppe Flensburg

Kiel

Bullenüberfall auf Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen!

Während der Demonstration am Sonnabendvormittag, dem 5.10., gegen die KVAG-Preiserhöhung, nahmen etwa 100 Polizisten 80-100 Demonstranten mitten in der von Passanten voll besetzten Holstenstraße in die Zange und schlugen gezielt auf die Köpfe von Demonstranten und Passanten ein. Dabei griffen sich u.a. 4-6 Bullen zwei Mädchen aus dem Demonstrationszug heraus, drehten ihnen brutal die Arme auf den Rücken, daß sich die Mädchen vor Schmerz krümmten und schleppten sie fort. Das den Bullen all das noch ungeheuren Spaß machte, zeigten Aussprüche wie „Los, zieh den roten Schweinen ordentlich ein paar über die Rübe".

Ein Bulle reagierte auf die Frage einiger empörter Passanten, mit welchem Paragraphen man diesen Einsatz begründen wolle, folgendermaßen: „Halt deine Schnauze, das geht dich einen Dreck an. Wenn du nicht gleich verschwindest, kommst du auch mit." Die Bullen versuchten bei ihrem Einsatz nicht einmal mehr den Anschein von Bindung an die bürgerlichen Gesetze zu wahren. Einem Demonstranten, der den Dienstausweis eines Polizisten sehen wollte, wurde kurz bedeutet: „Sie sehen ja, daß ich eine Uniform an habe. Das genügt."

Preiserhöhung im Auftrag des Kapitals

Preiserhöhung im Auftrag des Kapitals

Wem die Fahrpreiserhöhung von durchschnittlich 25% und damit auch der Bulleneinsatz dient, ist nicht schwer zu erraten: Während die Werktätigen vom Kieler Magistrat immer mehr ausgeplündert werden (auch die Gas- und Wasserpreise sollen schon wieder erhöht werden!), stellen die Herren Millionen für die Erschließung von zukünftigen Industriegebieten bereit. Dabei wird den Kapitalisten noch für Jahre ein Sondertarif für Gas, Wasser und Strom garantiert. So wurde unter anderem der gewerkschaftseigenen coop in Wellsee kostenlos der Bauplatz für einen neuen Schlachthof zur Verfügung gestellt. In diesem Zusammenhang wundert es nicht, wenn die „Vertreter von Arbeitnehmerinteressen" wie die Stadtverordneten und SPD-Mitglieder Steputat (MaK-Gewerkschaftsfunktionär) und Kuster (örtliche DGB-Größe) selbstverständlich für die Fahrpreiserhöhungen stimmten, während der bereits durch offen faschistische Äußerungen aufgefallene SPD-Gewerkschafter Kähler diesmal in der Ratsversammlung dazu ausersehen war, der SPD das „arbeitnehmerfreundliche" Feigenblatt zu liefern (einzige Gegenstimme).

Der Preiserhöhung war eine Propagandakampagne vorausgegangen, die bei den Werktätigen um „Verständnis" werben sollte. Hier tauchten all die bekannten Sprüche auf, mit denen die Kapitalisten allgemein Preistreiberei und Lohnraub zu rechtfertigen pflegen. So meldete der „Kieler Express" bereits am 24.8.1972: *„Kieler Verkehrs AG vor der Pleite!"* Am 7.3.1973 zitierten die „Kieler Nachrichten" den Stadtrat Renger: *„Im August wird die KVAG zahlungsunfähig sein. Wir müssen dann zum Konkursrichter"*. Solche und ähnliche Horrorgeschichten häuften sich auffällig im letzten Vierteljahr, um der Arbeiterklasse mit einer „Stillegung des öffentlichen Nahverkehrs" zu drohen, falls sie nicht bereit ist, mehr zu zahlen. Besonders demagogisch ist dabei der Versuch, sich die besten Gefühle der Werktätigen bei der Ausplünderungspoli-

demagogisch ist dabei der Versuch, sich die besten Gefühle der Werktätigen bei der Ausplünderungspoli-

tik zunutze zumachen, indem damit gedroht wurde, ohne Fahrpreiserhöhungen die Altersheime, Kinderheime und Schulen angeblich nicht mehr finanzieren zu können.

Daß solche Gruselstories nichts als reine Propagandalügen sind, zeigt folgendes: dreiviertel der KVAG-„Defizite" entstehen durch Gebühren, Steuern etc. an den Eigner der KVAG, die Stadt Kiel. Die „Muttergesellschaft" der KVAG, die „Versorgung und Verkehr GmbH", macht trotz solch nebulöser Buchführungstricks noch reichlich „Gewinn" für die Stadtkasse.

Die Beschränktheit der KBW-Komitees

Der Magistrat oder sogar einzelne Ratsherren waren dann auch Hauptzielscheibe der „Komitees gegen die Fahrpreiserhöhungen", die im wesentlichen vom KBW aufgezogen wurden. Als Ziel der Demonstration nannte eines ihrer Flugblätter, zu zeigen, was das werktätige Volk von diesem Magistrat hält. Selbst der brutale Bulleneinsatz, der in drastischer Weise verdeutlichte, daß man es selbst bei Fahrpreiserhöhungen nicht nur mit dem Magistrat, sondern mit dem ganzen bürgerlichen Staatsapparat zu tun hat, konnte die örtlichen KBW-Größen keines Besseren belehren. Wohl um niemanden weh zu tun, beschränkte der KBW sich auf nebulöse unpolitische Begriffe aus dem Heinz-Rühmann- bzw. DKP-Jargon, wie „die da oben" oder „die Reichen". Ebenso scheint der KBW total vergessen zu haben, daß die Arbeiterklasse immer noch die am meisten ausgebeutete Klasse ist. Geredet wird immer nur von „allen Teilen der Bevölkerung", „lieben Mitbürgern" u.ä.

Kein Wunder, daß dies mit gefährlichen Illusionen über die Schwere des Weges verbunden war. So wurde als „Hauptkampfform" das Sammeln von Unterschriften propagiert in der ernsthaften Erwartung, der Magistrat würde beim Anblick eines Haufen von Unterschriften wenn schon nicht „stürzen", so doch wenigstens den Angriff auf die Arbeiterklasse stoppen. Der Magistrat nahm jedoch die Unterschriften nicht einmal zur Kenntnis, wohl wissend, daß trotz der Behauptungen des KBW

jedoch die Unterschriften nicht einmal zur Kenntnis, wohl wissend, daß trotz der Behauptungen des KBW

eben keine Kraft dahinter steht (10.000 Unterschriften bei 300 Demonstranten). Wen will der KBW eigentlich täuschen, die Bourgeoisie oder seine Anhänger?

Statt solcher politischer Ersatzhandlungen kommt es darauf an, die tatsächliche Kampfkraft der Arbeiterklasse zu entwickeln. Wichtige Voraussetzung dafür ist u.a. auch, daß sich die Arbeiterklasse von ihren falschen Freunden in SPD und Gewerkschaftsführung löst, die sie immer wieder an der Nase herumführen. Aufgabe der Kommunisten ist es dabei, jede Gelegenheit zu nutzen (auch die Fahrpreiserhöhungen), um das wahre Geschäft dieser Herren vor der Arbeiterklasse aufzudecken. ●

Bezirksorganisation KB/Gruppe Kiel

Göttingen

Stadt plant Fahrpreiserhöhungen

Ab 1. Januar 1975 sollen die Bustarife in Göttingen um 15 bis 20% erhöht werden. Ein Einzelfahrschein würde dann 1,10 DM kosten. Die Göttinger Verkehrsbetriebe haben ein Defizit von drei Millionen Mark. Um das zu decken und die nötigen Investitionen vorzunehmen, sei eine Erhöhung notwendig, sagt Stadtwerkedirektor Bleibaum. Das „Göttinger Tageblatt" („GT") erklärt dazu in einem Kommentar am 30. Juli: Nahverkehr sei nun einmal ein Verlustgeschäft, es würden schließlich immer weitere Anforderungen an Dichte, Häufigkeit und Umfang des Verkehrsnetzes gestellt. Dazu steigende Personalkosten – wem gehe da nicht die Luft aus?

Gewinne bleiben privat – Verluste werden „vergesellschaftet"

Was den Ausbau des Verkehrsnetzes angeht, so ist in Göttingen deutlich zu sehen, daß hier eine Orientierung am Interesse der Bevölkerung nach guten, häufigen Verbindungen in die eh schon weitentlegenen Randgebiete keineswegs stattfindet – das weiß jeder, der in Geismar oder Holtenser Berg wohnt. Die zentralen Bushaltestellen im Zentrum befinden sich jedoch in unmittelbarer Nähe von Hertie und Karstadt, hier ist das Verkehrsnetz in seiner Dichte unübertroffen. Man sieht also, woran sich Rat und Stadtwerke vor allem orientieren. Dem „GT" geht es nicht um das Interesse der Göttinger Bevölkerung an einem gut ausgebauten und billigen Nahverkehrsmittel, sondern darum, die Maßnahmen der Stadtwerke und des Stadtrats zu rechtfertigen, damit wir uns mit diesem Verlustgeschäft auf unsere Kosten abfinden.

Anstatt die Stadtwerke aus Steuergeldern zu unterstützen, wird die private Industrie durch Subventionen, Steuererlasse und Investitionshilfen gemästet. Jüngstes Beispiel in Niedersachsen ist der systematisch vom Staat geförderte Ausbau des Unterelberaumes zum „Eldorado" für Großkonzerne, da die Lage am Meer den Kapitalisten erhebliche Standortvorteile bietet. Dabei werden neben der Schaffung billiger Energiequellen und dem Ausbau von Hafenanlagen und Verkehrswegen den Unternehmern „Investitionshilfen" von zehn bis 25% zufließen, insgesamt 600 Mill. DM. Damit verglichen sind drei Mill. Defizit der Göttinger Verkehrsbetriebe eine geradezu lächerlich geringe Summe.

Das Gleiche im Kleinen hatten wir hier in Göttingen beim Hertie-Bau auf dem Reitstallgelände: Erst wurden über eine Mill. DM aus dem Steuersäckel für Abriß und Planung des neuen Rathauses verschwendet, um dann das Grundstück für einen Appel und ein Ei an Hertie zu verschachern. Doch davon wird in der bürgerlichen Presse systematisch abgelenkt. Stattdessen werden für das Defizit der Verkehrsbetriebe von Bleibaum und vom „GT" besonders die steigenden Personalkosten angeführt. Aber nicht um deutlich zu machen, daß die Fahrpreiserhöhungen höhere Löhne erfordern, sondern um die Dinge auf den Kopf zu stellen: Die höheren Fahrpreise sollen als Folge von Lohnerhöhungen erscheinen und nicht als Folge der kapitalistischen Profitsucht. Durch derartige Demagogie soll in der Bevölkerung Mißtrauen gegen berechtigte Lohnforderungen geweckt und so eine Spaltung erreicht werden, indem das Interesse nach ausreichendem Lohn einerseits und ausreichendem Verkehrsnetz andererseits gegeneinander ausgespielt wird. Hierbei wird ziemlich unverhüllt an die massive Hetze gegen die ÖTV-Streiks zu Beginn dieses Jahres angeknüpft, die für die bürgerliche Presse Anlaß waren, insbesondere gegen die Busfahrer zu hetzen, die mit ihren Lohnforderungen der (Volks-)„Gemeinschaft" schaden würden und obendrein noch als „Spitzenverdiener" hingestellt wurden.

Was bedeutet die Erhöhung der Bustarife?

Zum einen eine Verschlechterung der Lebensbedingungen, da die werktätige Bevölkerung gezwungen sein wird, einen höheren Anteil des

➡

Ausschluß von linken Verteidigern geplant!

In Zukunft soll es möglich sein, Verteidiger in Strafprozessen (d. h. politischen Prozessen) z. B. wegen „Teilnahmeverdachts" von der Verteidigung auszuschließen. Das sieht ein vor kurzem vom Bundestag verabschiedetes „Verteidigerausschlußgesetz" (VAG) vor. Dieses Gesetz soll der Klassenjustiz die rechtliche Handhabe dafür bieten, eine wirkliche Verteidigung im Interesse des „Angeklagten" unmöglich zu machen.

Nicht zufällig gab es die ersten massiven Behinderungen für die Arbeit der Verteidiger in den schon gelaufenen „RAF"-Prozessen. Die betroffenen Anwälte haben ihre Aufgabe als Verteidiger in politischen Prozessen ernst genommen. Sie haben die Prozesse im Interesse der „RAF"-Mitglieder geführt und sie haben darüber hinaus öffentlich darauf aufmerksam gemacht, welcher Sonderbehandlung die politischen Gefangenen in der BRD ausgesetzt sind.

Was bringt das neue Gesetz?

In Zukunft soll ein Verteidiger dann ausgeschlossen werden können, wenn er

⊖ *„der Teilnahme an der Tat, die Gegenstand der Untersuchung bildet, oder der Begünstigung oder der Hehlerei hinreichend verdächtig oder deswegen bereits verurteilt ist*

⊖ *hinreichend verdächtig ist, durch die Verteidigung Parteiverrat zu begehen"* (d. h., wenn er in einem Prozeß sowohl den Angeklagten als auch den Kläger vertritt)

⊖ *mehrere Beschuldigte verteidigt und die gemeinschaftliche Verteidigung der Aufgabe der Verteidigung widerstreitet, oder als Zeuge vernommen werden soll."* (aus: „Rote Robe", 2/74, S. 62)

Der Kern dieses Gesetzes ist der sogenannte Teilnahmeverdacht. Wird er zum gesetzlichen Ausschließungsgrund erhoben, wird es bald in politischen Strafprozessen eine wirkliche Verteidigung nicht mehr geben.

Denn ein Teilnahmeverdacht in politischen Strafsachen ist sehr leicht zu begründen. In der Weimarer Republik wurde der KPD die permanente Vorbereitung eines hochverräterischen wurde der KPD die permanente Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens vorgeworfen und tausende von Mitgliedern deswegen verurteilt. War die Praxis des Hochverratsparagraphen Anfang der 20er Jahre zunächst die, daß man verurteilt wurde, wenn man ein bestimmtes Unternehmen „in's Auge gefaßt" hatte (!), so erfolgte die Verurteilung später allein deshalb, weil das Programm der KPD den Umsturz vorsehe und deshalb jeder Anhänger dieses Programms fortgesetzt Hochverrat betreibe.

In diesem Sinne wurde z. B. 1928 ein Verteidiger von Kommunisten wegen Teilnahmeverdachts mit der Begründung ausgeschlossen, daß er vermutlich (!) Material für einen Zeitungsartikel geliefert habe, *„welcher ersichtlich dem Zweck dient, durch öffentliche Kritik ... auf Zeugen einzuwirken"* („Rote Robe" 2/74, S. 63).

Heute bringt die Bourgeoisie ihre Erfahrungen aus der Geschichte wieder zur Anwendung. In politischen Prozessen sollen fortschrittliche Menschen und Kommunisten wegen ihrer politischen Überzeugung zu „Kriminellen" oder „Hochverrätern" gemacht werden. Gleichzeitig nimmt man ihnen die Möglichkeit einer wirklichen Verteidigung, indem man ihnen einen Pflichtverteidiger vor die Nase setzt, der das Vertrauen des Gerichts, aber nicht des Angeklagten hat.

Von der Diskriminierung zur Kriminalisierung der „RAF"-Anwälte

Für die politischen Gefangenen in der BRD, die in den meisten Fällen in völliger Isolationshaft gehalten werden, ist der Kontakt mit ihren Anwälten die einzige Möglichkeit der Kommunikation nach außen, die einzige Möglichkeit, ihre Gedanken einem Menschen ihres Vertrauens mitzuteilen. Die Anwälte der „RAF" sorgten ihrerseits dafür, daß das, was sich hinter den Gefängnismauern abspielte, auch an die Öffentlichkeit gelangte.

So protestierten 1973 sieben Rechtsanwälte vor dem Bundesgerichtshof in einem viertägigen Hungerstreik gegen die unmenschlichen Haftbedingungen. Gleichzeitig veröffentlichten sie zahlreiche Presseerklärungen, in denen sie die Sonderbehandlung der politischen Gefangenen anprangerten und die zunehmenden Eingriffe in die Rechte ihrer Verteidigerarbeit verurteilten.

Die Hetze in der Presse

Die Behinderung der Verteidiger in den „RAF"-Prozessen wurde von einer beispiellosen Hetzkampagne, vor allem in der Springer-Presse, abgedeckt (vgl. auch AK 24: „Die RAF vor Gericht").

P. Bönisch schrieb in der „Bild" vom 21./22.5.72: *„Wissen Kanzler und Staatsoberhaupt, daß das Kommunikationszentrum der Radikalen bekannt ist? Es sind 45 namentlich bekannte linksradikale Anwälte. Über sie hat das Bundeskriminalamt unseren Politikern erklärt (wörtliches Zitat): ‚Diese Anwälte üben erwiesenermaßen folgende Tätigkeiten aus: Sie präparieren Zeugen, die bei einem Geschehen gar nicht zugegen waren, um angeklagte Bandenmitglieder – gleichsam meineidig – zu entlasten. Sie übernehmen den Transport von Gegenständen, die der Ausübung von Straftaten dienen, z. B. den Transport von Sprengkörpern ...'* ". In der „Welt" ging man noch einen Schritt weiter: „ ... *die Entscheidung wird erst gefallen sein, wenn der Hintergrund (!) der Anarchie nicht nur aufgehellt, sondern weggewischt (!!) ist. Um es konkret zu sagen: Wenn die Liste der Sympathisanten nicht mehr nur eine Liste, sondern ein Vernehmungsprotokoll ist, dem eine richterliche Entscheidung rasch zu folgen hat. Nennt die Namen! Der Hintergrund wird weggefegt (!!), wenn jenen Anwälten, die offenbar vergessen haben, daß sie Rechtsanwälte sind, die Gerichtstür gewiesen wird ... Entschieden ist der Erfolg im Existenzkampf gegen die Anarchisten erst dann, wenn es auch die Helfer der Helfershelfer nicht mehr gibt."*

Und diese Hetze trug auch ihre „Früchte": auf das Büro des Hamburger Rechtsanwalts Groenewoldt wurde ein Brandanschlag verübt; alle bekannt gewordenen „RAF"-Verteidide ein Brandanschlag verübt; alle bekannt gewordenen „RAF"-Verteidiger und ihre Familien werden beständig mit anonymen Briefen und Anrufen belästigt, in denen von wüsten Beschimpfungen bis zu Morddrohungen das ganze Repertoire faschistischer Verhetzung enthalten ist.

Zunehmende Behinderung der Verteidigung

Die Versuche, linke Verteidiger ganz von politischen Prozessen auszuschliessen, begannen 1970: damals wurden die Anwälte Eschen und Ströbele von der Verteidigung Horst Mahlers mit der Begründung ausgeschlossen, *„aus der Bezeichnung ‚Sozialistisches Anwaltskollektiv' ergebe sich, daß diese Anwälte nicht nur Büropartner seien, sondern praktisch als Personen identisch"* („Die Ausschaltung der Verteidiger politischer Gefangener", Dokumentation, Hamburg 1974, S. 5).

Unter dem Vorwand der Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" wurde der Anwalt des Sozialistischen Patientenkollektivs, Becker, 1971 von der Verteidigung ausgeschlossen. Rechtsanwalt Schily wurde 1972 von der Verteidigung Gudrun Ensslins ausgeschlossen. Begründung: er habe angeblich Kassiber geschmuggelt.

Alle Verteidigerausschlüsse mußten zwar wieder zurückgenommen werden; jedoch ließ die Begründung erkennen, wohin der Hase läuft.

Weitere einschneidende Mittel zur Beseitigung einer wirksamen Verteidigung stellt das Öffnen, die Zensur und die Beschlagnahme von Verteidigerpost dar. Die von den Rechtsanwälten eingelegten Beschwerden wurden als „unbegründet" zurückgewiesen.

Eine weitere Diskriminierung besteht in den Leibesvisitationen der Anwälte. Besucher der U-Gefangenen, einschließlich der Rechtsanwälte, müssen sich körperliche Durchsuchungen (Mantel und Jacke ausziehen, Taschen entleeren, Abtasten der Kleidung u.s.w.) gefallen lassen. In einigen Fällen geht das so weit, daß sich die Anwälte vollkommen ausziehen müssen und ihre Geschlechtsteile abgeleuchtet werden.

Beschwerden der Verteidiger führten sogar zu einer noch schärferen Diskriminierung. So wurde vom Bundesgerichtshof (BHG) angeordnet, *„daß die Verteidiger ‚nur' nach Waffen und Werkzeugen durchsucht werden dürfen. Gerade diese Einschränkung hält aber die Diffamierung aufrecht, verstärkt sie sogar, weil in ihr die Anwälte verdächtigt werden, eventuelle Befreiungsversuche der von ihnen betreuten Gefangenen zu unterstützen und verhindert praktisch auch jetzt nicht, daß weiterhin Akten durchsucht werden können, da ja auch in ihnen Waffen usw. versteckt sein können"* (Dokumentation S. 23).

Einleitung von Ehrengerichtsverfahren

Schon heute besteht die Möglichkeit des Berufsverbots für Verteidiger nach der BRAO (Bundesrechtsanwaltsordnung), das unter Mitwirkung der Rechtsanwaltskammern und nur durch ein „Ehrengericht" erfolgen kann. Es gab und gibt verschiedene Versuche, gegen die „RAF"-Anwälte Ehrengerichtsverfahren einzuleiten, mit dem Ziel, sie auch ihrer materiellen Existenz zu berauben. So z. B. Verfahren wegen „standeswidrigem Verhalten" gegen die sieben Anwälte, die gegen die Isolationsfolter protestiert hatten. Ihnen wird vorgeworfen, dadurch „ihre Pflicht schuldhaft verletzt zu haben", daß sie z. B. die Organe der Justiz „verächtlich gemacht und in der allgemeinen Meinung herabgesetzt" hätten. Wenn diese Argumentation durchkommt, heißt das nichts anderes, als das die Benennung z. B. der Isolationshaft als Folter oder die „einseitige" Verteidigung zugunsten des Angeklagten als Verächtlichmachung der Justiz empfunden werden und dem Anwalt Berufsverbot einbringen kann. Leider ist es so, daß der Widerstand gegen diese Maßnahmen seitens der organisierten Anwaltsschaft äußerst schwach ist. Rechtsanwalt Hannover schreibt dazu: *„Selbst die Kollegen in ihrem unpolitischen Selbstverständnis verharren in abwartender Distanzierung und scheuen sich ‚in schwebende Verfahren einzugreifen' "*.

Zudem ist die derzeit gültige – auf den ersten Blick liberale – BRAO als Rechtsgrundlage für die Zulassung von Anwälten nicht etwa Ausdruck einer breiten demokratischen Gesinnung vieler Anwälte, sondern diente gerade dazu, den alten Faschisten den Zugang nicht zu versperren. So kann ein Bewerber – im Unterschied zum Staatsdienst – nicht deshalb abgewiesen werden, weil er „nicht die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten". Einem Bewerber kann die Zulassung nur versagt werden, wenn er „die freiheitlich-demokratische Grundordnung" in „strafbarer Weise nachdem sich die Rechten erfolgreich im Anwaltsberuf niedergelassen haben, bei zunehmenden politischen Prozessen diese „liberale" Regelung verschwinden wird.

Vorwegnahme des Verteidigerausschlußgesetzes

Nach den diversen Schikanen gegen linke Rechtsanwälte faßte das Bundesverfassungsgericht seine Position zusammen. Trotz aller salbungsvollen Worte kommen hier die Juristen doch relativ „frei" mit der Sprache heraus: *„Das Bundesverfassungsgericht verkennt nicht, daß mit diesem Ergebnis* (gemeint ist hier, daß der Ausschluß von Schily zurückgenommen werden mußte, d. Verf.) *ein höchst unbefriedigender Rechtszustand aufgedeckt worden ist, dessen Aufrechterhaltung sich mit dem Interesse an einer geordneten Strafrechtspflege in keiner Weise vereinbaren läßt. Der Gesetzgeber wird daher die Voraussetzungen des Verteidigerausschusses in naher Zukunft zu regeln haben."* (zitiert nach Dokumentation, S. 41)

Während an dieser „Regelung" noch gebastelt wird, praktizierten reaktionäre Vorreiter in der Richterschaft die Regelungen des VAG bereits. So ordnete der Bonner Richter Schmitz-Justen in einem Prozeß gegen fünf Studenten, die wegen der „Umfunktionierung" einer RCDS-Veranstaltung angeklagt waren, jedem Angeklagten noch einen Pflichtverteidiger zu. „Begründet" wurde das vom Gericht folgendermaßen: Es bestünde die Gefahr eines Interessenkonflikts, wenn ein *„mehrere Angeklagte verteidigender Anwalt an Zeugen Fragen stellt, die zugunsten des einen und gleichzeitig zu Lasten des anderen Angeklagten gehen."* („Rote Robe", bekämpft". Der Hintergrund für diese Regelung ist aufschlußreich: *„Nach dem Krieg waren viele wegen ihrer NS-Belastung für ein Staatsamt nicht mehr tragbare Juristen in die Advokatur gegangen. Sie blieben dort unangefochten, auch wenn sie ihre faschistische Gesinnung nicht geändert hatten."* („Die Zeit", 23.11.73). Dieser Hintergrund macht deutlich, daß, 3/74, S. 118.) Natürlich ist es eine zynische Angelegenheit, wenn das Gericht, mit dem bewußten Ziel, bestimmte Verteidiger auszuschließen, dies unter dem Mantel des besonderen Schutzes für den Angeklagten zu tun vorgibt.

Schmitz-Justen fand noch einen weiteren „Ausschlußgrund": ein Verteidiger war mit einer braunen (statt der vorgeschriebenen weißen) Krawatte erschienen und dies ist, so Schmitz-Justen, „eine eklatante Mißachtung der vom Bundesverfassungsgericht klargestellten Grundsätze".

Man sieht, kein Argument ist diesen Reaktionären zu dumm, um fortschrittliche Anwälte aus Gerichtsverhandlungen rauszuhalten.

Es ist unsere Aufgabe, mehr als bisher den Versuchen der Bourgeoisie, demokratische Rechte auch in den Gerichten abzuschaffen, mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit zu begegnen. Dies ist sowohl im Interesse der fortschrittlichen Anwälte nötig, um ihnen den Rücken zu stärken, als auch im Interesse der politischen Gefangenen, um die ihnen von der Bourgeoisie auferlegte Isolation durchbrechen zu helfen. Eine weitere wichtige Aufgabe besteht in der konkreten Entlarvung der Klassenjustiz in den jetzt stattfindenden Prozessen gegen fortschrittliche Kollegen und dem Bemühen, weitere fortschrittliche Anwälte für eine Arbeit zu gewinnen, die sich allein an den Interessen der Betroffenen orientiert. ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

Forts. Fahrpreiserhöhungen

Lohnes für Busfahrten auszugeben; und zum anderen die Förderung des Individual-Verkehrs, da wegen der steigenden Fahrpreise immer mehr Menschen gezwungen sein werden, mit dem Auto zu fahren.

Und das ist auch beabsichtigt: Schließlich soll das Göttinger Verkehrsproblem nicht durch den Ausbau des Nahverkehrsnetzes gelöst werden, sondern z.B. durch den Bau der Osttangente (vier bis sechsspurige Autostraße) mitten durch Wohn- und Klinikviertel. Zudem wird diesem unsinnigen Bauprojekt billiger Wohnraum geopfert. Wer aber hat ein Interesse an einer immer größer werdenden Autolawine, die die Wohngebiete und die Klinikviertel mit Lärm und Gestank verpestet? Nicht die Göttinger Bevölkerung, sondern zuallererst die Automobil- und Ölkonzerne, die sich von einem stärkeren Individualverkehr höhere Profite versprechen.

Wohnraumzerstörung und Fahrpreiserhöhung

Durch die Wohnraumzerstörung in der Innenstadt werden immer größere Teile der Bevölkerung in die Wohnghettos am Rande der Stadt vertrieben. Neben der hohen Miete müssen sie die steigenden Fahrpreise bezahlen, um zur Arbeit und zum Einkaufen zu kommen. Hier zeigt sich der Zusammenhang zwischen „Stadtsanierung" und Fahrpreiserhöhung ganz krass: Auf der einen Seite der Abriß des Johannisviertels und des Reitstallviertels, damit Karstadt und Hertie „im Dienste der Kunden" ihre Parkhäuser bauen können, auf der anderen Seite der Bau der Osttangente und die Fahrpreiserhöhung im Dienste der Automobilkonzerne.

Zwei Seiten der Göttinger Kommunalpolitik im Interesse einer Sache: nämlich dem Wohle der Kapitalisten – bezahlt aus unseren Steuergeldern.

Wo stehen die bürgerlichen Parteien?

Was sagen die bürgerlichen Parteien in Göttingen zu den Fahrpreiserhöhungen? Der Rat hat zwar noch keine Beschlüsse gefaßt, aber es ist abzusehen, daß er den Fahrpreiserhöhungen zustimmen wird. In der letzten Fraktionssitzung am 22.8. betonte die SPD lang und breit, „daß diese Leistungen (des öffentlichen Nahverkehrs) ausreichend und preiswert zur Verfügung stehen müßten, um vor allem die Bedürfnisse der Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen zu befriedigen". („GT", 23.8.).

Trotzdem hat sie keine Entscheidung gegen die Fahrpreiserhöhung gefällt, sondern stattdessen versprochen, „die Tarife noch einmal auf ihre Struktur hin zu überprüfen".

Solche Versprechungen von den bürgerlichen Parteien und dem Rat kennen wir:

– z.B. vom alten Reitstall, der abgerissen wurde mit dem Versprechen des Rates, dort ein Rathaus zu bauen. Das Ergebnis war Hertie.

– Z.B. von Neustadt-West, das abgerissen wurde mit dem Versprechen, Sozialwohnungen zu bauen. Das Ergebnis waren Eigentumswohnungen.

– Z.B. von Neustadt-Ost, wo laut Ratsbeschluß vom 2.6.72 erst die Baulücken ausgefüllt werden sollten. Das Ergebnis waren die Abrisse von Petrosilienstraße 5 und 2 und Neustadt 28 im Sommer.

Weder SPD noch FDP und schon gar nicht CDU haben solche Maßnahmen jemals abgelehnt, sondern im Gegenteil gemeinsam vorangetrieben!

Im Sommer 1971 gab es in Göttingen eine breite Empörung gegen die Buspreiserhöhungen. Der Rat aber scherte sich einen Dreck um die Interessen der Göttinger Bevölkerung. Er lehnte es schlichtweg ab, auf einer Ratssitzung die von einer Protestdemonstration beauftragte Delegation auch nur anzuhören.

Was ist zu tun?

Deswegen dürfen wir uns keine Illusionen machen, daß der Rat etwa doch die Fahrpreiserhöhungen zurückweisen wird. Es wird vielmehr entscheidend darauf ankommen, unter den Werktätigen, unter der arbeitenden und lernenden Jugend den Protest gegen die Fahrpreiserhöhung zu organisieren und in diesem Kampf die politische Klarheit über Freund und Feind zu schärfen. Hiervon ausgehend, werden KAG und SSB in Betrieben, Gewerkschaften, an Schulen, an der Uni und im Stadtteil zur Organisierung des Protestes gegen die Tariferhöhungen beitragen.

Dabei wird es eine große Rolle spielen, die jüngsten Auseinandersetzungen um die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt und die Erfahrungen mit der Politik des dortigen SPD-Stadtrates miteinzubeziehen: Die Proteste gegen eine Erhöhung von bis zu 230% (!!) wurden von der Polizei mit äußerster Brutalität, z.B. durch Einsatz von Giftgas, zerschlagen. Dies nicht zu vergessen, wird notwendig sein, wenn wir verantwortungsbewußt an die Durchführung von Abwehrmaßnahmen herangehen.

Ein Beispiel für Verantwortungslosigkeit liefert in diesem Zusammenhang wieder einmal der KBW, der den Menschen als Abwehrmaßnahme gegen die Fahrpreiserhöhungen nichts weiter zu empfehlen vermag, als „Öffentlichkeit" der Ratssitzungen, auf der es um die Erhöhung geht, sowie namentliche Abstimmung der Ratsherren – so propagiert im Text einer Unterschriftensammlung, die seit einigen Wochen vom KBW durchgeführt wird. Die Leute vom KBW haben sich von vornherein derartig in ihre stupide Beschränkung auf Entlarvung der Rathaus-Papageien verbissen, daß nach ersten Aktionseinheitsverhandlungen Ende August selbst die Jusos verblüfft feststellten: „Ihr habt viel von der DKP gelernt". ●

KAG Göttingen
Bezirkskomitee

Göttingen

Kampf gegen den Bau der Osttangente



Eingerissenes Haus Niko-Weg 33 in Göttingen: Wohnraum muß den kapitalistischen Profit-Interessen weichen.

Göttingens Städteplanung steht unter dem Motto „Einkaufsmetropole von Südniedersachsen". Genau wie in anderen Städten der BRD (z.B. Frankfurt oder Hamburg) muß im Stadtzentrum billiger Wohnraum den Kaufhaus- und Versicherungskonzernen (Hertie, Gothaer Versicherung etc.) weichen, um ein Einkaufszentrum mit Fußgängerzone erschließen zu können. Im Zuge dieser Stadtsanierung ist es dann nötig, eine unmittelbare Umgehungsstraße des Stadtkerns zu bauen. Der erste Teil dieser vier- bis sechsspurigen Straße, der Westring, ist bereits seit Jahren fertig. Jetzt wird der zweite Teil – der sogenannte Ostring und die Osttangente (OT) – in Angriff genommen.

Die Kapitalisten wollen Göttingen profitträchtiger machen

Nach der Zerstörung der Innenstadt sollen den Kaufhaus-, Bank- und Versicherungskapitalisten auch die entsprechend ausgebauten Straßen geliefert werden. In diesem Zusammenhang muß man sehen, daß jede Wohnraumzerstörung die Wohnsituation verschärft und dadurch Mietsteigerun-
raumzerstörung die Wohnsituation verschärft und dadurch Mietsteigerun-
gen nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern für alle Mieter der Stadt bewirkt. Denn: Billiger Wohnraum wird abgerissen. Die Mieten für Neubauwohnungen sind aber wesentlich höher. Außerdem steht z,B. hier in Göttingen für die nächste Zeit keine Planung neuer Sozialwohnungen an, sondern nur der Bau von Privat- oder Eigentumswohnungen. Das bedeutet also, daß sich die Zahl der Wohnungssuchenden erhöht - die Nachfrage steigt und damit auch die Mieten.

Für die Bewohner des Ostviertels wird durch den geplanten Bau der OT die Wohnqualität des gesamten Viertels durch zunehmenden Lärm und Gestank erheblich gemindert.

Betroffen ist von diesem Plan auch das Klinikviertel, denn die Humboldtallee – diese Straße führt quer durch das Klinikviertel – soll ebenfalls vierspurig ausgebaut werden, ungeachtet der Ruhebedürftigkeit der Patienten. Gleichzeitig ist von dem Häuserabriß auch noch ein Schulgebäude betroffen, wodurch sich die ohnehin schon große Schulraumnot weiter verschärft

Für die Bevölkerung bedeutet diese Planung, daß sie aus den billigen Wohnungen im Stadtkern rausgeschmissen und dann in Wohnghettos am Rande der Stadt (wie z.B. Holtenser Berg) angesiedelt werden. Dadurch müssen die Bewohner wesentlich mehr Zeit aufbringen um zum Einkaufen zu kommen, weil die Verbindungen des öffentlichen Nahverkehrs zwischen Innenstadt und den Randgebieten alles andere als ausreichend sind – kilometerweit auseinanderliegende Haltestellen und Busfolgen von einer Stunde und mehr.

Außerdem sollen hier in Göttingen ab 1. Januar 75 die Bustarife auch noch erhöht werden. So muß dann die Bevölkerung neben den höheren Mieten in den Neubauwohnungen auch noch die steigenden Fahrpreise bezahlen.

Der Protest der Bewohner des Ostviertels

Gegen diese Pläne der Stadt ist eine breite Protestbewegung bei den betroffenen Bewohnern des Ostviertels entstanden.

Träger dieses Protestes ist in erster Linie die *„Initiative gegen den Bau der Osttangente"*. Sie wurde von Studenten, die nach dem „Göttinger Modell" in den Abbruchhäusern wohnen „dürfen" ins Leben gerufen. Die meisten von ihnen arbeiten im KBW mit und die Initiative steht unter seiner politischen Führung.

Daneben existiert eine bürgerliche Vereinigung, die *„Notgemeinschaft"*. Das ist eine Gruppe, in der Professoren und sonstige „Persönlichkeiten des Göttinger Lebens" den Ton angeben, und die sich auf eine ganze Reihe von Villenbewohnern in diesem Viertel stützen kann.

Die „Initiative gegen den Bau der Osttangente" organisierte u.a. eine Unterschriftensammlung, gab einige Flugblätter heraus und stellte Stelltafeln am Marktplatz auf, die vor allem den Zusammenhang zwischen der kapitalfreundlichen Sanierung der Innenstadt und der Osttangente – als schneller Zubringer für die erhofften auswärtigen Besucher – deutlich machen sollten.

Die Stadtteilversammlung

Bisheriger Höhepunkt der Proteste war eine von der „Initiative" einberufene Stadtteilversammlung am 12.9.. An ihr beteiligten sich über 320 Menschen (hauptsächlich Bewohner des am stärksten betroffenen Teils des Ostviertels). Es kamen neben der „Initiative" auch die „Notgemeinschaft" sowie Vertreter der Stadtverwaltung und der im Rat vertretenen Parteien.

Die Stadtteilversammlung war ein Erfolg

Die „Initiative" hatte diese Veranstaltung gut geplant. Überall auf dem Weg zum Versammlungsraum waren Stelltafeln aufgebaut, die noch einmal die Zusammenhänge für den Protest darstellten. Eingangs wurde ein Film gezeigt über den Abriß des Hauses Niko-Weg 33 – ein unpolitischer Film über die technische Durchführung eines Hausabrisses.

Danach hielt ein Mitglied der Initiative (KBW) das Hauptreferat. Seine Stoßrichtung war, die Machenschaften des Stadtrates – vor allem die gute Zusammenarbeit mit den großen Konzernen bei der Planung der OT und der gesamten Sanierungspolitik
Konzernen bei der Planung der OT und der gesamten Sanierungspolitik
in der Innenstadt – zu entlarven.

Im Rahmen der allgemeinen Diskussion kamen auch die Vertreter der Stadtverwaltung und des Rates zu Wort.

Allem voran versuchte es der SPD-Fraktionsvorsitzende noch einmal mit übler Demagogie. Frech behauptete er, sie seien in die Betriebe gegangen und die Arbeiter hätten ihnen gesagt, sie brauchen eine schnelle Straßenverbindung von den Wohngebieten zu den Arbeitsplätzen. Diese Dreistigkeit stieß aber auf der Stadtteilversammlung auf entschiedenen Protest.

Es wurde eine Resolution nahezu einstimmig verabschiedet, in der noch einmal der Bau der OT und des Ostringes im Interesse der Kaufhaus- und Versicherungskonzerne und ebenso die damit verbundene Wohnraumzerstörung entschieden abgelehnt wird.

Die bürgerlichen Illusionen der „Notgemeinschaft"

War der Protest gegen diese Unverschämtheiten der Stadt noch von allen beteiligten Gruppen gemeinsam getragen gewesen und ein großer Erfolg, so war es jetzt die Hauptaufgabe, in der Auseinandersetzung darüber, wie der Kampf geführt werden muß, die Bewegung politisch zu festigen. Bei dieser Frage tauchten die ersten wichtigen Differenzen auf:

Die wohlsituierten Akademiker der Notgemeinschaft vertraten die Meinung, daß die schärfste Waffe gegen die Baupläne zur OT die bürgerlichen Gesetze seien: Weil die Stadt in ihren Planungen unmöglich das neuerlassene „Bundesimmissionsschutzgesetz" (neue Durchgangsstraßen müssen mindestens 70 m von den nächsten Wohnungen entfernt sein, um die Bewohner vor Lärm und Abgasen zu schützen usw.) erfüllen kann, müsse man die Stadt auf gerichtlichem Wege zwingen, den Bau zu unterlassen. Solche Vorstellungen von der „Rechtsstaatlichkeit" sind Flöhe, die die Kapitalisten der Bevölkerung in die Ohren setzen, damit sie abgelenkt wird von der Entwicklung ihrer eigenen Kampfkraft.

Das jüngste Beispiel des Chemiekonzerns Reynolds in Hamburg zeigt, daß die Kapitalisten sich auf ihre Justiz verlassen können: Obwohl der Fluor-Ausstoß des Werkes die gesamte Umgebung buchstäblich zu vergiften droht, darf Reynolds auf obersten Gerichtsbeschluß weiterproduzieren. Eine Krähe hackt bekanntlich einer anderen kein Auge aus. Die Stadt weiß



Protestversammlung Göttinger Mieter

also, weswegen sie der Dienstaufsichtsbeschwerde von der Notgemeinschaft gelassen engegensehen kann.

Stadtbaurat Wiltenstein: *„Die Osttangente wird trotz Bundesimmissionsschutzgesetz gebaut!"*

... und ein richtiger Kampfschritt der „Initiative"...

Entgegen den Illusionen der „Notgemeinschaft" schlug die vom KBW angeführte „Initiative' einen richtigen ersten Kampfschritt vor: Die Studenten, die die Abbruchhäuser bewohnen, wollen trotz ihrer Kündigung zum 30.9. weiter in den Häusern wohnen bleiben. Sie fordern gleichzeitig für die Bewohner aller Abbruchhäuser, die nach dem „Göttinger Modell" nur Nutzungsverträge besitzen richtige Mietverträge. Diesem richtigen Schritt mochte die „Notgemeinschaft" nur mit großen Vorbehalten zustimmen, Denn sie könne den Studenten doch keinen Blanco-Scheck ausstellen; wenn es nun zu Gewalttätigkeiten um die besetzten Häuser käme, dann würde sie ja möglicherweise „kriminelle Handlungen" unterstützen!

... aber kein Versuch, die Bewegung politisch vorwärts zu bringen

Die KBW-Mitglieder der Initiative hatten nichts eiligeres zu tun, als zu versichern, sie wollten „Gewaltanwendung auf jeden Fall verhindern." Damit war die Diskussion über diese „Bedenken" beendet!

Nichts davon, daß es ja gerade die Polizei ist, die brutal gegen Hausbesetzer vorgeht, wie die Frankfurter Ereignisse zeigen, nichts davon, daß diese Brutalität im Verein mit der Hetze in Presse, Rundfunk und Fernsehen nur dem einen Ziel dient: diejenigen, die sich aktiv gegen die Wohnraumzerstörung im Interesse des Kapitals wehren, mit allen Mitteln erst zu isolieren, dann zu kriminalisieren und der Bevölkerung Angst einzujagen, sie davon abzuhalten, den Kampf für die eigenen Interessen zu beginnen.

Gerade in diesem Verhalten wird deutlich, wie wenig insbesondere der die Initiative führende KBW ein Interesse daran hatte, die Bewegung tatsächlich politisch voranzubringen.

Daß dieser Opportunismus kein bloßer Ausrutscher auf der Versammlung gewesen ist, sondern (leider) Methode des KBW, und wohin dieses Sich-Anhängen an vorhandene „Stimmungen" führt, zeigte sich besonders nach der Stadtteilversammlung: Am Tag darauf war im „Göttinger Tageblatt" ein übler Hetzartikel über die Versammlung erschienen. Es hieß dort u.a.:

„Es ist ein Widerspruch, wenn die Vertreter der Notgemeinschaft und der Bürgerlichen Vereinigung, die sonst so sehr auf die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen drängen, einer Resolution zustimmen, die den gewollten unrechtmäßigen Vertragsbruch zum Ziel hat. Insgesamt ein Abend, der die Diskussion um den Tangentenbau keinen Schritt vorwärts gebracht hat, der gleichzeitig aber zu einer kuriosen Verbrüderung zwischen eher linken Studenten und eher konservativen Mitgliedern von Notgemeinschaft und Bürgerlichen geführt hat. Und ein möglicher Einwand, die Verwaltung hätte neben ihren kompetenten Fachleuten zur politischen Diskussion auch ihre verantwortlichen Spitzenvertreter entsenden sollen, erübrigte sich bald. Der Aufwand hätte nicht gelohnt."

In der Ortsbeilage der „KVZ" 19/74 setzt sich der KBW gegen die „Anschuldigungen", es handle sich beim Widerstand gegen den Ostring um eine „eher kuriose Verbrüderung zwischen eher linken Studenten und eher konservativen Mitgliedern von Notgemeinschaft und Bürgerlichen" zur Wehr:

„Es geht darum, sich gegen das ungehinderte Austoben der kapitalistischen Marktgesetze auf dem Rücken der Bevölkerung zur Wehr zu setzen.
schen Marktgesetze auf dem Rücken der Bevölkerung zur Wehr zu setzen.
Und dazu bedarf es des größtmöglichen Zusammenschlusses, gleich, ob nun die von der Wohnraumzerstörung Betroffenen Arbeiter, Angestellte, Rentner oder Studenten sind, gleich, ob sie nun konservative
sie nun konservative
Anschauungen haben oder Kommunisten sind. Die Lehren über den Charakter dieser Gesellschaft darüber, wer das Sagen hat und wem die Ratsparteien dienen, diese Lehren erteilen nicht wir Kommunisten ihnen, sondern der tagtägliche Anschauungsunterricht des Handelskapitals und der Politik der Ratsparteien."

Man fragt sich dann nur, warum noch soviele Menschen Illusionen in die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" unseres „Rechtsstaates" setzen.

Unsere Fehler ...

Aber auch wir haben auf der Versammlung nicht entscheidend eingegriffen, sondern nur punktuell etwas gesagt. Auch uns also ist der Vorwurf zu machen, daß wir den Kampf gegen Wohnraumzerstörung und gegen die Förderung des Individualverkehrs nur halbherzig unterstützt haben: Zwar war von uns schon im Sommer ein Flugblatt erstellt worden. Mit ihm hatten wir vor allem versucht, den Spaltungsmanövern in der Presse entgegenzuwirken, und wir verteilten es auch in den Wohnghettos am Stadtrand.

Aber weder im Ostviertel noch in anderen Wohnbezirken oder unter den Studenten bemühten wir uns wirklich um die Entwicklung und Festigung der Kampffront, sondern „kommentierten" lediglich den vorhandenen Protest von außen her.

Die Erfahrungen mit der Stadtteilversammlung – die auf der einen Seite ein Erfolg der Stärke der Protestbewegung war, auf der anderen Seite aber auch die ganze politische Schwäche des spontanen Kampfes zeigte – wurden umfassend innerhalb unserer Organisation diskutiert.

... und unsere politischen Aufgaben innerhalb der Protestbewegung

Zusammen mit den Mitgliedern der „Initiative", die mit uns sympathisieren, müssen wir alle uns zur Verfügung stehende Kraft darauf verwenden, an der Festigung der Bewegung zu arbei- ➡

Das „Göttinger Modell"

Was heißt das nun genau? – Die Stadt hat im Rahmen der Städteplanung bestimmte Straßenbauvorhaben. Den Platz für die Trassenführung schafft sie durch Abriß von Häusern. Dieser Abbruch muß so langsam und vorsichtig geschehen, daß es in der Bevölkerung, die unter enormer Wohnraumnot leidet, nicht zu massiven Widerständen kommt. So werden lange vorher, die Familien nach und nach zum Ausziehen gebracht. Danach werden die Häuser dem Studentenwerk übergeben. Dieses setzt bis zum endgültigen Abbruch Studenten in die leeren Häuser. Die Mieten sind dort zwar ziemlich niedrig (Kostenmieten), aber die Studenten haben nur einen „Nutzungsvertrag", keinen Mietvertrag. Sie sind daher beim Abriß der Häuser gezwungen auszuziehen, ohne Anspruch auf Ersatzwohnungen. Von Seiten des Rates und der Presse wird dieses „Göttinger Modell" als sozialer Akt gepriesen, der die Wohnmisere – besonders der Studenten – beheben helfe. Tatsächlich aber werden die Häuser doch abgerissen – genau dann, wenn es der Stadt im Interesse des Handels- und Bankkapitals paßt. Die Interessen der Werktätigen und der Studenten an billigem Wohnraum werden gegeneinander ausgespielt. Die Stadt kann – durch den Nutzungsvertrag – kurzfristig und ohne neue Wohnungen beschaffen zu müssen, über die Häuser verfügen. Außerdem hängt sich die Stadt ein soziales Mäntelchen um und überläßt die Dreckarbeit, das Rausschmeißen, dem Studentenwerk. Damit wird der tatsächliche Gegner verschleiert. So entpuppt sich das „Göttinger Modell" also als ein Mittel, um die werktätige Bevölkerung und die Studenten zu spalten und dadurch einen gemeinsamen Kampf gegen die Wohnraumzerstörung von vornherein zu erschweren.



Forts. Pleiten

In Wahrheit können natürlich Devisengeschäfte dieser Größenordnung – allein der V e r l u s t belief sich schließlich auf über eine Mrd. Mark – weder dem Finanzkapital noch dem Staat, noch im Ausland verborgen geblieben sein. Ihre Dollar-Spekulationen wickelte die Herstatt-Bank z.B. über die New Yorker Chase Manhatten Bank des US-Vizepräsiden Rockefeller ab – zum Zeitpunkt der Schließung hatte sie dort noch ein Guthaben von 156 Mio. Dollar (knapp 400 Mio. Mark).

Zum Spekulieren gehören im Übrigen immer zwei. Mit wem hat Herstatt seine riesigen Devisengeschäfte gemacht? Muß man nicht schlußfolgern, daß andere Kredit - institute kräftig mitspekuliert haben und daß sich Herstatts Devisen- v e r l u s t e (die zum guten Teil von mittelständischen Sparern und von den Steuerzahlern mitgetragen werden müssen – die Stadt Köln hatte 190 Mio. Mark bei Herstatt liegen!) bei anderen Finanzkapitalisten als G e w i n n e niederschlagen ? Ein „gutes Jahr für (Groß!)banken" auch in dieser Hinsicht?

Über die „persönliche Integrität" von Gerling, seinem Finanzchef Weiler u.a. geben folgende Berichte Auskunft:

⊖ Unmittelbar vor der Schließung der Herstatt-Bank wurde deren gesamter Grundbesitz pro forma „verkauft" – an Gerling;

⊖ unmittelbar vor der Schließung der Bank wurden schätzungsweise **„weit über 100 Mio. Mark"** ins Ausland, wahrscheinlich in die Schweiz, verschoben (Gerling: **„80 Mio. Mark, die veruntreut wurden, sind bereits sichergestellt worden. . .")**;

– unmittelbar vor der Schließung der Herstatt-Bank „verkaufte" die zum Gerling-Konzern gehörende Gerling Global Bank (Hamburg und Düsseldorf) einen 25%igen Anteil bei Herstatt pro forma – an eine der undurchsichtigen Gesellschaften des undurchsichtigen Gerling-Konzerns;

⊖ unmittelbar vor der Schließung der Bank hoben u.a. die Karnevalsgesellschaft „Rote Funken" (100.000 Mark) und die „Kölni - sche Rundschau" ihre Gelder bei
valsgesellschaft „Rote Funken" (100.000 Mark) und die „Kölni - sche Rundschau" ihre Gelder bei
Herstatt ab – „Sechster Sinn"? . . .

⊖ Am 28. Dezember '73 kaufte die Herstatt-Bank zum Tageskurs eine halbe Tonne Gold per Datum 28. Juni '74 – in der Hoffnung, daß der Goldpreis weiter steigen würde. Als sich diese Erwartung erfüllte, wurde das Geschäft flugs auf Herrn Gerling persönlich umgeschrieben, der mit einer runden Mio. Mark Gewinn davon zog („Stern", 33/74).

⊖ Gerlings Finanzchef Weiler machte es umgekehrt: Er schloß auf eigene Rechnung ein Devisentermingeschäft über 500.000 Dollar ab – und ließ es auf eine Gerling-Versicherung umschreiben, nachdem schon 40.000 Mark Verlust entstanden waren („Stern". . .)

Israel-British-Bank

Wenige Tage nach der Herstatt-Schließung, am 9. Juli, wurde der Israel-British Bank von der israelischen Staatsbank die Geschäftserlaubnis entzogen. Die Israel-British Bank war, wie es hieß – **durch die Herstatt-Pleite „in Liquiditätsschwierigkeiten geraten"** (war also anscheinend nicht unerheblich bei den Geschäften der Herstatt-Bank engagiert?).

Die Israel-British Bank gehörte der englisch-zionistischen Kapitalistenfamilie Williams. Sie hatte acht Filialen in Israel und eine in London. In Großbritannien war sie an zwei Versicherungsgesellschaften und einer Bauträgergesellschaft beteiligt, in der BRD an Audi NSU.

Die Israel-British Bank wurde von der Bank of Israel übernommen.

Bass & Herz

Die Frankfurter Bank Bass & Herz schloß ihre Schalter in der ersten August-Hälfte. Noch 14 Tage vorher hatte das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen erklärt, es bestünde „keinerlei Anlaß zur Sorge".

Bass & Herz war die Hausbank der „traditionsreichen" Kapitalistenfamilie Schaffgotsch, die vor allem in Bergwerks- und Energiegesellschaften (u.a. Elikraft München) engagiert war. Das Schaffgotsche „Imperium" brach im August zusammen (**„eine der größten Nachkriegspleiten"** schrieb die Presse) und riß die relativ kleine Bank Bass & Herz mit sich. Die rund 30 Mio. Mark privaten Einlagen bei dieser Bank sollen vollständig zurückgezahlt werden . . .

Gerätselt wurde, ob und welche anderen Banken von der Schaffgotschen Pleite noch betroffen sind, da die „Hausbank" Bass & Herz mit ihrem recht kleinen Zuschnitt wohl nicht die einzige Bank des Konzerns gewesen sei.

Bankhaus Wolff KG

Bankhaus Wolff KG

In der zweiten August-Hälfte schloß das Hamburger Bankhaus Wolff KG. Es hatte eine Jahresbilanz von rund 80 Mio. Mark.

Das Bankhaus war zum einen in Schwierigkeiten geraten, als nach der Herstatt-Pleite massiv Gelder abgezogen wurden. Zum anderen geriet das Bankhaus in den Untergangsstrudel des italienischen Finanzkapitalisten und Spekulanten Sindona. Dieser Wirtschaftsverbrecher (gegen ihn besteht in Italien inzwischen Haftbefehl) war bei der Wolff KG mit 3,5 Mrd. Mark beteiligt, was bedeutete, daß die Bank etwa zur Hälfte ihres Kapitals von der Sindona-Gruppe kontrolliert wurde.

Frankfurter Handelsbank

Ebenfalls in der zweiten August-Woche wurde die Frankfurter Handelsbank geschlossen. Mit einer Bilanzsumme von nur 14 Mio. Mark gehörte sie zu den kleinsten der Branche (ein Drittel der rund 150 Privatbanken hat Bilanzsummen unter zehn Mio. Mark).

Lloyd Bank

Anfang September wurde bekannt, daß die Niederlassung der britischen Lloyds Bank in Lugano (Schweiz), eine der vier größten Londoner Banken, 33 Mio. Pfund (rund 200 Mio. Mark) Verluste aus Devisenspekulationen gemacht hatte. Angeblich war auch hier ein Devisenhändler schuld, der „unautorisiert" sogenannte „Unregelmäßigkeiten" begangen haben soll. . .

Allgemeine Wirtschaftsbank Wien

Ebenfalls Anfang September mußte die Allgemeine Wirtschaftsbank Wien geschlossen werden, nachdem drei Hypo-Banken ihre Einlagen abgezogen hatten. Die Bilanzsumme der Bank lag in '73 bei 140 Mio. Mark. Zeitweise war die Allgemeine Wirtschaftsbank die österreichische Depotbank des berüchtigten Schwindelladens IOS (der z.B. den aus der FDP ausgeschiedenen reaktionären Herrn Mende zeitweise als Vertreter beschäftigte). Die Allgemeine Wirtschaftsbank Wien gehörte zu rund 75% einem Herrn Krauland, der 1945 bis '49 österreichischer Minister für Wirtschaftsplanung war.

Banque de Crédit International

Die Genfer Banque de Credit International (BCI) geriet im September in offensichtliche „Schwierigkeiten". Diese Bank gehört zur zionistischen Rosenbaum-Gruppe. Die Rosenbaum-Gruppe ist *„seit langem stärker im internationalen Immobiliengeschäft engagiert"*, d.h. sie betreibt Bau- und Bodenspekulation, besonders in Südeuropa. Auf diese Spekulationen sollen auch die „Schwierigkeiten" der Genfer Bank zurückgehen. Rosenbaum will sich nunmehr von der BCI trennen, sein Anteil soll von *„einer anderen Gruppe, die Verbindung nach Israel hat"*, übernommen werden („FAZ", 27.9.).

Trennen möchte sich jetzt von Rosenbaum und seiner BCI auch die Hessische Landesbank. Die Helaba die eng mit der hessischen SPD-Spitze verflochten ist, hatte eine Beteiligung von 36,4% an der BCI (Eigenkapital der BCI: 95 Mio. Schweizer Franken, etwa 85 Mio. Mark); diese Beteiligung sicherte ihr einen 50%igen Stimmenanteil (Rosenbaum hat die andern 50% und



„Sündenbock Dany Dattel, Devisenspekulant bei Herstatt

60% des Kapitals)!

Die Helaba hatte sich von dieser

60% des Kapitals)!
Die Helaba hatte sich von dieser

Beteiligung weder durch die gewagten Spekulationen des Herrn Rosenbaum abhalten lassen, noch dadurch, daß die Banque de Crédit International als „Mafia-Bank" einen Ruf hatte – nicht nur wegen ihrer „unseriösen" Geschäfte, sondern auch im vollen Sinn des Wortes, als Anlegebank der Mafia der USA.

Die Helaba will jetzt die Sache dadurch erledigen, daß sie ihre Beteiligung an Tibor Rosenbaum zurückgegeben hat („FAZ", 8.10.74). Das bedeutet zum einen, daß sie mit ziemlicher Sicherheit diese Beteiligung (Buchwert: rund 30 Mio. Mark; ein Klacks für die hessischen Steuerzahler) in den Schornstein schreiben muß. Fraglich ist allerdings, ob es damit für die Helaba ausgestanden ist. („FAZ" vom 8.10.74: *„In Fachkreisen wird im übrigen bezweifelt, ob es überhaupt möglich ist, daß die Hessische Landesbank ihren Anteil so einfach an Tibor Rosenbaum zurückgeben kann"*), oder ob sie noch zur Kasse gebeten werden kann, um Verluste der BCI abzudecken.

Hessische Landesbank

Aus der Sicht der CDU sicher nicht unerwünscht, ist die Hessische Landesbank überdies gerade rechtzeitig zum hessischen Wahlkampf voll ins Zwielicht geraten.

Die Verluste der Hessischen Landesbank aus diversen Spekulationen werden auf rund 800 Mio. bis 1 Mrd. Mark geschätzt. Die Helaba spekulierte so ziemlich mit allem, was schlecht und teuer ist.

„Bei kaum einer Bauträger-Krise von Format war die Helaba nicht mit von der Partie". So verbaute sie u.a. Millionen-Beträge in den Pleite-Bauobjekten 'Sonnenring' Frankfurt und 'Schwabylon' München. Auch beim in größte „Schwierigkeiten" geratenen „Baulöwen" Nr. 1 der BRD, Mosch, war die Helaba engagiert.

Die Helaba soll jetzt zunächst mit 280 - 300 Mio. Mark der Norddeutschen und Westdeutschen Landesbank 'abgestützt' werden. Der unmittelbare Schaden für die hessischen Steuerzahler wird auf zunächst 150 Mio. Mark beziffert, was sicher zu niedrig gegriffen ist.

In Zusammenhang mit der Helaba wurde der Vorwurf der persönlichen Bereicherung u.a. gegen den hessischen „Landesvater" Osswald erhoben.

Cannon Street

Die zur Londoner Finanzgruppe Cannon Street Investments Ltd. gehörende Bank Cannon Str. Acceptances geriet Ende September in Schwierigkeiten. Der Grund waren zum einen massive Einlagenabzüge „infolge des allgemeinen Mißtrauens", zum anderen Verfall von Grundstückswerten und damit Zweifelhaftwerden von Sicherheiten.

Unter Führung der Bank of England wurde eine „Rettungsaktion" eingeleitet. – Die Finanzgruppe, die bereits eine Bank in den Niederlanden und ein gewerbliches Unternehmen in Großbritannien abstoßen mußte, soll „tiefgreifend reorganisiert" werden.

Banque de Bruxelles

Die zweitgrößte belgische Bank, die Banque de Bruxelles, hat – wie Mitte Oktober bekannt wurde – in den letzten drei Monaten aus Devisengeschäften einen Verlust von noch nicht bekannter Höhe (40 - 100 Mio. Mark laut „FR" vom 17.10.) „erzielt".

Auch hier – wen überrascht es noch – sind *„U n r e g e l m ä ß i g k e i t e n in Form i r r e g u l ä r e r Devisentransaktionen festgestellt"* worden, die natürlich *„nicht den Richtlinien der Geschäftsführung"* entsprachen („FAZ", 15.10.).

In den **„Devisenskandal"** sollen auch **„deutsche Händler und Bankiers"** verwickelt sein („FR", 17.10.), u.a. ein in Frankfurt **„in Fachkreisen recht bekanntes Unternehmen, welches sich mit der Vermittlung von Devisen und Eurodollars beschäftigt"** („FR").

Eine **„besonders enge Kooperation"** gab es zwischen der Banque de Bruxelles und der Dresdner Bank; es wurden auch *„selbstverständlich laufend Devisengeschäfte getätigt"*; diese aber – logisch – bei der Dresdner *„ordnungsgemäß verbucht"* („FR").

Sindona

Gegen den seit langem auf Pleitekurs schlingernden italienischen Finanzkapitalisten und Super-Spekulanten Michele Sindona wurde am 9. Oktober von einem Mailänder Richter Haftbefehl erlassen.

nanzkapitalisten und Super-Spekulanten Michele Sindona wurde am 9. Oktober von einem Mailänder Richter Haftbefehl erlassen.

Der Haftbefehl bezieht sich vor allem auf kriminelle Machenschaften Sindona's über seine beiden Mailänder Banken.

Sindona begann nach dem Krieg angeblich „aus dem Nichts". Als Günstling der US-Militärverwaltung soll er im Krieg besetzten Italien mit einem Obstwagen angefangen haben, und dem US-Imperialismus blieb er stets eng verbunden.

Später half er u.a. dem Vatikan, für die ungeheuren Beträge, die die katholische Kirche gutgläubigen Menschen aus den Taschen zieht, geeignete Anlagemöglichkeiten zu finden. Er erwarb und verkaufte Grundstücke und Baugesellschaften für den Vatikan, orientierte den „allerheiligsten" Kapitalexport des Vatikan in die USA; kaufte und verkaufte komplette Industrieunternehmen im Auftrag von anderen Großkapitalisten und Konzernen.

Er besaß u.a. die Kapitalmehrheit der Bauträger-Gesellschaft Immobiliare di Roma, die er dem Vatikan abgekauft hatte. Diese Gesellschaft war international aktiv; u.a. baute sie in den USA den Watergate-Komplex.

An der US-amerikanischen Franklin National Bank war Sindona zu 20 % beteiligt. Diese Bank geriet schon im Juni in die Krise – vor allem aus Devisenspekulationen war ein Verlust von geschätzten 80 Mio. Dollar (200 Mio. Mark) entstanden. Die Franklin National Bank wurde inzwischen von einem europäischen (!) Bankenkonsortium, zu dem auch die Deutsche Bank gehört, übernommen.

Vor dem Zusammenbruch Sindona's sind u.a. die von ihm kontrollierte Banca Unione (Rom) und die Mailänder Banca Generale di Credito betroffen.

Sindona hat nicht nur für den Vatikan und für die Christdemokratische Partei größere Spekulationsgeschäfte getätigt, sondern er soll darüber hinaus – seinen nach rechtsaußen drängenden politischen Sympathien folgend – die Christdemokratie mit immensen Summen direkt finanziert haben. Vermutungen linker Zeitungen zufolge ist Sindona außerdem in die Finanzierung der „Windrose" – eine im Herbst '73 aufgeflogene faschistische Putschzentrale – verwickelt.

Die bürgerliche italienische Illustrierte „Panorama" vom 12. Oktober schreibt unter Berufung auf einen „Mitarbeiter" Sindonas: Sindona habe den Christdemokraten 3 Mrd. Lire (etwa 12 Mio. DM) für das Scheidungsreferendum im Mai 1974 gezahlt (es ging dabei um den Versuch der rechten DC, einen Rechtsruck zu „legitimieren"); 2 Mrd. Lire (8 Mio. DM) habe Sindona der DC im Juli gezahlt, um noch Unterstützung für sein zusammenkrachendes „Imperium" zu erhalten. Ferner habe er der DC seit 1972 monatlich 750 Mio. Lire (3 Mio. DM) zukommen lassen!

Die kommunistische Tageszeitung „il manifesto" vom 13. Oktober berichtet, daß Sindona auch Nixon's Wahlkampf mitfinanziert habe.

„Für eine Vertrauenskrise besteht kein Anlaß"? . . .

Nach der Schließung der Herstatt-Bank begannen alsbald die Versuche, die Angelegenheit herunterzuspielen. Herstatt sei *„nicht typisch für das Bankgewerbe"* (Bundesbankpräsident Klasen). *„Für eine Vertrauenskrise besteht kein Anlaß"* („Welt", 28.6.74). Herstatt sei ein Einzelfall, die verrückten Spekulationen des Devisen-Hasadeurs Dany Dattel seien an allem schuld usw.

Für die Bourgeoisie steht hier das „Vertrauen" der arbeitenden Bevölkerung nicht nur im engen ökonomischen Sinn auf dem Spiel (die z.B. jetzt, beunruhigt, Sparkonten abheben könnte, zukünftig vielleicht weniger Lust zum Sparen hat etc.), sondern das „Vertrauen" in den Kapitalismus schlechthin, als dessen Symbol die Banken erscheinen. Solche Pleiten, für deren Folge großenteils „der kleine Mann" als Sparer oder Steuerzahler büßen muß, und die dabei zutage tretende Korruptheit bürgerlicher Politiker, sind nicht gerade eine Empfehlung für das System der „freien Marktwirtschaft" und des „Unternehmerrisikos".

Von solchen „ketzerischen" Gedanken sollen die Werktätigen abgelenkt werden mit dem Hinweis z.B. auf die Verluste der Hessischen Landesbank – und die sei doch „staatlich", und sogar unter dem Einfluß der „linken" hessischen SPD . . .

Tatsächlich beweist die Helaba nur eines: daß es nämlich hirnverbrannt ist, i m K a p i t a l i s m u s die „Verstaatlichung der Banken" als Heilmittel zu empfehlen)Jusos, DKP) Von „normalen" kapitalistisch geführten Banken unterscheidet sich

„Verstaatlichung der Banken" als Heilmittel zu empfehlen)Jusos, DKP) Von „normalen" kapitalistisch geführten Banken unterscheidet sich

ein Unternehmen wie die Helaba nur dadurch, daß eventuelle Verluste noch unmittelbar dem Volk aufgesackt werden können.

Einem solchen System zu mißtrauen, dafür besteht wirklich gründlich Anlaß! Dieses System dient der Ausplünderung vieler und der Bereicherung weniger.

Was sind die Ursachen der Bankenpleiten?

1. Der beschleunigte kapitalistische Konzentrationsprozeß auch im Kredit-Gewerbe. 150 kleinere Banken (Privatbanken) bringen gerade 2,3 % der Bilanzsumme aller Kreditinstitute der BRD auf. Diese 150 Privatbanken zusammen bringen gerade die H ä l f t e der Transaktionen (Bankgeschäfte) zustande, die a l l e i n von der Deutschen Bank abgewickelt werden. Diese Situation z w i n g t in gewisser Weise kleinere Banken, sich z.B. auf „bankenfremde" Geschäfte wie etwa den Devisenhandel zu spezialisieren. Die Herstatt-Bank z.B. wurde schon 1973 vor einem Verlust nur dadurch bewahrt, daß im Devisengeschäft rund 55 Mio Mark gewonnen wurden: *„Unsere Ertragslage ist ist schlecht, aber einen Ausgleich konnten wir in anderen Sparten erzielen. Der Gewinn aus dem Devisentermingeschäft übertraf erheblich den des Vorjahres"*. (Geschäftsbericht für 1973).

2. Die Bankenzusammenbrüche widerspiegeln auch direkt die allgemeine Krise in der Bauwirtschaft. Viele der in Schwierigkeiten geratenen Banken haben Verluste mit Bau- und Bodenspekulationen erlitten. Banken sind in alle Bau-Skandale verwickelt ('Steglitzer Kreisel' in Westberlin, 'Schwabylon' in München, 'Sonnenring' in Frankfurt – und man füge die zahlreichen unverkäuflichen 'Eigentumswohnungen' hinzu), wo ohne Rücksicht auf den Bedarf des Volkes Prunk- und Luxus-Ruinen errichtet werden, die dann ein großer „Reinfall" werden (für das Volk, das diesen Mist bezahlen muß), und die schließlich 'fürn Appel und n'Ei' irgendeinem Kapitalisten zugeschustert werden.

3. Wenn „renommierte" Banken hunderte von Millionen Mark bei Devisenspekulationen verlieren (Verluste, die nur deshalb nicht zur Pleite führen, weil diese Banken besser 'gepolstert' sind als Herstatt etc.), dann zeigt das auch die Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes, und die aggressiv-abenteuerlichen Formen, die dieser annimmt. Auf höherer Ebene zeigen z.B. die massiven Dollaraufkäufe der Bundesbank im letzten Jahr dieselbe Tendenz. ●

Forts. Göttingen/Osttangente

ten. Denn die Kapitalisten und ihre Freunde werden in nächster Zeit zweifellos verstärkt daran gehen, die Kampffront zu schwächen und zu zerbrechen. Die Häuser, die abgerissen werden sollen, bleiben von den Studenten weiter bewohnt und in der Presse wurde schon gedroht, man wolle doch nicht erst abwarten, bis in Göttingen „Frankfurter Verhältnisse" herrschen (wo bekanntlich mit unglaublicher Brutalität und Sadismus die Bewohner aus den von ihnen besetzten Häusern geknüppelt wurden).

Unsere Aufgabe kann nicht darin bestehen, den Kampf lediglich auf den Stadtrat zu orientieren, wie es der KBW tut.

Wie eine Platte, die einen Sprung hat, will er auch nach der Stadtteilversammlung alle Ohren allein auf das spitzen, was der Stadtrat auf seinen Sitzungen zu den Forderungen der Protestbewegung von sich geben wird, weil er sich davon zum Hunderttausendsten Male die entscheidende Entlarvung der bürgerlichen Machtinstrumente verspricht.

Unsere Aufgabe ist es, politische Fortschritte zu ermöglichen: d.h.

– möglichst frühzeitig eine Auseinandersetzung um die besetzten Häuser vorzubereiten; das bedeutet auch, aus den Erfahrungen der Kämpfe gegen Wohnraumzerstörung in anderen Städten (z.B. Frankfurt und Hamburg) zu lernen.

– möglichst breiten Teilen der Bevölkerung die Illusionsmacherei und Spaltungsmanöver der Feinde zu verdeutlichen und gemeinsam dagegenzuwirken – nicht nur im Ostviertel; und darauf hinzuarbeiten, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Mieterinitiativen und anderen Zusammenschlüssen gegen Angriffe auf die Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung in Göttingen entsteht. ●

KAG, Göttingen, Bezirksorganisation

Kohl in China – „Weitgehende Übereinstimmung"?

Der CDU-Vorsitzende Kohl besuchte im September auf Einladung der chinesischen Regierung die Volksrepublik und hatte dort während eines zwölftägigen Aufenthalts Gelegenheit, mit führenden Vertretern der chinesischen Partei- und Staatsführung Gespräche zu führen.

Kohl hatte vor seiner Abreise in die Volksrepublik China gegenüber bürgerlichen Journalisten die Ziele seiner Reise so umrissen:
- *„eigene Informationen über die ‚asiatische Vormacht China' vor Ort einzuholen und*
- *dort auch die eigenen Meinungen von Politik vorzutragen"*

(„FAZ", 3.9.74).

Diese artigen diplomatischen Floskeln reichten den versammelten Presseleuten nicht. Sie wollten wissen, *„ob er eine deutsche oder europäische Ostpolitik mit Hilfe eines ‚Pekinger Hebels' machen wolle"* („FAZ", 3.9.74).

Der CDU-Führer verneinte diese sehr direkte Frage – aber er fügte hinzu, daß man (sprich: der westdeutsche Imperialismus) mit den RGW-Ländern am besten zurechtkäme, *„wenn wir ohne Überschätzung unserer Möglichkeiten unsere Interessen in allen Teilen der Welt unbeirrt weiterpflegen"* („FAZ", 3.9.74).

Er (Kohl) sei jedoch voll Zuversicht, wie er gegenüber einem Reporter vom ZDF äußerte, daß es in zentralen Fragen deutscher und europäischer Politik weitgehende Übereinstimmung mit seinen chinesischen Gastgebern geben werde.

Wenn man Kohl glauben darf, wurden seine Erwartungen nicht enttäuscht: Nach seiner Rückkehr äusserte Kohl sich *„sehr zufrieden"*; es gebe *„eine Fülle von Gemeinsamkeiten"* („FR", 16.9.74).

Wie Kohl zu berichten wußte, haben die chinesischen Politiker:
- *„den Eindruck, daß nach dem Amtsantritt ihres neuen Bundeskanzlers die gesamte Lage in der Bundesrepublik allgemein gut ist"* (so Vizeaußenminister Tschiao Kuanhua);
- ein *„klares Bekenntnis zu der ‚einen und einzigen deutschen Nation' abgelegt"* („FAZ", 7.9.74);
- der BRD *„zu einem ‚langen Atem' in der Deutschlandfrage geraten, da in der Sache der nationalen Identität noch nichts verloren sei"* („FAZ" 7.9.74);
- *„unter ehrenvollen Hinweisen auf Konrad Adenauer"* (!!) empfohlen, *„die Sowjetunion nicht zu unterschätzen, aber auch nicht zu überschätzen und, wie Adenauer, eine klare realistische Linie zu verfolgen"*;
klare realistische Linie zu verfolgen";
- sich für eine Stärkung der NATO ausgesprochen. Dazu Kohl wörtlich in einem Interview mit der „Welt" vom 19.9.: *„Was die NATO betrifft, so ist in Peking großes Verständnis für die amtliche deutsche Politik festzustellen, die die CDU/CSU nachdrücklich unterstützt. Es ist von großer Bedeutung, daß die Regierung der VR China die NATO für eine Grundvoraussetzung vernünftiger Politik* (? ?) *hält"*.

Die Linke muß sich damit auseinandersetzen

Wie zu erwarten, war Kohls China-Reise nicht nur für CDU, Springerpresse etc., sondern auch für die DKP und ihre Zeitung „UZ" ein gefundenes Fressen.

Das Präsidium der DKP gar, also deren oberstes Führungsgremium, entblödete sich nicht, eine Erklärung unter dem Titel *„Komplott CDU/CSU und maoistische Führung"* abzugeben, in der es u.a. hieß, China wolle *„die Entspannung blockieren"* und *„die Welt zurück in die Zeiten des kalten Krieges zerren"* („UZ", 18.9.). Die chinesischen Politiker hätten sich gar *„für die Verstärkung des Wettrüstens ausgesprochen"* (ebenda). Als ob es nicht gerade die USA und die Sowjetunion wären, die getarnt hinter einer verlogenen „Entspannung" fieberhaft das Wettrüsten mit „konventionellen" und nuklearen Vernichtungswaffen betreiben. Was allerdings diesen Punkt betrifft, so verzeichnet die DKP allen Ernstes mit Wohlwollen, daß *„die USA auch in Zukunft an der Entspannung der Weltlage mitwirken wollten"* („UZ", 10.8.74).

Die DKP steigt vollends auf die tiefsten Stufen politischer Provokation hinab, wenn sie der VR China die Ansicht zuschreibt, *„daß es zwei deutsche Staaten nicht gäbe"* („UZ", 10.9.74). Die Tatsachen, nämlich die Existenz diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten China und DDR, verweisen diese Behauptung der DKP ins Reich der Phantasie. Hier wird mit plumpen L ü g e n gezielt versucht, die VR China zu diskreditieren, die wegen ihrer revolutionären Innenpolitik (allerdings kaum wegen ihrer momentanen Außenpolitik Richtung Westeuropa und USA!!) auf viele fortschrittliche Menschen eine große Anziehungskraft ausübt. Zum anderen sieht die DKP hier eine günstige Gelegenheit, den verhaßten westdeutschen „Maoisten", denen sie an politischen Argumenten nichts entgegenzusetzen hat, auf dem Umweg über die chinesische Außenpolitik eins auszuwischen.

Dies sollte für die revolutionäre Linke allerdings kein Hindernis, sondern ein weiterer Grund sein, sich mit dieser Außenpolitik ernsthaft auseinanderzusetzen, statt sich weitgehend – wie bisher noch – auf die Taktik des Sich-dumm-Stellens zu verlegen.

Ein anschauliches Beispiel für diese Taktik bietet – natürlich! – wieder die „KVZ" des KBW. Die schreibt nämlich in ihrer Ausgabe vom 2.10., es gebe nun mal Staaten, die *„durch Leute wie Kohl vertreten"* werden. China müsse dann eben *„sich mit solchen Leuten unterhalten"*. Dabei weiß doch wohl jedes Kind, daß der westdeutsche Bundeskanzler nicht etwa Kohl, sondern Schmidt heißt. Kohl vertritt nicht die BRD, sondern die Oppositionspartei CDU. Die „KVZ" schreibt zwar: *„Will sie* (die VR China – Anm. AK) *mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhalten, dann muß sie sich, wie die Dinge heute liegen, an die Regierung und die Opposition halten"*. Was allerdings diplomatische Beziehungen mit der Opposition im Allgemeinen und mit Kohl im Besonderen zu tun haben, mag der Teufel wissen ...

Weiter ist es eine Tatsache, daß zwar sich alle möglichen reaktionären Oppositionspolitiker aus imperialistischen Ländern in Peking die Türklinken in die Hand geben, während auf der anderen Seite z.B. Politiker der revisionistischen Parteien Frankreichs und Italiens, ein revisionistischer Gewerkschaftsführer aus Großbritannien u.a. an der Reise nach China gehindert wurden, obwohl diese Leute (was immer man über ihre objektive Rolle denken mag) ganz sicher das Vertrauen von großen Teilen der Arbeiterklasse haben, was man von Kohl etc. wohl nicht so ohne weiteres sagen kann.

W e n n ein sozialistischer Staat die reaktionären Oppositionspolitiker imperialistischer Staaten einlädt –
imperialistischer Staaten einlädt –
was u.E. im Sinn der Politik der „friedlichen Koexistenz" gar nicht erforderlich ist! – so bleibt immer noch die Frage, w a s und w i e man mit ihnen bespricht.

Solange diese Besuche nicht von Seiten des sozialistischen Staates von klaren politischen Stellungnahmen begleitet werden, solange es bei zweideutigen Formeln und gar beim Anschein der Kumpanei bleibt, solange eventuelle Lügen und Entstellungen der bürgerlichen Politiker nach ihrer Rückkehr über den Inhalt ihrer Gespräche nicht entlarvt werden, werden die imperialistischen Politiker erhebliche Verwirrung stiften und die VR China geradezu als Verbündeten ihrer aggressiven imperialistischen Ziele hinstellen können.

Die „KVZ" nimmt z.B. zu Behauptungen Kohls über die Haltung der chinesischen Seite zur „Deutschlandfrage" Stellung und schreibt dazu, *„daß Kohl entweder ein verwirrter Mensch ist oder daß er bewußt Verwirrung stiften will"*. Letzteres ist sicher richtig. Nur würden wir diese Feststellungen gern einmal nicht bloß vom KBW, sondern auch von der VR China hören!

Es ist fast regelmäßig so, daß die reaktionären Politiker bei ihrer Rückkehr aus China schauerliche Dinge zu erzählen wissen über die Positionen ihrer Gesprächspartner. Dollstes Beispiel ist dafür wohl der Senator Jackson, der im Juli dieses Jahres von Peking aus gleich nach Jerusalem flog, um dort zu verkünden, *„Peking sei an einer standhaften Haltung Israels im Nahen Osten interessiert, weil in dieser Region ein Bollwerk gegen die Sowjetunion notwendig sei"* („Hamburger Abendblatt", 27.7.).

W e n n das Lügen sind, warum hat sich die chinesische Regierung – die sogar gegen die Aufführung chinafeindlicher Filme in imperialistischen Ländern protestiert – noch nie zu diesen Behauptungen entschieden Stellung genommen? Ist der chinesischen Regierung unklar, welche Wirkungen diese Politik erzielt? Ist es der chinesischen Regierung gleichgültig wenn imperialistische Politiker, die als Gast in China gewesen sind, nachträglich Lügen über ihren Aufenthalt verbreiten?

Die „KVZ" findet es, abgesehen von der „Verwirrung" Kohls, ganz richtig, daß sich die chinesischen Außenpolitiker mit Kohl auf die **„eine deutsche Nation"** (Trinkspruch von Vizeaußenminister Tschiao Kuanhua) zuprosteten. Denn für die Einheit der Nation sei der KBW ja schließlich auch ...

Abgesehen von der speziellen Unsinnigkeit dieser Position (vergl. dazu AK 43, Seite 20) sollte doch wohl klar sein, was es bedeutet, in dieser Frage nicht etwa mit einem Kommunisten, sondern mit einem Vertreter der CDU/CSU, die die „deutsche Wiedervereinigung" als Eroberung der DDR auf ihre Fahnen geschrieben hat, „Gemeinsamkeiten" zu haben bzw. vorzutäuschen. Zumal wenn man – wie von Kohl behauptet und von chinesischer Seite anscheinend nicht dementiert – ausgerechnet den Erz-Antikommunisten Adenauer als Kronzeugen einer „Durchhaltepolitik" gegen die Sowjetunion beschwört.

Es erscheint auch kaum noch vernünftig, solche Behauptungen bürgerlicher Politiker über ihre Gespräche in der VR China nur als Lügen anzusehen, denen die chinesische Regierung vielleicht aus Gleichgültigkeit nicht widerspricht. Man erinnere sich etwa daran, daß chinesische Außenpolitiker beim britischen Oppositionsführer Heath bei seinem Besuch in Peking im Mai dieses Jahres sagten: *„Herr Heath tritt für die Einheit der westeuropäischen Länder ein, für die Stärkung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität. Er hat Großbritannien geführt, nach Europa zurückzukehren* (das bezieht sich auf den Eintritt Großbritanniens in die EG – Anm. AK). *Dies war ein wichtiges Ereignis im Interesse der westeuropäischen Völker in ihrem Kampf gegen den Hegemonismus"* („Peking Rundschau", 22/74, Seite 4) – dies in einer Situation, wo sich in Großbritannien (und anderen Ländern) massenhafte Kämpfe der Werktätigen g e g e n die EG entwickelten und Heath' Rücktritt nicht zuletzt durch diese Kämpfe erzwungen worden war!

Die Linke darf sich u.E. demgegenüber nicht hinter faulen Ausreden verstecken oder gar in eine Politik der sozialchauvinistischen „Vaterlandsverteidigung" gegen die „Supermächte" verfallen, sondern muß eine solche Außenpolitik als gegen die Interessen der westeuropäischen Werktätigen gerichtet kritisieren. Das ist zugleich eine Unterstützung für alle fortschrittlichen politischen Kräfte in der VR China selbst. ●

Eine lehrreiche Veranstaltung
Leserbrief

Der „Referendarausschuß am Hanseatischen Oberlandesgericht" hatte für den 3.10. zu einer Veranstaltung „Politische Gefangene in der BRD" aufgerufen. Zwei Verteidiger von politischen Gefangenen, die Rechtsanwälte Groenewoldt und Köncke, sowie Prof. Brückner aus Hannover waren als Referenten geladen.

Während der Referate krakeelte andauernd ein älterer Mann dazwischen: „Das stimmt alles nicht, was Sie hier sagen, ich bin auch Jurist,... Ihr wollt doch alle nur Bomben werfen,... in der DDR, da seid Ihr die roten Bonzen in den dicken Villen..."

Der Antrag wurde gestellt, den Provokateur aus dem Saal zu weisen, was auch die Zustimmung der Mehrheit der Teilnehmer fand. Doch man hatte die Rechnung ohne den Wirt (=dem Veranstalter) gemacht. Die Referendarvertreter (es ist kein Geheimnis, daß sie politisch dem KBW sehr nahe stehen) und Prof. Brückner beschworen, den Provokateur drinzulassen mit so durchschlagenden Argumenten wie, bei dieser Veranstaltung könne jeder (!) mitmachen, mit einem Reaktionär würde man allemal fertig und dieser könne schließlich noch was von uns lernen(!!). Als dieser „Herr", der offensichtlich nicht besonders lernwillig war, weiter seine provokatorischen Sprüche abließ, riß einigen Veranstaltungsteilnehmern der Geduldsfaden und der Faschist wurde vor die Tür gebracht. Dabei mußten auch herbeigelaufene (KBW)-Referendare abgewehrt werden, die das „demokratische Recht" des Reaktionärs „auf Teilnahme an der Veranstaltung" durchsetzen wollten. In dem allgemeinen Tumult beförderten Genossen der ‚Arbeiterhilfe' noch zwei Spitzel hinaus, die schon des Öfteren auf Veranstaltungen aufgefallen waren.

Eine Genossin begrüßte dieses Vorgehen und sagte zu den Veranstaltungsteilnehmern, was das hier für ein trauriges Bild abgibt, wo Spitzel und Provokateure ungehindert ihr Unwesen treiben dürfen, während alle wissen, daß die politischen Gefangenen gerade aufgrund von Denunziationen in den Knast mußten. Ein KBWler brachte daraufhin das schlaue Argument, daß „hier schließlich nur die Wahrheit gesagt würde", und da könnten ruhig auch Spitzel und Provokateure zuhören. Das liegt haargenau auf derselben Linie wie die KBW-Versuche, mit NPD & Co. ins Gespräch zu kommen, um sie von der „Wahrheit" (des KBW-Programms) zu „überzeugen" etc. (vergl. „KVZ" Nr. 21 sowie UW Nr. 24).

Wie schnell allerdings der Referendarausschuß bereit war, von der „Wahrheit" abzurücken, d.h. sich dem Druck des Oberlandesgerichtspräsidenten zu beugen, enthüllte ein Veranstaltungsteilnehmer: die Veranstaltung war auf Plakaten „Politische Gefangene in der BRD" angekündigt worden, als ein Unterthema wurde das Referat „Deformierung des Rechtsstaates" angekündigt. Diese Plakate, die auch in den Gerichtsgebäuden hingen, mißfielen dem Oberlandesgerichtspräsidenten. Daraufhin schwärzte der Referandarausschuß freiwillig die Worte „Politische" und „Deformierung". Es war dann noch zu lesen: „Gefangene in der BRD" und „der Rechtsstaat" ... ●

Genossin des IKAH („Arbeiterhilfe")

Keine Verniedlichung des Klassenfeindes
— Leserbrief —

Liebe AK-Redaktion!

Ich lese regelmäßig den ARBEITERKAMPF und finde die Zeitung sehr gut. Vor allem, weil der AK im Gegensatz zu anderen linken Zeitungen Vorfälle nicht nur schildert, sondern weil er meistens auch eine sehr gute Einschätzung dazu bringt. Beim AK-Lesen vorhin fiel mir allerdings etwas auf, was mich sehr gestört hat. Anstatt dem Wort „Faschist" wird nun der Kürzel „Fascho" verwendet (z.B. Folterartikel). Ich meine, daß das nicht so ganz richtig ist. Vielleicht ist meine Begründung ein bißchen dürftig, aber ich habe halt doch ein ungutes Gefühl bei dem Wort „Fascho". Der Faschismus ist doch immerhin der Todfeind der Arbeiterklasse und man sollte die Faschisten doch gerade deswegen in Veröffentlichungen wie dem AK beim wirklichen Namen nennen, und nicht irgendwelche verniedlichenden Kürzel dafür einsetzen. Man könnte dann ja auch Impis (= Imperialisten) oder Kapis (Kapitalisten) sagen. Vielleicht findet Ihr meine Kritik richtig und denkt beim nächsten AK dran! ●

Mit antifaschistischen Grüßen
(AK-Leser aus Pforzheim)

Anmerkung der Redaktion

Ja, wir halten diese Kritik für gerechtfertigt. Beim Artikelschreiben sollte darauf geachtet werden. ●

Inhalt